

Johann Wolfgang Goethe-Universität
Frankfurt am Main
Historisches Seminar: Neueste Geschichte

Inauguraldissertation zur Erlangung
eines Grades des Doktors der Philosophie

Thema:

„Ein Staat in Gänsefüßchen“

Die Deutschlandpolitik der Regierung Kohl
von 1982 bis zur Wiedervereinigung 1990
im Spiegel ausgewählter deutscher Printmedien

Vorgelegt von Rico Pascal Schrot
Wickstadt/Niddatal

2015

1. Gutachterin: Prof. Dr. Marie-Luise Recker
2. Gutachter: Prof. Dr. Andreas Fahrmeir

Meiner Familie

Inhalt

1	Einleitung	5
1.1	Deutschlandpolitik von Adenauer bis Schmidt.....	5
1.2	Forschungslage	13
1.3	Fragestellung.....	16
1.4	Methodik und Quellenauswahl	18
1.5	Zeitungen als Informationsträger.....	20
1.6	Portrait der einzelnen Zeitungen.....	22
1.6.1	Die Welt	22
1.6.2	Frankfurter Allgemeine Zeitung	27
1.6.3	Süddeutsche Zeitung	29
1.6.4	Die Zeit	31
1.6.5	Der Spiegel.....	34
2	Hauptteil	37
2.1	Wende oder Halse – bleibt alles anders?	37
2.2	Rückblick und Ausblick – was bringt der Wechsel in Bonn? Zeitungen zur anstehenden Wahl von Helmut Kohl zum Bundekanzler	39
2.2.1	Die Welt	39
2.2.2	Frankfurter Allgemeine Zeitung	46
2.2.3	Süddeutsche Zeitung.....	53
2.2.4	Die Zeit	59
2.2.5	Der Spiegel.....	66
2.2.6	Gemeinsamkeiten in der Darstellung.....	71
2.2.7	Unterschiede in der Darstellung.....	72
2.2.8	Zusammenfassung	73
2.3	Der Milliardenkredit – Leistung ohne Gegenleistung?	75
2.3.1	Die Welt	79
2.3.2	Frankfurter Allgemeine Zeitung	83
2.3.3	Süddeutsche Zeitung.....	90
2.3.4	Die Zeit	92
2.3.5	Der Spiegel.....	97
2.3.6	Gemeinsamkeiten in der Darstellung.....	101
2.3.7	Unterschiede in der Darstellung.....	102
2.3.8	Zusammenfassung	103

2.4	Helmut Kohl zu Gast in Moskau	105
2.4.1	Die Welt	106
2.4.2	Frankfurter Allgemeine Zeitung	111
2.4.3	Süddeutsche Zeitung	115
2.4.4	Die Zeit	117
2.4.5	Der Spiegel	120
2.4.6	Gemeinsamkeiten	122
2.4.7	Unterschiede	123
2.4.8	Zusammenfassung	125
2.5	Der ungewöhnlichste Gast	126
2.5.1	Die Welt	130
2.5.2	Frankfurter Allgemeine Zeitung	134
2.5.3	Süddeutsche Zeitung	139
2.5.4	Die Zeit	145
2.5.5	Der Spiegel	150
2.5.6	Gemeinsamkeiten	153
2.5.7	Unterschiede	155
2.5.8	Zusammenfassung	155
2.6	Der Zehn-Punkte-Plan	158
2.6.1	Die Welt	165
2.6.2	Frankfurter Allgemeine Zeitung	171
2.6.3	Süddeutsche Zeitung	177
2.6.4	Die Zeit	182
2.6.5	Der Spiegel	186
2.6.6	Gemeinsamkeiten	190
2.6.7	Unterschiede	191
2.6.8	Zusammenfassung	193
3	Fazit	196
3.1	Schlussbetrachtung	196
3.2	Gemeinsamkeiten und Unterschiede in Tages- und Wochenzeitungen	199
3.3	Ausblick	202
4	Quellen und Literaturverzeichnis	204
4.1	Quellen	204
4.1.1	Zeitungen	204
4.1.2	Interviews mit Zeitzeugen	204
4.1.3	Internetquellen	204
4.2	Literaturverzeichnis	205

1 Einleitung

1.1 Deutschlandpolitik von Adenauer bis Schmidt

Die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik zwischen 1949 und 1990 war eine besondere Symbiose aus Außen- und Innenpolitik. In der politischen Realität zwischen diesen beiden Polen angesiedelt, wurde sie auch von den Parteien immer als solche verstanden.¹ Die BRD definierte sie wie folgt: „Die Deutschlandpolitik umfasste jenen Bereich politischer Konzeptionen und Aktionen, der sich aus der Tatsache der deutschen Teilung und insbesondere der Existenz zweier deutscher Staaten zwischen 1949 und 1990 ergab.“² Zusätzlich war die Deutschlandpolitik dabei immer in die Ost-West-Beziehungen und in die Bündnispolitik der beiden Blöcke eingebettet.³ Diese politische Symbiose wurde bestimmt von hochsensiblen Themen wie Sicherheit und Bündnisfrage sowie alltäglichen Belastungen und Erleichterungen für die Menschen in der DDR.

In den fünfziger Jahren, unter Konrad Adenauer als Bundeskanzler, bestand die Deutschlandpolitik vor allem darin, das „andere Deutschland“ und dessen Führungsriege zu destabilisieren und sich selbst als eigentlicher deutscher Kernstaat zu positionieren.⁴ Eine düstere Ahnung über einen möglichen Kalten Krieg überkam den Rheinländer schon direkt nach dem Krieg im Oktober 1945. Adenauer äußerte deutliche Vorbehalte bezüglich einer raschen Rückgewinnung und Einigung mit der SBZ. Er merkte sehr schnell, dass sich die Sowjets in den von ihnen besetzten Gebieten der Zusammenarbeit mit dem Westen entzogen und dort nach eigenem Dünken agierten.⁵ Daher hielt er einen möglichen Konsens

¹ Vgl. Bleek, Wilhelm, Deutschlandpolitik der BRD, online unter:<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/deutsche-teilung-deutsche-einheit/43646/deutschlandpolitik-der-brd> [16.03.2015].

² Ebenda.

³ Vgl. ebenda.

⁴ Vgl. ebenda.

⁵ Vgl. Herbert, Ulrich, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München, 2014, S. 587.

mit der Sowjetunion um die SBZ zusammen mit Großbritannien und den USA für unrealistisch.⁶ Der Kalte Krieg begann.

Durch die Erlaubnis der Gründung der Bundesrepublik, deren Territorium über dreiviertel der deutschen Bevölkerung umfasste, versprachen sich die Westalliierten eine Anziehungskraft für die Ost-Zone. Die „Magnettheorie“ geht auf den damaligen SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher zurück, trotzdem machte sie sich Adenauer später zu Eigen.⁷ Nachdem schließlich die erste Bundesregierung gebildet wurde, berief Adenauer mit Jakob Kaiser den ersten Minister für „gesamtdeutsche Fragen“⁸ ins Kabinett. Zugleich legte die Bundesregierung auch die zukünftige „deutschlandpolitische Doktrin“⁹ fest. An diesem Kurs, der weitestgehend dem der CDU entsprach, wurde bis zum Ende der sechziger Jahre festgehalten. Kernziel war, entsprechend der Präambel des Grundgesetzes, „in freier Selbstbestimmung die Einheit in Freiheit zu vollenden.“ Die Bundesregierung sah sich in der Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches und verstand sich somit auch als einzig legitimierte Vertreter Deutschlands. Damit wurde die DDR de facto als Staat ignoriert. Mit der Hallstein-Doktrin beabsichtigte man zusätzlichen Druck aufzubauen.¹⁰ Bis zu seinem Rücktritt als Bundeskanzler fungierte Konrad Adenauer sowohl in der CDU als auch in der Deutschlandpolitik der Bundesregierung als Wegweiser.¹¹ Für Adenauer war eine erfolgreiche Westintegration eine unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Wiedervereinigung.¹² In diesem Zusammenhang ist auch die sogenannte „Roll-back-Politik“ zu nennen. Durch verschiedene Aktionen, wie z. B. Oppositionsunterstützung, Spionage, Waffenlieferungen und den Zugewinn an Einfluss in den osteuropäischen Ländern sollte die Sowjetunion vor Ort zurückgedrängt

⁶ Vgl. Schwarz, Hans-Peter, Deutschlandpolitik, online unter: <http://www.kas.de/wf/de/71.8809/> [16.03.2015].

⁷ Vgl. ebenda.

⁸ Ebenda.

⁹ Ebenda.

¹⁰ Vgl. ebenda.

¹¹ Vgl. Tiggemann, Anselm, CDU/CSU und die Ost- und Deutschlandpolitik 1969–1972, Frankfurt, 1998, S. 19.

¹² Vgl. ebenda, S. 19.

werden. Allerdings konnte sie nie wirklich umgesetzt werden und verlor mit dem „Sputnik-Schock“ endgültig an Bedeutung. Eine Wiedervereinigung in naher Zukunft schloss der Kanzler aber damals schon aus.¹³ Eine endgültige Zäsur setzte die Verlautbarung der Hallstein-Doktrin 1955.

Mit fortschreitender Zementierung der Blöcke wandelte sich die Agenda von der Einheit Deutschlands hin zur Lösung der deutschen Frage.¹⁴ In der Annäherung seitens Adenauer an die Sowjetunion sah man im „Globke-Plan“ eine Möglichkeit zur Aufweichung der verhärteten Fronten.¹⁵

Die Pläne des ersten Bundeskanzlers sind in der zeithistorischen Forschung umstritten. Während Hans-Peter Schwarz sie als Vorläufer der sozial-liberalen Ostpolitik interpretiert und Peter Bender Adenauer Anfang der sechziger Jahre eine gedankliche Nähe zur neuen Ostpolitik von Willy Brandt attestiert, betont Christoph Kleßmann, dass die Vorschläge der Sowjetunion der BRD kaum Vorteile gebracht hätten. Ulrich Herbert sieht durch eine etwaige Annahme der „Stalin-Note“ Adenauers Westpolitik in Gänze gefährdet – sodass der Kanzler ablehnen musste.¹⁶

Während der Ära Adenauer gab es keine wirklichen Lösungsansätze, in denen die Sowjetunion in der deutschen Frage auf die Bundesrepublik zu gegangen ist. Die ersten Jahre nach dem Krieg waren geprägt von einer konsequenten Westintegration. Für Adenauer standen Frieden und Freiheit vor einer möglichen Einheit. Erst mit dem Regierungswechsel 1969 sollte sich auch die Deutschlandpolitik ändern – Willy Brandt suchte verstärkt die Annäherung. Als geistiger Vater der „neuen Ostpolitik“ gilt jedoch bis heute Egon Bahr. Seine Tutzingener Rede von 1963 wird allgemein als Ausgangspunkt der dieser neuen Ostpolitik verstanden.¹⁷ Doch sollte es noch weitere sechs Jahre bis 1969 dauern, bis die SPD

¹³ Vgl. ebenda, S. 21.

¹⁴ Vgl. ebenda, S. 23.

¹⁵ Vgl. ebenda, S. 24.

¹⁶ Vgl. Herbert, 2014, S. 638.

¹⁷ Vgl. Potthof, Heinrich, Im Schatten der Mauer, Deutschlandpolitik 1961 bis 1990, Berlin, 1999, S. 73.

diese neuen theoretischen Ansätze der Ostpolitik auch in Realpolitik umsetzen konnte.

Der Bau der Berliner Mauer 1961 manifestierte die Teilung und beendete so die letzten Hoffnungen auf eine Einheit. Für Ulrich Herbert symbolisiert die Mauer zugleich die Niederlage des Kommunismus, der seine Bevölkerung einschließen und Flüchtlinge erschießen ließ, um seinen Machtanspruch zu sichern.¹⁸ Der Kalte Krieg rückte nun noch stärker in den Vordergrund und hatte mit der „Kuba Krise“ im Oktober 1962 seinen Höhepunkt.

Der Mauerbau verhinderte eine weitere, unkontrollierte Flucht in den Westen, wodurch das System weitestgehend stabilisiert wurde. Zugleich verschlechterten sich die Lebensbedingungen der Bevölkerung deutlich.¹⁹ Nachdem Willy Brandt 1969 zum Kanzler gewählt wurde, setzte er seine neue Deutschlandpolitik sogleich in die Tat um. Sein Vorhaben, die DDR als eigenen Staat zu akzeptieren und fortan von „zwei Staaten in Deutschland“ zu sprechen, stieß in der Union, die sich erstmals seit 1949 in der Opposition befand, auf Ablehnung.²⁰ Brandt hielt aber an seiner Einstellung fest – nur durch eine Annäherung und Akzeptanz der DDR als Staatsgebilde könne das Verhältnis auf bilateraler Ebene verbessert werden. Die Ratifizierung des Grundlagenvertrages von 1972 wurde ein Eckpfeiler sozial-liberaler Deutschlandpolitik. Die CDU war in dieser Phase recht uneins. Ihr fehlte schlichtweg ein eigenes Konzept zur Deutschlandpolitik.²¹ Jedoch erfüllten sich auch auf Seiten der sozialliberalen Regierung nicht alle Hoffnungen in Bezug auf den Umgang mit der DDR.²² Zwar gab es Fortschritte im Transitverkehr und teilweise bei der

¹⁸ Vgl. Herbert, 2014, S. 728.

¹⁹ Vgl. Bleek, Wilhelm, Deutschlandpolitik der BRD, online unter: <http://www.bpb.de/geschichte/deutscheinheit/deutsche-teilung-deutsche-einheit/43646/deutschlandpolitik-der-brd> [16.03.2015].

²⁰ Vgl. Hacke, Christian, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, Frankfurt am Main, 2003, S. 156 f.

²¹ Vgl. Schwarz, Hans-Peter, Deutschlandpolitik, online unter: <http://www.kas.de/wf/de/71.8809/> [16.03.2015].

²² Vgl. Bleek, Wilhelm, Deutschlandpolitik der BRD, online unter: <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/deutsche-teilung-deutsche-einheit/43646/deutschlandpolitik-der-brd> [16.03.2015].

Familienzusammenführung, im Großen und Ganzen aber blieb die DDR-Führung bei ihrer starren Haltung.²³ Mit dem Rücktritt Willy Brandts erreichten die Beziehungen zudem einen neuerlichen Tiefpunkt. Die Enttarnung des DDR-Spions Guillaume im Kanzleramt stürzte die Regierung in eine tiefe Krise. Mit der Wahl Helmut Schmidts konnte die Situation in der Deutschlandpolitik zumindest wieder stabilisiert werden, wenn auch weitere Fortschritte in der deutsch-deutschen Beziehung ausblieben.²⁴

Unter Helmut Schmidt als Bundeskanzler „setzte eine Phase in der Deutschlandpolitik ein, bei der diplomatische Zurückhaltung, sachpolitische Stagnation und Momente der Resignation ein eigenes Gemisch bildeten.“²⁵ Aufgrund verschiedener Faktoren, wie der Weltwirtschaftskrise sowie einer strukturbedingten Konzentration auf die Sowjetunion, rückte die Deutschlandpolitik in den Hintergrund.²⁶ Zu Beginn von Schmidts Amtszeit wurde dem Honecker-Regime daher recht wenig Aufmerksamkeit geschenkt.²⁷ Der Kanzler betraute seinen Staatssekretär Günter Gaus mit allen die DDR betreffenden Aufgaben. Helmut Schmidt erkannte durchaus, dass das Ost- und deutschlandpolitische Erbe der Regierung Brandt nicht nur bloß verwaltet werden konnte.²⁸ Die Frage stellte sich „ob anstelle der viel gepriesenen Normalisierung nicht lediglich ein anspruchsvoller Grad von Formalisierung in den Beziehungen erreicht worden war.“²⁹ Letztendlich entpuppte sich das Erreichte als mehr Schein denn Sein. Denn in der Realität wurde wieder verbal aufgerüstet und die Beziehungen verschlechterten sich zunehmend:³⁰ „Das DDR-Regime betonte die Abgrenzung und erneuerte das ewige Bündnis mit der Sowjetunion.“³¹

²³ Vgl. Potthof, 1999, S. 116.

²⁴ Vgl. ebenda, S. 134.

²⁵ Hacke, 2003, S. 251.

²⁶ Vgl. ebenda, S. 251.

²⁷ Vgl. ebenda, S. 251.

²⁸ „Das Erbe der Ost- und Deutschlandpolitik von Bundeskanzler Brandt war kompakt, in Verträge gebündelt, mit selbstbewußtem Stempel versehen gewesen. Aber die Verpackung hatte sich zu lösen begonnen.“ Ebenda, S. 251.

²⁹ Ebenda, S. 251 f.

³⁰ Vgl. ebenda, S. 252 f.

³¹ Ebenda, S. 252.

So geriet Helmut Schmidt, wie auch die Bundeskanzler vor ihm, in einen Konflikt über die zukünftige Ausrichtung der Deutschlandpolitik. Die „Geraer Forderungen“³², von Honecker im Herbst 1980 verkündet, sorgten für erhebliche Spannungen zwischen beiden Staaten.³³ Dazu pflegte die SPD enge Kontakte zur SED, die ebenfalls Konfliktpotential besaßen.³⁴ Später sogar, nachdem Helmut Schmidt durch Helmut Kohl abgelöst wurde, hielt die SPD die Beziehungen zur SED weiter aufrecht und sah in der sogenannten „Nebenaußenpolitik“ ein Mittel die Bundesregierung unter Druck zu setzen.³⁵

Helmut Schmidt sah sich nach seiner Wiederwahl 1980 aufgrund der innerparteilichen Flügelkämpfe isoliert.³⁶ Christian Hacke betont diesbezüglich, dass sich die SPD und nicht etwa die Koalitionspartei FDP außenpolitisch von ihrem Kanzler entfernte.³⁷ Mit dem sich abzeichnenden NATO-Doppelbeschluss wurden die Beziehungen zusätzlich belastet. Nun verspürte Schmidt auch innerparteilichen Druck durch die SPD-Linke. Just in diesem Moment sendete die DDR-Führung wieder versöhnliche Signale in Richtung Bonn, die allerdings nur kurz währen sollten.³⁸ Der Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan und der Solidarność-Aufstand in Polen ließen die Beziehungen wieder abkühlen: „Alles zusammen genommen, Raketen, Moskau, Stasi-Apparat, Polen und eigene Ängste, stimmte den politischen Grundtenor jedenfalls zuerst einmal auf Abschottung und Abgrenzung.“³⁹ Von dieser pessimistischen Grundstimmung konnte sich die Regierung Schmidt/Genscher in

³² Potthoff, 1999, S. 174.

³³ Vgl. Wentker, Hermann, Zwischen Unterstützung und Ablehnung der sowjetischen Linie, S. 141, in: Gassert, Phillip, Geiger, Tim, Wentker, Hermann (Hrsg.), Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung, Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München, 2011.

³⁴ Vgl. Sturm, Daniel Friedrich, Uneinig in die Einheit, Bonn, 2006, S. 66.

³⁵ „Die SPD sah in jenem Dialog Möglichkeiten, die SED zu beeinflussen. Außerdem wählte sie darin ein Mittel Druck auf die Deutschlandpolitik der Bundesregierung auszuüben.“ Ebenda. S. 66 f.

³⁶ Vgl. Schönhoven, Klaus, Zwischen Euphorie und Ernüchterung: SPD-dominierte Bundesregierungen, S. 82, in: Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.), Die Bundesrepublik Deutschland, Eine Bilanz nach 60 Jahren, München, 2008.

³⁷ Vgl. Hacke, 2003, S. 275.

³⁸ Vgl. Wentker, 2011, S. 137–154.

³⁹ Potthof, 1999, S. 177.

der Folge nicht mehr erholen.⁴⁰ Je mehr der NATO-Doppelbeschluss in den Fokus der Öffentlichkeit rückte und die beiden Koalitionsparteien ihre unterschiedlichen Auffassungen offenbarten, desto größer wurde der Druck auf den Kanzler. Aber auch die Partei selbst stand vor einer großen Herausforderung, an der sie letztlich scheiterte.⁴¹ Dennoch und das ist das Entscheidende sind die Verdienste der sozial-liberalen Koalition ausdrücklich lobend hervorzuheben, so Christian Hacke. Nicht der sozial-liberalen Koalition, sondern der Person Helmut Schmidts war es zu verdanken, dass die Bundesrepublik Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre außenpolitisch ein hohes Ansehen genoss. Hacke nennt es eine „deutschlandpolitische Trichterfunktion“⁴², die der Bundesregierung dazu verhalf, einen größeren Einfluss auf die Supermächte ausüben zu können, wenn letztlich dieses Potential insgesamt zu wenig genutzt wurde, so das Urteil von Christian Hacke.⁴³ Für Heinrich Potthof läutete das Ende der Regierung Schmidt zugleich eine Stagnation in der Deutschlandpolitik ein, die durch den Tod Leonid Breschnews und das damit entstandene Machtvakuum noch verstärkt wurde.⁴⁴

Für die Union bedeuteten die Oppositionsjahre Kärnerarbeit. Sie tat sich zunächst sehr schwer mit ihrer neuen Rolle. Innerparteilich musste man sich zudem mit der Frage auseinandersetzen, für welche Positionen die Partei jetzt eintrete – generell und speziell in der Ost- und Deutschlandpolitik.⁴⁵ Schon vorher, noch zu Zeiten der ersten großen Koalition, hatte sich diese prekäre Lage abgezeichnet.⁴⁶ Die Parteien CDU und CSU waren sich uneins und somit kaum handlungsfähig. Jetzt, da auf den har-

⁴⁰ Vgl. Hacke, 2003, S. 262.

⁴¹ Vgl. Boll, Friedhelm, Hansen, Jan, Doppelbeschluss und Nachrüstung als innerparteiliches Problem der SPD, in: Gassert, Phillip, Geiger, Tim, Wentker, Hermann (Hrsg.), Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung, Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München, 2011, S. 203–228.

⁴² Hacke, 2003, S. 262.

⁴³ Vgl. ebenda.

⁴⁴ Vgl. Potthof, 1999, S. 198.

⁴⁵ Vgl. Link, Werner, Die CDU/CSU Fraktion und die neue Ostpolitik, in: Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.), Die Fraktion als Machtfaktor, CDU/CSU im Deutschen Bundestag 1949 bis heute, München, 2009, S. 116.

⁴⁶ Vgl. ebenda, S. 116.

ten Oppositionsbänken angekommen, wurden ihre unterschiedlichen Grundüberzeugungen offenbar. Ein Beispiel dafür waren die Moskauer-Verhandlungen. Partei und Fraktion konnten sich auf keinen gemeinsamen Nenner einigen. Die alte Garde um Kiesinger und zu Guttenberg hardete mit der SPD-Führung und fühlte sich getäuscht.⁴⁷ Während der Fraktionsvorsitzende Barzel, auch mit der Unterstützung aus Teilen der Bundestagsfraktion, schon von Anfang an eine gänzlich andere Oppositionspolitik verfolgte.⁴⁸ Nach der knappen Niederlage im Misstrauensvotum erzielte die Opposition dennoch ein Patt im Bundestag und konnte so, wenn auch nur teilweise, einige Änderungen am Grundlagenvertrag bewirken. Jedoch schaffte Barzel es nicht die Fraktion dauerhaft hinter sich zu vereinen. Zu groß lastete ihm die Niederlage beim Misstrauensvotum und der verlorenen Bundestagswahl an. Nach mehreren Abstimmungsniederlagen im Vorfeld der Ratifizierung des Grundlagenvertrages trat er von seinem Amt als Fraktionsvorsitzender zurück. Die daraufhin folgende Klage gegen den Grundlagenvertrag vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wurde zwar zurückgewiesen – die Initiative ging von Franz Josef Strauß aus – die Urteilsbegründung wurde aber dennoch genutzt, um den von den Richtern festgestellten, einschränkenden Charakter des Vertrages hervorzuheben. Die Fraktion begann nun, wovor Barzel sich gefürchtet hatte, nämlich noch mehr konfrontative Oppositionspolitik zu betreiben.

Dennoch, so konstatiert Werner Link, wurden durch diesen oszillierenden Politikstil, der sich zwischen „kooperativer-kompetitiver und konfrontativ-fundamentaler Oppositionspolitik“⁴⁹ bewegte, einige Erfolge erzielt und auch Wähler zurückgewonnen. Der neue Fraktionsvorsitzende Karl Carstens war bemüht die Wogen innerhalb der Fraktion zu glätten und zumindest nach außen ein geschlossenes Bild zu wahren. Im Vorfeld der Bundestagswahl von 1976 schworen die führenden Spitzenpolitiker der Union Carstens, Kohl und Strauß die Fraktion darauf ein, diesen

⁴⁷ Vgl. ebenda, S. 129.

⁴⁸ Vgl. ebenda, S. 116.

⁴⁹ Ebenda, S. 139.

Konfrontationskurs zu halten. Nur so konnte ihrer Meinung nach die Wahl gewonnen werden. Zwar sorgte dies für Geschlossenheit – auch wenn es weiterhin prominente Abweichler gab (Barzel, Kiep und von Weizsäcker) – führte jedoch innen- wie außenpolitisch zu keinem Erfolg.

Nach der Wahlniederlage von 1976 versuchte der neue Fraktionsvorsitzende Helmut Kohl die Union – aufgrund seines doppelten Machtstatus – langsam auf einen Regierungskurs einzuschwören. Dies beinhaltete auch, so Matthias Zimmer, die bisherigen deutschlandpolitischen Positionen der sozial-liberalen Koalition fortzuführen.⁵⁰ Wie sich die Union in der Deutschlandpolitik nun genau positionieren würde, nachdem Helmut Kohl durch ein konstruktives Misstrauensvotum 1982 an die Macht kam, sahen alle Beteiligten mit großem Interesse entgegen.

1.2 Forschungslage

Die Deutschlandpolitik der Regierung Kohl/Genscher wurde nicht erst mit dem Mauerfall Gegenstand von wissenschaftlichen Untersuchungen. Jedoch war das grundsätzliche Forschungsinteresse in den achtziger Jahren nicht sehr groß. Zwar versuchte man nach dem Wechsel von Helmut Schmidt zu Helmut Kohl Veränderungen und Neuerungen innerhalb der Deutschlandpolitik auszumachen⁵¹, zunehmend ging es mittlerweile aber auch um allgemeine Fragen zur DDR-Diktatur. Diese rückten im Verlauf der achtziger Jahre vermehrt in den Fokus des wissenschaftlichen Diskurses. Ein Vorreiter war Peter Christian Ludz, der mit seinen Studien zur DDR schon Ende der siebziger Jahre für Aufsehen gesorgt hatte.⁵² Zusätzlich stand die Frage im Raum – hauptsächlich von Intellektuellen

⁵⁰ „Eine Unionsregierung unter Bundeskanzler Kohl, soviel wurde deutlich, würde deutschlandpolitische Kontinuität wahren (und damit auch in der Kontinuität sozialliberaler Deutschlandpolitik stehen). Hinsichtlich der Rechtspositionen und der Menschenrechte die Grundpositionen im deutsch-deutschen Verhältnis aber schärfer akzentuieren.“ Zimmer, Matthias, Nationales Interesse und Staatsräson, Paderborn, 1992, S. 74 f.

⁵¹ Vgl. Martin, Ernst, Zwischenbilanz: Deutschlandpolitik der 80er Jahre, Bonn, 1986, S. 148.

⁵² Vgl. Ludz, Peter Christian, Mechanismen der Herrschaftssicherung, München, 1980.

und linken Medien aufgeworfen – inwieweit die deutsche Frage überhaupt noch aktuell sei und ob eine nationale Einheit vs. europäischer Einheit eher Konvergenzen oder Divergenzen mit sich brächte. Mit dem Fall der Mauer und der Deutschen Einheit stieg das wissenschaftliche Interesse rapide an und es veränderten sich auch schlagartig der Blick und die Bewertungsmaßstäbe.⁵³ Denn mit der Einheit wurde die Deutschlandpolitik von Adenauer bis Kohl selbst zu einer historischen Episode, welche nun in den Fokus der Politikwissenschaft und Zeitgeschichte rückte. Dabei waren die ersten Erkenntnisse genauso überraschend wie die Einheit selbst. Niemand – weder die Politik noch die Wissenschaft – hat den Zusammenbruch der DDR vorhersagen können.

Nach der Einheit 1990 konzentrierte sich die Wissenschaft nicht mehr auf die allgemeine Deutschlandpolitik und deren Entwicklungen in den achtziger Jahren, sondern nur noch auf die Funktion der Union und speziell die Rolle von Bundeskanzler Kohl und seinen Beitrag zur Einheit selbst. So ist es auch nicht verwunderlich, dass sich die meisten wissenschaftlichen Werke mit der Zeit zwischen Mauerfall und Einheit beschäftigen oder in die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eingebettet sind. Hier sind Andreas Wirschings „Abschied vom Provisorium“ sowie Andreas Rödders „Die Geschichte der Wiedervereinigung“ zu nennen. Beide Studien konzentrieren sich sehr auf eine narrative Darstellung. Der besondere Einfluss von Helmut Kohl rund um die Einheit spielt bei beiden eine eher untergeordnete Rolle. Sie schildern den Verlauf und die Ereignisse ohne konkreten Bezug zur Union oder zu Helmut Kohl. Das wohl umfassendste Werk, das sich auch mit Helmut Kohls Wirken direkt auseinandersetzt, verfasste Karl-Rudolf Korte. Seine Untersuchung „Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft, Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989“⁵⁴ ist – obwohl schon fast zwanzig Jahre alt –

⁵³ Vgl. Rödder, Andreas, Die deutsche Frage vor dem Einigungsvertrag: Parteien, Intellektuelle, Massenmedien in der Bundesrepublik, in: Buchstab, Günter (Hrsg.), Die Ära Kohl im Gespräch, eine Zwischenbilanz, Köln, 2010, S. 467.

⁵⁴ Korte, Karl-Rudolf, Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft, Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989, Stuttgart, 1998.

immer noch die bedeutendste Arbeit auf diesem Gebiet. Auch die beiden Werke von Heinrich Potthof „Koalition der Vernunft“⁵⁵ und „Im Schatten der Mauer, Deutschlandpolitik von 1961–1990“⁵⁶ gelten als Standardwerke der Deutschlandpolitik. Daneben gibt das „Handbuch zur Einheit“ von Werner Weidenfeld und Karl-Rudolf Korte im Lexikon-Format zusätzlich ausführliche Informationen zur Einheit.

Hauptsächlich sind es aber präzise fokussierte wissenschaftliche Arbeiten, die sich mit der Phase zwischen Mauerfall und Einheit beschäftigen und jeweils verschiedene Aspekte und Blickwinkel der Ereignisse – entweder der beteiligten Staaten oder Personen – zwischen 1989 und 1990 beleuchten. Da ist zum einen die Untersuchung von Daniel Friedrich Sturm „Uneinig in die Einheit“⁵⁷, eine Arbeit die sich ausführlich mit der deutschen Sozialdemokratie auseinandersetzt und deren sehr ambivalentes Verhalten zu dieser Zeit herausarbeitet. Zum anderen existiert mittlerweile eine sehr bedeutende Arbeit über die Rolle Frankreichs während des Wendesjahrs 1989/90.⁵⁸

Einzelne Gesamtdarstellungen zur Deutschlandpolitik der achtziger Jahre fehlen allerdings. Auch wenn viele Akten rund um den Mauerfall und die Einheit frühzeitig freigegeben wurden und in einer gesammelten Edition „Dokumente zur Deutschlandpolitik, Deutsche Einheit“⁵⁹ veröffentlicht sind, so ist doch insgesamt die Arbeit mit Originalquellen immer noch schwierig, da sie meist nach wie vor unter Verschluss bzw. gesperrt sind. Das wird sich erst in den nächsten Jahren ändern, wenn die Fristen auslaufen. Eine nicht zu unterschätzende literarische Quelle sind die Aufzeichnungen und Einschätzungen von Zeitzeugen. Dabei sind es nicht nur die Erinnerungen der Staats- und Regierungschefs wie zum Bei-

⁵⁵ Potthof, Heinrich, Koalition der Vernunft, München, 1995.

⁵⁶ Potthof, 1999.

⁵⁷ Sturm, Daniel Friedrich, Uneinig in die Einheit, Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/1990, Bonn, 2006.

⁵⁸ Praus, Angelika, Das Ende einer Ausnahme, Frankreich und die Zeitenwende 1989/90, Marburg, 2014

⁵⁹ Dokumente zur Deutschlandpolitik, Deutsche Einheit, Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/1990, München, 1998.

spiel Kohls Memoiren⁶⁰ aus jenen Tagen sowie Biografien über Françoise Mitterand⁶¹ sondern auch viele Darstellungen von Regierungsbeamten und Staatssekretären aus der zweiten politischen Reihe, wie das politische Tagebuch von Horst Teltschik.⁶²

Eine Anmerkung bezüglich der Rolle der Grünen muss noch Erwähnung finden. Zwar ziehen sie das erste Mal 1983 in den Bundestag ein und sind dort bis zum Mauerfall kontinuierlich vertreten. Dennoch üben sie in der Deutschlandpolitik keinen wirklichen Einfluss aus – weder innerhalb des Bundestages als westdeutsche Oppositionspartei auf die Bundesregierung, noch auf bilateraler Ebene mit Ost-Berlin direkt. Hintergrund war ein zu ambivalenter Kurs und innerparteiliche Konflikte im Hinblick auf die Deutschlandpolitik. Darüber hinaus fanden die Grünen in den ausgewählten Tages- und Wochenzeitungen zu diesem Thema keine nennenswerte Beachtung. Deswegen wurden sie vom Autor in dieser Arbeit auch nicht berücksichtigt. Mittlerweile existiert eine Forschungsarbeit, die sich nur mit der Deutschlandpolitik der Grünen auseinandersetzt.⁶³

1.3 Fragestellung

Diese Dissertation vergleicht die mediale Darstellung ausgewählter Ereignisse und Entscheidungen in der Deutschlandpolitik, die während der Amtszeit Helmut Kohls – von seinem Amtsantritt am 1. Oktober 1982 bis zum Zehn-Punkte-Plan am 28. November 1989 anhand fünf verschiedener Leitmedien im Printbereich:

⁶⁰ Kohl, Helmut, *Erinnerungen 1982–1990*, München, 2005.

⁶¹ Giesbert, Franz-Oliver, *François Mitterand*, Berlin, 1997.

⁶² Teltschik, Horst, *329 Tage, Innenansichten der Einigung*, Berlin, 1991.

⁶³ Vgl. Wick, Regina, *Die Mauer muss weg – Die DDR soll bleiben, Die Deutschlandpolitik der Grünen von 1979 bis 1990*, Stuttgart, 2010.

1. *Die Welt*
2. *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*
3. *Süddeutsche Zeitung (SZ)*
4. *Die Zeit*
5. *Der Spiegel*

Nach folgendem Prinzip wird dabei vorgegangen:

In einer Einleitung werden die grundlegenden wissenschaftlichen Informationen über das jeweilige Ereignis beschrieben. Danach wird in der genannten Reihenfolge der Zeitungen die Berichterstattung über das Thema, aus der jeweiligen Sicht der Zeitung, zusammengefasst. Verglichen wird dabei die Darstellung, Kommentierung und Bewertung des jeweiligen Ereignisses. Ziel der Arbeit ist es, die Unterschiede und Übereinstimmungen in den Artikeln zu den einzelnen Geschehnissen herauszuarbeiten, sie untereinander zu vergleichen und im Anschluss zu analysieren. Zusätzlich untersucht wurde, ob es eine Annäherung oder Distanzierung der fünf Printmedien zu Kohls Deutschlandpolitik gab und falls ja, in welchen Punkten. Besonders im Fokus der Medien standen der Honecker-Besuch von 1987 und der Zehn-Punkte-Plan von 1989. Wurde hier die Regierung in ihrem Handeln unterstützt oder kritisiert? Darüber hinaus interessiert, ob einzelne Personen – wie Chefredakteure oder Herausgeber – unterschiedliche Standpunkte und Kommentare gegenüber der Mehrheitsmeinung ihrer Zeitung vertraten, diese auch veröffentlichten und somit gegen ihr „eigenes Blatt“ Position bezogen. Wenn ja, wiesen diese Personen auch untereinander Gemeinsamkeiten auf?

1.4 Methodik und Quellenauswahl

Für ein valides Ergebnis ist es im Vornherein besonders wichtig, ein logisches und nachvollziehbares Verfahren zu entwickeln, welches die Auswahl und Sortierung der einzelnen Zeitungen und Artikel sicherstellt. Dabei war es wichtig, Ereignisse auszuwählen, die nicht nur damals die Presselandschaft und den politischen Betrieb in Bonn interessierten, sondern auch noch heute im Fokus der Historiographie stehen bzw. von wissenschaftlicher Bedeutung sind.

Fünf Ereignisse stehen daher im Fokus der Untersuchung:

1. Der Machtwechsel von Helmut Schmidt zu Helmut Kohl am 1. Oktober 1982 durch ein konstruktives Misstrauensvotum, bedeutete zugleich das Ende der sozialliberalen Ära.
2. Der Milliardenkredit der BRD an die DDR wurde erstmals am 29. Juni 1983 offiziell bestätigt. Er diente zur Stabilisierung der maroden DDR-Wirtschaft und wurde von Franz-Josef Strauß eingefädelt. Ursprünglich geht der Kredit bereits auf die Regierung Schmidt/Genscher zurück.
3. Helmut Kohls Besuch in Moskau vom 4. Juli bis zum 7. Juli 1983 war der erste offizielle Antrittsbesuch von Helmut Kohl in der Sowjetunion.
4. Der Besuch von Erich Honecker in der BRD vom 7. September bis zum 11. September 1987 war der Höhepunkt der bisherigen Deutschlandpolitik – und zugleich ein Wendepunkt. Der Besuch ging aber auf die sozial-liberale Bundesregierung zurück. Helmut Kohl setzte die Einladung seines Vorgängers nur in die Tat um.
5. Der Zehn-Punkte-Plan wurde am 28. November 1989 im Deutschen Bundestag in Bonn von Helmut Kohl verkündigt. Er war eine Reaktion auf den Mauerfall vom 9. November 1989 und diente als Fahrplan zur Einheit.

Die Quellenrecherche umfasste drei Wochen vor bis vier Wochen nach Stattfinden des Ereignisses. So soll sichergestellt sein, dass zum einen erste Anzeichen oder Meldungen, die mit dem Ereignis in Zusammenhang stehen, zum anderen auch mögliche Entwicklung bzw. Veränderung in der Berichterstattung über das Thema in die Untersuchung einbezogen werden können. Die Untersuchung endet bewusst nach dem Zehn-Punkte-Plan vom 28.11.1989, da ab diesem Zeitpunkt eine neue Phase des bilateralen Verhältnisses zwischen der BRD und der DDR begonnen wurde, welches dann unweigerlich in den Einigungsprozess mündete.

Recherchiert wurde hauptsächlich in Onlinearchiven der jeweiligen Zeitungen, die teilweise frei zugänglich, teilweise aber auch kostenpflichtig waren und nur über den jeweiligen Verlag freigeschaltet wurden. Die Ausgaben der Welt sind auf Mikrofilm gespeichert. Insgesamt stellt sich die Quellenlage gut dar. Allerdings gab es erhebliche Unterschiede in der Unterstützung bzw. Hilfe bei der jeweiligen Recherche in den einzelnen Archiven selbst. Die *FAZ* und die *SZ* unterstützten mit Artikeln und Texten über ihre eigene Geschichte die Arbeit des Verfassers. Zusammen wurden für diese Arbeit rund 1500 Zeitungsartikel untersucht. Dabei fiel auf, dass nicht jedes Thema gleich ausführlich von den Printmedien behandelt wurde. Gerade der Wende von Schmidt zu Kohl sowie dem Milliardenkredit an die DDR wurde seitens der ausgewählten Medien weder lang noch intensiv Beachtung geschenkt. Der Fokus der Recherche lag auf dem Politik- und Wirtschaftsteil und hier wiederum auf Kommentaren und Reportagen, die eine Meinungsformulierung zum jeweiligen Thema erkennen ließen. Es kam dabei nicht darauf an, in wie vielen Artikeln ein Thema besprochen wurde (Häufigkeit) oder welche Länge die untersuchten Artikel hatten. Unwesentlich für den vorliegenden Untersuchungsgegenstand war ebenso die Aufmachung des Themas (Titelstory, Leitartikel) bzw. dessen Platzierung.

Zusätzlich wurden vier Interviews geführt. Wolter von Thiesenhausen (ehemaliger Pressesprecher der CDU), Walter Leisler Kiep sowie Karl Otto Pöhl konnten persönlich befragt werden. Das Interview mit Wolfgang Schäuble war nur in schriftlicher Form möglich.

1.5 Zeitungen als Informationsträger

Zeitungen gelten als das älteste Massenmedium überhaupt.⁶⁴ Ihre Anfänge reichen bis ins 17. Jahrhundert zurück. Heute wird das Medium Zeitung wie folgt definiert: „Die Zeitung ist ein in regelmäßiger Folge erscheinendes, grundsätzliches jedermann zugängliches Medium, das aktuelle Informationen aus allen Lebensbereichen verbreitet.“⁶⁵ Die Forschungslage zu Zeitungen in der Bundesrepublik ist allgemein als defizitär einzustufen.⁶⁶

Ursächlich ist die große Materialmenge, die qualifizierte Untersuchungen erschwert.⁶⁷ Zudem werden von den Deutschen mehrheitlich regionalen Tageszeitungen gelesen, sodass gerade die Untersuchung von überregionalen Abonnementszeitungen schwierig ist. Eine mögliche Lösung liegt in der Erhebung von Stichproben, deren Ergebnisse sind allerdings als „problematisch einzustufen“.⁶⁸

Die Geschichte des Pressewesens der Bundesrepublik Deutschland gliedert sich in sechs Phasen:⁶⁹ die Phase des Wiederaufbaus, gefolgt von einer Phase der Pressekonzentration sowie einer Phase der Konsolidierung, im Anschluss die Phase zwischen Wende und Wiedervereinigung sowie eine Phase nach der Wiedervereinigung und schließlich die Phase der neuen Herausforderungen.⁷⁰ Der der vorliegenden Studie zugrunde gelegte Untersuchungszeitraum lässt sich in die Phase der Konsolidierung einordnen. Geprägt ist diese dritte Phase „[...] durch eine vergleichsweise, dürftig ausgeprägte, aber angesehene überregionale Presse (*Süddeut-*

⁶⁴ Vgl. Die Geschichte des Zeitungswesens, S. 11, in: Brand, Peter, Schulze, Volker (Hrsg.), Die Zeitung, Ein Handbuch, Frankfurt am Main, 1993.

⁶⁵ Ebenda, S. 7.

⁶⁶ Vgl. Dussel, Konrad, Deutsche Tagespresse im 19. und 20. Jahrhundert, Münster, 2004, S. 247.

⁶⁷ Vgl. ebenda, S. 248.

⁶⁸ Ebenda.

⁶⁹ Vgl. Pürer, Heinz, Medienstrukturen in Deutschland, in: Publizistik und Kommunikationswissenschaft, Konstanz, 2004, S. 230.

⁷⁰ Vgl. ebenda, S. 231.

sche Zeitung, Frankfurter Allgemeine, Frankfurter Rundschau, Die Welt, Die Tageszeitung) [...].⁷¹

Alle ausgewählten Zeitungen gelten damals wie heute als Leitmedium. Auch wenn aktuell die Auflage aller Zeitungen, in Anbetracht der konkurrierenden Internetangebote, deutlich zurück geht⁷², haben sie an Einfluss auf die öffentliche Meinung und Strahlkraft auf andere Massenmedien nicht verloren. Allgemein hin genießen diese Zeitungen auch heute einen guten Ruf und sind für ihren seriösen Journalismus bekannt.

Wodurch wird eine meinungsbildende Tages- und Wochenzeitung definiert? Genauer gesagt handelt es sich bei den verwendeten Printmedien um überregionale Abonnementszeitungen.

Ein formales Kriterium besteht in der Reichweite ihrer Auflage, mindestens 20 Prozent müssen ständig außerhalb ihres Kerngebietes (überregional) verbreitet werden.⁷³ Die Berichterstattung konzentriert sie sich auf eine breitangelegte Auswahl aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Sport und Kultur.

Parallel dazu existieren politische Wochenzeitungen wie *Die Zeit* oder *Der Spiegel*. Deren publizistisches Ziel ist es „die Tagesereignisse in größere Zusammenhänge einzuordnen, Nachrichten zu analysieren und zu kommentieren.“⁷⁴ Sie berichten selektiver und behandeln einzelne Themen umfassender als eine Tageszeitung. Als herausragendes Beispiel ist *Der Spiegel* zu nennen. Dessen Auflage verachtete sich nahezu binnen zwanzig Jahren.⁷⁵ Beim *Spiegel* handelte es sich um ein vollkommen neues Nachrichtenkonzept nach US-amerikanischem Vorbild (*Time Magazine*).⁷⁶ Die Etablierung solcher politischer Wochenzeitungen garan-

⁷¹ Ebenda. S. 235.

⁷² Vgl. Anzeigengeschäft Online versus Print, in: Eberspächer, Jörg (Hrsg.), *Die Zukunft der Printmedien*, München, 2002, S. 83.

⁷³ Vgl. Brand, Schulze (Hrsg.), 1993, S. 41.

⁷⁴ Brand, Schulze (Hrsg.), 1993, S. 42.

⁷⁵ Vgl. ebenda.

⁷⁶ Vgl. Straßner, Erich, *Zeitung*, Tübingen, 1997, S. 94.

tierte in der Nachkriegszeit einen erheblichen Einfluss auf die politischen Debatten in der noch jungen Bundesrepublik.⁷⁷

Alle Zeitungen, die in der vorliegenden Arbeit untersucht wurden, erfuhren ihre politische Prägung durch herausragende Chefredakteure, Herausgeber, Journalisten und Verleger. Sie verkörperten allesamt nicht nur den Nachkriegsjournalismus und den Wiederaufbau einer freien Presse, sondern waren ein auch ein Symbol für die Öffentlichkeit. Zu nennen sind hier: Axel Springer für *Die Welt*, Joachim Fest für die *FAZ*, Josef Joffe für die *Süddeutsche Zeitung*, Theo Sommer für *Die Zeit* und Rudolf Augstein für den *Spiegel*. Sie alle schufen mit ihrem journalistischen Wirken eine neue, demokratische Presselandschaft in der Bundesrepublik. Ihre jeweilige politische Gesinnung spiegelte sich in ihren Zeitungen wider und gab den Blättern eine jeweils eigene Nuance und politische Akzentuierung. Das politische Meinungsspektrum reichte von national-konservativ (*Die Welt*), bürgerlich-konservativ (*FAZ*), sozial-liberal (*SZ*), bürgerlich-liberal (*Die Zeit*) bis links-alternativ für den *Spiegel*. Diese politischen Unterschiede inklusive ihres Renommées prädestinieren sie als Forschungs- und Quellenobjekt für diese Arbeit.

1.6 Portrait der einzelnen Zeitungen

1.6.1 Die Welt

Die Tageszeitung *Die Welt* wurde im April 1946 in Hamburg unter britischer Aufsicht gegründet. In ihrer Konzeption sollte *Die Welt* eine Art deutsche *Times* werden. Besonders wurde darauf geachtet, dass eine strenge Trennung zwischen Nachrichten und Meinung erfolgte.⁷⁸ Diese Idee faszinierte den noch jungen Axel Springer. Erster Chefredakteur war Hans Zehrer. Aufgrund einer Intervention der Hamburger SPD musste er jedoch alsbald von seinem Posten zurücktreten. Hintergrund war seine

⁷⁷ Vgl. Hodenberg, Christina, von, *Konsens und Krise, Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945–1973*. Göttingen, 2006, S. 90.

⁷⁸ Vgl. Schwarz, Hans-Peter, Axel Springer, die Biografie, Berlin, 2008, S. 180.

Herausgeberschaft der rechtsorientierten Wochenzeitung *Die Tat*. Das umstrittene Wochenmagazin war entschiedener Gegner der Weimarer Republik.⁷⁹ Da Axel Springer ausgezeichnete Kontakte zur britischen Besatzung pflegte, war der Verkauf der *Welt* für ihn nicht überraschend, wodurch es ihm letztlich möglich war mitbieten zu können.⁸⁰ Da *Die Welt* mittlerweile bundesweit erschien und sich ihre Auflage um ein Vielfaches erhöht hatte, weckte sie bei verschiedenen Verlegern allerlei Begehrlichkeiten. Ihr Wert ist ebenfalls beträchtlich gestiegen: „Mitte 1950 belief sich das Gesamtvermögen der *Welt* auf 4.2 Millionen D-Mark.“⁸¹ Nach dem Sturz von Hans Zehrer wurde Fritz Küstermeier Chefredakteur der *Welt*. Küstermeier, der während der NS-Zeit inhaftiert war, beeindruckte durch seine Freiheitsliebe die gesamte Redaktion.⁸² Politisch war diese zu jenem Zeitpunkt äußerst heterogen aufgestellt. Eine Seite, um den konservativen Leitartikler Adalbert Worliczek, unterstützte bedingungslos den Kurs Adenauers, hingegen die Gruppe um Fritz Küstermeier politisch der SPD nahestand.⁸³

Diese unklaren politischen Verhältnisse dominierten dann auch den anstehenden Verkauf der *Welt*. Der amtierenden Regierung in Großbritannien kam hier eine entscheidende Rolle zu. Bis 1951 regierte dort die Labour Party, die soziale Arbeiterpartei, die gewisse Präferenzen für ein SPD-Konsortium erwarten ließ. Ab 1951 kehrte aber Winston Churchill zurück und die Konservativen übernahmen wieder die Macht im Unterhaus. Für Konrad Adenauer waren die unklaren Verhältnisse bei der *Welt* sehr unangenehm.⁸⁴ Die Bedeutung *der Welt* über die Grenzen der britischen Besatzungszone hinaus, war dem Kölner Adenauer sehr wohl bewusst. Gerade zu Beginn seiner Amtszeit sah sich der Kanzler mit

⁷⁹ Vgl. Siering, Friedemann, *Zeitung für Deutschland, die Gründergeneration der Frankfurter Allgemeinen*, in: Hachmeister, Lutz, Siering, Friedmann (Hrsg.), *Die Herren Journalisten, Die Elite der deutschen Presse nach 1945*, München, 2002, S. 196.

⁸⁰ Vgl. Schwarz, 2008, S. 181.

⁸¹ Ebenda, S.182.

⁸² Vgl. ebenda, S.183.

⁸³ Vgl. Schwarz, 2008, S. 184.

⁸⁴ Vgl. ebenda, S. 184.

schlechten Umfragewerten und einer Presse konfrontiert, die ihm nicht wohlgesonnen war.⁸⁵ Gerade deshalb versuchte Adenauer „Einfluss auf die Presse zu gewinnen.“⁸⁶ Mit Hilfe des CDU-Abgeordneten Gerd Bucorius wollte der Kanzler die Kontrolle über die Zeitung erlangen. Doch so einfach war dieses Manöver nicht. Nachdem der Plan gescheitert war, mit Hilfe des Bundes den Verkauf der Welt zu beeinflussen, unternahm Bucorius nun den Versuch die Zeitung an einen renommierten Verleger zum Höchstpreis zu verkaufen.⁸⁷ Der Springer-Verlag in Hamburg galt damals schon als Mitfavorit. Doch die Briten durchkreuzten Adenauers Pläne und so musste der Rheinländer vorerst seinen Plan, *Die Welt* an einen ihm wohlgesonnenen Verleger zu verkaufen, aufgeben. Der britische Hohe Kommissar Kirkpatrick sandte Adenauer persönlich ein Schreiben zu, indem er den Kanzler direkt aufforderte, die „von ihm eingeleiteten Rechtsschritte zurückzunehmen und sich aus dem anstehenden Verkauf der *Welt* herauszuhalten.“⁸⁸ Damit wurde das Tauziehen um *Die Welt* nun endgültig zum Politikum.

Das Blatt sollte sich allerdings zugunsten Adenauers, aufgrund einer Reihe von glücklichen oder unglücklichen Umständen, wenden. *Die Welt* geriet Ende 1951 in die roten Zahlen, die Abwahl der Labour-Regierung – somit besaß die SPD nur noch wenig Unterstützung in London – sowie der Deutschlandvertrag von 1952 sorgten dafür, dass „die westlichen Regierungen und deren Bürokratien in Deutschland alles zu unterlassen hatten, was dem Wahlsieg Adenauers bei der Bundestagswahl 1953 gefährden könnte.“⁸⁹ So entschied die britische Hohe Kommission im April 1952, *Die Welt* höchstbietend zu verkaufen.⁹⁰

Nach langem Hin und Her erhielt Axel Springer im September 1953 schließlich den Zuschlag. Zuvor schien es, als ob der Ullstein-Verlag *Die Welt* erwirbt. Jedoch sorgten interne Unstimmigkeiten dafür, dass Sprin-

⁸⁵ Vgl. ebenda.

⁸⁶ Ebenda, S. 184 f.

⁸⁷ Vgl. ebenda, S. 186.

⁸⁸ Ebenda, S. 186 f.

⁸⁹ Schwarz, 2008, S. 187.

⁹⁰ Vgl. ebenda.

ger zum Zuge kam.⁹¹ Laut Springer-Biograf Hans-Peter Schwarz zahlte der Verlag ca. 2,7 Millionen Deutsche Mark. Um den Zuschlag zu erhalten, musste Springer jedoch einige Konzessionen machen. So sollte die zukünftige Berichterstattung weiterhin „London freundlich“ ausfallen, sich also hinter die Politik der britischen Besatzung stellen. Außerdem musste die bisherige Druckerei weiterhin genutzt und bestehendes Personal bis Mitte der 1960er Jahre nicht abgebaut werden.⁹² Im Laufe der nächsten Jahrzehnte wurde *Die Welt* der Inbegriff einer national-konservativen Zeitung und zugleich das Feindbild, neben der *Bild-Zeitung*, für die aufkeimenden Studentenproteste. Zeitgleich erkannte Springer seine Sympathien für Israel und trat dort als Wohltäter öffentlich in Erscheinung. Seit dem Amtsantritt von Willi Brandt war es Springers Ziel, die neue sozial-liberale Regierung zu stürzen.

Dieses Vorhaben setzte sich mit der Regierung unter Helmut Schmidt fort.⁹³ Als sich der Bruch der sozial-liberalen Koalition im Sommer 1982 abzeichnete, war sich Springer uneins darüber, welchen redaktionellen Kurs seine Blätter einnehmen sollten. So entschied er, der neuen Regierung „Feuerschutz“⁹⁴ zu geben und sich für eine angestrebte Neuwahl am 6. März 1983 auszusprechen. Hans-Peter Schwarz zitiert aus einem Brief von Axel Springer an den Bundeskanzler wie folgt: „Wir tun jedenfalls, was wir können!“⁹⁵ Zu Beginn von Kohls Amtszeit stand das Blatt dem Kanzler unterstützend zur Seite, aber nicht bedingungslos und während der gesamten achtziger Jahre.⁹⁶

Spätestens seit Franz Josef Strauß den Milliardenkredit einfädelt, konnte Axel Springer seine politische Enttäuschung nicht länger verber-

⁹¹ Vgl. ebenda, S. 194 ff.

⁹² Vgl. ebenda, S. 198 f.

⁹³ „Auch nachdem Franz Josef Strauß die Bundestagswahl 1980 in den Sand gesetzt hatte, betrachtete Springer es weiterhin als seine Aufgabe, auf einen baldmöglichen Sturz der Regierung Schmidt hinzuwirken. Sein Hauptinstrument dabei war nach wie vor *Die Welt*.“ Ebenda, S. 605.

⁹⁴ „Springer hatte zwar bei dieser Unterredung nichts fest versprochen, doch als sich die neuen Koalitionäre für Neuwahlen im Frühjahr 1983 entschieden, ließ er natürlich Feuerschutz geben.“ Ebenda, S. 610.

⁹⁵ Ebenda, S. 611.

⁹⁶ Vgl. Schwarz, 2008, S. 612 f.

gen. In der Welt hagelte es heftige Kritik sowohl dafür als auch für die, nach Springers Ermessen, nicht ausreichende Unterstützung Israels durch die Bundesregierung.⁹⁷ Noch deutlicher wurde er nach dem Wahlsieg der CDU/CSU-FDP Regierung am 6. März 1983: „Was verstehen Kohl und Genscher von der ‚Nahost‘ und Afrika-Politik? Mit Sicherheit nichts.“⁹⁸ Springer stand bedingungslos für eine proisraelische Politik. Bis zu seinem Tod im September 1985 propagierte er seine Überzeugungen als eine Art „Glaubensbekenntnis“: „Berlin als Hauptstadt und ein Hort der Freiheit, zur Offenheit der deutschen Frage und zur Rolle Berlins als Wegweiser der deutschen Einheit.“⁹⁹ Dennoch, trotz aller Kritik an der Regierung Kohl/Genscher, bestand die journalistische Maxime der Welt darin, die Ostpolitik von Brandt und Schmidt zu bekämpfen.¹⁰⁰ *Die Welt* sollte das konservative Bürgertum bei der Stange halten.¹⁰¹

„Der publizistische Verdienst der ‚Welt‘ in ihrer konservativen Phase ließ sich erst voll erkennen, als die totalitären Regime im Osten in sich zusammengesunken waren. Viel aufmerksamer als ein Großteil der deutschen Presse hat die Redaktion der ‚Welt‘ damals die Öffentlichkeit auf die Kräfte der Zukunft im Ostblock aufmerksam gemacht.“¹⁰²

So analysierte Hans-Peter Schwarz die Wirkung und Einflussnahme der Welt.

⁹⁷ „Die Beziehungen zu Strauß, noch mehr noch aber zur Regierung Kohl, wurden ganz besonders durch deren Israel-Politik belastet.“ Ebenda, S. 613.

⁹⁸ Ebenda, S. 615.

⁹⁹ Ebenda, S. 618.

¹⁰⁰ „Bei Springers Kampf gegen die ‚neue Ostpolitik‘ und gegen eine Anerkennung der unfreien sowjetischen Satrapie DDR sind seine beiden wichtigsten Waffen ‚Bild‘ und ‚Die Welt‘.“ Schwarz, Hans-Peter, Oberdiva unter lauter Diven, Eine wechselhafte Liebesgeschichte: Der Verleger Axel Springer und sein schwieriges Verhältnis zur Welt, in: *Die Welt*, 02.04.2011.

¹⁰¹ Vgl. ebenda.

¹⁰² Ebenda.

1.6.2 Frankfurter Allgemeine Zeitung

Nicht alle Zeitungen, die nach Ende des Krieges mit Hilfe der Alliierten in Druck gingen, waren Neugründungen. So entstand die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, heute weitgehend bekannt als *FAZ*, aus dem journalistischen Erbe der *Frankfurter Zeitung*. Deren Rolle während der NS-Zeit ist allerdings als zwiespältig einzustufen.¹⁰³ Der ehemalige Herausgeber der *FAZ* Paul Sethe, der schon für die *FZ* schrieb, galt als überaus kontroverser Journalist.¹⁰⁴ Auch ein weiteres Gründungsmitglied der *FAZ*, Erich Welter, konnte im Zuge der Entnazifizierung nicht vollkommen entlastet werden.¹⁰⁵

Die *Frankfurter Allgemeine* ging aus einem Zusammenschluss der „Wirtschaftlichen Gesellschaft“¹⁰⁶ („Wipog“) und Teilen der *Allgemeinen Zeitung* aus Mainz hervor.¹⁰⁷ Der Mainzer Zeitungsverlag brachte sein Verlagshaus mit ein, sodass sich zu Beginn die Redaktion auf zwei Standorte verteilte. „Ziel war eine deutsche Zeitung für die ganze Welt und ein Weltblatt für Deutschland.“¹⁰⁸ Diese Zeitung sollte aber auch ein Gegengewicht zu den bisherigen, von den Alliierten gegründet und kontrollierten Lizenzblättern sein. Angelehnt an die *Neue Zürcher Zeitung* vertrat die Zeitung „über eine unabhängige Berichterstattung hinaus das Leitbild einer freien Ordnung in Wirtschaft und Gesellschaft.“¹⁰⁹ Alexan-

¹⁰³ „Die Rolle der Frankfurter Zeitung im Dritten Reich war ambivalent. Vor allem im Feuilleton lassen sich Beispiele von Camouflage und Resistenz finden.“ Siering, 2002, S. 39.

¹⁰⁴ „Sethe, der dem außenpolitischen Ressort angehörte, war mit Beginn des Zweiten Weltkriegs wichtigster militärpolitischer Kommentator der *FZ* geworden. Unter dem Eindruck der Eroberungen ließ er sich zu Schlachtgesängen hinreißen, wie sie ähnlich auch in NS-Zeitungen zu finden waren.“ Ebenda, S. 39.

¹⁰⁵ „Welter selbst tat solche NS-freundlichen Formulierungen später als Einwickelpapier ab [...]“. Ebenda, S. 46.

¹⁰⁶ „Diese Gesellschaft hatte es sich zum Ziel gemacht, eine freie, sozial verpflichtete und in diesem Rahmen verantwortlich denkende und diszipliniert handelnde Wirtschaft aufzubauen. Sie war eine überparteilich Organisation.“ Siering, 2002, S. 49.

¹⁰⁷ „Als die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* am 01. November das Licht der Welt erblickte, verfügte sie ungewöhnlicherweise über zwei Geburtsorte: Frankfurt und Mainz.“ Die ersten Stühle kamen aus Apfelweinlokalen, Die Entwicklungen der *F.A.Z.* von 1949 bis heute, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 01.11.1989.

¹⁰⁸ Ebenda.

¹⁰⁹ Marktwirtschaft braucht eine Stimme, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19.12.2014.

der Haffner, Chef des Schuhherstellers Salamander und einer der großen Förderer der Zeitung schrieb:

*„Die Zeitung sei von der Wirtschaft gegründet worden, weil 1949 die Tagespresse überwiegend sozialistisch geführt oder infiziert gewesen sei. Demgegenüber sollte die Frankfurter Allgemeine eine bürgerliche Richtung in Wirtschaft, Politik und Kultur vertreten und schützen.“*¹¹⁰

„Um die Zeitung letztendlich aus der Taufe zu heben, waren jedoch hohe finanzielle Zuwendungen aus der Industrie nötig.“¹¹¹ Und sogar diese reichten in den ersten Jahren nicht aus. Das Blatt geriet schon 1950/51 in eine existenzbedrohende Krise. Erst ab 1959 war es finanziell solide und konnte auf eigenen Füßen stehen.¹¹² In der Zwischenzeit wurde die Zeitung mit Zuschüssen aus den USA am Leben erhalten.¹¹³

Die Herkunft der Gelder konnte bis heute nicht genau ermittelt werden.¹¹⁴ Ein mögliches finanzielles Engagement von Shepard Stone kam aus mehreren Gründen nicht zustande. Auf der einen Seite war die *FAZ* für Stone wohl zu konservativ und national, umgekehrt aber wollten sich die Herausgeber, wie aus Amerika gewünscht, keinen Chefredakteur vorsetzen lassen.¹¹⁵

Im Laufe der Jahre zog die Redaktion innerhalb Frankfurts mehrmals um. Bis sie letztendlich zum Jahreswechsel 1961/62 ihren heutigen Standort in der Hellerhofstraße fand.¹¹⁶ Um die viel beschworene Unabhängigkeit zu wahren, wurde die *FAZ* 1959 in die neu gegründete FAZIT-Stiftung eingebracht. Es mutet schon kurios an, dass ausgerechnet eine Zeitung, die von der Wirtschaft für die Wirtschaft gegründet wurde, nicht auf Ge-

¹¹⁰ Ebenda.

¹¹¹ Siering, 2002, S. 53.

¹¹² Vgl. Marktwirtschaft braucht eine Stimme, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19.12.2014.

¹¹³ Vgl. Frankfurter Allgemeine Langeweile, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.10.2014.

¹¹⁴ Vgl. ebenda.

¹¹⁵ Vgl. Frankfurter Allgemeine Langeweile, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.10.2014.

¹¹⁶ Vgl. Die ersten Stühle kamen aus Apfelweinlokalen, Die Entwicklungen der F.A.Z. von 1949 bis heute, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 01.11.1989.

winnmaximierung ausgelegt war und ist. Mit der Zeit etablierte sich die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* als das konservativ-bürgerliche Sprachrohr der Bundesrepublik. Der Historiker Peter Hoeres bezeichnete sie zwar nach den Worten Carl Schmitts als „Frankfurter Allgemeine Langeweile“, teilt diese Ansicht aber nicht: „Die Frankfurter Allgemeine avancierte aber zu einem intellektuellen Relevanzmedium.“¹¹⁷ Über die Entwicklung der Zeitung in den sechziger und siebziger Jahren ist nur wenig bekannt.¹¹⁸ Die *FAZ* brachte in ihrer bisherigen 65-jährigen Geschichte eine Reihe berühmter und renommierter Journalisten hervor. Zu nennen sind hier etwa Joachim Fest, Friedrich Karl Fromme, Marcel Reich-Ranicki, der wie kein zweiter das Feuilleton der *FAZ* prägte und nicht zuletzt der 2014 verstorbene Frank Schirrmacher. Sie alle waren herausragende Persönlichkeiten dieser Zeitung.

1.6.3 Süddeutsche Zeitung

Am 6. Oktober 1945 erschien die erste Ausgabe der *SZ* mit acht Seiten. Zu Beginn erschien sie nur dienstags und freitags, jede Ausgabe hatte vier bis sechs Seiten Umfang.¹¹⁹ Dass die *Süddeutsche Zeitung* wenige Monate nach Kriegsende in Druck gehen konnte, verdankte sie den Amerikanern. Denen schien „die Herausgabe einer Zeitung in der größten Stadt Bayerns vordringlich.“¹²⁰ Die Lizenz wurde an Edmund Goldschagg, Franz Josef Schöningh und August Schwingenstein übergeben.¹²¹ Bis dahin war es allerdings ein schwieriger Weg und bedurfte allerlei Überredungskünste der US-Presseoffiziere. Eigentlich befand sich August Schwingenstein mit seinen 64 Jahren zu alt für ein solches Unterfangen und lehnte das Angebot der Amerikaner, eine große Tageszeitung aufzu-

¹¹⁷ Frankfurter Allgemeine Langeweile, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.10.2014.

¹¹⁸ Vgl. ebenda.

¹¹⁹ Vgl. Leuchtturm im Sturmgebräus, eine Chronologie der *SZ*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 11.11.2008.

¹²⁰ Hoser, Paul, Vom provinziellen Lizenzblatt zur New York Times von Bayern, in: Hachmeister, Lutz, Siering, Friedmann (Hrsg.), *Die Herren Journalisten, Die Elite der deutschen Presse nach 1945*, München, 2002, S. 123.

¹²¹ Vgl. Lizenz Nummer 1, in: *Süddeutsche Zeitung*, 06.10.2004.

bauen ab.¹²² Nach intensiven Bemühungen wurden schließlich noch zwei weitere Mitstreiter ins Boot geholt. Sie alle galten als unbelastet und dank ihrer journalistischen Erfahrung bzw. verlegerischen Tätigkeiten bestens geeignet, diese neue Zeitung zu gründen. Auch wenn sie nicht direkt als Vorbild diente, so ging die *Süddeutsche Zeitung* eindeutig aus der bis dato größten Tageszeitung Münchens, der *Münchener Neusten Nachrichten* hervor.¹²³

Die Papierknappheit war zu Beginn so groß, dass nur die Abonnenten der *Münchener Neusten Nachrichten* die *SZ* beziehen konnten.¹²⁴ Ab dem November 1946 erschien sie dann dreimal die Woche – dienstags, donnerstags und samstags. Dennoch sorgten immer wiederkehrende Papierengpässe für Druck- und Lieferschwierigkeiten. Daher ist die *SZ* zu Beginn ihres Erscheinens eher als Wochen- denn als Tageszeitung einzustufen.¹²⁵ Erst mit der Währungsreform „begann der Weg zur Zeitungsnormalität.“¹²⁶ Ab dem 19. September 1949 erschien die *SZ* von nun an täglich. Zudem steigerte sie konsequent ihre Auflage und konnte so ihren Redaktionsstab erheblich vergrößern.¹²⁷ Im Dezember 1953 nahm die *SZ* wieder die Bezeichnung *Münchener Neuste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport* auf, um damit an die *Münchener Neusten Nachrichten* zu erinnern.¹²⁸ Zwar betonte die Redaktion der *Süddeutschen Zeitung* bereits in ihrer ersten Ausgabe, dass sie politisch unabhängig und weder das Sprachrohr der Regierung noch einer bestimmten Partei sei, dennoch waren ihre Gründungsväter direkt in der deutschen Parteienlandschaft verwurzelt. So war Verlagsleiter Schwingenstein Mitbegründer der CSU. Schöningh galt als CSU-nahe und Goldschagg gehörte der SPD an.¹²⁹

¹²² Vgl. Bayerns Nr. 1 am Start, in: *Süddeutsche Zeitung*, 06.10.2005.

¹²³ Vgl. Hoser, 2002, S. 123.

¹²⁴ Vgl. Lizenz Nummer 1, in: *Süddeutsche Zeitung*, 06.10.2004.

¹²⁵ Vgl. Amerikanische Paten – deutsche Väter, in: *Süddeutsche Zeitung*, 06.10.1995.

¹²⁶ Ebenda.

¹²⁷ Vgl. ebenda.

¹²⁸ Vgl. *SZ*-Chronik, in: *Süddeutsche Zeitung*, 06.10.2005.

¹²⁹ Vgl. Hoser, 2002, S. 140.

Dennoch stand die *SZ* den Parteien kritisch gegenüber. Zuweilen gab es mit der CSU und ihrem damaligen Vorsitzenden Josef Müller heftigste Auseinandersetzungen.¹³⁰ Zur Sozialdemokratie pflegte man ein freundschaftliches Verhältnis – scheute aber nicht vor Kritik zurück.¹³¹ Im Laufe der Zeit entwickelte sich die *SZ*, wie von den Amerikanern vorgesehen, zu einer Tageszeitung mit internationalem Renommee. Im Vergleich zu anderen Abonnementszeitungen wies die *SZ* schon zu Beginn originäre Elemente auf, wie das Streiflicht, eine Glosse auf Seite eins oder die „Seite Drei“ mit einer ausführlichen Reportage. Beide wurden ausgezeichnet und prämiert. Insgesamt agierte die *SZ* wesentlich investigativer als die *FAZ* oder *Die Welt* und hatte mehrere sogenannte „Scoops“, wie zum Beispiel die CDU-Spendenaffäre, zu verzeichnen.

1.6.4 Die Zeit

Die Gründungsväter der *Zeit* waren sich anfangs gar nicht sicher, ob sie eine Tages- oder Wochenzeitung gründen sollten.¹³² Nach einigen Wirrungen fiel im Februar 1946 die Entscheidung zugunsten einer Wochenzeitung und erhielten hierfür von den Briten ihre Lizenz. Heute ist bekannt, dass *Die Zeit* hinsichtlich ihrer früheren Mitarbeiter und deren Wirken in der NS-Zeit keineswegs als „unbelastet“ einzustufen ist.¹³³ Bis auf Gerd Bucerius, der als absolut unbelastet galt – „er konnte einen blütenweißen Fragebogen vorweisen“¹³⁴ – lernten fast alle anderen ihr Handwerk „bei Blättern des Dritten Reiches.“¹³⁵ So fiel zu Beginn der journalistisch-kritische Fokus der Zeitung weniger auf das NS-Regime als viel mehr auf die Besatzungsmächte. Die ertrugen dieses Gebaren geduldig¹³⁶, was wohl vor allem an der konservativen Haltung und deutschfreundlichen Ausrichtung vieler britischer Besatzungsoffiziere lag. Der

¹³⁰ Vgl. ebenda, S. 141.

¹³¹ Vgl. ebenda.

¹³² Vgl. Schildt, Axel, Gründerzeiten, in: Haase, Christian, Schildt, Axel (Hrsg.), *Die Zeit und die Bonner Republik*, Göttingen, 2008, S. 14.

¹³³ Vgl. ebenda, S. 12.

¹³⁴ Ebenda, S. 14.

¹³⁵ Ebenda, S. 16.

¹³⁶ Vgl. ebenda, S.16.

erste Chefredakteur Ernst Samhaber, ein Deutsch-Chilene, der während des Krieges als Südamerika-Korrespondent mehrerer NS-Zeitungen fungierte, versuchte nun auch bei der *Zeit* nationale Töne anzuschlagen – was aber misslang. Seine NS-Vergangenheit holte ihn nach kurzer Zeit ein und er wurde abgesetzt. Die „nationalistischen Ausfälle“¹³⁷ gegen die Besatzungsmacht hörten damit aber nicht auf. Im Gegenteil, der Nachfolger Ernst Samhabers Richard Tüngel setzte diesen Kurs unvermindert fort. Auch in anderen Bereichen der Zeitung, wie z. B. dem Feuilleton, wurde dieser Diskurs der „deutschnationalen Anwälte“¹³⁸ ausgetragen – ohne dass sich liberale Zeit-Journalisten wie Marion Gräfin Dönhoff oder Ernst Friedlaender offen erzürnt darüber gezeigt hätten. Schließlich verließ Ernst Friedlaenders, der bis dato stellvertretender Chefredakteur war, die Zeitung dann doch.¹³⁹ Offenbar konnte und wollte er den nationalistischen Kurs von Tüngel nicht länger tolerieren.¹⁴⁰

Das große Thema der *Zeit* Anfang der fünfziger Jahre war die Deutschlandpolitik. Innerhalb der Redaktion schien Kosens zu herrschen, grundlegende Meinungsverschiedenheiten im Blatt selbst sind nicht auszumachen, wobei Mitbegründer Gerd Bucorius aufgrund seines CDU-Bundestagsmandates offensiv für den Wiederaufrüstungskurs Adenauers warb.¹⁴¹ Gräfin Dönhoff sprach zwar in ihren Artikeln eine Wiederbewaffnung nicht offensiv an, plädierte jedoch für eine westliche Verteidigungspolitik.

Doch erst ab 1957 wurde *Die Zeit* als jenes liberale Medium verstanden, wie wir es heute kennen. Axel Schildt spricht daher auch von einer „zweiten Gründung“.¹⁴² Im Zuge dessen kam es zu einer deutlichen Verjüngung der Redaktion. So stießen etwa Theo Sommer und Hans Gressmann dazu.¹⁴³ Zu jener Zeit geriet die Zeitung in schwere wirtschaftliche

¹³⁷ Ebenda, S. 17.

¹³⁸ Ebenda, S. 18.

¹³⁹ Vgl. Schildt, 2008. S. 19.

¹⁴⁰ Vgl. ebenda.

¹⁴¹ Vgl. ebenda.

¹⁴² Ebenda, S. 21.

¹⁴³ Vgl. ebenda.

Schwierigkeiten und wäre beinahe eine Kooperation mit dem *Spiegel* eingegangen.¹⁴⁴ Doch dazu kam es nicht, denn Gerd Bucerius rettete mit einem Notkredit *Die Zeit* und wurde so Mehrheitseigner.¹⁴⁵ In den sechziger Jahren avancierte *Die Zeit* schließlich zu dem liberalen Leitmedium der Bundesrepublik. Inhaltlich stand jetzt nicht mehr die Westbindung im Vordergrund, sondern die Aussöhnung mit den osteuropäischen Nachbarn. So war es auch kein Zufall, dass sich die Redaktion von der CDU entfremdet hatte und sich nun thematisch den Sozialdemokraten zuwandte.¹⁴⁶ Mit dem Antritt der sozial-liberalen Bundesregierung und dem ein Jahr vorher stattgefundenen Wechsel an der Spitze der Chefredaktion – Gräfin Dönhoff wurde nun Chefredakteurin – verkörperte das Blatt den nun herrschenden Zeitgeist, der durch die Bonner Republik wehte.¹⁴⁷

Die Redaktion blieb inhaltlich in den dreizehn Jahren der sozialliberalen Koalition ein politischer Unterstützer der Bundesregierung. Mit der „Wende“ in Bonn begann auch ein neuer Abschnitt für *Die Zeit*. Helmut Schmidt wurde Mitherausgeber und das Blatt setzte sich in der Folge kritisch mit der Regierung Kohl/Genscher auseinander. In teilweise äußerst scharfen Debattenbeiträgen kommentierte und opponierte man gegen die amtierende Bundesregierung und sah sich durchaus als politische Opposition, die gesellschaftskritische Tendenzen vortrug und verteidigte. Themen waren z. B. die Skandale um Kießling, Flick und Barschel sowie die Diskussionen um die Kernenergie und Umweltverschmutzung.¹⁴⁸ In der wiederaufkeimenden Debatte um die Deutschlandpolitik mit dem Regierungsantritt von Kohl bis hin zur „Wendezeit“ agierte *Die Zeit* eher skeptisch und stand einer Wiedervereinigung kritisch gegenüber, man-

¹⁴⁴ Vgl. Heide, Matthias von der, Wagener, Christian, Weiter rechts als die CDU, das erste Jahrzehnt der Zeit, in: Hachmeister, Lutz, Siering, Friedmann (Hrsg.), *Die Herren Journalisten, Die Elite der deutschen Presse nach 1945*, München, 2002, S. 183.

¹⁴⁵ Vgl. ebenda.

¹⁴⁶ Vgl. Schildt, Axel, *Die zweite Gründung der Zeit (1957–1967)*, in: Haase, Christian, Schildt, Axel (Hrsg.), *Die Zeit und die Bonner Republik*, Göttingen, 2008, S. 23 f.

¹⁴⁷ Vgl. Schildt, Axel, *Sozialliberales Leitorgan (1968–1982)*, in: Haase, Christian, Schildt, Axel (Hrsg.), *Die Zeit und die Bonner Republik*, Göttingen, 2008, S. 25 f.

¹⁴⁸ Vgl. Schildt, Axel, *Am Ende der Bonner Republik*, in: Haase, Christian, Schildt, Axel (Hrsg.), *Die Zeit und die Bonner Republik*, Göttingen, 2008, S. 26.

che Autoren sogar ablehnend¹⁴⁹, allerdings niemals ideologisiert, sondern immer offen für das bessere Argument. Das Credo der Zeit kann daher als ein programmatischer Pluralismus verstanden werden.¹⁵⁰

1.6.5 Der Spiegel

Das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* wurde von Rudolf Augstein im Januar 1947 gegründet. Zuvor versuchte sich der damals zweiundzwanzig Jährige in der Redaktion des *Hannoverschen Nachrichtenblatts* und sammelte dort seine ersten Erfahrungen als Journalist.¹⁵¹ Zusammen mit Friedrich Rasche entwickelten sie im Auftrag der Briten eine Zeitung für die Besatzungszone. Augstein hat schließlich Rasche zu verdanken, dass er als unbelastet eingestuft wird.¹⁵² Nach kurzer Zeit und einigen Artikeln, die zum Teil recht kritisch mit der deutschen Bevölkerung ins Gericht gingen, wurde ein britischer Presseoffizier auf Augstein aufmerksam. John Seymour Chaloner, der in der Presseabteilung der Militärregierung arbeitete, wollte mit Hilfe Augsteins und Hans J. Trolls ein Nachrichtenmagazin nach amerikanischem Vorbild gründen. Nach einigen Wochen Vorlaufzeit sollte das Magazin, das zuerst noch *Die Woche* hieß, in Druck gehen, obwohl die Briten den Druck der Zeitung ablehnten. Nur weil Chaloner sich über ein Fernschreiben aus London hinwegsetzte, das die sofortige Einstellung des Blattes forderte, konnte das Magazin produziert werden. Ansonsten hätte es wohl den *Spiegel* und den großen Journalisten Rudolf Augstein nie gegeben.¹⁵³

Anfangs wurden diverse Nachrichten aus verschiedenen Zeitungen gesammelt und zu einer „Story“ umgeschrieben.¹⁵⁴ Denn auch inhaltlich sollte sich das neue Format an seinen angelsächsischen Vorbildern orientieren.¹⁵⁵ Wichtig dabei war die sogenannte „Narrative Story“¹⁵⁶, also

¹⁴⁹ Vgl. ebenda.

¹⁵⁰ Vgl. ebenda, S. 26 f.

¹⁵¹ Vgl. Merseburger, Peter, Rudolf Augstein, München, 2007, S. 66.

¹⁵² Vgl. ebenda, S. 68.

¹⁵³ Vgl. Merseburger, 2007, S. 71.

¹⁵⁴ Vgl. ebenda, S. 73.

¹⁵⁵ Vgl. Brawand, Leo, Die Spiegel-Story, wie alles anfing, Düsseldorf, 1995, S. 52.

eine Verknappung des Geschehens, Reduktion der Ereignisse einer ganzen Woche auf das Wichtigste, Personalisierung von komplizierten Sachfragen. Dazu kamen ein weitgehender Gebrauch der Alltagssprache und ein einfacher, umgangssprachlicher Stil, den möglichst jeder verstehen konnte.¹⁵⁷

Nach internen Querelen trennten sich die Briten von Major Chaloner und übergaben das Blatt den deutschen Lizenznehmern: Rudolf Augstein, Roman Stempka und Gerhard Barsch, ein Verlagskaufmann, den die Militärregierung installierte. Der bisherige Titel wurde von den neuen Lizenznehmern nicht übernommen und so entschied sich Rudolf Augstein für den Namen *Der Spiegel*.¹⁵⁸ Spätestens mit der Strauß/*Spiegel*-Affäre 1962 festigte das Blatt seinen Ruf als investigatives Nachrichtenmagazin.¹⁵⁹ Nach dem Regierungswechsel von Kiesinger zu Brandt war *Der Spiegel* stets auf Seiten der sozial-liberalen Regierung. Augstein selbst kandidierte für die FDP für den Bundestag und war auch eine kurze Zeit als Parlamentarier tätig. 1972 schenkte Augstein fünfzig Prozent *Der Spiegel*-Anteile seinen Mitarbeitern. Mit Erich Böhme als neuen Chefredakteur übte das Magazin wieder deutlich mehr Kritik an der Bundesregierung. Peter Merseburger, der Biograf von Rudolf Augstein, sah den *Spiegel* auch federführend am Sturz Willy Brandts beteiligt.¹⁶⁰ Nach der Wahl von Helmut Kohl zum Bundeskanzler „fand *Der Spiegel* jetzt zu seiner alten Rolle als wichtigstes Blatt der Opposition zurück.“¹⁶¹ Aus seiner persönlichen Meinung zu Kohl hat Augstein nie einen Hehl gemacht, dass er den „Oggersheimer“ ablehne und eines Kanzlers nicht würdig empfinde. Mit zahlreichen „*Spiegel*-Geschichten“ unternahm Augstein dann auch permanent den Versuch den „Kanzler Tunix“¹⁶² weg-

¹⁵⁶ Merseburger, 2007, S. 73.

¹⁵⁷ Vgl. ebenda.

¹⁵⁸ Vgl. ebenda, S. 79.

¹⁵⁹ „Am Ende *Der Spiegel*-Affäre ist Rudolf Augstein zu einer Figur von nationaler Bedeutung, zum Helden der Pressefreiheit avanciert, und *Der Spiegel* hat an Bedeutung, Auflage und Macht gewonnen.“ Ebenda, S. 289.

¹⁶⁰ Vgl. ebenda, S. 410.

¹⁶¹ Ebenda, S. 476.

¹⁶² Ebenda, S. 584.

zuschreiben.¹⁶³ In einem Punkt unterschieden sich Augstein und Böhme dann doch deutlich voneinander. Während Erich Böhme deutlich Position bezog und seine Ablehnung gegen eine Wiedervereinigung deutlich machte: „Ich will nicht wiedervereinigt werden“¹⁶⁴, wie Böhme in einem Artikel schrieb, bekannte sich Rudolf Augstein zur Wiedervereinigung, kritisierte Margaret Thatcher und François Mitterand und verwies zugleich auf den Deutschlandvertrag von 1952.¹⁶⁵

¹⁶³ Vgl. ebenda, S. 484.

¹⁶⁴ Ebenda, S. 486.

¹⁶⁵ „Als sich mit dem Zusammenbruch der DDR schließlich die Chance zur Einheit bietet, kritisiert er [Augstein] in seinen Kommentaren vor allem Margaret Thatcher und François Mitterand, die eine Vereinigung entweder verhindern oder doch erheblich verzögern wollen. Unermüdlich fordert er: ‚pacta sunt servanda‘, immer wieder weist er auf Artikel 7 des Deutschlandvertrages von 1952 hin, in dem sich die Westmächte verpflichtet hatten, mit friedlichen Mitteln das Ziel eines wiedervereinigten Deutschland anzusteuern, das eine Verfassung ähnlich wie die Bundesrepublik besitzt und in die europäische Gemeinschaft integriert ist.“ Ebenda. S. 487 f.

2 Hauptteil

2.1 Wende oder Halse – bleibt alles anders?¹⁶⁶

Seit Monaten wirkte die amtierende sozial-liberale Regierung wie gelähmt. Helmut Schmidt und sein Außenminister Hans-Dietrich Genscher misstrauten einander nur noch. Zwar konnte sich Helmut Schmidt bei der Bundestagswahl 1980 gegenüber Franz Josef Strauß und der CDU/CSU durchsetzen – aber auch nur weil die FDP Zugewinne von 2,7 Prozent feierte und so die Koalition erneut bestätigt werden konnte. Die Regierung stabilisierte sich damit jedoch nur vordergründig.¹⁶⁷ Zu lange schon herrschten Zwietracht und Missgunst in den Fraktionen der jeweiligen Parteien. Die Gemeinsamkeiten hatten sich zerrieben.¹⁶⁸ Die schwelenden Konflikte innerhalb der Koalition, wie haushaltspolitische Fragen, der außenpolitische Kurs der Regierung Schmidt/Genscher und die damit verbundenen heftigen Auseinandersetzungen innerhalb beider Parteien¹⁶⁹ in Bezug auf den zu ratifizierenden Nato-Doppelbeschluss konnten nicht bereinigt werden. Über Bonn brach die „Kanzlerdämmerung“¹⁷⁰ herein. Der heimliche Wahlsieger, die FDP nämlich und mit ihr Hans-Dietrich Genscher, setzten den heftigen Diskurs über den Verbleib der Liberalen in der Bundesregierung fort¹⁷¹, der am Ende das Aus für Helmut Schmidt

¹⁶⁶ „Elegant ist das Segelmanöver nicht, das der FDP-Vorsitzende vollführt. Er sitzt an der Ruderpinne und kann sich nicht entscheiden. So ist manches Mal aus einer beabsichtigten Wende eine Halse geworden: das gefährlichste Manöver. Dabei dreht das Boot mit dem Heck durch den Wind und gerät leicht in Gefahr des Kenterns. Viel Blei hat die FDP ohnehin nicht im Kiel.“ Klar zur Wende?, Genscher: Steuermann ohne Kurs, in: *Die Zeit*, 27.08.1982.

¹⁶⁷ Vgl. Wirsching, Andreas, *Abschied vom Provisorium 1982–1990*, München, 2006, S. 17.

¹⁶⁸ Vgl. ebenda.

¹⁶⁹ Auf beiden Seiten gab es sowohl Gegner als auch Befürworter.

¹⁷⁰ Brechenmacher, Thomas, *Die Bonner Republik, Politisches System und innere Entwicklung der Bundesrepublik*, Berlin-Brandenburg, 2011, S. 144.

¹⁷¹ Die innerparteilichen Kräfte, die einen Wechsel zur CDU/CSU anstrebten, wurden auch dadurch gestärkt, dass im Zuge der Berliner Senats Wahl sowie der Hamburger Bürgerschaftswahl die Grünen erstmals in die Parlamente einzogen und so der SPD neue Koalitionsoptionen bzw. Machtperspektiven ebneten.

und die SPD bedeuten sollte. Der Bruch der sozial-liberalen Regierung bedeutete zugleich die Wende hin zu einer christlich-liberalen Koalition.

Am 1. Oktober 1982 wurde Helmut Kohl durch ein konstruktives Misstrauensvotum zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Kohl, der vorbereitet war¹⁷², hatte auf diesen Augenblick jahrelang hingearbeitet.

Einer der Hauptgründe für das Scheitern der sozial-liberalen Regierung war der Nato-Doppelbeschluss.¹⁷³ Das, was Helmut Schmidt nicht mehr durchzubringen vermochte – obgleich es an ihm allein nicht lag, vielmehr entzog die Partei ihm das Vertrauen – war für Helmut Kohl ein Fundament seiner Außen- bzw. Ostpolitik.¹⁷⁴ Schon als Oppositionsführer bekannte er sich zum Nato-Bündnis¹⁷⁵ und dem, von den Amerikanern und der NATO initiierten und im Bundestag zu ratifizierenden NATO-Doppelbeschluss und somit zur Stationierung der Pershing-Raketen auf deutschem Boden.

Wie reagierten die Printmedien auf den bevorstehenden Machtwechsel in Bonn und die damit beginnende Neuausrichtung der Ostpolitik sowie einer faktischen Neujustierung in der Deutschlandpolitik unter der Ägide von Helmut Kohl? Schenkte man den SPD-Darstellungen in diesem Zusammenhang Glauben, sollte jene Ära einen politischen Rück-

Vgl. auch: Kleinmann, Hans-Otto, In der Opposition 1976–1982, Die „Wende“, in: Geschichte der CDU 1945–1982, Stuttgart, 1993, S. 449.

¹⁷² „Als Ende August/Anfang September das Zerwürfnis zwischen SPD und FDP feststand. Erklärte Kohl, daß die CDU/CSU jederzeit für eine Regierungsübernahme bereit sei.“ Ebenda, S. 455.

¹⁷³ „Moskau hat aber die Entspannung auch direkt in Europa ruiniert, indem es seine bedrohliche Übermacht der SS-20-Raketen auffuhr. Auf diese Weise produzierten die Sowjets das Nachrüstungsproblem, das sich, neben der Finanz- und Wirtschaftspolitik, zur Hauptkrise der Kanzlerschaft von Helmut Schmidt entwickelt hat.“ Nach 13 Jahren sozial-liberaler Koalition unter Brandt und Schmidt: Was hat Bestand?, in: *Die Welt*, 20.09.1982.

¹⁷⁴ „Als Helmut Schmidt allein versuchte, zwischen Ost und West zu vermitteln, geriet er am Ende seiner Amtszeit innerhalb des Bündnisses unversehens in die Isolation. Weiten Teilen der SPD jedoch ging das nicht weit genug, so dass sie Kanzler Schmidt das Vertrauen entzogen – ein wesentlicher Grund für das Ende der sozialliberalen Koalition im Herbst 1982.“ Hertfäller, Thomas, Rödder, Andreas (Hrsg.), *Modell Deutschland – Erfolgsgeschichte oder Illusion?* Göttingen, 2007., S. 147.

¹⁷⁵ Vgl. Kohl, Helmut: Perspektiven deutscher Außenpolitik für die achtziger Jahre, Beitrag in der Sonde im Sommer 1980, in: Hintze, Peter, Langguth, Gerd, Helmut Kohl. der Kurs der CDU, Stuttgart, 1993, S.197.

schritt in die fünfziger und sechziger Jahre bedeuten.¹⁷⁶ Andere, besonders konservative Kräfte innerhalb der Union, sahen in dem sich abzeichnenden Machtwechsel die Chance, die ihrer Meinung nach verfehlte Ostpolitik zu korrigieren.¹⁷⁷

2.2 Rückblick und Ausblick – was bringt der Wechsel in Bonn? Zeitungen zur anstehenden Wahl von Helmut Kohl zum Bundekanzler

2.2.1 Die Welt

Als der Termin zum konstruktiven Misstrauensvotum nun feststand und sich die letzten Verfechter der sozial-liberalen Regierung in Durchhalteparolen versuchten¹⁷⁸, begannen die Zeitungen der Bonner Republik Bilanz aus dreizehn Jahren sozial-liberaler Politik zu ziehen – so auch *Die Welt*.¹⁷⁹ Während das westliche Ausland eher neutral und nüchtern den Abschied von Helmut Schmidt bilanzierte, war „das Echo im Osten überwiegend negativ“.¹⁸⁰ Laut *Welt* warnten Moskau und Warschau vor einer CDU/CSU geführten Regierung – Radio Warschau nannte Kohl und

¹⁷⁶ „Zu Helmut Kohls Repertoire gehört es unentwegt über mangelnde Führungsfähigkeiten andere zu lamentieren. Derweil nehmen ihm die Ministerpräsidenten der CDU/CSU, von Gerhard Stoltenberg bis Franz-Josef Strauß, peu à peu das Ruder aus der Hand. Zuletzt verbot ihm Strauß der Union jede Öffnung in Richtung Osteuropa, die Heiner Geißler und Kurt Biedenkopf wollten. Kohl schwieg dazu vielsagend. Aber Kurt Biedenkopf analysierte, dass Moskau für die Union immer noch ein schwarzes Loch sei. Treffender lässt sich die politische Blindheit der Union auf dem ost- und friedenspolitischen Felde nicht charakterisieren.“ Vgl. Clement, Wolfgang, SPD Bundesvorstand (Hrsg.), Mitteilung für die Presse, Pressemitteilung der SPD, Bonn, 1.10.1981.

¹⁷⁷ Vgl. Buchstab, 2010, S.462.

¹⁷⁸ In diesem Zusammenhang ist es wichtig, sich den fast schon an Selbstzerstörung grenzenden Kampf der beiden FDP-Flügel zu vergegenwärtigen. Günther Verheugen, Andreas von Schöler und Hildegard Hamm-Brücher – um nur einige zu nennen, traten offensiv und konfrontativ gegen den Kurs ihres Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher ein. Ihnen widerstrebte die Vorstellung, sich künftig in einer schwarzgelben Koalition wiederzufinden. Hamm-Brücher stellte unmittelbar klar, „daß Sie in die Regierung Kohl nicht wieder als Staatsministerin eintreten werde“. Aus Protest gegen Genscher: Rücktritt, in: *Die Welt*, 20.09.1982.

¹⁷⁹ Vgl. Nach 13 Jahren sozial-liberaler Koalition unter Brandt und Schmidt: Was hat Bestand?, in: *Die Welt*, 20.09.1982, sowie Hertz-Eichenrode 1982, in: *Die Welt*, 20.09.1982.

¹⁸⁰ Ebenda

die Union „die letzten Mohikaner des Kalten Krieges“¹⁸¹ und stilisierte die möglichen Konsequenzen einer Kanzlerschaft Helmut Kohls zur Gefahr „nicht nur für Europa, sondern für die ganze Welt“¹⁸². Auch die Redaktion der *Welt* bediente hier deutlich die Klischees und Propaganda-Mechanismen des Kalten Krieges. Innerhalb der Union wurde dieser Auffassung natürlich vehement widersprochen und besonders Wert darauf gelegt, dass Kontinuität mit neuen Akzenten die Außenpolitik der Regierung Kohl/Genscher kennzeichnen würde¹⁸³ – insbesondere in Bezug auf die Deutschlandfrage. Der Journalist und Autor Bernt Conrad sprach in der *Welt*, in einem Artikel im September 1982, von einer stärkeren – „revitalisiert[en]“ – politischen Akzentuierung „der Wiedervereinigung in Freiheit“.¹⁸⁴ In dieser Thematik positionierte sich *Die Welt* nun das erste Mal sehr deutlich und ließ somit ihren Anspruch gegenüber einer von CDU/CSU geführten Bundesregierung erkennen.

Für die anstehenden Koalitionsverhandlungen mit der FDP zeigte man sich seitens der Unionsführung zuversichtlich.¹⁸⁵ Ein Zitat des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Manfred Wörner¹⁸⁶ muss in diesem Zusammenhang näher betrachtet werden: Wörner wird in einem Artikel vom 22. September 1982 mit folgenden Worten zitiert: „Bei uns geht nur

¹⁸¹ Ebenda

¹⁸² Ebenda.

¹⁸³ Vgl. „Ein verlässlicher Partner bleiben“, Die Außenpolitik einer Regierung Kohl/Genscher: Kontinuität mit neuen Akzenten, in: *Die Welt*, 22.09.1982.

¹⁸⁴ „Eine westliche Gesamtstrategie unter Einschluß der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen wird für vordringlich gehalten. Die Deutschlandfrage soll revitalisiert, das Ziel der Wiedervereinigung in Freiheit stärker herausgestellt werden. Dazu gehört auch eine Konsolidierung der Bindungen Berlins an den Bund.“ Ebenda.

¹⁸⁵ Der Welt-Journalist verweist in diesem Zusammenhang auf eine Rede von Genscher zur Lage der Nation im Bundestag vom 09.09.1982: „Pflichterfüllung, das bedeutet für mich: zu handeln, auch in der Verantwortung für diejenigen, die in dem anderen Teil unseres Vaterlandes leben, in dem ich geboren wurde und wo meine Heimat liegt.“ „Ein verlässlicher Partner bleiben“, Die Außenpolitik einer Regierung Kohl/Genscher: Kontinuität mit neuen Akzenten, in: *Die Welt*, 22.09.1982.

¹⁸⁶ „Kohl war im Gegensatz zu seinem Vorgänger kein gelernter Außen- und Sicherheitspolitiker. Zu den militär-strategischen Details nahm er nur äußerst selten Stellung. Das überließ er gerne anderen, beispielsweise dem langjährigen Verteidigungsexperten der Union, Manfred Wörner.“ Inacker, Michael J., Politik in einer Wendezeit, Die Sicherheitspolitik der Regierung Kohl, in: Appel, Reinhard (Hrsg.), Helmut Kohl im Spiegel seiner Macht, Bonn, 1990. S. 76.

Kasse gegen Kasse“¹⁸⁷ Eindeutig verweist wird in diesem Zusammenhang auf die Schwerpunkte einer zukünftigen Deutschlandpolitik verwiesen. Die Verwendung des Zitats durch den Autor verdeutlicht abermals die Abneigung gegenüber der Regierung Schmidt. Denn zu dessen Zeiten hieß das Mantra ursprünglich „Kasse gegen Hoffnung“.

Der Union war eine vertiefte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der DDR besonders wichtig¹⁸⁸ – insbesondere hinsichtlich des Wechselkurses und der Herabsetzung des Zwangsumtausches.¹⁸⁹ Die erste Reaktion der DDR-Führung auf den bevorstehenden Regierungswechsel in Bonn erfolgte in einer Pressemitteilung des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes (ADN): „Die DDR spricht von einer negativen Wende in Bonn.“¹⁹⁰ Darin wurden Äußerungen führender Unionspolitiker dahingehend interpretiert, dass „eine unionsgeführte Bundesregierung mehr atlantische als europäische Politik machen werde.“¹⁹¹ Äußerst positiv wertete die DDR-Spitze die noch amtierende Bundesregierung und ihre – weg vom Kalten Krieg, hin zu einer entkrampfenden – Ostpolitik. „im Umgang einer künftigen Regierung Kohl stellte die DDR-Führung Bedingungen.“¹⁹² Laut einer Pressemitteilung des ADN machte der Stab um Erich Honecker die Entwicklung „gutnachbarlicher Beziehungen“¹⁹³ davon abhängig, ob es wie geplant zu einer Stationierung von US-Raketen

¹⁸⁷ „In diesem Sinne will die Union in der künftigen Bundesregierung gegenüber West und Ost an der aktiven Offenhaltung der nationalen Frage arbeiten. Sie sieht darin auch ein wichtiges Mittel zur Verminderung eines neuen deutschen Nationalismus. Die innerdeutschen Instrumente, wie der Grundlagenvertrag und der innerdeutsche Handel, sollen im Interesse der Menschen im geteilten Deutschland auf der Basis verlässlicher Leistungen und Gegenleistungen genutzt werden. Bei uns geht nur Kasse gegen Kasse“. „Ein verlässlicher Partner bleiben“, Die Außenpolitik einer Regierung Kohl/Genscher: Kontinuität mit neuen Akzenten, in: *Die Welt*, 22.09.1982.

¹⁸⁸ In diesem Zusammenhang muss die sogenannte „Magnettheorie“ erwähnt werden. Vgl. Abelshauser, Werner, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945*, München, 2004, S.361.

¹⁸⁹ Vgl. „Ein verlässlicher Partner bleiben“, Die Außenpolitik einer Regierung Kohl/Genscher: Kontinuität mit neuen Akzenten, in: *Die Welt*, 22.09.1982.

¹⁹⁰ DDR spricht von negativer Wende in Bonn, in: *Die Welt*, 22.09.1982.

¹⁹¹ Ebenda.

¹⁹² Die DDR-Führung stellt Bedingungen, in: *Die Welt*, 23.09.2013.

¹⁹³ Ebenda.

auf dem Gebiet der Bundesrepublik kommen würde oder nicht.¹⁹⁴ Schuld am Scheitern der Regierung Schmidt war laut ADN-Meldung klar die FDP, die sich – als Konsequenz aus der Friedensbewegung – hinter „dem Rücken von Bundeskanzler Schmidt eine neue Regierungsmehrheit nicht durch sofortige Neuwahlen, sondern durch Leihstimmen aus der FDP-Fraktion verschaffte.“¹⁹⁵

Kurz vor dem konstruktiven Misstrauensvotum präsentierte *Die Welt* erste Details einer zukünftigen Koalitionsvereinbarung. Der Redaktion schien es hier besonders wichtig zu sein, den Akzent auf die Deutschlandpolitik zu legen und unterstütze den vermeintlich neuen und härteren Kurs gegenüber der DDR.¹⁹⁶ Den Begriff „beide deutsche Staaten“ vermied man bewusst. Hier konnte man schon den ersten deutlichen Unterschied zur Regierung Brandt sowie zur Regierung Kohl feststellen. Stattdessen wurde folgende Formel verwendet: „Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung gründet sich auf das dem deutschen Volke zustehende Recht auf friedliche Verwirklichung seines Selbstbestimmungsrecht. Damit entspricht sie dem Gebot des Grundgesetzes, die Einheit Deutschlands in Freiheit zu vollenden.“¹⁹⁷ Gleichzeitig betonten die Koalitionspartner den Willen und die Absicht, sich um eine Verbesserung „der Beziehung zur DDR zu bemühen.“¹⁹⁸

Am Tag der Wahl von Helmut Kohl druckte *Die Welt* einen Artikel von Rainer Barzel, der zu diesem Zeitpunkt designierter Minister für innerdeutsche Angelegenheiten war und der der Union schon 1970 „aus der Position des Neinsagens“¹⁹⁹ heraushalf. Nun, zwölf Jahre später, streute

¹⁹⁴ Vgl. ebenda.

¹⁹⁵ Ebenda.

¹⁹⁶ „[...] und innerparteilich wurde die Union über die Deutschlandfrage und die neue Ostpolitik zusätzlich mobilisiert.“ Zolleis, Udo, *Die CDU, Das politische Leitbild im Wandel der Zeit*, Wiesbaden, 2008, S. 184. Vgl. außerdem: *Standfestigkeit statt Schlingerkurs*, in: Kohl, Helmut, *Erinnerungen, 1930–1982*, 2004, S. 488.

¹⁹⁷ Beide deutsche Staaten wird vermieden, in: *Die Welt*, 30.09.1982.

¹⁹⁸ Ebenda.

¹⁹⁹ „Dass Partei und Fraktion aus der Position des Neinsagens herauskamen, war eine große Leistung von Rainer Barzel, und ich habe ihn gerne dabei unterstützt. Der Brief zur deutschen Einheit, den Bundesaußenminister Walter Scheel im Zusammenhang mit der Vertragsunterzeichnung am 12. August 1970 übergeben hatte, war im wesentlichen das Werk von Rainer Barzel, Darin stellt die Bundesregierung

ausgerechnet der ehemalige Widersacher Helmut Kohls, gezielt die Absichten der Union in Sachen Deutschlandpolitik.²⁰⁰ Das Schlagwort hieß „Kontinuität“²⁰¹. Dass *Die Welt* aber ausgerechnet in diesem Zusammenhang einen Artikel von Rainer Barzel abdruckte, erscheint jedoch mehr als verwunderlich und war mit Sicherheit kein Zufall. War es doch ausgerechnet Barzel, der Anfang der siebziger Jahre als einer der Ersten den harten Oppositionskurs in Sachen Deutschlandpolitik aufgab und auf die Regierung Brandt einen Schritt zuzuging. Auch wenn ihm dafür bekanntermaßen die Mehrheit innerhalb der Fraktion fehlte, doch es ist anzunehmen, dass diese Aktion von Helmut Kohl unterstützt wurde. Nicht Barzel, sondern Kohl gab den Kurs in der Außenpolitik und somit auch in der Deutschlandpolitik vor.²⁰² Nach der Wahl betonte Kohl in einem Interview noch einmal, „dass seine Deutschlandpolitik von der Präambel des Grundgesetzes ausgeht.“²⁰³ Dem, von seinem Vorgänger Helmut Schmidt initiierten und geplanten Besuch von Erich Honecker stand Helmut Kohl jedoch abwartend gegenüber.²⁰⁴

Ausgehend von der Berichterstattung der *Welt* können die Reaktionen aus Ost-Berlin auf die Wahl von Helmut Kohls insgesamt als nüchtern betrachtet werden²⁰⁵ und die Redaktion versuchte nun besonders deutlich die ablehnende Haltung der DDR-Presse widerzuspiegeln. Erste Anhalts-

fest, dass dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland stand, auf einen Zustand hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.“ Kohl, 2004, S. 296.

²⁰⁰ Vgl. Der Einheit Rechnung tragen, in: *Die Welt*, 01.10.1982.

²⁰¹ Vgl. Wirsching, 2006, S. 595 sowie Barzel, Rainer, Ein gewagtes Leben, Erinnerungen, Stuttgart, 2001, S. 357.

²⁰² „Die Verpflichtung, Freiheit und Einheit für das gesamte deutsche Volk zu erringen, ist für uns unverzichtbar.“ Kohl, Helmut, Perspektiven deutscher Außenpolitik für die achtziger Jahre, Beitrag in der *Sonde*, Sommer 1980, Hintze, 1993 S. 191.

²⁰³ Kohl: Gespräche mit Honecker bei ‚nächster guter Gelegenheit‘, in: *Die Welt*, 04.10.1982.

²⁰⁴ Vgl. ebenda.

²⁰⁵ „Die DDR auf den Regierungswechsel in Bonn ähnlich wie beim Zerbrechen der sozial-liberalen Koalition am 17. September, zurückhaltend reagiert. Das Zentralorgan der SED Neues Deutschland berichtete, wie die gesamte DDR-Presse am Tage nach der Wahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler ausführlich über die Bundestagsdebatte vor der Abstimmung. In dem Bericht des Bonner ADN-Korrespondenten werden insbesondere Passagen aus der Rede Schmidts über die Beziehungen der Bundesrepublik zu den Ländern des Ostblocks und sein Appell zur Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn hervorgehoben.“ Ost-Berlin reagiert zurückhaltend, in: *Die Welt*, 04.10.1982.

punkte über die Haltung der DDR gegenüber der Bundesrepublik, wobei diese mit Vorschusslorbeeren überhäuft wurde, kamen seitens des Vorsitzenden der DKP der Bundesrepublik, Herbert Mies²⁰⁶, sowie durch ein Interview mit dem SED Führungsmittglied Kurt Hager in der „Bietigheimer-Zeitung“ zutage: „Ungeachtet des Regierungswechsels setzte sich Hager für verstärkte Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet sowie im Bereich der Kernkraft ein.“²⁰⁷

Die anfänglichen Auftritte des neuen Kanzlers sowie des neuen und alten Außenministers waren geprägt von dezenter Wortwahl und vorsichtigen Formulierungen, stets im Sinne der Bewahrung deutscher Interessen, um möglichst wenig Angriffsfläche zu bieten.²⁰⁸ Mit Blick auf die Beziehungen zu den USA sagte Kohl:

*„Bonn werde ein solider, zuverlässiger Partner sein. Die Deutschen seien treue und Freunde und Verbündete. Diese Grundhaltung habe nichts mit Abhängigkeit zu tun. Aber ohne den Schutz der USA in den zurückliegenden Jahrzehnten würde es die Bundesrepublik Deutschland so, wie sie sich heute darstelle, nicht geben.“*²⁰⁹

Als erstes, gemeinsames außenpolitisches Ziel wurde eine Gesamtstrategie gegen den Ostblock vereinbart.²¹⁰ Am Rande der UNO-Vollversammlung erläuterte Genscher die politischen Vorstellungen der neuen Bonner Koalition.²¹¹ Auf der internationalen Bühne wurde der „Kanzlersturz“ gar nicht thematisiert. Es schien fast so, als hätte es gar

²⁰⁶ „Mit dem Sturz Helmut Schmidts habe eine neue Kampfetappe in der in der Entwicklung der Bundesrepublik begonnen“. Ebenda.

²⁰⁷ Ebenda.

²⁰⁸ „Genscher spricht heute mit Shultz und Gromyko. Der Außenminister will Kontinuität demonstrieren,“ in: *Die Welt*, 05.10.1982, S. 3; „In der Außenpolitik, so versicherte der neue Regierungschef, bleibe die Kontinuität gewahrt. Über den Stand der Gespräche mit der DDR-Führung habe ihn Schmidt unterrichtet. Es werde darüber ein zweites Gespräch mit seinem Amtsvorgänger geben“. Vgl. Regierung Kohl kürzt Gehälter der Minister um fünf Prozent, in: *Die Welt*, 05.10.1982.

²⁰⁹ Ebenda.

²¹⁰ Ostblock mit Gesamtstrategie entgegneten, in: *Die Welt*, 06.10.1982.

²¹¹ Vgl. ebenda.

keinen Wechsel gegeben – alle mühten sich in formaler Harmonie gekoppelt mit diplomatischen Floskeln.²¹²

Ein erstes, deutlich negatives Echo von Seiten der DDR-Spitze erfuhr Helmut Kohl nach seiner Regierungserklärung.²¹³ Kohl betonte, dass „die westliche Allianz absoluten Vorrang habe.“²¹⁴ Diese deutliche und ausformulierte politische Agenda nach Westen – in Verbindung mit der hartnäckigen Betonung des Verfassungsauftrages und dem latent praktizierten Modus Vivendi – veranlassten Honecker eine unmissverständliche Stellungnahme abzugeben. In einer Pressemitteilung des ADN wurde Honecker mit den Worten zitiert, dass „ein Kanzler der Bundesrepublik selbstverständlich auch nur für die Bundesrepublik sprechen könne.“²¹⁵ Und eben seiner Ansicht nach nicht für die DDR. Ebenso sprach Honecker „von gefährlichen Träumen Kohls.“²¹⁶ Als Reaktion auf Honeckers

²¹² ‚Alles war wie früher‘, Gromyko bei Genscher: Kein Wort über Kanzlersturz, in: *Die Welt*, 07.10.1982.

²¹³ „Herr Präsident, meine Damen und Herren, wir alle können die Einheit der Nation nicht erzwingen; aber für uns alle gilt die Präambel des Grundgesetzes: Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl sind und können nicht das letzte Wort zwischen Ost und West sein, in Deutschland, in Europa und in der Welt. Menschlichkeit und Vernunft weigern sich, dies hinzunehmen. Gedanken sind frei, und Menschen müssen von Deutschland nach Deutschland gehen können ohne Todesgefahr. Der Wille des Grundgesetzes hat in die vertraglichen Abmachungen mit unseren westlichen Freunden, aber auch in die Verträge mit den östlichen Nachbarn Eingang gefunden. Wir respektieren die Rechte und die Verantwortlichkeit der Vier Mächte in bezug auf Deutschland als Ganzes und auf Berlin. Die drei Westmächte unterstützen unsere Deutschlandpolitik. Mit dem Osten ist ein Modus vivendi vereinbart. Wir stehen zu diesen Verträgen, und wir werden sie nutzen als Instrumente aktiver Friedenspolitik. Die DDR, meine Damen und Herren, kann sich darauf verlassen, daß wir zu übernommenen Verpflichtungen stehen. Und wir erwarten, daß sich die DDR ebenfalls an Inhalt und Geist dieser Verträge hält. Das heißt, den Frieden in der Mitte Europas auch dadurch zu festigen, daß Gewalt bei der Umsetzung politischer Ziele ausgeschlossen und die Lage der voneinander getrennten Menschen verbessert wird. Hier gilt in besonderer Weise das Wort von Hans-Dietrich Genscher: „Deutschlandpolitik ist europäische Friedenspolitik.“ Der Brief zur deutschen Einheit vom 12. August 1970, der zu den Vertragswerken gehört, formuliert unzweideutig das Ziel unserer Politik: ...auf einen Zustand des Friedens hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.“ Kohl, Helmut, Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag, 13.10.1982, online unter: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/09/09121.pdf> [16.03.2014].

²¹⁴ Absoluter Vorrang für die westliche Allianz, in: *Die Welt*, 14.10.1982.

²¹⁵ Honecker spricht von Kohls gefährlichen Träumen, in: *Die Welt*, 15.10.1982.

²¹⁶ Ebenda.

Aufregung druckte *Die Welt* am nächsten Tag ein Dossier über den aktuellen Stand der Deutschlandpolitik.²¹⁷

Die nach wie vor offene deutsche Frage wurde im Zuge des Regierungswechsels wieder neu belebt. Die Union, in Person von Helmut Kohl, räumte diesem Thema bewusst besondere Priorität ein.²¹⁸ Beispiele dafür waren er Koalitionsvertrag, der sich dezidiert zur deutschen Frage und des Verfassungsauftrages positionierte²¹⁹, Dossiers, wie das von Rainer Barzel²²⁰ sowie diverse Stellungnahmen und Interviews. Daher war es wenig verwunderlich, dass die Deutschlandpolitik plötzlich auch wieder für die DDR-Führung zum aktuellen Streitthema mit Bonn wurde. Zusammenfassend erreichte *Die Welt* mit ihren manchmal recht überspitzten und polarisierenden Artikeln, dass die Diskussion um die Deutschlandpolitik neu entbrannte. Zudem sorgte die nahezu tägliche Berichterstattung dafür, dass das Thema Wiedervereinigung aktuell blieb. Nichts anderes, so lässt sich vermuten, hatte *Die Welt* damit im Sinn.

2.2.2 Frankfurter Allgemeine Zeitung

Ihr Urteil über die Deutschlandpolitik fasste die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* in einem Rückblick über Schmidts Kanzlerschaft kurz und knapp zusammen: Gegenüber der DDR hätte sich „Schmidt [...] (die Deutschlandpolitik ist ihm, dem Hamburger, wohl vom Gefühl her ein wenig

²¹⁷ „Und Honecker hat darauf mit einer Aufgeregtheit reagiert, die deutlich zeigt, daß auch er durchaus weiß, wie offen die deutsche Frage, nach wie vor ist – nicht nur nach den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, sondern auch in den Herzen der von ihm so genannten ‚DDR-Bürgern‘.“ Die weiterhin offene Frage, in: *Die Welt*, 16.10.1982.

²¹⁸ „Den Kanzler interessierten keine Details, stattdessen hatte er vor allem zwei Visionen: Europäische Einigung und deutsche Einheit (sicherlich nicht durchgängig für die gesamten achtziger Jahre), die er geradezu empathisch in die Seelen der Bevölkerung zu pflanzen suchte [...].“ Fröhlich, Stefan, ‚Auf den Kanzler kommt es an‘, Helmut Kohl und die deutsche Außenpolitik, persönliches Regiment und Regierungshandeln vom Amtsantritt bis zur Wiedervereinigung, Paderborn, 2001, S. 112.

²¹⁹ Entscheidend ist hier der Sieg von CDU/CSU vor dem Bundesverfassungsgericht, der eindeutig ein Verdienst der der Union, insbesondere der CSU war. So konnte die Union die deutsche Frage dauerhaft offen halten. Vgl. Grau, Andreas, Gegen den Strom, Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969–1973, Düsseldorf, 2005, S. 528.

²²⁰ Vgl. Barzel, Rainer, Der Einheit Rechnung tragen, in: *Die Welt*, 01.10.1982.

fremd) bei weitem nicht als einer gezeigt [...], der „Brandtsche Sanftmütigkeit“ durch Härte ersetzt hätte.²²¹

Von Kohls Regierungserklärung versprach sich die *FAZ* nur bedingt Neues. Vielmehr verglich sie die Startbedingungen seiner Vorgänger mit denen, die Helmut Kohl nun vorfand – und konstatierte ein wenig ernüchtert: „Kohls Politik läuft auf ein Anhalten, auf ein Sichbesinnen, hin und wieder sogar auf eine Rückwendung hinaus.“²²² Für die Außen- und Deutschlandpolitik bedeutete dies eine weitgehende Kontinuität – bezogen auf jene Ziele, die sich die Regierung Schmidt/Genscher ursprünglich auf die Fahne geschrieben hatte, mit fortschreitender Erosion aber nicht mehr durchzusetzen vermochte.²²³ Die *FAZ* verspürte keine „geistige Wende“, blieb in ihrem Stil sachlich und nüchtern.

In puncto Personal setzte sich der Kanzler gegenüber der FDP durch, um das Kanzleramt mit Vertrauten zu besetzen. Kohl beorderte den bisherigen Leiter der Außenpolitik (Abteilung II) von der Gablentz zurück ins Auswärtige Amt, obwohl Genscher protestierte.²²⁴ Schon seit Helmut Kohls „Mainzer Tagen“ war Horst Teltschik dessen Außenpolitischer Berater und Redenschreiber.²²⁵ Teltschik blieb auch in dieser Phase für Kohl tätig – für die *FAZ* ein eindeutiges Indiz dafür, dass Kohl beabsichtigte, großen Einfluss auf die Außenpolitik zu nehmen.

Kohls erste Regierungserklärung wurde in der *FAZ* ausführlich bewertet, jeder einzelne Politikbereich analysiert.²²⁶ Unter dem Titel „Keine Preisgaben, aber etwas Phantasie“ publizierte man eine Zusammenfas-

²²¹ Geprüft, geplagt und doch ein Begünstigter“, Ein Rückblick auf die Kanzlerschaft des Helmut Schmidt, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 09.10.1982.

²²² Kohls Beginn, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14.10.1982.

²²³ Vgl. ebenda.

²²⁴ Vgl. Neuer Leiter der Abteilung Außenpolitik im Kanzleramt, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20.10.1983.

²²⁵ „Teltschik kam als Referent in die Staatskanzlei und wurde im Lauf der Jahre eine wichtige Hilfe bei außenpolitischen Reden, die ich als Ministerpräsident und später als CDU-Bundesvorsitzender und Bundeskanzler zu halten hatte.“ Kohl, 2004, S. 346.

²²⁶ „In seiner ersten Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 hatte sich der neue Kanzler erst am Schluß mit der Deutschlandpolitik befasst.“ Potthoff, 1999, S. 205.

sung seiner zukünftigen Deutschlandpolitik:²²⁷ „Fünf Minuten ganz zum Schluß der Regierungserklärung eindringlich von unserem Vaterland zu sprechen, sollte für den Ausblick auf die Deutschland- und Berlin-Politik offensichtlich einen Steigerungseffekt schaffen helfen.“²²⁸ Zwar wurde abermals wiederholt „was gilt und was immer galt“.²²⁹ Bei Kohl klang es aber plötzlich anders, „[...]nicht wie eine Pflichtübung oder gar ein Alibi“²³⁰, um sich gegebenenfalls leichter von jenen Versprechungen und Zusagen lösen zu können. Gegenüber in Ost-Berlin wollte die Bundesregierung so die Überzeugung wecken, dass sie auf dem Felde der Deutschlandpolitik „meint was sie sagt, und daß es ihr dort in besonderem Maße wichtig ist.“²³¹ Kohl nutzte seine Regierungserklärung, um ganz nach Usus Ost-Berlins dem Publikum vor Augen zu führen, wie gemachte Zugeständnisse seitens der DDR später wieder annulliert werden würden.²³² Die *FAZ* sah darin den Versuch Kohls, die Probleme in der DDR auf den Punkt zu bringen. Über restriktivere Maßnahmen gegenüber der DDR dachte Bonn indes nicht nach. Viel mehr ließ Kohl Verständnis für die Not der DDR-Bevölkerung erkennen.²³³ „Aber Gratisgeschenke und Preisgaben sind nicht beabsichtigt.“²³⁴

Die Kritik auf Kohls Regierungserklärung seitens der DDR fiel gedämpft aber ungewöhnlich prompt aus²³⁵, so das Urteil der *FAZ*. Die DDR maß ihrer Auffassung nach den Beziehungen zur BRD und ihrer neuen Führung um Bundeskanzler Kohl eine besondere Bedeutung zu.²³⁶ Es waren vor allem ökonomische und fiskalpolitische Interessen, die Ho-

²²⁷ Vgl. Deutschlandpolitik, keine Preisgaben, aber etwas Phantasie, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14.10.1982.

²²⁸ Ebenda.

²²⁹ „Es wurde abermals wiederholt was gilt und was schon immer galt – von der Grundgesetz Präambel mit dem Ziel der Vollendung der Einheit und Freiheit bis zum ‚Brief zur deutschen Einheit‘ und zur Formel der strikten Einhaltung und vollen Abwendung des Vierseitigen Abkommens über Berlin.“Ebenda.

²³⁰ Ebenda.

²³¹ Ebenda.

²³² Vgl. ebenda.

²³³ Vgl. ebenda.

²³⁴ Ebenda.

²³⁵ „Gedämpfte Kritik aus der DDR“, Reaktionen auf Kohls Regierungserklärung, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.10.1982.

²³⁶ Vgl. ebenda.

necker zu einer verhältnismäßig milden Reaktion veranlassten. Auch wenn durchgehend beteuert wurde, dass konjunkturelle Interessen keinerlei Rolle spielten, war die Ost-Berliner Führung „an einem engen – ja man kann schon sagen besonderen – Verhältnis zur Bundesrepublik interessiert“.²³⁷ Aufgrund der anhaltenden wirtschaftlichen Krise war man sich in Ost-Berlin einig, dass nur eine gute Zusammenarbeit mit der Regierung Kohl – von der man in DDR-Führungskreisen davon ausging, dass sie an die Macht kommen werde – die wirtschaftliche Talfahrt beenden konnte.²³⁸ An Hilfe aus der Sowjetunion war aufgrund der immer stärker erscheinenden Politik Breschnews nicht zu denken.²³⁹ Die Sowjetunion kürzte die Öllieferung an die DDR um zehn Prozent. Mit anderen Industriestaaten unterhielt die DDR bei weitem nicht so einen engen, wirtschaftlichen Kontakt, wie mit der BRD. Vertrauliche Kontakte der DDR zu führenden CDU/CSU-Politikern machten sich nun bezahlt.²⁴⁰ Kurzum stand für die *FAZ* fest: Aufgrund von wirtschaftlichen Interessen und einer desolaten Haushaltslage, schien die DDR gezwungen zu sein, gegenüber der neuen Bundesregierung um Bundeskanzler Kohl eine gemäßigte Tonlage anzuschlagen.

Eine Neubewertung der europäischen Verteidigungspolitik fand im Rahmen einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung statt. Dieses Zusammentreffen „war die erste Möglichkeit einen Eindruck davon zu erlangen, welche Resonanz der Wechsel von Schmidt zu Bundeskanzler Kohl“ mit sich brachte.²⁴¹ Die *FAZ* berichtete ausführlich darüber, u. a.

²³⁷ Ebenda.

²³⁸ „Unter Honecker war es dann 1972 – bis auf klägliche Reste im Handwerk – mit dem privaten Unternehmertum in der DDR endgültig vorbei.“ Abelshausen, 2004, S. 365. „Ende der achtziger Jahre häuften sich die im Politbüro die Warnungen vor einer Überdehnung des Systems und der Schuldenfalle, in die sich die DDR begeben habe. Nicht die Sozialpolitik im engeren Sinne, sondern das Scheitern der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik im weiteren Sinne drohte die DDR in den Ruin zu treiben.“ Ebenda, S. 397 f.

²³⁹ Vgl. Gedämpfte Kritik aus der DDR, Reaktionen auf Kohls Regierungserklärung, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.10.1982.

²⁴⁰ Vgl. Potthof, 1999, S. 209.

²⁴¹ Die Europäische Verteidigungspolitik neu bewertet, Amerikanische Politiker und Militärs Gast der Konrad-Adenauer-Stiftung, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22.11.1982.

dass die USA der neuen Bundesregierung ein durchaus positives Verhalten innerhalb ihrer Sicherheitspolitik attestierten.²⁴²

Im außenpolitischen Jahresrückblick der DDR wurde eine zuversichtliche Bilanz gezogen – auch in Bezug auf die neue Bonner Führung²⁴³ – wengleich alles mit einem „Ja, aber...“ versehen war und immer wieder dezidiert, ja fast pedantisch, auf die Einhaltung bestehender Verträge und Abkommen gepocht wurde.²⁴⁴ Explizit verwies die *FAZ* mittels eines Kommentars vom 30. Dezember 1983 mit dem Titel: „Zweierlei Ballast“²⁴⁵ darauf, wie widersprüchlich die Ost-Berliner Rhetorik um Erich Honecker war: „Die Bundesregierung, sollte sich – ihrer Meinung nach – jetzt in Verantwortung stehend, nicht zu Preisgaben nötigen lassen.“²⁴⁶ Als besonders beispielhaft konnte dieser Kommentar das Dilemma der DDR aufzeigen. Auch die Führung um Erich Honecker erkannte wohl ziemlich schnell, dass bloße Hasstiraden und Propaganda gegenüber dem Klassenfeind nicht zielführend waren. Auch in Ost-Berlin schien man auf gefestigte Beziehungen mit Bonn nicht in Gänze verzichten zu wollen.

In ihrem Wahlprogramm, das die Union Anfang Januar 1983 vorstellte, spielten die wirtschaftlichen Fragen zwar eine übergeordnete Hauptrolle²⁴⁷, die schwächelnde Wirtschaft war das entscheidende Thema

²⁴² Vgl. ebenda.

²⁴³ Vgl. Die DDR zieht eine positive Jahresbilanz ihrer Außenpolitik, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30.12.1982.

²⁴⁴ „Über das Verhältnis zur Bundesrepublik heißt es in einem ganzseitigen Artikel, ihrem sozialistischen Charakter entsprechend und eingedenk ihres Gründungschwures richte die DDR ihre aktive Friedenspolitik darauf, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen darf. In diesem Sinne gestalte die DDR ihre Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland.“ Ebenda.

²⁴⁵ „Aber am meisten bleibt selbstverständlich das Auge an den Bemerkungen zur innerdeutschen Politik haften, die in Ost-Berlin offiziell zur Außenpolitik zählt. Da ist wieder die Forderung des SED-Parteichefs und DDR-Staatsratsvorsitzenden von Ende November, daß sich die BRD an die abgeschlossenen Verträge halten und entsprechend dazu beitragen solle, die Beziehungen mit der DDR von Ballast freizuhalten. Das Formelwort Ballast im Neuen Deutschland jetzt nicht näher erläutert, ist das wichtigste; es wird im neuen Jahre immer wieder zu hören sein [...].“ Zweierlei Ballast, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30.12.1982.

²⁴⁶ Ebenda.

²⁴⁷ „Dem Entschluß der Parteiführung ihre Wahlkampfaussage hauptsächlich auf die wirtschaftlichen Fragen zu konzentrieren, entspricht auch der Aufbau des Wahl-

schlechthin,²⁴⁸ dennoch bezog die Union in der Deutschlandpolitik erneut ausführlich und sehr deutlich Stellung:

„Die deutsche Frage ist nicht nur theoretisch offen zu halten; vielmehr müsse man aktiv auf das Recht auf Einheit eintreten. Hierbei gehe es um den Fortbestand des Deutschen Reiches im Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, um die gemeinsame deutsche Staatsbürgerschaft und um das Ziel, die Zonengrenze mit friedlichen Mitteln zu beseitigen. Normal sei die Lage erst dann, wenn das nationale Selbstbestimmungsrecht und die allgemeinen Rechte und Freiheiten auch für alle Deutschen wieder Gültigkeit hätten. Deshalb werde man weiter auf einen Zustand des Friedens in Europa hinwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlange.“²⁴⁹

Trotz dieser deutlichen Akzentuierung erklärte die Union, „alle Verpflichtungen, die aus bestehenden Verträgen erwachsen, anzuerkennen.“²⁵⁰

Dem gegenüber stand das Wahlprogramm der SPD – insbesondere ihre Absichten und Aussagen zur Deutschlandpolitik.²⁵¹

programms.“ Die Union: Uns feindlich gesinnte Kräfte werden wir nicht fördern, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.01.1983..

²⁴⁸ „Kohl und der Wahlkampfstab im Adenauer-Haus entschließen sich deshalb zu einer Aufschwung-Kampagne.“ Schwarz, Hans-Peter, Helmut Kohl, eine politische Biographie, München, 2012, S. 322. „Die Wirtschaftspolitik der Wende von 1982 war eher rückwärts orientiert. Zurück zur sozialen Marktwirtschaft der Ära Erhardt, lautete das Credo der neuen Regierung Kohl, dorthin wo Ende der sechziger Jahre der Pfad der ordnungspolitischen Tugend verlassen worden war. Die offensichtliche Ohnmacht staatlicher Wirtschaftspolitik vor den wachsenden Problemen des Arbeitsmarktes ließ neoliberale Rezepte seit den achtziger Jahren erneut attraktiv erscheinen.“ Abelshäuser, 2004, S. 446.

²⁴⁹ Die Union: Uns feindlich gesinnte Kräfte werden wir nicht fördern, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.01.1983.

²⁵⁰ Vgl. ebenda.

²⁵¹ „Die Sicherheitspolitik ist nicht der einzige Punkt der ‚Vogel-Perspektive‘ mit der die SPD der Schmidtschen Regierungspolitik zu entkommen versucht, indem sie gleichzeitig ihre Fortsetzung behauptet. Auch in der Deutschlandpolitik werden Töne angeschlagen, die kräftiger nachklingen als im Text von 1980. Die Ausgangslage ist unverändert das Grundgesetz und die Verantwortung für die Einheit der Nation. Dies weise auf den Weg der Vertragspolitik. Hatte es 1980 aber noch ziemlich bescheiden geheißen, die Wirklichkeit sei die Teilung in zwei Staaten, und ihre Folgen zu lindern bleibe das Ziel der Vertragspolitik mit der DDR, so ist heute die Rede von Respektierung der Unabhängigkeit und Selbständigkeit der DDR.“ Sozialdemokratische Vogel-Perspektive, Kontinuität und Brüche im Wahlprogramm, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.01.1983.

Nun positionierte sich die *FAZ* das erste Mal deutlich zugunsten der amtierenden Bundesregierung. Mit einer „halben Rolle rückwärts“ versuchte die SPD sich von Schmidt zu emanzipieren²⁵², während die Union inoffiziell die Politik des Altkanzlers fortsetzen wollte.

Während des Wahlkampfes keimte immer wieder Streit um die Deutschlandpolitik auf – selbst innerhalb der Koalitionäre. Streitpunkt waren provokante Äußerungen von Innenminister Zimmermann. Er sprach davon, dass etwaige Tendenzen, die deutsche Frage nur auf die Bundesrepublik und die DDR zu beziehen und die ostdeutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße außen vorzulassen, mit der neuen Bundesregierung nicht zu machen wären.²⁵³ Der FDP-Politiker Uwe Ronneburger bezeichnete Zimmermanns Äußerung als „Bärendienst“.²⁵⁴ (In diesem Zusammenhang muss erwähnt werden, dass Ronneburger ein entschiedener Gegner Genschers war und gegen ihn um den Bundesvorsitz Kampf kandidierte.) Auch die SPD sparte nicht mit Kritik. Horst Ehmke sprach von „Revanchismus“, der dadurch in Osteuropa wieder aufkeime.²⁵⁵ Jedoch beschränkten sich alle Beteiligten allein auf die Verwendung rhetorischer Worthülsen.²⁵⁶ Drei Tage vor der Bundestagswahl am 6. März 1983 gab die DDR-Führung ihre Zurückhaltung, die sie während des gesamten Wahlkampfes gewahrt hatte, auf und schoss „verbale Giftpfeile“ in Richtung Bundesregierung. Konkret unterstellte man der Regierung Kohl in einem Korrespondentenbericht des SED-Zentralorgans *Neues Deutschland* sowie anderen Ost-Berliner Zeitungen, dass Kohl eine Abkehr von den bisherigen Verträgen im Falle eines Wahlerfolges plane.

Die Bundesregierung sei „nicht bereit, normale gutnachbarliche Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu fördern.“²⁵⁷ Die

²⁵² Vgl. Zimmer, 1992, S. 120.

²⁵³ Vgl. Streit über Ost- und Deutschlandpolitik, Äußerungen Zimmermanns/Uneinigkeit zwischen Union und FDP, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 02.02.1983.

²⁵⁴ Ebenda.

²⁵⁵ Vgl. ebenda.

²⁵⁶ Vgl. ebenda.

²⁵⁷ DDR unterstellt Kohl Abkehr von Verträgen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 04.03.1983.

Vorwürfe wurden von Staatsminister Jenninger als „bedauerliche Fehlentwicklung und als Versuch der Einflussnahme“ zurückgewiesen.²⁵⁸

Nach der Bundestagswahl am 6. März 1983, bei der die amtierende Regierung eindrucksvoll bestätigt wurde,²⁵⁹ war Kohls Credo in Sachen Deutschlandpolitik nach wie vor „ein Gleichgewicht zwischen dem Streben nach menschlichen Erleichterungen und langfristiger Wahrung des Rechts auf Selbstbestimmung [...]“ herzustellen.²⁶⁰ Im Kommentar „Ein guter Start“ vom 30. März 1983 philosophierte die *FAZ* über die künftige Deutschlandpolitik der neuen Regierung, ihr Ratschlag: „Gegenüber der DDR dürfte Kohl möglichste greifbare Ergebnisse auf Gegenseitigkeit bei möglichst wenigen formellen Abkommen ansteuern, um niemanden Prestige-Fesseln anzulegen.“²⁶¹ Die *FAZ* bewertete die ersten sechs Monate der Kohl-Administration sachlich. Nur in einigen Punkten ließ sich deutlicher Zuspruch für Helmut Kohl und explizite Kritik an der SPD vernehmen. Die Berichterstattung aus Frankfurt wirkte weniger polarisierend als die der *Welt*. Auch weil die Journalisten die wirtschaftlichen Aspekte innerhalb der Deutschlandpolitik in den Vordergrund rückten und sich nicht – wie das Springerblatt – die alte „Kampf-Rhetorik“ der Union aus den siebziger Jahren zu eigen machte.

2.2.3 Süddeutsche Zeitung

„Kohl kriecht der US-Regierung in den Hintern“.²⁶² So zitierte die *Süddeutsche Zeitung* den damaligen Bundesgeschäftsführer der SPD noch während der Sommerpause. Diese entgleisende Formulierung des SPD-Parteimanagers war laut der *SZ* symptomatisch für das Dilemma in dem die SPD im jenem Sommer 1982 steckte.²⁶³ Sie spürte, dass sie die Macht

²⁵⁸ DDR unterstellt Kohl Abkehr von Verträgen/Bonn weist Vorwürfe zurück, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 04.03.1983.

²⁵⁹ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 07.03.1983.

²⁶⁰ Hoher Vorrang für die Rüstungskontrolle, Die Koalition/Mertes erläutert das Verhandlungskonzept der Union, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11.03.1983.

²⁶¹ Ein guter Start, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 31.03.1983.

²⁶² *Süddeutsche Zeitung*, 14.08.1982.

²⁶³ So fingen führende Genossen an vor einem Kanzler Kohl zu warnen und bedienten sich hierfür bei antiamerikanischen Ressentiments und stellten Kohl als Vasall

verlieren wird. Besonders problematisch, gemäß *SZ*, sei die Tatsache, dass die Mehrheit der SPD zu diesem Zeitpunkt dem linken Parteiflügel zuzuordnen war. Die Politstrategen der Parteiführung setzten auf eine inhaltliche Zusammenarbeit mit den AKW-Gegnern und der Friedensbewegung. Man befürchtete, berücksichtige man jene politischen Kräfte nicht, man eine ganze Generation verlieren würde.²⁶⁴ Damit stand für die *SZ* fest, dass es, unter diesen Eindrücken, der SPD sichtlich schwer fiele und ihr wohl unmöglich sei, sich gegen den als vermeintlich „dynamisch und jugendlich wirkenden“²⁶⁵ Helmut Kohl gezielt zu wehren.²⁶⁶ Nicht nur die SPD wusste nicht, was sie erwartete – auch innerhalb der DDR-Führung – so deutete es die *SZ*, schien man mit Skepsis und Zurückhaltung auf die kommenden Ereignisse in Bonn zu blicken.²⁶⁷ Die wohl entscheidende Debatte im deutschen Bundestag wurde von beiden Seiten als Generalabrechnung genutzt. Besonders auffällig war jedoch, dass sich der amtierende und mögliche neue Außenminister Genscher mit harter Kritik an der Opposition zurückhielt.²⁶⁸ Dies war für die *SZ* mehr als ein Indiz für den anstehenden Wechsel hin zur Union. Der Außenmi-

der USA dar: „Nach Ansicht des SPD-Politikers braucht die Bundesrepublik einen Kanzler, der die deutschen Interessen in Amerika und überall auf der Welt vertritt, und nicht einen der sich als Interessenvertreter der gegenwärtigen amerikanischen Regierung in Deutschland versteht.“ Ebenda.

²⁶⁴ Vgl. Schwarz, Hans-Peter, Helmut Kohl, Eine politische Biographie, München, 2012, S. 299.

²⁶⁵ Bösch, Frank, Brandes, Ina, Die Vorsitzenden der CDU, Sozialisation und Führungsstil, in: Forkmann, Daniela, Schlieben, Michael (Hrsg.), Die Parteivorsitzenden in der Bundesrepublik Deutschland 1949–2005, Wiesbaden, 2005, S. 42.

²⁶⁶ Gerade die Positionierung als Antitypus von Helmut Schmidt, dem oftmals Arroganz vorgeworfen wurde, verhalf Kohl zu seinem manchmal als provinziell aber solide geltenden Image: „Sicherlich scheiterte Schmidt an seiner mangelnden Konsens- und Integrationsfähigkeit, einem Führungsstil, der sich brüsk und nicht ohne die offene Arroganz der Macht über alle Disintegrationstendenzen und Erosionserscheinungen innerhalb der Partei hinwegsetzte“, in: Fröhlich, 2001, S. 135.

²⁶⁷ „Offensichtlich macht sich die Regierung in Ost-Berlin mit dem Gedanken vertraut, demnächst einer konservativen Bundesregierung gegenüberzusitzen, von der sie aber noch nicht weiß, welche Ostpolitik sie betreiben wird.“ Bemühungen um besseres Wetter, Die deutsch-deutschen Beziehungen angesichts der Bonner Krise, in: *Süddeutsche Zeitung*, 06.09.1982.

²⁶⁸ „[...] Auffallend war jedoch, dass sich Genscher diese Kritik nicht zu eigen machte.“ Bundestagsdebatte zur Lage der Nation, Die Koalitionspartner SPD und FDP markieren ihre auseinanderklaffenden Positionen, in: *Süddeutsche Zeitung*, 10.09.1982.

nister betonte, im Unterschied zu Schmidt, seine Position als Staatsmann und Parteichef zugleich: „Es gehe schon bei den Beratungen zum Haushalt 1983 – um die Handlungsfähigkeit der Regierung, um die Durchsetzung von Entscheidungen und um Aufrichtigkeit, auch dort wo Einigung nicht oder nicht mehr möglich ist.“²⁶⁹ Nicht nur für die Union war die Sache somit eindeutig, auch innerhalb der Sozialdemokraten waren sich alle einig, dass die Rede Genschers als langfristige Absage zur sozial-liberalen Koalition zu werten sei.²⁷⁰ Ein Oppositionssprecher stichelte noch weiter und meinte, die SPD sei für den FDP-Vorsitzenden das größere Problem, anstatt für den Kanzler selbst.²⁷¹

Einigkeit bestand darin, dass die jetzige Bundesregierung keine Antworten auf die künftigen Fragen der achtziger und neunziger Jahre haben würde – selbst innerhalb der SPD akzeptierte man den drohenden Machtverlust. Zweifel regten sich aber, ob gerade in der Außen- und Sicherheitspolitik (darunter fiel auch die als Entspannungspolitik geltende „Neue Ostpolitik“ Brandts) von einer zukünftigen konservativen Bundesregierung fortgeführt werden könne. „Falken oder Tauben“ kennzeichnete eine in der *Süddeutschen Zeitung* geführte Debatte über die neue Außen- und Sicherheitspolitik einer zukünftigen Regierung Kohl.²⁷² Diese Überschrift spiegelte ebenso die heterogenen Standpunkte innerhalb der *SZ* wider. Die Redakteure waren sich schlicht uneins, ob eine zukünftige unionsgeführte Bundesregierung sich eher als zurückhaltende Taube oder aggressiver Falke in der Deutschlandpolitik gerieren würde. Dabei war es nach Ansicht der *SZ* gar nicht der Kanzler selbst, der die Außen- und Sicherheitspolitik bestimmte. Zu Beginn der Ära Kohl wurde sie noch wesentlich von Manfred Wörner geprägt, der in diesen Fragen als Sicher-

²⁶⁹ Ebenda.

²⁷⁰ Vgl. ebenda.

²⁷¹ Vgl. ebenda.

²⁷² „Besonders schwierig dürfte in einer neuen Koalition der ganze Bereich der Sicherheitspolitik werden.“ Illusion vom Klimawechsel, in: *Süddeutsche Zeitung*, 11.09.1982. Außerdem: „Es war ein Gebot der Stunde in einer Zeit, in der düstere Wolken am Ost-West Himmel standen und vor allem die Falken, nicht die Tauben, die Lufthoheit ausübten.“ Potthoff, Heinrich, Bonn und Ost-Berlin 1969–1982, Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Kanäle, Bonn, 1997, S. 90.

heitsexperte der CDU/CSU in der Bundestagsfraktion fungierte.²⁷³ Kohl selbst galt anfangs nicht als Außen- und Sicherheitspolitiker. Nach der politischen Wende im Herbst 1982 wurde Wörner Verteidigungsminister und blieb bis zu seinem Wechsel zur NATO im Frühjahr 1988 im Amt.²⁷⁴ Der *SZ*-Berichterstattung zufolge reagierte Ost-Berlin vorsichtig optimistisch auf den Machtwechsel in der Bundesrepublik und gab Bonn einen Vertrauensvorschuss: „Sie hielten es für ein gutes Zeichen, dass Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher auf die Berechenbarkeit und die Kontinuität dieser Politik setzen und erklärt hätten, dass es keine Änderungen der Entspannungs- und Ostpolitik geben werde.“²⁷⁵ Ein wichtiges Argument, warum die neue Bundesregierung scheinbar manche Akzente und Formulierungen markiger wählte als die Vorgängerregierung, doch nur als Lippenbekenntnis im Koalitionsvertrag sowie in der Regierungserklärung, sei die Befriedung der Konservativen innerhalb der CDU gewesen.

Die Faktionen, die von Kohl eine „Renaissance der Ostpolitik der fünfziger und sechziger Jahre erwarteten, würden schnell aus ihren Träumen erwachen“, konstatierte die *SZ*.²⁷⁶ Das bisher Erreichte, das gewiss insgesamt nicht zufriedenstellend war, jedoch einige positive Entwicklungen mit sich brachte – solle nicht aufs Spiel gesetzt werden, betonten

²⁷³ Vgl. Die Bundesrepublik Deutschland und die neue Sicherheitsdimension, Rede an der Universität Santa Barbara (Kalifornien), 4. Januar 1979, S. 57–67. Besonders, S. 66, hier betont Wörner in seiner Rede den sicherheitspolitischen Aspekt und die negativen Konsequenzen eines bloßen Lippenbekenntnisses zur Deutschen Einheit: „Gleichwohl bleibt die Einheit der deutschen Nation eine vorrangige Aufgabe der Politik der Bundesrepublik Deutschland. Auch wenn die Chance der Realisierung gegenwärtig und für absehbare Zeit gering sein mag, wäre es eine verhängnisvolle Fehleinschätzung, dies für ein Lippenbekenntnis zu halten. Im deutsche Volk lebt wie in jedem anderen Volk eine tiefe – wenngleich an der Oberfläche wenig sichtbare – Sehnsucht nach nationaler Einheit. Gäbe die Bundesrepublik diese Ziel preis, würde die nationale Sehnsucht vom kommunistischen Teil Deutschlands für seine Politik eingespannt.“ Wörner, Manfred, Für Frieden in Freiheit, Reden und Aufsätze, Berlin, 1995, S. 66.

²⁷⁴ Vgl. ‚Wehrlosigkeit bringt uns nicht den Frieden!‘, Rede von Bundesverteidigungsministers Dr. Manfred Wörner am 15. Juni 1983, in: Rollmann, Dietrich, (Hrsg.), 50 Reden aus dem Deutschen Bundestag 1949–1983, Stuttgart, 1983, S. 556.

²⁷⁵ DDR gibt Bonn einen Vertrauensvorschuß, in: *Süddeutsche Zeitung*, 11.10.1982.

²⁷⁶ Barzel demonstriert Kompetenzansprüche, in: *Süddeutsche Zeitung*, 13.10.1982.

führende Unionspolitiker.²⁷⁷ Die Stimmung in Ost-Berlin blieb nach wie vor zuversichtlich.²⁷⁸ Offenbar, so die *SZ*, seien die DDR-Oberen nach wie vor um einen gemäßigten Tonfall bemüht, damit der Gesprächsfaden nach Bonn nicht sofort abgerissen werde. Honeckers bzw. die SED interne Argumentationslinie „war frei von konjunkturellen Erwägungen“.²⁷⁹ Diese Interpretation sollte sich später als eine Fehleinschätzung der *SZ* herausstellen.²⁸⁰

Bis dato war es der DDR wichtig, auch auf rhetorischer Ebene ihre Unabhängigkeit zu wahren. Nach Kohls Blitzbesuch in Ost-Berlin jedoch schlug die DDR-Spitze einen schärferen Ton an. Dies alles sollte man nicht überbewerten, wie die Redaktion einhellig konstatierte. Wichtig schien es hingegen, dass der Kontakt auf Ministerebene nun endlich in Gang kam.²⁸¹ Wenige Wochen nach ihrem Amtsantritt rückte die Union von alten Positionen ab²⁸² – für die sie in Oppositionszeiten ursprünglich noch einstanden. Die Verwunderung darüber in der DDR war groß. Auch in anderen Ostblockstaaten staunte man.²⁸³ Andererseits gab sich Bonn erleichtert darüber, dass der Kontakt zu den Staaten des Warschauer Paktes nicht abbricht, sondern im Gegenteil die Regierungen sogar selbst Kontakt zur neuen CDU/CSU-FDP-Koalition suchten.²⁸⁴ Überraschend schien diese Tatsache nicht zu sein: „Wollte sich die Regierung Helmut Kohl nicht an die Abmachungen mit der DDR halten, auch wenn sie diese weder geschlossen noch unterstützt hatte, bräuchte sie erst gar keine Deutschlandpolitik zu betreiben“.²⁸⁵ Für die *SZ* war dieses immer wäh-

²⁷⁷ Vgl. ebenda.

²⁷⁸ Vgl. Analyse aus dem Bonner Sprachgebrauch, in: *Süddeutsche Zeitung*, 04.11.1982.

²⁷⁹ Ebenda.

²⁸⁰ Gemeint ist hier die ökonomische Schieflage der DDR, die später auch zum Milliardenkredit führte.

²⁸¹ Vgl. ebenda.

²⁸² Vgl. Union rückt von alten Positionen ab, Jenninger in Ostberlin: kein Junktim zwischen Zwangsumtausch und Verhandlungen, in: *Süddeutsche Zeitung*, 03.12.1982.

²⁸³ Vgl. Verhandlungen ohne Bedingungen, Ein Antrittsbesuch demonstriert den Versuch einer unbefangenen Deutschlandpolitik, in: *Süddeutsche Zeitung*, 03.12.1982.

²⁸⁴ Vgl. ebenda.

²⁸⁵ Ebenda.

rende Für und Wider Ausdruck einer fehlenden Strategie. Daher, so analysierte die Zeitung, war es nicht verwunderlich, dass es innerhalb der Fraktionen von CDU/CSU und FDP zu Streit kam und heftige Diskussionen über den Begriff „Kontinuität“ und den damit verbundenen Kurs gegenüber Ost-Berlin geführt wurden.²⁸⁶ Gerade aber diese „Kontinuität“ schätzte die DDR. Für sie war das Ganze eher eine Bewährungsprobe und Härtestest. „Zweierlei signalisierte Ost-Berlin gegenwärtig mit seiner Politik gegenüber Bonn: Zum einen strebte Ost-Berlin mit der neuen Regierung ungeachtet ihrer Zusammensetzung eine Fortsetzung des bisherigen Kurses an und zum anderen ging man davon aus, dass Kohl auch nach dem 6. März 1983 am Ruder bliebe“.²⁸⁷ Für die Bundesregierung schien das keine schlechte Ausgangslage zu sein.²⁸⁸

Der Neuwahl sah man nun auf beiden Seiten der Grenze gespannt entgegen. Das Rennen war für beide Kontrahenten offen.²⁸⁹ Im Februar 1983 – vier Wochen vor der Neuwahl des Bundestages – trübte sich das Verhältnis zwischen Bonn und Ost-Berlin dann doch noch einmal ein. Hintergrund waren laut *SZ* irritierende Wahlkampftöne des CSU-Innenministers. Die Führung der DDR warf Zimmermann Revanchismus vor. Er hatte in einer Rede die deutsche Frage auch auf die Ostgebiete „jenseits von Oder und Neiße“ projiziert.²⁹⁰ Zeitgleich sorgten Äußerungen des scheidenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner zusätzlich für Aufregung. Dieser hatte sich in einem Interview mit der *Augsburger Allgemeinen Zeitung* für eine Anerkennung der DDR-

²⁸⁶ Vgl. Streit um die Deutschlandpolitik, Kurs gegenüber Ostberlin in Union und FDP umstritten/ Zwist auch in der SPD, in: *Süddeutsche Zeitung*, 09.12.1982.

²⁸⁷ Ebenda.

²⁸⁸ Vgl. Ostberliner Härtestest, in: *Süddeutsche Zeitung*, 14.12.1982.

²⁸⁹ „Vogel ist kein ungefährlicher Gegner. Obschon der der neue Bundeskanzler unablässig im Fernsehen erscheint, dauert es seine Zeit, bis er sich – so später die Wahlanalyse der SPD – als ‚Institution Bundeskanzler‘ etabliert hat. Noch Anfang Februar 1983 liegen Vogel und Kohl bei der Frage nach den Kanzlerpräferenzen fast gleichauf. Erst am Ende der heißen Wahlkampfphase öffnet sich die Schere zugunsten von Kohl.“ Schwarz, 2012, S. 322.

²⁹⁰ Vgl. DDR wirft Zimmermann Revanchismus vor, Äußerungen des Innenministers zu deutschen Frage stoßen auf harte Kritik, in: *Süddeutsche Zeitung*, 02.02.1983.

Staatsbürgerschaft ausgesprochen.²⁹¹ Je näher der Wahltag rückte, desto mehr wurde rhetorisch aufgerüstet.²⁹²

Waren in der Berichterstattung der Welt sowie der *FAZ* noch eindeutige politische Positionierungen erkennbar, fiel dies im Falle der *SZ* schon schwerer. Zwar entzog auch sie der sozial-liberalen Bundesregierung ihr Vertrauen und sah eine Ablösung Schmidts als notwendig an, dennoch blieb die Süddeutsche äußerst skeptisch gegenüber dem neuen Kanzler und seiner „Kontinuität“ in der Deutschlandpolitik.

2.2.4 Die Zeit

Die Berichterstattung in der *Zeit* – bei der Helmut Schmidt nach seiner Abwahl als Mitherausgeber anheuerte – wirkte stets hanseatisch-kontrolliert, nüchtern, sachlich – zugleich jedoch sehr feingeistig und intellektuell pointiert. Wie die Tageszeitungen zuvor auch, fokussierte die Wochenzeitung das bereits erwähnte „Sommertheater“ – „[...] über Kanzlersturz zu Neuwahlen“²⁹³ lautete der erste große Artikel zu diesem Thema. Für die Hamburger Journalisten war – trotz aller innerparteilichen Probleme der SPD – der Schuldige längst ausgemacht, die Freien Demokraten. Der Schwerpunkt ihrer Berichterstattung lag daher auf der FDP, ihres Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher sowie den Konsequenzen für die Partei beim kommenden Umbruch. Dabei attestierte der Journalist Carl Christian Kaiser den Liberalen allerdings Angst vor der eigenen Courage und den Folgen, falls sie wirklich mit der Union koalieren sollte. „Bisher viel Wendelin und wenig Wumm“²⁹⁴ lautete das Urteil eines CSU-Insiders über die FDP. Führende Unionspolitiker hegten sogar Zweifel, ob der Wechsel am Ende überhaupt noch zu Stande käme. Dem designierten Kanzler Kohl schrieb *Die Zeit* allerdings ein feines takti-

²⁹¹ Vgl. Wehners Vorschlag erregt Proteste und Erstaunen, in: *Süddeutsche Zeitung*, 02.03.1983.

²⁹² Vgl. Osterberlin: Kohl fällt aus der Rolle, Kanzler wäre bei Wahlsieg nicht bereit, gutnachbarliche Beziehungen zu fördern, in: *Süddeutsche Zeitung*, 04.03.1983.

²⁹³ Ferienspiele: Über Kanzlersturz zu Neuwahlen, *Die Zeit*, 16.07.1982.

²⁹⁴ Angst vor der Courage, Die Unionsmehrheit möchte am liebsten Neuwahlen, in: *Die Zeit*, 10.09.1982.

sches Gespür zu. Kohl sei es damals schon besonders wichtig gewesen, mit der FDP eine Koalition zu bilden. Von etwaigen Alleinregierungen durch CDU und CSU hielt er nichts. Viel mehr, so die Vermutungen der *Zeit*, sei Kohl aus machtpolitischen Gründen daran interessiert, mit der FDP zusammenzuarbeiten, um so auch die teilweise schwer erträgliche Schwesterpartei CSU und ihren Vorsitzenden Franz Josef Strauß zu bändigen. Auch wenn keine Sympathiebekundungen bezüglich eines Wechsels zu Helmut Kohl zu erkennen waren, lautete das Fazit der *Zeit*: „Die sozial-liberale Regierung ist zu Ende. Es beginnt eine neue Epoche, von der niemand weiß, ob sie von der Regierung Kohl/Genscher geprägt wird oder ob sie nach dieser Übergangsregierung in eine Zeit der Labilität mündet.“²⁹⁵

Eine Woche nach Kohls Wahl zum Bundeskanzler wurde noch einmal sein langer Weg durch die verschiedenen Instanzen bis hin ins Kanzleramt beleuchtet und gleichzeitig die Frage gestellt, was ihn für dieses Amt prädestiniere und welche Bevölkerungsgruppen er eigentlich repräsentiere.²⁹⁶ Die Antwort lautete schlicht: „Die schweigende Mehrheit und jene common-sense-Provinzen, die durch die Veränderungen der zurückliegenden Jahrzehnte vor allem verunsichert worden sind und als deren Fürsprecher Kohl unermüdlich aufgetreten ist.“²⁹⁷ Beim offiziellen Machtwechsel allerdings sei Helmut Kohl dann sehr bescheiden aufgetreten, was zugleich Spekulationen nährte, ob dies auch in für die Deutschlandpolitik gelten werde.²⁹⁸ Interessanterweise lobte der neue Kanzler in diesem Zusammenhang sogar die Deutschland- und Ostpolitik seines Vorgängers.²⁹⁹ Dass Kohl sich jetzt so bescheiden zeige, sei allerdings kein „Damaskus-Ereignis“, sondern viel mehr ein Zeichen von Demut vor dem neuen Amt, lautete das Urteil der *Zeit*.

²⁹⁵ Neuer Anfang oder nur Übergang? Mehr Sorge als Jubel: Der mühselige Start der Regierung Kohl/Genscher, in: *Die Zeit*, 30.09.1982.

²⁹⁶ Vgl. Ohne Trommeln und Fanfaren, Helmut Kohls langer Weg ins Bundeskanzleramt – Machtwechsel, weichgezeichnet, in: *Die Zeit*, 08.10.1982.

²⁹⁷ Ebenda.

²⁹⁸ Vgl. ebenda.

²⁹⁹ Vgl. ebenda.

Der ausgehandelte Koalitionsvertrag wurde hingegen als wenig aussagekräftig eingestuft.³⁰⁰ Genscher, so *Die Zeit*, lobte zwar „die ausgehandelten Kompromisse“³⁰¹ mit der Union. Doch insgesamt, so das Hamburger Wochenblatt waren das nur „vage Formeln“.³⁰² In der Deutschlandpolitik – ein Herzstück der alten Koalition – schwiegen sie gänzlich.³⁰³

Ebenso wie die Tageszeitungen resümierte *Die Zeit* intensiv über acht Jahre Helmut Schmidt und dessen Ost- und Deutschlandpolitik.³⁰⁴ Das Erbe seiner Kanzlerschaft lag in der „außenpolitischen Konsolidierung“.³⁰⁵ Die Erwartungen nach dem Machtwechsel wurden nicht in einem „Entweder Oder“ formuliert, sondern in ein „Sowohl als Auch“.³⁰⁶ Im Vergleich zum Wechsel von 1969 lag keine Aufbruchsstimmung in der Luft, viel mehr lautete die Parole:

„Nicht polarisieren; nicht den schrillen Antagonismen Raum geben, nicht der Skepsis von Vornherein freien Lauf lassen, der automatischen Verdächtigungen des parteipolitischen Gegners widerstehen; nicht die Kontinuität in Frage stellen. Helmut Kohl lässt die Hoffnung zu, daß er dies begriffen hat.“³⁰⁷

³⁰⁰ Vgl. Es führte kein Weg zurück, Tagebuch eines Machtwechsels, für Kohl und Genscher hieß es: Augen zu durch, in: *Die Zeit*, 01.10.1982.

³⁰¹ Ebenda.

³⁰² Ebenda.

³⁰³ Vgl. ebenda.

³⁰⁴ „Viertens: Die Bemühungen um einen Ausgleich mit der Sowjetunion und allen kommunistischen Staaten Osteuropas, auch mit der DDR, orientierten sich am Ziel einer Politik des Kräftegleichgewichts, des Dialogs und der Zusammenarbeit. Zusammen mit dem Streben nach Abrüstung ist dies das Kernstück der Friedenspolitik.“ Helmut Schmidts außenpolitisches Vermächtnis, Gleichgewicht, Ausgleich und Berechenbarkeit sind die Eckpfeiler der Kontinuität, in: *Die Zeit*, 15.10.1982.

³⁰⁵ „So besteht die Hinterlassenschaft des Kanzlers Schmidt in der außenpolitischen Konsolidierung eines europäischen Staates mittlerer Größenordnung wenn auch stets der Teilung bewußt. Außenpolitik bleibt für die Sicherheit der Bundesrepublik unerlässlich: sie muß für andere berechenbar sein. Ein Wechsel in der Führung der Bundesrepublik darf nicht zu abrupten Veränderungen in der politischen Grundauffassung führen. Dies ist ein zentraler Bestandteil jeglicher Anstrengungen eines deutschen Kanzlers, die Glaubwürdigkeit seines Handelns nach innen und außen zu verbürgen.“ Ebenda.

³⁰⁶ Kein Aufbruch – kein Abbruch, Nach dem Machtwechsel, in: *Die Zeit*, 08.10.1982.

³⁰⁷ Ebenda.

Auch wurden Chancen und Möglichkeiten gesehen, neue Energien freizusetzen – die zuvor im Gemurmel und Gegrummel der Bonner Agonie erstickten – um auf bestimmten Politikfeldern durch ein „beherztes Anpacken“³⁰⁸ eine Generalinspektion in Angriff zu nehmen.³⁰⁹ Das Wochenblatt stimmte ungewohnt positive und versöhnliche Töne gegenüber der neuen Regierung an. Fast so als wüsste sie sich, dass sie nicht so kläglich scheitern würde, wie ihre Vorgänger, was die Milde der *Zeit* erklären könnte. Die ersten Wochen der neuen Regierung und somit auch einer vermeintlichen neuen Deutschlandpolitik wurden von der Redaktion sehr genau analysiert. *Die Zeit* hob dabei folgende Treffen hervor: Barzels Besuch in Ostberlin, Jennings Treffen mit dem DDR-Außenminister Oskar Fischer, sowie die Zusammenkünfte von Bundespräsident Carstens und Außenminister Genscher mit Erich Honecker bei der Beerdigung von Leonid Breschnew in Moskau.

Das waren alles Begegnungen, bei denen außenpolitische Contenance und diplomatisches Geschick gefragt war und *Die Zeit* wollte diese Treffen als außenpolitischen Laktatstest verstanden wissen. Widererwartend bestand die neue Regierung: „Selten zuvor hat es so viele deutsch-deutsche Berührungspunkte gegeben wie gerade in diesen Wochen.“³¹⁰ Zwar beruhten diese positiven Entwicklungen bereits auf Kontakten und Verabredungen der Vorgängerregierung. Der federführende Journalist sprach von einer „willkommenen Erblast“³¹¹, an der sich Helmut Kohls Worte von „Kontinuität, Vertragstreue und Gesprächsbereitschaft“³¹² messen lassen sollten. Die Formulierung der „willkommenen Erblast“ hat-

³⁰⁸ Ebenda.

³⁰⁹ „Das transatlantische Verhältnis muß frisch fundiert werden, wenn es bis zur Jahrtausendwende überdauern soll und Anpassung wird da nicht nur von den Europäern, sondern auch zumal von den Amerikanern verlangt werden müssen. In der Ostpolitik ist von der Kooperation zu retten, was zu retten ist und an unerschrockener Konfrontation zu bestehen, was Moskau uns aufzwingt. Die Sicherheitspolitik muß von Grund auf neu durchdacht werden – nicht so sehr, weil die Friedensbewegung darauf drängt, als vielmehr deswegen, weil die alte Konzepte sachlich überholt sind.“ Ebenda.

³¹⁰ Gesten als Politik-Ersatz, Bonn und die DDR: Kontinuität mit leeren Kassen, in: *Die Zeit*, 03.12.1982.

³¹¹ Ebenda.

³¹² Ebenda.

te in diesem Sinne eine doppelt-positive Bedeutung. Zum einen wurde damit das Handeln der sozial-liberalen Vorgängerregierung gelobt, zum anderen zugleich als Bürde für die Regierung Kohl/Genscher betrachtet. Nach anfänglicher Zurückhaltung klang auch das „Ostberliner-Echo“³¹³ zunehmend freundlicher. Bis jetzt wurden zwar Gesten ausgetauscht – es waren Signale der Kontinuität und Bereitschaft zum Dialog – jedoch war der exakte Kurs der Deutschlandpolitik unbekannt, urteilte *Die Zeit*.³¹⁴ Es bestanden erhebliche Zweifel, ob „einzelne Projekte“³¹⁵ in Zeiten leerer westdeutscher Kassen überhaupt zustande kämen. Dabei war gerade die DDR auf Devisen aus der BRD existentiell angewiesen. Wie auch die Tageszeitungen zuvor erkannte auch *Die Zeit*, dass die DDR-Führung auf finanzielle Hilfe angewiesen war. Da der Bundeshaushalt aber zu jener Zeit defizitär war, kam man in der Hamburger Redaktion zum Schluss, dass die alte Devise „Geld gegen menschliche Erleichterungen“ aufgrund dieser miserablen Haushaltslage nicht länger aufrechtzuerhalten sei.³¹⁶ Dennoch signalisierten sowohl die BRD als auch die DDR die Absicht den Dialog kontinuierlich zu vertiefen.

Dass es bei den Begegnungen zwischen Ost und West auch zu amüsanten Äußerungen und „atmosphärischen Überraschungen“³¹⁷ kommen konnte, bewies ein Treffen zwischen Verkehrsminister Werner Dollinger (CSU) und seinem Ost-Berliner Kollegen Otto Arndt. Dollinger berief sich in einer Diskussion über diverse Verkehrsprojekte auf „Eckermanns Gespräche mit Goethe“ und zitierte plötzlich einen ahnungsvollen Goethe: „Mir ist nicht bange, daß Deutschland nicht eins werde. Unsere guten Chausseen und künftigen Eisenbahnen werden schon das ihre tun.“³¹⁸ Die DDR-Delegation vernahm es mit Verblüffung.³¹⁹

³¹³ Ebenda.

³¹⁴ Vgl. ebenda.

³¹⁵ Autobahnbau zwischen Hamburg und Berlin, westdeutsche Beihilfen zur Elektrifizierung von Bahnstrecken, in: Ebenda.

³¹⁶ Ebenda.

³¹⁷ Ebenda.

³¹⁸ Ebenda.

³¹⁹ Vgl. ebenda.

Je näher der Wahltag rückte, umso größer wurde in der Union die Nervosität und Unsicherheit, so *Die Zeit*. Hintergrund war offensichtlich die Angst innerhalb des Regierungslagers, dass die Wahlen aufgrund der Nachrüstungsdebatte verloren werden könnten.³²⁰ Zusätzliche Ungewissheit entstand durch den Tod Breschnews und den neuen sowjetischen Generalsekretär Andropow, der sich wiederum intern noch beweisen musste.³²¹ Aber auch innenpolitische Schwierigkeiten attestierte *Die Zeit* der Koalition. In Fragen der Deutschlandpolitik war das Verhältnis innerhalb der Schwesterparteien CDU und CSU gespalten.³²² Der Besuch des SPD Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel in Moskau – in der Union sprach man „sauertöpfisch von den Vogel-Festspielen“³²³ – verschärfte dann unglücklicherweise wieder das Verhältnis zur Sowjetunion. Zugleich wuchs innerhalb der Regierung die Sorge, vor einem aktiv, rhetorischen Eingriff der Sowjetunion in den Bundestagswahlkampf.³²⁴ Die Stimmung war nervös, attestierte *Die Zeit*. Dennoch gab der Kanzler dem Blatt das bis dato einzige, umfassende Interview zur anstehenden Wahl. In diesem Interview erläuterte der Kanzler nochmals seine Vorstellungen seiner Außen- und Deutschlandpolitik: Wirklichen Frieden, so Kohl, kann es in Mitteleuropa nur geben, wenn für die Deutschen eine Lösung gefunden würde im Sinne der Einheit der Nation. Nach seiner festen Überzeugung, so der Kanzler weiter, sei „Zurück in den Nationalstaat einer vergangenen Zeit“ aber keine Lösung.³²⁵ Zugleich verteidigte er das im Wahlprogramm formulierte Ziel einer Einheit Deutschlands.³²⁶ Warum Helmut Kohl ausgerechnet der *Zeit* ein solch ausführliches Interview gab, konnte nicht ermittelt werden.

³²⁰ Vgl. Schrille Töne, Die CDU verrät Unsicherheit, in: *Die Zeit*, 14.01.1983.

³²¹ Vgl. Stärker werden, aber wie?, Finanzen und Nachrüstung stehen im Mittelpunkt der Dezembertagung, in: *Die Zeit*, 03.12.1982.

³²² Vgl. Schrille Töne, Die CDU verrät Unsicherheit, in: *Die Zeit*, 14.01.1983.

³²³ Gromyko in Bonn, Die Küken kommen erst im Herbst, Der sowjetische Außenminister gab sich unerwartet verbindlich, in: *Die Zeit*, 21.01.1983.

³²⁴ Ebenda.

³²⁵ Vgl. Kohl: ‚Ich habe keine Alpträume‘, in: *Die Zeit*, 18.02.1983.

³²⁶ Vgl. ebenda.

Nach dem eindeutig ausgefallenen Sieg für die amtierende Regierung bestimmte die FDP und mit ihr Genscher bei den anstehenden Koalitionsverhandlungen zur Deutschlandpolitik, zum Wohlwollen der CDU, die den konfrontativen Kurs der CSU ebenfalls ablehnte, den Kurs.³²⁷ Kohl und Genscher beschrieben jene Geschehnisse auch in ihren Memoiren.³²⁸ Die ausgehandelten Vereinbarungen für das zweite Kabinett Kohls wurden eher als „vage Versprechung“³²⁹ bzw. „unpräziser Verabredungskatalog“³³⁰ titulierte – denn als eine gründlich ausgehandelte Basis für volle vier Jahre. Im Bereich der Deutschlandpolitik übte man harsche Kritik: „Die Nominierung Heinrich Windelens zum Minister für Innerdeutsche Beziehungen weckte zudem schlimme Erwartungen. Mit Vertriebenenmentalität ist das Verhältnis zur DDR nicht zu verbessern.“³³¹

Der Sieger dieser neuen Regierung – trotz aller Widrigkeiten und Störfeuer – hieß dennoch Helmut Kohl.³³² Ein wirklich schlüssiges Fazit lässt sich aus den Artikeln der *Zeit* allerdings nicht ziehen. Sie insistier-

³²⁷ „Bei den Verhandlungen zur Deutschlandpolitik hatte Genscher die Bundestagsentschließung von 1972 und die Regierungserklärung aus dem letzten Jahr aus der Tasche gezogen und ausführlich und langatmig daraus zitiert. Seine Aufforderung doch bitte zu sagen, was daran falsch sei und was man daran geändert haben wolle, machte der CSU das Geschäft einigermaßen schwer. Und ähnlich geschickt positionierte er sich in der Außen- und Sicherheitspolitik hinter einem Wald von Bündnisvereinbarungen, in dem sich die Durchbruchversuche der CSU verliefen. Da Koalitionsabmachungen nicht den Dilettantismus der letzten 13 Jahre (Strauß) zum Gegenstand haben, war da wenig Durchkommen möglich. Obendrein auch deshalb, weil viele Politiker der Union der Meinung sind, Genscher habe doch seit vielen Jahren ihre Politik eigentlich ganz gut vertreten.“ Eine Plattform, kein Programm, in: *Die Zeit*, 25.03.1983.

³²⁸ „Leitlinien dieses Kurses waren die Einbettung der Deutschlandpolitik in die Politik der europäischen Integration und eine pragmatische Kooperation mit der DDR auf allen Gebieten. Ohnehin wurde die operative Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt und vom Ministerium für innerdeutsche Beziehungen in all den Jahren kraftvoll unterstützt.“ Kohl, 2005, S. 121. Sowie: „Meine Außenpolitik stieß in der Union auf Vorbehalte. Kohl wünschte auch deshalb keine große außenpolitische Debatte, um der CSU, insbesondere Franz Josef Strauß, keinen Zündstoff zu liefern – auch wenn Strauß dem Kabinett nicht angehörte.“ Genscher, Hans-Dietrich, *Erinnerungen*, Berlin, 1995, S. 470.

³²⁹ Vage Versprechung, Die Koalition läßt viele Fragen offen, in: *Die Zeit*, 25.03.1983.

³³⁰ Ebenda.

³³¹ Ebenda.

³³² „Zumindest Helmut Kohl wird das nicht schrecken. Er hat die Verhandlungen, im Gegensatz zu manchen Vorhersagen, ohne sichtbare Blessuren überstanden. Und seine Richtlinienkompetenz beruhigt ihn gewiß mehr als ein ausgefeiltes Koalitionspapier. Er kann sich trotz Strauß und anderer Unwägbarkeiten, gestärkt zum Kanzler wählen lassen.“ Ebenda.

te als einziges Blatt deutlich auf die Schuldfrage der FDP am Zerwürfnis der Koalition, lobte aber wiederum zugleich ihre Durchsetzungskraft in den neuerlichen Koalitionsverhandlungen. Ausdrückliche Kritik an der SPD, geschweige an Altkanzler Schmidt ließ die Berichterstattung gänzlich vermissen, zudem sympathisierte der journalistische Tenor zuweilen mit der neuen Regierung, hob Helmut Kohl sogar als heimlichen Sieger hervor. Mit dem ausführlichen Interview Kohls gab sie zudem dem Kanzler im Wahlkampf den strategischen Vorteil, auch direkt bürgerlich-liberale Wählergruppen zu erreichen.

2.2.5 Der Spiegel

Schon vor dem vollzogenen politischen Wendemanöver unkte *Der Spiegel* über die mögliche Dauer einer schwarz-gelben Koalition. Die scheinbare Abkehr des bisherigen außen- und ostpolitischen Kurses von Hans-Dietrich Genscher und einer gleichzeitigen Akzeptanz des neuen Kurses durch die CSU, führte zu erheblichen Irritationen.³³³ Man lobte den bisherigen Kurs in der Ostpolitik als alternativlos: „Eine andere Regierung hätte solch eine Politik nicht betreiben können.“³³⁴ Die „Wende“ war für den *Spiegel* der Beginn eines „CDU/CSU-Staates“³³⁵ Jetzt schienen sich die Christdemokraten und die Christsozialen den Staat unter sich aufzutei-

³³³ „Der Bundestagsabgeordnete Hans Graf Huyn, militanter Anti-Kommunist, kommentierte im CSU-Pressedienst: ‚Der Genscher-Artikel ist ein außenpolitischer Spiegel zum Wirtschaftsplan des Grafen Lambsdorff. Genscher relativiert und definiert darin Entspannungspolitik in einer Weise, die den grundsätzlichen Vorstellungen der Union entspricht. [...] Die zusätzliche Forderung nach einer wirtschafts- und militärpolitischen Gesamtstrategie gegenüber den Ostblockstaaten ist ebenfalls ein wichtiger gemeinsamer politischer Nenner mit der CDU/CSU.‘“ Vgl. Wenn nur die FDP nicht wieder reinkommt, in: *Der Spiegel*, 20.09.1982.

³³⁴ „Die Außenpolitik der Sozialliberalen ging - dies das Merkzeichen der Ära, in allen Kapiteln - den Weg von Euphorie zu Realismus. Ihre Praktiker mußten die Vision ferner, neu zu ordnender Staatenwelten verabschieden und sich mit dem Alltag von Mindestumtauschsätzen und geographisch belanglosen Grenzkorrekturen beschweren. Aber allein der Versuch, mit Moral die Interessengegensätze beeinflussen zu wollen, lieferte den Existenznachweis für die sozialliberale Koalition. Eine andere Regierung, soviel ist sicher, hätte sich schwerer damit getan, die Folgen des Weltkriegs und die Neuordnung in Osteuropa anzuerkennen und zugleich ihren Wählern plausibel zu machen.“ Dreizehn Jahre geliehene Macht, in: *Der Spiegel*, 04.10.1982.

³³⁵ Auf dieser Regierung liegt kein Segen, in: *Der Spiegel*, 04.10.1982.

len.³³⁶ Die Sorge richtete sich dahingehend, dass nun alle Verfassungsorgane von der Union besetzt wurden.³³⁷ „War das der Höhepunkt oder erst der Anfang?“³³⁸, fragte das Hamburger Nachrichtenmagazin besorgt. Dass der Machtwechsel wirklich käme, stand für den *Spiegel* außer Frage. Der Deutschlandpolitik sah man mit Skepsis entgegen – da „wieder nicht länger von zwei deutschen Staaten gesprochen wurde.“³³⁹ Noch etwas zynischer klang eine Bemerkung über die zukünftige, formale Ansprache der Bundesrepublik an die DDR. Würde diese nun wieder zum Gänsefüßchen-Staat degradiert?³⁴⁰ Die neue Bundesregierung schien dies zu beabsichtigen. Denn von den bisherigen deutschlandpolitischen Grundsätzen blieb nur wenig übrig. Zwar akzeptierte die neue Regierung das „ostpolitische Erbe“³⁴¹ auf der Grundlage der bestehenden Ostverträge und Vereinbarungen – wenn auch unter großem Protest innerhalb der Fraktionsrechten³⁴² – dennoch musste Kohl Konzessionen machen und ließ Teile des von Mertes und Genscher vorformuliert Koalitionsentwurfs wieder streichen.³⁴³

Den neuen bzw. alten Minister für innerdeutsche Beziehungen – Rainer Barzel bekleidete dieses Amt bereits von 1961 bis 1962 als das Ministerium noch Ministerium für gesamtdeutsche Fragen hieß – zog es gleich nach seiner Ernennung zum Minister nach Ost-Berlin.³⁴⁴ Der Besuch Barzels, über den im Vorherigen schon ausführlich berichtet wurde,

³³⁶ Ebenda.

³³⁷ Namentlich: Bundespräsident, Bundeskanzler, Bundestagspräsident, Bundesverfassungsgerichtspräsident.

³³⁸ Vgl. Ebenda.

³³⁹ Auf dieser Regierung liegt kein Segen, in: *Der Spiegel*, 04.10.1982.

³⁴⁰ Vgl. ebenda.

³⁴¹ Ebenda.

³⁴² Gemeint sind hier Werner Marx, Claus Jäger oder Hans Graf Hyn. Vgl. ebenda.

³⁴³ „Erst als Kohl die Widerständler beruhigte, das sei nicht allzu ernst zu nehmen, akzeptierten sie. Im Gegenzug setzten sie durch, daß ein anderer Reizbegriff aus der sozial-liberalen Ära getilgt wurde. Echte Entspannungspolitik, so hatten Genscher und Mertes vorformuliert, liege im Interesse der Deutschen, die in zwei Staaten zu leben gezwungen seien. Doch das Attribut Staat für die DDR ging den Rechten zu weit. In der gereinigten Endfassung dient die Ost- und Deutschlandpolitik dem Interesse der Menschen unseres Volkes, die unter der Teilung Deutschlands leiden.“Ebenda.

³⁴⁴ Vgl. Leise Sohlen, Bonns Innerdeutscher Minister Rainer Barzel möchte für sich und sein Amt mehr Einfluß, in: *Der Spiegel*, 06.11.1982.

ist nun nur formal der Aufhänger eines weiteren Artikels, in dem die Journalisten eine Art Psychogramm „des, wie eh und je zu pathetisch neigenden Redensarten und gewieften Selbstdarstellers, Rainer Candius Barzel“³⁴⁵ konstruieren. Barzel müsse schwer daran zu kauen gehabt haben, dass ausgerechneter

*„jenes Ressort leitete, das für öffentlichkeitswirksame Auftritte am wenigstens hergibt. Dies umso weniger, als Barzel in Ost-Berlin kein regierungs-amtliches Pendant hat. Getreu ihrer Auffassung, daß es innerdeutsche Beziehungen nicht gebe, hat sich die DDR mit der Existenz des Bonner Deutschland-Ministeriums bestenfalls abgefunden.“*³⁴⁶

Grundsätzliches, mehr Retro- als Prospektive stand im Fokus.³⁴⁷ Die Aufarbeitung von Barzels Zeit als Oppositionsführer gehörte ebenfalls dazu.³⁴⁸

Beim ersten Aufeinandertreffen zwischen Genscher und dem sowjetischen Außenminister Gromyko schien die Welt für Genscher wenigstens diesseits des Atlantiks in Ordnung. Zwar wäre Genscher um ein Haar auf die Geburtstagsfeier der DDR gegangen.³⁴⁹ Jedoch bescheinigte der Außenminister seinen Kollegen aus Moskau und Ost-Berlin, dass es bei der bisherigen Politik trotz „der Wende“ bliebe.³⁵⁰ Noch vor Beginn des Wahlkampfes, Helmut Kohl hatte gerade Margaret Thatcher besucht, zitierte *Der Spiegel* den Oggersheimer, er beabsichtige nicht, bloß ein Übergangskanzler zu sein. Hintergrund war ein Treffen mit führenden In-

³⁴⁵ Ebenda.

³⁴⁶ Ebenda.

³⁴⁷ „Für den Oppositionspolitiker Barzel galt diese Zurückhaltung nicht. In seinem jüngsten Buch erinnert sich der Christdemokrat an seine erste Amtszeit: Damals habe er der Forderung Egon Bahrs nach Wandel durch Annäherung den Vorschlag einer Politik des Einwirkens entgegengesetzt.“ Ebenda.

³⁴⁸ Vgl. ebenda.

³⁴⁹ „Fast wäre der ruhelose Bonner Chef-Diplomat noch zum Cocktail seines DDR-Kollegen geeilt, wäre ihm nicht in letzter Minute zugetragen worden, dort werde auf den 33. Gründungstag jenes Staatswesens angestoßen, das neuerdings, jedenfalls im Koalitionsvertrag, nicht mehr als Staat bezeichnet wird. Ein Toast oder Prost auf diesen Geburtstag, beschloß der überzeugte Antikommunist, gehe nun doch zu weit.“ Ändern Sie nie die Koalition, in: *Der Spiegel*, 11.10.1982.

³⁵⁰ Vgl. ebenda.

dustriemanagern, die vor den Risiken einer vorgezogenen Neuwahl warnten.³⁵¹ Der Kanzler gab sich souverän, anstatt auf die Tugenden eines Helmut Schmidts zu setzen, gerierte er sich als „Kanzler fürs Herz“³⁵², um seine Taktik für den Wahlkampf zu präsentieren: „Diesem Konzept sind die ‚drei Herausforderungen‘ zugeordnet, unter die er seine Kanzlerschaft stellen will.“³⁵³ Dabei spielte Kohl, nach seiner Meinung, auf die innere und äußere Teilung an, die, verursacht von 13 Jahren SPD-Herrschaft, überwunden werden müsse.³⁵⁴

Nach seinem „glänzenden Wahlsieg“³⁵⁵ ging es dem Kanzler in erster Linie darum, dass Strauß unter keinen Umständen nach Bonn kam. „Durch Halsstarrigkeit in Sachfragen wollte man ihm das Regieren auf Bundesebene verleiden.“³⁵⁶ Der CDU-Mann möchte im Großen und Ganzen Kontinuität in der Ost- und Deutschlandpolitik wahren.³⁵⁷ Mit Hilfe „volltönenden Grundsatzbekenntnissen – zur Freiheit, zur Wiedervereinigung, zur Bündnistreue im Koalitionspapier“³⁵⁸, wollte man den bayerischen Ministerpräsidenten ruhigstellen. So ersann sich der Kanzler die Mäßigung seines Intimus: harte Töne auf Papier – weiche Worte in der Regierungserklärung. So ließ sich Helmut Kohl, mit seiner gewählten

³⁵¹ „Die im Kanzleramt versammelten Manager hatten, am vorletzten Freitag, an der Weisheit der Beschlüsse des Schmidt-Nachfolgers herumgemäkelt: Neuwahlen am 6. März 1983 seien von Übel, die Union könne die gerade eroberte Macht wieder verlieren; die Industrie werde mit den dringend erwünschten Investitionen weiter warten, niemand wisse ja, was dann komme. Kohl gab zurück. ‚Verlassen Sie sich darauf‘, wies er die Wirtschaftsleute zurecht, ‚daß ich auch nach dem 6. März Kanzler bin. Ich bin kein Übergangskanzler.‘“ Vom Zeitgeist habe ich genug, in: *Der Spiegel*, 25.10.1982.

³⁵² Ebenda.

³⁵³ „Kohl will entdeckt haben, daß ein tiefer Riß durch das bundesdeutsche Volk geht. Bei langen Ferienspaziergängen rund um den Wolfgangsee kam ihm das Schreckensbild einer bundesdeutschen „Konfliktdemokratie“, mit der es nur ein böses Ende nehmen könne. Die Sozialdemokraten hätten mit ihrer Polarisierung die Deutschen nochmals geteilt. Diese Teilung will er überwinden, das Volk „wieder zusammenführen.“ Ebenda.

³⁵⁴ „Die andere Spaltung der Deutschen, Herausforderung zwei, gelte es zumindest im Bewußtsein zu halten. Deswegen, und weil es ankommt beim Wahlpublikum, spricht Kohl seit Wochen stets vom ‚Vaterland‘.“ Ebenda.

³⁵⁵ Die Wende ist perfekt, in: *Der Spiegel*, 07.03.1983.

³⁵⁶ „Die von Strauß gewünschte außenpolitische Generalmobilmachung gegen die Sowjets in Afrika und überall in der Welt wird der Kanzler verhindern.“ Ebenda.

³⁵⁷ Ebenda.

³⁵⁸ Ebenda.

Doppelstrategie Handlungsspielräume auch nach Osten offen.³⁵⁹ Das Echo aus München folgt prompt und Strauß ließ auch in den folgenden Monaten seinem Unmut freien Lauf.

Der Spiegel ließ, wie nicht anders zu vermuten war, an der neuen Regierung kein gutes Haar. Die viel beschworene Kontinuität auf Seiten von CDU und CSU wurde permanent kritisiert und als heuchlerisch bezeichnet. Die Redaktion beschrieb den Wechsel von Schmidt zu Kohl fast schon als Staatsstreich und verweigerte dem neuen Kanzler jede Legitimitätszuspruch. Der Umgang mit Rainer Barzel skizzierte zudem das zukünftig schwierige Verhältnis zwischen Regierung und Magazin. An der Vorgängerregierung übte *Der Spiegel* jedoch keinerlei Kritik. Auch der parteiinterne Umgang der SPD mit Helmut Schmidt stand nicht zur Debatte. Lediglich die FDP wurde für das Scheitern der sozial-liberalen Bunderegierung zu Verantwortung gezogen. Zugetraut wurden der neuen Bundesregierung mit ihrem Kanzler nur wenig. Besonders auffällig war zudem, dass *Der Spiegel* jede Gelegenheit nutzte auf das schwierige Verhältnis zwischen Kohl und Strauß hinzuweisen und offenbar dort auch die Ursache eines möglichen, zukünftigen Scheiterns der neuen Regierung ausmachte.

Nicht zuletzt in seinem Schreibstil unterschied sich das Hamburger Nachrichtenmagazin sehr deutlich von den anderen, hier analysierten Zeitungen. Die Artikel und Kommentare polarisierten, waren teilweise zynisch und radikal in der Wortwahl. So rückte zwar der Magazin-Charakter besonders in den Vordergrund, der Leser jedoch erhielt nur eine recht eindimensionale Sichtweise. Komplexe Sachfragen und eingehende Diskurse zu einzelnen Themen wurden – wie bei den anderen Zeitungen üblich – nicht von allen Seiten beleuchtet oder gar sachlich neutral dargestellt. Die „Story“ stand immer im Fokus – das Markenzeichen des *Spiegels*.

³⁵⁹ Vgl. ebenda.

2.2.6 Gemeinsamkeiten in der Darstellung

Alle ausgewählten Printmedien waren sich darüber einig, dass die sogenannte „Wende“ ein einschneidendes Ereignis in der Geschichte der Bundesrepublik sei. Zwar verglichen alle Zeitungen das geplante konstruktive Misstrauensvotum mit dem gescheiterten Versuch Barzels von 1972 gegen seinen damaligen Widersacher Brandt vorzugehen, um über einen „parlamentarischen Putsch“ an die Macht zu kommen. Unterschieden wurde jedoch deutlich in der historischen Ursache. Dass die Regierung Schmidt/Genscher über kurz oder lang sowieso am Ende gewesen wäre, bestritt keines der jeweiligen Blätter. In der Kausalkette der politischen Zwiste, die schließlich zur Auflösung der Regierung führten, sind sich ebenfalls alle genannten Printmedien einig. An erster Stelle stand der fehlende ökonomische Erfolg (hohe Arbeitslosigkeit und mangelndes Wirtschaftswachstum), der zu schweren innenpolitischen Verwerfungen innerhalb beider Lager führte. Dicht gefolgt, an zweiter Stelle und einheitlich von allen Journalisten in gleicher Weise beschrieben und dokumentiert; die nur auf Sichtflug und ohne Kompass ausgestattete Strategie der Außen-, Ost- und Sicherheitspolitik, die de facto auch die Deutschlandpolitik mit einschloss.

Nach der ersten Regierungserklärung von Helmut Kohl, bei der auch – bewusst ganz zum Schluss – der Deutschlandpolitik eine eigene Passage gewidmet wurde, schlussfolgerten alle Redaktionen, dass sich durchaus etwas – und zwar nicht nur durch eine schärfere Rhetorik – ändern würde. Ein weiterer Aspekt stellte die viel zitierte, fast schon Mantraartige Beschwörung der „Kontinuität“ dar, die auch innerhalb der Deutschlandpolitik gelten sollte. Worin allerdings konkret diese Kontinuität bestehen sollte, wurde nicht beantwortet.

Ebenfalls Konsens bestand darin, dass die Regierung Kohl der Deutschlandpolitik einen höheren Stellenwert einräumen würde, als die sozial-liberale Vorgängerregierung. Dass Franz Josef Strauß als Regierungsmitglied gezielt verhindert wurde, leistete ebenfalls einen erheblichen Beitrag zur Stabilität in den Beziehungen mit der DDR und wurde von den Zeitungen als deutliches Signal der Entspannung an die Adresse

Erich Honeckers verstanden. Zudem werteten alle diesen Coup als persönlichen Erfolg Kohls über seinen Widersacher. Da Strauß den Kurs der Deutschlandpolitik nie wirklich mittrug und wiederholt, gezielte Störfeuer Richtung Bonn und Ost-Berlin zündete, musste er sich damit abfinden, dass Kohl nun seine Richtlinienkompetenz auch beim Thema Deutschlandpolitik ausspielte.

2.2.7 Unterschiede in der Darstellung

Für die beiden bürgerlich-konservativen Zeitungen, *Die Welt* und die *FAZ*, war das Scheitern nur das logische Ergebnis eines jahrelang schwellenden Streits um die politische Strategie innerhalb der beiden Regierungsparteien. Bei der *Zeit* und teilweise beim *Spiegel* gab es durchweg nur einen Schuldigen – nämlich die FDP. Die anderen Zeitungen äußerten diese Kritik weniger unverhohlen. Vielmehr schien es für die *FAZ* und die *SZ* nur ein logischer und konsequenter Schritt zu sein, der einerseits aus einem Selbsterhaltungstrieb sowie Machterhalt heraus resultierte, andererseits aus der Erkenntnis, dass es in den kommenden Jahren keine Alternative zur Union geben würde. Die unterschiedlichen Flügel von SPD und FDP waren gerade in Fragen der Wirtschafts-, Außen- und Sicherheitspolitik tief gespalten. So entstand ein zweifacher Dualismus um die politische Ausrichtung und Machtfrage in den Parteispitzen von FDP und SPD. Da die Gruppe um Hans-Dietrich Genscher, Otto Graf Lambsdorff und Hans Engelhard – im Gegensatz zur links-liberalen Gruppe um Gerhard Baum, Hildegard Hamm-Brücher und Uwe Ronneburger – zwar nicht bedingungslos für ein schwarz-gelbes Bündnis eintrat, jedoch im Bruch der Koalition die einzige Möglichkeit sahen, die FDP auf Dauer in der Regierungsverantwortung zu halten, ließen sie die Koalition durch das konstruierte „Wendemanöver“ platzen.

Der anstehende Nato-Doppelbeschluss und die damit verbundenen Spannungen, zwischen dem Warschauer Pakt und der Sowjetunion auf der einen und dem westlichen Bündnis um NATO und die USA – und somit auch der Bundesrepublik – auf der anderen Seite, wurden von der *FAZ* und der *Welt* als Zeichen außenpolitischer Schwäche und Instabilität

betrachtet und somit als Hauptursache gewertet, warum die FDP die bestehende Koalition aufkündigte. Beispielhaft ist hier der am Tag des Misstrauensvotums in der *Welt* erschienene Artikel Rainer Barzels: „Der Einheit Rechnung tragen“.

Die Welt war das einzige Blatt, das sich offen und positiv zur Wende Schmidt-Kohl bekannte und sich direkt für eine neue Deutschlandpolitik aussprach. Alle anderen Medien waren entweder vorsichtig optimistisch wie die *FAZ*, oder standen in offener Ablehnung wie *Der Spiegel* der Union und Helmut Kohl gegenüber. Nach dem Misstrauensvotum ließen sich erhebliche Divergenzen in der Darstellung und Interpretation von Kohls Deutschlandpolitik feststellen. Gerade in der inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Deutschlandpolitik – zwischen der neuen Regierung und der nun nur noch aus der SPD bestehenden Opposition – lieferten sich die Zeitungen eine regelrechte Meinungsschlacht. Auch wenn die *SZ* und *Die Zeit* in Kohls Deutschlandpolitik durchaus positive Ansätze erkannten, hegten sie letztendlich doch große Vorbehalte und schürten mitunter geradezu Ängste. Besonders in der heißen Wahlkampfphase im Winter 1982/83 wurde die Außen- und Sicherheitspolitik zum Wahlkampfthema. Die Berichterstattung der einzelnen Blätter um den sogenannten „Raketenwahlkampf“ lässt sich weitestgehend als unisono bezeichnen.

2.2.8 Zusammenfassung

Was nun schon mehr als dreißig Jahre zurück liegt und damals nur wenige Wochen dauerte – bewegte die noch recht junge Republik enorm. Die Abkehr der FDP, vom sozial-liberalen Bündnis nach dreizehn Jahren, bedeutete für die Bundesrepublik eine harte Zäsur. Hinzu kam, dass aus der Friedensbewegung, die massiv gegen den NATO-Doppelbeschluss warb, eine neue Partei – Die Grünen – entstand. Ihr Fundament gründete sich nicht auf den ökonomischen Problemen des Landes und ging somit auf die Regierung Schmidt/Genscher zurück, sondern allein der Wunsch nach „Frieden ohne Atomwaffen“ sowie der Schutz der Umwelt war für Die Grünen maßgeblich. Die Sozialdemokraten, die sich zu diesem Zeitpunkt

innerlich zerrieben hatten, konnten dem inhaltlich nichts mehr entgegenzusetzen oder gar die Gründung der Partei verhindern. Dies wusste Helmut Kohl und nutzte es für seine Politik. Schon Ende August war dem CDU-Parteivorsitzenden Kohl klar, dass „Genscher dem Wechsel kaum noch entgehen könne.“³⁶⁰

Er, der nach dem dritten Anlauf (die Kandidatur Strauß' 1980 mitgezählt) für die Union das Kanzleramt endlich zurückeroberte, wusste um die Empathie der Republik. Daher war seine Strategie erfolgreich, die (politische) Wende zwar zu vollziehen – sie jedoch eher dem Charakter einer Halse ähnelte. Der Kurs, der Außen-, Ost- und Sicherheitspolitik wurde nahezu eins zu eins übernommen und noch durch die propagandistisch verwendete Formel der „Kontinuität“ verstärkt. Kohl zeigte in der Öffentlichkeit einen deutlich anderen Duktus in puncto Deutschlandpolitik als sein Vorgänger Helmut Schmidt. Er trat sehr pathetisch und sprachgewaltig auf; ließ die vermeintliche Neujustierung auch in den Koalitionsvertrag schreiben, was hauptsächlich dazu dienen sollte, die eigne und besonders die konservative Basis zu besänftigen. Innerhalb der CDU sorgte die Fortführung der „bisherigen, sozial-liberalen Deutschlandpolitik“ keinesfalls für Überraschungen.³⁶¹ Nicht nur der ehemalige Schatzmeister der CDU, Walther Leisler Kiep, sondern auch der ehemalige Sprecher der Bundes-CDU Wolter von Thiesenhausen, waren von dieser Ausrichtung nicht im Entferntesten überrascht.³⁶² „Alter Wein in neuen Schläuchen“ lautete Kohls Devise.³⁶³

³⁶⁰ Hintergrund ist ein Interview von Friedrich Nowotny mit dem damaligen Oppositionsführer Helmut Kohl. Bei dem der „Freche-Fritz“ überaus freundlich Kohl gegenüber auftrat, was sonst nicht Nowotnys Art war. Helmut Kohl ließ in diesem Interview ebenfalls durchblicken, dass auch für „ihn der Wechsel näher rückt!“, Interview mit Wolter von Thiesenhausen, 15.03.2014.

³⁶¹ Vgl. „Nein, das hat mich nicht überrascht.“, Interview mit Walther Leisler Kiep, 28.11.2013.

³⁶² Vgl. Interview mit Wolter von Thiesenhausen, 15.03.2014.

³⁶³ Ebenda.

2.3 Der Milliardenkredit – Leistung ohne Gegenleistung?

Schon kurz nach dem Regierungswechsel beschäftigten sich Kohl und Strauß mit einem Kredit zugunsten der DDR. Die finanzielle Situation Ost-Berlins war dermaßen angespannt, dass sich die neue Bundesregierung zwangsläufig mit dem Thema auseinandersetzen musste.³⁶⁴ Zwar hatte es in der Vorgängerregierung unter Schmidt/Genscher bereits ähnliche Überlegungen gegeben, doch das sogenannte „Züricher Modell“³⁶⁵ scheiterte – wohlmöglich auch am bevorstehenden Regierungswechsel. Mit Helmut Kohl als Kanzler stand das Thema DDR-Finzen „als ungeklärte Situation“³⁶⁶ wieder auf der Tagesordnung im Regierungslager. Dieses Mal ging die Initiative eindeutig von Strauß aus.³⁶⁷ Kohl wurde zwar in die Pläne des bayerischen Ministerpräsidenten miteinbezogen, jedoch zeigte er sich anfangs skeptisch und zurückhaltend.³⁶⁸ Er ließ Strauß erst einmal gewähren.

Ein Intimus von Strauß, der Rosenheimer Geschäftsmann und ehemalige CSU-Schatzmeister Josef März, sollte Kontakt zur DDR-Führung aufnehmen. Aufgrund langjähriger Geschäftsbeziehungen mit der DDR verfügte Josef März bereits über direkte Verbindungen zum einflussreichen Devisenfachmann Schalck-Golodkowski. Dieser wiederum nahm über Josef März Kontakt zu Franz Josef Strauß auf, um persönlich für eine Bewilligung des Kredits zu werben. Für Helmut Kohl stellte sich die

³⁶⁴ Vgl. Wirsching, 2006, S. 596.

³⁶⁵ „Das Züricher Modell sah folgendermaßen aus: Vier oder fünf Milliarden D-Mark sollte die DDR als Kreditsumme erhalten – hierzu geben die Akten unterschiedliche Zahlen wieder. Als Gegenleistung sollte eine Senkung des Reisealters für DDR-Bewohner um fünf Jahre vertraglich garantiert werden. Das hätte Reisefreiheit für eine Millionen Deutsche bedeutet. Außerdem sollte der Mindestumtausch für Reisen in die DDR für Rentner, Behinderte und Jugendliche ganz aufgehoben werden. Eine zu gründende gemeinsame Bank in Zürich sollte das Geschäft unter Bahls (einen in der Schweiz lebenden deutschen Bankier) abwickeln.“ Vgl. Korte, 1998, S. 166.

³⁶⁶ Vgl. Wirsching, 2006, S. 596.

³⁶⁷ „Bei einer Wanderung mit Franz Josef Strauß im Spätherbst 1982 in der Nähe des Tegernsees sprach er mich auf die Kreditwünsche der DDR an.“ Kohl, 2005, S. 175.

³⁶⁸ „Zwar waren wir uns schon früh grundsätzlich einig gewesen, der DDR entgegenzukommen, aber jetzt, wo es ernst zu werden schien, bekam ich Bauchgrimmen. Strauß, der nach jedem Treffen zwischen uns ein Gedächtnisprotokoll anfertigte, hat das zutreffend vermerkt.“ Kohl, 2005, S. 175 f.

ganze Angelegenheit äußerst prekär dar. Auf der einen Seite sollte der Kredit die politische Stabilität des DDR-Regimes gewährleisten und den deutschlandpolitischen Kurs der Regierung untermauern – Stichwort:

„Kontinuität“ – auf der anderen Seite befürchtete man innerhalb des Regierungslagers erheblichen Widerspruch von Seiten der konservativen Wählerschaft, die jegliche „Geschäfte mit Kommunisten“³⁶⁹ ablehnte. Kohl und sein Beraterstab waren sich einig, dass ein finanzielles Hilfspaket aus der Sowjetunion oder aus den Staaten des Warschauer Paktes das DDR-Regime wohlmöglich noch enger an die sogenannten „Bruderstaaten“ gebunden hätte. „Die Dinge standen auf des Messers Schneide.“³⁷⁰ Nachdem der Kanzler die Vor- und Nachteile abwog, unterstützte er letztendlich den Plan, der DDR einen Milliardenkredit zu gewähren. Sein Kalkül bestand darin, durch diesen Coup seinen Widersacher aus Bayern „erstmal in die operative Deutschlandpolitik ein[z]u binden [...]“³⁷¹

Dieses Vorgehen sollte sich im Nachhinein noch als weise herausstellen. Als sich die konservativen Kräfte in der Union massiv über den Milliardenkredit entrüsteten, verwies der Kanzler stets auf die Mithilfe und tatkräftige Unterstützung durch Franz Josef Strauß.³⁷² Umso problematischer in dieser Angelegenheit war das fehlende Junktim für humanitäre Zusagen, die Erich Honecker der DDR-Bevölkerung zugestehen wollte.

Zwar wurde während der Treffen zwischen Strauß und Schalck-Golodkowski darüber verhandelt – man einigte sich mündlich auf diverse Absprachen und Gegenleistungen für den Kredit – die allerdings seitens der Bundesregierung nicht öffentlich genannt wurden.³⁷³

³⁶⁹ Ebenda, S. 176.

³⁷⁰ Ebenda, S. 174.

³⁷¹ Ebenda, S. 176.

³⁷² „Wenn ich in dieser Sache allein entschieden und gehandelt hätte, wäre ich in der eigenen Partei und auch im Verhältnis zur CSU in größte Schwierigkeiten geraten. So konnte ich bei den zum Teil heftigen Auseinandersetzungen in den eigenen Reihen darauf verweisen, dass es Franz Josef Strauß war, der den Kredit eingefädelt hatte. Dann schwiegen selbst die schärfsten Kritiker des Milliardenkredits.“ Kohl, 2005, S. 182.

³⁷³ „Bedingung war allerdings, diese Zusagen nicht öffentlich als Gegenleistung für den Kredit zu nennen.“ Kohl, 2005, S. 178.

Die durch die Bundesregierung von der DDR geforderten humanitären Leistungen waren die folgenden:

- Abbau der Selbstschussanlagen an der deutsch-deutschen Grenze
- Erleichterung bei der Familienzusammenführung
- Befreiung vom Mindestumtausch für Kinder

Zwischenzeitlich sorgte der mysteriöse Tod von Rudolf Burkert³⁷⁴ für massive Spannungen zwischen beiden Staaten. Nachdem sechzehn Tage später ein weiterer Bundesbürger im Verlauf einer Belehrung an einem Grenzübergang starb, sah sich Helmut Kohl angesichts der aufgebrachtten Stimmung gezwungen, ein geplantes Treffen mit Günter Mittag, dem ostdeutschen Sekretär des Zentralkomitees für Wirtschaftsfragen, platzen zu lassen.³⁷⁵ Der Besuch Erich Honeckers für dieses Jahr wurde daraufhin ebenfalls kurzerhand abgesagt.³⁷⁶

Hinter den Kulissen allerdings verfolgten alle beteiligten Akteure den gemeinsamen Plan, den Kredit zugunsten der DDR doch noch zu verwirklichen.³⁷⁷ In all den Wochen, in denen um den Abschluss des Kredits gerungen wurde, beteuerte die Führung der DDR stets, dass dieser nur aufgrund „übermäßiger Investitionen und Importen“³⁷⁸, die sich negativ auf die Zahlungsbilanz der DDR auswirkten, benötigt werde. Heute weiß man, dass „der DDR damals schon das Wasser bis zum Hals

³⁷⁴ Als am 10. April 1983 der bundesdeutsche Handelsreisende Rudolf Burkert im Verlauf eines Verhörs durch die DDR-Grenzorgane starb, belastete dies in erheblichem Maße die innerdeutschen Beziehungen. Burkers Verletzungen waren derart schwer, dass die Bundesregierung unweigerlich von einem Tötungsdelikt ausgehen musste.

³⁷⁵ Vgl. Finger, Stefan, Franz Josef Strauß, Ein politisches Leben, München, 2005, S. 489.

³⁷⁶ „Da hierauf auch Erich Honecker seinen Besuch in der Bundesrepublik absagte, schien es auf absehbare Zeit unmöglich zu sein, mit den Spitzen des SED-Staates über einen von Ost-Berlin seit längerem ersehnten Milliardenkredit zu verhandeln.“ Ebenda, S. 489.

³⁷⁷ „Während Kohl noch überlegte, auf welche Weise er den Kontakt zur DDR-Führung wiederherstellen könnte, ging Ost-Berlin bereits eigene Wege und betraute den obersten Devisenbeschaffer des Arbeiter und Bauernstaates Alexander Schalck-Golodkowski mit der heiklen Aufgabe, eine Verbindung zu Franz Josef Strauß herzustellen.“ Ebenda, S. 489.

³⁷⁸ Ebenda, S. 492.

stand“.³⁷⁹ Nichtsdestotrotz gestaltete sich die ganze Angelegenheit für Kohl zu einem Vabanquespiel, bei dem der Kanzler durchaus eine Bruchlandung hätte erleiden können. So aber trafen sich Strauß und Schalck-Golodkowski zwischen dem 5. Mai und 5. Juni insgesamt zu drei persönlichen Treffen, über die Helmut Kohl immer unterrichtet wurde. Beim letzten Treffen nahm, auf seine Anweisung hin, auch der Chef des Bundeskanzleramtes Philipp Jenninger teilnahm.³⁸⁰

Die restlichen Mitglieder der Bundesregierung wussten zu diesem Zeitpunkt über den Milliardenkredit nicht Bescheid. Erst in der letzten Juniwoche weihte Kohl zuerst seinen Außenminister Genscher sowie seinen Finanzminister Stoltenberg in den Plan ein.³⁸¹ Ebenfalls eingeweiht wurden die beiden Fraktionsvorsitzenden der Regierungskoalition Alfred Dregger und Wolfgang Mischnick und darüber hinaus der Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel. Das gesamte Bundeskabinett in die Ereignisse und Geheimverhandlungen einzuweihen, stellte Kohl vor eine sehr schwierige Aufgabe.³⁸² Es ist davon auszugehen, dass alle drei Parteivorsitzenden – Kohl, Strauß und Genscher, hätten sie ihre jeweiligen Parteipremieren vorab in die Geheimverhandlungen eingebunden – mit ihren Plänen wohl gescheitert wären.³⁸³ In seinen Memoiren bezeichnete Helmut Kohl „das geheime Prozedere als alternativlos.“³⁸⁴ In der Kabinettsitzung am 19. Juni 1983 offenbarten Kohl und sein Staatsminister Jenninger dem Bundeskabinett die Kreditpläne. Der ebenfalls zu der Kabinettsitzung geladene Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl war genauso überrascht, wie die anderen Mitglieder des Kabinetts, als Philipp Jenninger im Auftrag des Kanzlers die Pläne präsentierte.³⁸⁵ Karl Otto Pöhl bestätigte die Schilderungen in Helmut Kohls Memoiren, dass er vorab nicht in die

³⁷⁹ Kohl, 2005, S. 176.

³⁸⁰ Vgl. Wirsching, 2006, S. 596.

³⁸¹ Vgl. Kohl, 2005, S. 180.

³⁸² Vgl. ebenda, S. 180 f.

³⁸³ Vgl. ebenda.

³⁸⁴ Ebenda, S. 181.

³⁸⁵ Vgl. ebenda, S. 181.

Geheimverhandlungen eingeweiht wurde.³⁸⁶ In jener Kabinettsitzung, so erläutert es Helmut Kohl in seinen Erinnerungen, wurden die Motive der Bundesregierung, sich für den Kredit auszusprechen, zwar dargelegt, jedoch wurde Kohl zufolge und den Aufzeichnungen anderer Beteiligter nicht eindeutig geklärt, ob von den handelnden Personen direkt oder eben nur indirekt, auf das fehlende Junktim hingewiesen wurde. Insgesamt ist die genaue historische Aufarbeitung des Milliardenkredits als schwierig einzuschätzen.³⁸⁷

Die Folgen für die Unionsparteien und ihre Anhänger wirkten allerdings noch lange nach. So ließ sich nicht von einem Aderlass innerhalb der Union sprechen, dennoch musste man konstatieren, dass sich mit Franz Handlos und mit ihm auch Ekkehard Voigt, zwei CSU-Abgeordnete von ihrer Partei abwandten. Beide gründeten daraufhin die Partei „Die Republikaner“. In der Folge war es Franz Josef Strauß' Beteiligung am Milliardenkredit, die bei seiner Wiederwahl als Parteivorsitzender zu einem denkbar schlechten Wahlergebnis führte.³⁸⁸

2.3.1 Die Welt

Für die Korrespondenten der *Welt* bedeutete die genehmigte Bürgschaft an die DDR eine Frage von Hoffen und Bangen.³⁸⁹ In ihrem Kommentar verglich *Die Welt* den Milliardenkredit mit anderen erbrachten Leistungen früherer Bundesregierungen. Aufgrund der notorisch ausbleibenden Gegenleistung der DDR zweifelte die Redaktion an der Bereitschaft der DDR, sich an vermeintliche Gegenleistungen zu halten.³⁹⁰ Zugleich formulierte sie eigene Forderungen im Namen der Bundesregierung:

³⁸⁶ Vgl. Interview mit Karl Otto Pöhl, Zürich, 17.04.2014.

³⁸⁷ „Die Schwierigkeiten bei der wissenschaftlichen Aufarbeitung dieses Kapitels der Deutschlandpolitik wurden bei der Suche nach den genauen Abläufen sichtbar. Viele der beteiligten Personen konnten nicht mehr befragt werden. Auch waren die vorhandenen Darstellungen recht unterschiedlich und die Memoiren der Beteiligten lückenhaft.“ Schrot, 2013, S. 25.

³⁸⁸ Vgl. Schwarz, 2012, S. 345.

³⁸⁹ Vgl. Hoffen gestattet, in: *Die Welt*, 01.07.1983.

³⁹⁰ Vgl. ebenda.

*„Wer die Kreditangelegenheiten dem Primat der Politik unterordnet, muß von der DDR-Führung folgendes erwarten: Zuallererst den Abbau der Schikanen an den Kontrollpunkten [...]. Dann die Rücknahme des Zwangsumtausches, der sich auf den Reiseverkehr wie eine Mauer ausgewirkt hat.“*³⁹¹

Hinzu kamen weitere Forderungen, wie z. B. den Abschluss des Kulturabkommens sowie bessere Arbeitsbedingen für Journalisten. Da man unlängst schlechte Erfahrungen mit der Gegenseite gemacht hatte, empfahl der Kommentar die kreditiere Milliarde nicht in einem, sondern in kleinen Tranchen zu gewähren, um so die Glaubwürdigkeit der DDR und Einhaltung von Zugeständnissen zu testen.³⁹² „Es geht in der deutsch-deutschen Beziehung nicht ums Mundspitzen, sondern ums Pfeifen. Um den Beweis des Gegenteils erwiesener Skepsis.“³⁹³ *Die Welt* erwartete jetzt eine adäquate Reaktion von Seiten Ost-Berlins. Interessanterweise erkannte die Redaktion nicht den Widerspruch bzw. die Abkehr von „Leistung gegen Gegenleistung“ zur bisherigen Koalitionsvereinbarung in Kohls Handeln.³⁹⁴

*„Zwar wirkte der Kredit auf den ersten Blick frappierend. Bei genauerem Hinsehen passte die spektakuläre Aktion in den Rahmen, den Bundeskanzler Helmut Kohl in der vergangenen Woche mit seinem Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland abgesteckt hatte. [...] Tatsächlich bietet es aber Kohl die Möglichkeit, auf der Basis der Prinzipientreue durch wirtschaftliche Transaktionen praktische Erleichterungen herbeizuführen“.*³⁹⁵

³⁹¹ Ebenda.

³⁹² „Die Erfahrung jedenfalls läßt es empfehlenswert erscheinen, die Milliarde, um die es geht in kleinere Tranchen zu zerteilen, um jeweils mit der nötigen Geduld überprüfen zu können, was die andere Seite macht, und ob sie bei hoffentlich – gewährten Erleichterungen bleibt. Nach den ersten positiven Erfahrungen kann es dann ja weitergehen.“ Hoffen gestattet, in: *Die Welt*, 01.07.1983.

³⁹³ Ebenda.

³⁹⁴ Vgl. Die Milliarden-Bürgschaft oder Die Politik muß weitergehen, in: *Die Welt*, 30.06.1983.

³⁹⁵ Ebenda.

Und genau darauf zielte der Kredit ab.³⁹⁶ Für die DDR, so attestierte es *Die Welt*, war der Kredit überlebenswichtig. Diese Ansicht vertrat *Die Welt* offensiv und lieferte allerhand Belege dafür, dass die Führung in Ost-Berlin kurz vor dem wirtschaftlichen Kollaps stand.³⁹⁷ Zwar sei die DDR bisher ein gewissenhafter Schuldner gewesen, jedoch könne sie nun offenbar alte Kredite nur noch mit neuen tilgen, sodass der jetzige Kredit nur aufgrund einer Bundesbürgschaft zustande kam. Ansonsten seien die Banken nicht bereit gewesen, Geld für die DDR bereitzustellen. Das sei der eigentliche Sachverhalt, urteilte *Die Welt*.³⁹⁸

Honecker konnte sich diesem Angebot aus Bonn keineswegs entziehen, andernfalls wäre die sozialistische DDR nämlich gegenüber westlichen Industrienationen praktisch zahlungsunfähig gewesen.³⁹⁹ Wie *Die Welt* konstatierte, war Honecker jetzt genau an dem Punkt angelangt, den er noch vor Jahren partout vermeiden wolle – „nämlich allzu enge Verflechtungen mit Bonn, die Abhängigkeiten mit sich bringen.“⁴⁰⁰ Die damals am Boden liegende DDR-Wirtschaft – besonders der Außenhandel machte jahrelang kontinuierlich Milliardendefizite – erklärt „warum Honecker nach Canossa gehen musste“.⁴⁰¹ Ursächlich, so *Die Welt*, war eine verfehlte Wirtschaftspolitik. Seit Honeckers Amtsantritt wurde jeder noch so minimale Anstieg des Lebensstandards auf Pump finanziert. Und zwar mit Krediten vom „westlichen Klassenfeind“.⁴⁰² Zudem wiesen die Autoren daraufhin, dass mit dem Milliardenkredit nicht nur Ost-Berlin stabilisiert sei, sondern auch die Sowjetunion insgesamt, für die der Milliardenkredit eine „Morgengabe“⁴⁰³ darstelle. Zwei Fragen ergaben sich hieraus. Die erste lautete: Was konnte Bonn dafür im Gegenzug von Moskau erwarten? Die zweite bezog sich auf grundsätzliche Entscheidungen der

³⁹⁶ Vgl. ebenda.

³⁹⁷ Vgl. Der innerdeutsche Kredit – wirtschaftlich und politisch gesehen, ‚DDR‘ im Strudel der West-Verschuldung, in: *Die Welt*, 01.07.1983.

³⁹⁸ Vgl. ebenda.

³⁹⁹ Vgl. ebenda.

⁴⁰⁰ Ebenda.

⁴⁰¹ Ebenda.

⁴⁰² Ebenda.

⁴⁰³ Taktiker oder Strategie?, in: *Die Welt*, 02.07.1983.

deutschen Außen- und Sicherheitspolitik – darf eine deutsche Bundesregierung dauerhaft verschuldete kommunistische Regime finanzieren und sie so vor den Konsequenzen ihrer eigenen Fehlleistung bewahren?

In der innenpolitischen Auseinandersetzung musste sich nun Parteichef Strauß gegenüber seinen Kritikern rechtfertigen. Den Austritt von Franz Handlos kommentierte *Die Welt* kritisch. Sie warf Handlos vor, dass er nur vordergründig den Kredit als Argument für seinen Austritt nutze. Den Vorwurf, Strauß habe seine und die Ideale der CSU gleich mitverraten, ließ der Kommentator nicht gelten. „Strauß ist sich selber und der Politik der CSU in Fragen der Ost- und Deutschlandpolitik länger treu geblieben, als Handlos Mitglied seiner Partei war.“⁴⁰⁴ Zudem warf man ihm bloßes „Profilierungsgehabe“ auf Kosten der CSU vor.⁴⁰⁵

„Neugeburt des deutschen Idealismus ausgerechnet im Umgang mit der DDR.“⁴⁰⁶ So bewertete *Die Welt* insgesamt das politische Manöver in Bonn. Zwar zeigte man Verständnis für diese neue Philosophie, „aber Politik und zwar die einer grundsoliden Regierung, kann doch eigentlich keine reine Kunstflugübung sein.“⁴⁰⁷ Die Vermutung, dass hinter „der jähren Wende“ etwas Kluges stecken müsse – etwa ein ausgereiftes Kalkül oder eine neue Strategie nach dreizehn Jahren Oppositionszeit, schien ebenso wenig einleuchtend zu sein, wie die zuvor geäußerten Argumente.⁴⁰⁸ Mit diesem Urteil über den Milliardenkredit ging *Die Welt* erstmals dann doch recht deutlich auf Distanz zur Bundesregierung bzw. den Pro-

⁴⁰⁴ Ohne Hand und Fuß, in: *Die Welt*, 11.07.1983.

⁴⁰⁵ Vgl. Abgeordneter verläßt die CSU, Handlos lehnt sich gegen Strauß auf und wird von Wiesheu zurechtgewiesen, in: *Die Welt*, 11.07.1983.

⁴⁰⁶ Das große Staunen über die Rolle rückwärts, Was manche am Milliardenkredit für die DDR nicht verstehen, in: *Die Welt*, 12.07.1983.

⁴⁰⁷ Ebenda.

⁴⁰⁸ „Also was? Die Erklärung die Milliarde koste den Steuerzahler nichts, ist ganz und gar unpolitisch. Die Erklärung man wolle es noch einmal mit der DDR (das letzte Mal) versuchen, enthält zu kühnes Hoffen. Die Erklärung, der Bundeskanzler in Moskau eine Morgengabe überreichen wollen, sieht Kohl nicht ähnlich. Die Erklärung das Aufblättern der Scheine werde sich durch linde Lüfte im heißen Herbst bezahlt machen, erzeugt nur Heiterkeit. Die Erklärung von Franz Josef Strauß, er sei so schnell im Handeln, daß andere mit dem Schauen gar nicht mehr mitkommen, ist frischesten Datums, führt aber, wie die anderen Erklärungen, aus dem Staunen nicht heraus.“ Das große Staunen über die Rolle rückwärts, Was manche am Milliarden-kredit für die DDR nicht verstehen, in: *Die Welt*, 12.07.1983.

tagonisten des Milliardenkredits. Das Springer-Blatt versuchte zwar zu Beginn in seiner Berichterstattung der Bürgschaft noch etwas Konstruktives und Logisches abzurufen, verteidigte und rechtfertigte standhaft das Verhalten der beteiligten Personen gegen Angriffe aus dem linken Lager. Am Ende musste *Die Welt* dennoch konsterniert feststellen, dass der Kurs „ihrer“ Deutschlandpolitik mit samt ihren politischen Prinzipien verworfen wurde. Selbst Axel Springer persönlich distanzierte sich nun deutlich von der Bundesregierung.⁴⁰⁹

2.3.2 Frankfurter Allgemeine Zeitung

Am Mittwoch, den 29. Juni 1983 berichtete die *FAZ* erstmals über den Kredit, der ihrer Ansicht nach „deutschlandpolitische Akzente setzte“.⁴¹⁰

„Nehmen und Geben“ lautete der Kommentar der *FAZ*. Viel mehr, als für die genauen formalen Abläufe und Details eines etwaigen Kreditausfalls, interessierte sich die Redaktion sofort für die tatsächliche Rolle des Franz Josef Strauß sowie das, seitens der Regierung, fehlende Junktim.⁴¹¹ Für die *FAZ* stand fest, dass der CSU-Vorsitzende, aufgrund dessen, dass die Bayerische Landesbank Konsortialführer war, in die Transaktion eingeweiht gewesen sein musste sowie darüber hinaus wohl auch offenkundig einer der führenden Protagonisten in der Abwicklung war.⁴¹²

Zusätzlich wiesen die Autoren darauf hin, dass die Finanzierung der DDR in unmittelbarem Zusammenhang mit der abzusehenden Stationierung der NATO-Raketen auf deutschem Boden stehen musste: „Honecker sei wohl eine gewisse Beweglichkeit gestattet worden.“⁴¹³ Die *FAZ* nahm nochmals Bezug auf die anstehende Raketenstationierung der NATO und stellte einen möglichen Zusammenhang her zwischen einer –

⁴⁰⁹ Vgl. Schwarz, 2008, S. 612 f.

⁴¹⁰ Bonn setzt deutschlandpolitische Akzente, Der Bund verbürgt Milliardenkredit an die DDR, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29.06.1983.

⁴¹¹ Vgl. Geben und Nehmen, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29.06.1983.

⁴¹² Vgl. ebenda

⁴¹³ Ebenda.

von Seiten Moskaus wohl eher „pflichtgemäßen Gewitterstimmung“⁴¹⁴ – der im Herbst geplanten Raketenstationierung und des von Seiten Hoeneckers ausgebliebenen Gangs nach Moskau, um dort einen Kredit zu erbitten. Die *FAZ* sah zudem eine unmittelbare Beziehung zwischen der anstehenden Moskaureise des Kanzlers und der von ihm initiierten, vorzeitigen Zustimmung des Kredits durch das Bundeskabinett sowie der Vertragsunterzeichnung beider Parteien – also der Bayerischen Landesbank als Konsortialführer auf Seite des Bundes und der Deutschen Außenhandelsbank der DDR. Es „scheint wohl mit dem Bekanntwerden des Sachverhalts zu tun zu haben“⁴¹⁵, dass sich der Kanzler spontan für dieses Manöver entschieden habe, lautete das Zwischenfazit der Frankfurter Allgemeinen. So reiste Helmut Kohl mit der Gewissheit nach Moskau, dass er der Führung der Sowjetunion dieses Kreditgeschäft präsentieren konnte.⁴¹⁶

Währenddessen spekulierten die Journalisten weiterhin über die möglichen Hintergründe der Kreditgewährung und warum die Koalition sich von ihrem Prinzip „Leistung gegen Gegenleistung“ lossagte.⁴¹⁷ Karl Feldmeyer – langjähriger *FAZ*-Korrespondent in Bonn und Berlin – war besonders vom offenbar vollzogenen, ideologischen Wandel Strauß’ „vom angestammten rechten Flügel zum sachlichen linken“⁴¹⁸ angetan und wertete dies als „kleine Sensation“.⁴¹⁹ Was in den Printmedien als Coup gefeiert wurde, hallte an der Basis – besonders an der der CSU – deutlich mit einem negativen Echo nach. Die CSU-Mitglieder waren ent-

⁴¹⁴ „[...] daß Moskau wegen der Raketenstationierung in der Bundesrepublik pflichtgemäß Gewitterstimmung erzeugen muß.“ Vgl. ebenda.

⁴¹⁵ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30.06.1983.

⁴¹⁶ Vgl. ebenda.

⁴¹⁷ „Die Hilfe der Bundesregierung war der Bundesregierung sogar wichtiger als die Einhaltung als die Einhaltung ihres immer wieder bekräftigten Prinzips der Ausgewogenheit von Leistung und Gegenleistung als Maßstab der Politik mit dem anderen deutschen Staat.“ Der Milliardenkredit – was Kohl sich dabei denkt, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 1.07.1983.

⁴¹⁸ Ebenda.

⁴¹⁹ Ebenda.

setzt über diesen radikalen Kurswechsel.⁴²⁰ „Die Maxime ‚do ut des‘ hatte sich sogar solchen Zuhörern eingepägt, die sonst keinen Satz Latein verstanden.“⁴²¹ Strauß geriet in der eigenen Partei zunehmend in Erklärungsnot.

Erste Konsequenzen ließen nicht lange auf sich warten – der niederbayerische Bundestagsabgeordnete Franz Handlos verließ die CSU als Folge der Streitigkeiten um den Kredit.⁴²² In der Kabinettsitzung, in der es um die Einzelheiten und Hintergründe des Kredites ging, wies der Ministerpräsident alle Schuld von sich. „Strauß habe sich als Opfer dargestellt und meinte Kohl und Genscher hätten ihn politisch ausmanövrieren wollen.“⁴²³ „In Kabinettskreisen blieb es weiter rätselhaft, warum Strauß die Führungsriege nicht besser informiert hatte.“⁴²⁴ Der abrupte Austritt von Franz Handlos zwang die CSU in die Offensive.⁴²⁵ Die Partei und ihre Führungsriege mussten sich nun für den geänderten Kurs in der Deutschlandpolitik rechtfertigen. „Da hatten sich die Unionsparteien etwas eingebrockt, das sie nun auslöffeln mussten.“⁴²⁶ Für die *FAZ* wurde das Prinzip von „Leistung und Gegenleistung“ „allenfalls finanztechnisch“⁴²⁷ gewahrt. Ansonsten würden sich die Leute im Lande „genasführt“⁴²⁸ vorkommen, so der Kommentar. Daher auch ihr deutliches Urteil zu diesem politischen Manöver: „Niemand in West-Deutschland verstand den Sinn und Zweck dieses Kreditgeschäfts.“ Franz Handlos sprach der

⁴²⁰ Vgl. Was die Mitglieder der CSU noch im Ohr haben, Strauß, der DDR-Kredit und das Prinzip von Leistung und Gegenleistung, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 08.07.1983.

⁴²¹ Ebenda

⁴²² „Der seit 1972 dem Bundestag angehörende CSU Politiker Handlos hat offensichtlich aus Verärgerung über die Gewährung einer Bürgschaft für die DDR den Austritt aus seiner Partei erklärt.“ Der Bundestagsabgeordnete Handlos verläßt die CSU, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 09.07.1983.

⁴²³ CSU und der Münchener Merkur schicken sich gegenseitig Klagen ins Haus, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 09.07.1983.

⁴²⁴ Ebenda.

⁴²⁵ Vgl. Nach dem Austritt des Abgeordneten Handlos begründet die CSU den Kredit für die DDR, Waigel: Pragmatische Hilfe für Menschen/ ‚Nicht von den Grundsätzen abgerückt‘, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11.07.1983.

⁴²⁶ Ein Führungsfehler, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11.07.1983.

⁴²⁷ Ebenda.

⁴²⁸ Ebenda.

Bevölkerung „mit seinem Parteiaustritt aus der Seele“.⁴²⁹ Nicht nur, dass die Union nun selbst die Spendierhosen anzog, wobei sie die sozial-liberale Vorgängerregierung stets zum Ausziehen der selbigen aufgefordert hatte, auch die Hintergründe des Kreditgeschäftes und dessen Gutheißung, die dann zum Eklat um den Parteiaustritt von Handlos führten, zeigten den deutlichen „Führungsfehler innerhalb der Unionsparteien“.⁴³⁰

Selbst wenn Ost-Berlin sich noch zu ein paar kleinen „Zugeständnissen aufraffte“⁴³¹, die über eine gesittetere Behandlung der Reisenden an der deutsch-deutschen Grenze hinausgingen, so lachte sich die Führung in Ost-Berlin wohl dennoch ins Fustchen – und das mit gutem Grund. Dem Klassenfeind wäre „das Geld abgeknpft“⁴³² worden und man hätte ihn dazu noch in Schwierigkeiten gebracht. Der innenpolitische Gegner, die SPD, könne noch dazu über all dies spotten.⁴³³ Für die Bundesregierung sei es nun sehr schwer, diesen Führungsfehler wieder zu korrigieren. Ihre Glaubwürdigkeit, so die *FAZ*, sei erheblich angeschlagen. Zu sehr wog der Makel des Wortbruchs. Und zu allem Überfluss konnte nur die Führung der DDR, der Bundesregierung dabei helfen, diese deutsch-landpolitische Chuzpe zu bereinigen. Doch Honecker war dafür der falsche Ansprechpartner. Eher stnde ihm der Sinn, „von den Schwachgewordenen nach dem Gelde auch noch seine Status-Forderungen bewilligt zu bekommen.“⁴³⁴ Dies könne z. B. in Fragen der Elbgrenze sowie durch eine Aufwertung der stndigen Vertreter in Ost-Berlin und Bonn geschehen.⁴³⁵ „Jetzt bten die Unionsparteien für ihre verfehlte Politik, besonders dafür, dass sie zu lange lieber die europäische Schalmee gespielt hatten, anstatt dass sie die deutsche Posaune bliesen.“⁴³⁶

⁴²⁹ Ebenda.

⁴³⁰ Ebenda.

⁴³¹ Ebenda.

⁴³² Ebenda.

⁴³³ Vgl. ebenda.

⁴³⁴ Ein Führungsfehler, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11.07.1983.

⁴³⁵ Vgl. ebenda.

⁴³⁶ Ebenda.

Der Bündnispartner USA lobte indes den Kredit an die DDR als „brillante[n], taktische[n] Schachzug“.⁴³⁷ Bei Gesprächen in Washington wurde seitens der amerikanischen Regierung die Anleihe in keiner Weise – zumindest offiziell – in Frage gestellt. Kohl wurde für die deren Vergabe gelobt und man rechnete es ihm als raffinierten Schritt an, dass er so den Sowjets die deutsch-deutsche Karte als Druckmittel nehmen konnte.⁴³⁸ Hinter den Kulissen allerdings sei wohl durchaus darüber diskutiert worden, dass die Bundesregierung das Weiße Haus vorab hätte informieren sollen. Die Sicherheitsberater um Präsident Reagan wurden mit solchen Äußerungen zitiert.⁴³⁹ In Bezug auf etwaige Gegenleistung wurde offiziell ebenso wenig bekannt, allerdings bestätigte man hinter vorgehaltener Hand, dass mit Leistungen im humanitären Bereich zu rechnen sei.⁴⁴⁰

Wenige Tage später, die Diskussionen um Leistung und Gegenleistung, sowie die Aufregung um Franz Handlos' Parteiaustritt erregten immer noch die Gemüter, veröffentlichte die *FAZ* einen großen Kommentar zu den „Hintergründen des Milliardenkredits“.⁴⁴¹ Darin kritisierte die Zeitung zwar aufs Neue das intransparente Gebaren rund um die Hypothek an die DDR, deren Wirkung wohl abzuwarten sei, dennoch bescheinigte der Autor Fritz Ullrich Fack der Bundesregierung eine „historische Leistung“.⁴⁴² Eine, der aber durchaus eine gewisse Sprengkraft in-

⁴³⁷ DDR-Kredit als brillanter, taktischer Schachzug gelobt, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14.07.1983.

⁴³⁸ Vgl. ebenda.

⁴³⁹ „Wie der engste Beraterkreis des amerikanischen Präsidenten über das deutsche Kreditgeschäft denkt, ist dagegen nicht klar. In diplomatischen Kreisen wird zwar angedeutet, daß sich beispielsweise der für Wirtschaftsfragen zuständige Beamte im Nationalen Sicherheitsrat Bailey, nachhaltig gegen das Kreditgeschäft ausgesprochen haben soll. Aber weder Bailey noch der Osteuropaexperte des Nationalen Sicherheitsrates und der ehemalige Botschafter in Warschau, Matlock, sind jedoch zu einem persönlichen Gespräch über diese Frage bereit. Aus anderen offiziellen Quellen verlautete unter anderem, daß Bailey und seine Kollegen im Weißen Haus eine frühzeitige Unterrichtung seitens der deutschen Regierung erwartet hätten.“ Ebenda.

⁴⁴⁰ Vgl. ebenda.

⁴⁴¹ Hintergründe eines Kredits, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.07.1983.

⁴⁴² „Dennoch war die Regierung Kohl historisch – das Wort soll gewagt werden – im Recht, als sie auf diesen von Ost-Berlin mehrfach und in verschiedenen Modellen vorgeschlagenen Handel einging.“ Ebenda.

newohnte. Denn ohne das Faktum der Bürgerschaft durch den Bund, hätte es den Kredit so niemals gegeben. Und wären es gar die Sozialliberalen, die den Kredit ermöglicht hätten – der Aufschrei aus München wäre verheerend gewesen. So blieb man aber fast stumm. Dass Strauß als Kreditvermittler fungierte, war ein „hübscher Einfall Kohls“⁴⁴³, der nicht von der Hand zu weisen war. Um die Dimension dieses Geschäftes dem liberal-konservativen Lagers zu verdeutlichen, zog man „historische Parallelen“⁴⁴⁴, indem man den Kredit mit dem französischen Abzug aus Algerien verglich – dieser wäre immer nur mit einem „de Gaulle“ und niemals mit einem „Mendes France“ möglich gewesen.⁴⁴⁵ Also nur von einem rechts-konservativen Politiker und nicht von einem Sozialisten bzw. Sozialdemokraten.

Der geschickte Vergleich mit dem „über jeden patriotischen Zweifel erhabenen de Gaulle“⁴⁴⁶ prädestinierte Kohl für zukünftige, außenpolitische Entscheidungen zum Wohle der deutschen und europäischen Stabilität. Zugleich sprach man dadurch der SPD und ihrem Führungspersonal solche Qualitäten gänzlich ab.⁴⁴⁷ Das Verhalten Helmut Kohls dagegen, so die *FAZ*, sei als „durchdachte Doppelstrategie auf dem Fundament des Stationierungsbeschlusses für die Pershing-II-Raketen“⁴⁴⁸ zu werten. Bei der SPD hingegen, so die einhellige Meinung der Autoren, „wäre es doch nur wieder eine Demutsgeste gegenüber der DDR gewesen“.⁴⁴⁹ Der eigentliche Clou in dieser Sache lag in seiner Wirkung – sowohl außen- als auch innenpolitisch. Kohl wusste, dass er einen solchen „Deal“ nur mit Strauß durchziehen konnte. Des Weiteren hielt er so die Tür für Ost-

⁴⁴³ Ebenda.

⁴⁴⁴ Ebenda.

⁴⁴⁵ Vgl. ebenda

⁴⁴⁶ „Für die meisten Beobachter aus dem liberalkonservativen Lager gilt dagegen zweierlei: Erstens um eine historische Parallele zu bemühen, Algerien hätte niemals von einem Mendes-France, sondern immer nur von einem de Gaulle preisgegeben werden können. Denn dieser Mann war über jeden patriotischen Zweifel erhaben.“ Ebenda.

⁴⁴⁷ „Sagen wir es ruhig rundheraus und ohne Umschweife: Ein solcher Kredit, von Brandt, Bahr, Vogel oder selbst Schmidt ausgereicht, hätte jedenfalls im Sommer diesen Jahres unseren Beifall nicht gefunden.“ Ebenda.

⁴⁴⁸ Ebenda.

⁴⁴⁹ Ebenda.

Berlin und Erich Honecker – und damit auch zu seiner neu justierten Deutschlandpolitik – weiter offen. Hinzu kam, dass er dadurch auch innenpolitisch ein starkes Signal an die Stationierungsgegner – „wohl nicht an die Orthodoxen und Militanten, wohl aber an die Nachdenklichen aus Gewerkschaftern und Friedensaktivisten“⁴⁵⁰ – setzen konnte. Zu guter Letzt sei der Milliardenkredit auch „Vertrauenswerbung“⁴⁵¹ in eigener Sache für den „Mann mit Maß und Mitte“⁴⁵² gewesen.

Klangen die Worte in der *Welt* vielleicht noch ein wenig derber und schroffer als in der *FAZ*, so war der Tenor allerdings nahezu identisch: Mit dem Milliardenkredit an die DDR erbrachte die Bundesregierung um Kanzler Kohl nun endgültig den Beweis, dass sie sich von ihrer eigenen Ostpolitik aus den siebziger Jahren verabschiedet und de facto die Politik von Willy Brandt und Helmut Schmidt adaptiert hatte. Anders als *Die Welt* legte die *FAZ* den Schwerpunkt ihrer Kritik nicht auf innenpolitische Wortbrüche, Verrat am Wähler, oder gar politische Prinzipienlosigkeit, sondern auf die außenpolitische Wirkung und Konsequenzen, sollte die DDR, welches Junktim auch immer sie den Verhandlungsführern gegeben hatte, dieses nicht einhalten. Es wäre aber wohl zu kurz gegriffen, den Kredit per se zu verurteilen. Der Vergleich mit dem Abzug aus Algerien durch die Franzosen bewies zudem nicht nur die historische Dimension dieses Geschäftes für die *FAZ*, sondern bestätigte viel mehr die Alternativlosigkeit, welcher die Kohl-Administration sich ausgesetzt sah. Zwar wertete die *FAZ* Helmut Kohl durchaus als Gewinner im innerparteilichen Machtkampf zwischen ihm und Franz Josef Strauß. Den eigentlichen Sieger sah die Zeitung allerdings in Erich Honecker. Dieser hatte sich ihrer Meinung nach für die künftigen Verhandlungen mit der Regierung Kohl/Genscher eine hervorragende Ausgangslage verschafft.

⁴⁵⁰ Ebenda.

⁴⁵¹ Ebenda.

⁴⁵² Ebenda.

2.3.3 Süddeutsche Zeitung

Einen Tag später als die *FAZ*, aber nicht mit weniger Erstaunen, berichtete die *SZ* über die geplante Bürgschaft des Bundes.⁴⁵³ Für die Redaktion standen von vornherein der vollzogene Wechsel und die offensichtliche Abkehr von „Leistung und Gegenleistung“ im Fokus, ebenso wie die bedeutende Rolle, die der bayerische Ministerpräsident um den Milliardenkredit spielte.⁴⁵⁴ Die Zeitung konzentrierte sich, nach der allgemeinen medialen Verwunderung, direkt auf die Rolle von Strauß und dessen scheinbare Abkehr der bisherigen Deutschlandpolitik. Kohl attestierte man zwar ein waghalsiges Manöver, dennoch konnten die Autoren ihre Verwunderung über sein großes taktisches Geschick“ nicht verhehlen.⁴⁵⁵

Insbesondere unter den Umständen des schwelenden Konfliktes um die Nachrüstung und einen möglichen Gang Honeckers nach Moskau, wurde Kohl für das Spielen „der innerdeutschen Karte“⁴⁵⁶ gelobt. Dennoch sei dieser Zug mit Risiken verbunden gewesen.⁴⁵⁷ Dagegen gab es laut *SZ* in den Ostberliner Medien keinerlei Berichterstattung über die gewährte Hypothek seitens der BRD.⁴⁵⁸ Jedoch stellte die *SZ* fest, dass der „gehässige Unterton“⁴⁵⁹ gegenüber der Politik der Bundesregierung, der sonst in den DDR-Zeitungen vorzufinden sei, seit einiger Zeit vermieden werde. Diese Zurückhaltung wertete die *SZ* als mögliche Reaktion – und somit als ein erstes Entgegenkommen – auf die Bürgschaft.⁴⁶⁰

Der innerparteiliche Zoff, den der heimlich eingefädelt Kredit bewirkte und den Rücktritt von Franz Handlos zur Folge hatte, sorgte auch in der *SZ* für erhebliche Irritationen.⁴⁶¹ „Am Ende der Wende“⁴⁶² lautete

⁴⁵³ Vgl. Bonn bürgt für Milliardenkredit an die DDR Hoffnung auf Verbesserung der Beziehungen, in: *Süddeutsche Zeitung*, 30.06.1983.

⁴⁵⁴ Vgl. ebenda.

⁴⁵⁵ Vgl. ebenda.

⁴⁵⁶ Kohls Innerdeutsche Karte, in: *Süddeutsche Zeitung*, 01.07.1983.

⁴⁵⁷ Vgl. ebenda.

⁴⁵⁸ Vgl. Der Mann hinterm Schirm der Verschwiegenheit, in: *Süddeutsche Zeitung*, 13.07.1983.

⁴⁵⁹ Ebenda.

⁴⁶⁰ Vgl. ebenda.

⁴⁶¹ Vgl. Zwist in der CSU um Deutschlandpolitik, in: *Süddeutsche Zeitung*, 07.07.1983.

ein ganzseitiger Artikel, den die *SZ* am 28. Juli 1983 veröffentlichte. Darin wurde nicht nur die wankelmütige und meist unberechenbare Psyche des bayerischen Ministerpräsidenten analysiert, sondern diese auch in Relation zum Rest des westdeutschen Politbetriebes gesetzt.⁴⁶³ So wollte die *SZ* offensichtlich Strauß' Handeln als bloße Farce entlarven. Zudem wunderte man sich darüber, dass allzu viele Leute Strauß blind gefolgt seien, auf welchen Kurs auch immer.⁴⁶⁴ Gerade der Milliardenkredit, so die *SZ*, sei ein eindeutiger Beleg dafür. Hinzu kam der von „Unionsleuten philosophisch so hoch befrachtete Begriff der Wende“⁴⁶⁵, der nun zum Bumerang für die gesamte Bundesregierung geriet. Dieser weltanschauliche Ballast musste nun mit großer Mühe wieder abgetragen werden.⁴⁶⁶

Die Redaktion der *Süddeutschen Zeitung* versuchte die gesamte Politik der Bundesregierung als hohle Phrase zu entlarven: Im Bereich des geistig-moralischen Lebens scheiterte „die Wende“ durchweg. Die Kursänderungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik waren zwar gewiss notwendig, durch ihre „weltanschauliche Überhöhung missriet die Wende ins Lächerliche – und dies zur Verwirrung derer, die daran buchstäblich glaubten.“⁴⁶⁷ Politik solle Überzeugungen entspringen, sonst sei sie nur bloßer Machiavellismus und ein Instrument zum Machterwerb oder Machterhalt. So sollte es nicht sein. Gefährlich sei es besonders, wenn aus politischen Richtungskämpfen der einzelnen Spektren „quasireligiöse“ Meinungen generiert würden, sodass letztendlich nur noch „Verdammnis oder Erlösung zählten.“⁴⁶⁸ So dürfe man sich nun auch nicht wundern, dass „die Bekenner“⁴⁶⁹ – gemeint ist wohl vor allem Franz Handlos – nun Kohl und Strauß entgegentraten und diesen Glauben einzufordern versuchten.⁴⁷⁰ „Man lasse die Wende dort, wo sie hingehört,

⁴⁶² Vgl. Am Ende der Wende, in: *Süddeutsche Zeitung*, 28.07.1983.

⁴⁶³ Vgl. ebenda.

⁴⁶⁴ Vgl. ebenda.

⁴⁶⁵ Ebenda.

⁴⁶⁶ Vgl. ebenda.

⁴⁶⁷ Ebenda.

⁴⁶⁸ Ebenda.

⁴⁶⁹ Ebenda.

⁴⁷⁰ Vgl. ebenda.

bei den Überlegungen und Methoden der politischen Daseinsvorsorge“, so das Urteil der *SZ*.⁴⁷¹

Nun war es nicht außergewöhnlich, dass sich die *SZ* so kritisch mit dem Milliardenkredit der Bundesregierung an die DDR sowie dem Gebaren von Franz Josef Strauß befasste. Die Auswertung der Artikel zeigte jedoch, dass der Kredit an sich gar nicht wirklich kritisiert oder verurteilt wurde – im Gegensatz zur *Welt* und *FAZ*. Vielmehr waren es die merkwürdigen, nicht ganz aufzuklärenden Hintergründe dieses Geschäfts, mitunter wohl das zwielfichtige Handeln von Josef März und Franz Josef Strauß, die das Interesse der *SZ*-Journalisten geweckt hatten. Außerdem schien das Darlehen für die Redaktion ein willkommener Anlass zu sein, mit der gesamten Politik der unionsgeführten Bundesregierung abzurechnen und die besonders mächtig wirkenden Begriffe wie „geistig moralische Wende“ als pseudo-religiöse Worthülsen zu entlarven. Auch die parteiinterne Kritik an der Gesamtausrichtung der Deutschlandpolitik sei ihrer Meinung nach durchaus verständlich und der Austritt von Franz Handlos nur ein logischer Schritt gewesen. Der Milliardenkredit entpuppte sich für die *SZ* geradezu als willkommene Gelegenheit mit der Politik der Bundesregierung und der Person Franz Josef Strauß abzurechnen.

2.3.4 Die Zeit

Zu Beginn ihrer Berichterstattung thematisierte *Die Zeit* vor allem den Zustand der FDP.⁴⁷² Ihrer Ansicht nach sei von der FDP in den letzten Monaten politisch nicht viel zu sehen gewesen.⁴⁷³ Die wichtigen Dinge

⁴⁷¹ Ebenda.

⁴⁷² Vgl. Die Union regiert, die FDP kommentiert, in: *Die Zeit*: 15.07.1983.

⁴⁷³ „Nach außen trägt die FDP Zufriedenheit zur Schau. Die Lage der Partei wird als stabilisiert, das Ansehen Genschers als gestiegen beschrieben. Aber dennoch: Hans-Dietrich Genscher ist zur Außenpolitik wortkarg geworden und hört immer öfter, wie Korrespondenten beobachtet haben, ‚griesgrämig und ruhig‘ der außenpolitischen Suada des Kanzlers zu. Auf der einen Seite spricht Helmut Kohl zu Hause wie in Moskau von Wiedervereinigung. Auf der anderen Seite spottet Strauß im Zusammenhang mit dem Kredit an die DDR, Genscher habe, ‚mit der ganzen Angelegenheit nicht mehr zu tun, als daß er im Kabinett durch Möllemann seine Zustimmung erklären ließ‘. Deutschlandpolitik und Entspannungspolitik – das war einmal die Domäne der Liberalen. Was bleibt für sie jetzt, zwischen Kohl und Strauß?“ Ebenda.

wurden von Kohl und Strauß erledigt. Innerhalb der CDU, so *Die Zeit*, wurde Strauß' Leistung durchaus als konstruktiv angesehen.⁴⁷⁴ Jedoch amüsierte sich die Redaktion über Strauß' Gebaren. Dass ausgerechnet „das politische Genie aus Bayern“⁴⁷⁵ sich mit dem Kredit an die DDR nun brüste und seine Getreuen es als „staatsmännische Veranstaltung feierten“⁴⁷⁶, sorgte für außerordentliche Heiterkeit. Dennoch, so der Kommentar, sei man froh, dass das Bauerntheater auf der richtigen Bühne aufgeführt würde – nämlich in München und nicht in Bonn.⁴⁷⁷

Dass die Bundesregierung die Kreditabsprache geheim hielt, sah man als „sehr nützlich“⁴⁷⁸ an und als handfesten Beweis dafür, dass es „ihre erklärte Absicht sei, die Zusammenarbeit mit den Ländern des Ostblocks und vor allem mit der DDR fortzusetzen – auch als Maßnahme zur Schadensregulierung nach der Stationierung.“⁴⁷⁹ Aus Regierungskreisen wurde außerdem verlautet, dass Moskau das Handeln in Bonn aufmerksam zur Kenntnis genommen hatte.

Trotz aller positiven Reaktionen sah *Die Zeit* dennoch Risiken für die Bundesregierung. Zum einen waren da die nur schwer abzuschätzenden Folgen gegenüber der konservativen Wählerklientel der Union – der Fall Franz Handlos diene als mahnendes Beispiel für dieses „Missverständnis“.⁴⁸⁰ Zum anderen sei die gesamte Aktion zudem auch ein Beweis für die Ambivalenz und Prinzipienlosigkeit der Unionsparteien. Darüber hinaus, so *Die Zeit*, bestand durchaus die Gefahr eines Zahlungsausfalls seitens der DDR und, dass Ost-Berlin die vereinbarten Gegenleistungen nicht erfüllen würde. Denn tatsächlich hing die Bereitschaft der DDR Erleichterungen für ihre Bevölkerung zu gewähren, nicht nur vom deutsch-deutschen Verhältnis ab, sondern insgesamt auch vom politischen Klima

⁴⁷⁴ Vgl. Das Milliarden-Ding, Der Einfädler des DDR-Kredits versetzt seine Anhänger in Staunen, in: *Die Zeit*, 15.07.1983.

⁴⁷⁵ Ebenda.

⁴⁷⁶ Ebenda.

⁴⁷⁷ Vgl. ebenda.

⁴⁷⁸ Ebenda.

⁴⁷⁹ Ebenda.

⁴⁸⁰ Ebenda.

zwischen den beiden Blöcken.⁴⁸¹ Nach wie vor hatte Moskau das letzte Wort, wenn es um Zugeständnisse ging. Beide Risiken wusste Franz Josef Strauß erheblich zu mildern. Da er einst selbst zu den größten Kritikern der sozial-liberalen Ostpolitik gehörte und nun offensichtlich dahingehend seine Prinzipien geändert hatte, ließ ihn für die CDU und Kanzler Kohl so wichtig werden. Für einen Teil der Union war Strauß der Vorkämpfer einer kompromisslosen Ostpolitik. Gegen seinen Widerstand wäre das Kreditgeschäft niemals machbar gewesen. „Jetzt, da er als Einfädler in Erscheinung getreten war, fehlte dem Widerstand der Kopf.“⁴⁸² Der Bonner Politikbetrieb hütete sich deshalb davor, seinen Rum zu schmälern. „Und Strauß hatte sich ja, um es in seinem geliebten Latein auszudrücken, nach dem Motto ‚pecca fortius‘ (salopp übersetzt: wenn schon, denn schon) kräftig genug engagiert.“⁴⁸³

Eine seltsame Wandlung vom Paulus zum Saulus? Dies sei aber eine unangemessene Erklärung, so *Die Zeit*. Denn Strauß war wohl der erste prominente Politiker der Union, der das Wiedervereinigungsgebot im Grundgesetz relativiert hatte. Schon als Verteidigungsminister im Kabinett Adenauer hinterfragte er das Ziel der sogenannten „Wiedervereinigung“.⁴⁸⁴ Die Redaktion versuchte so das ganze komplexe Wesen dieses Mannes darzustellen. Mit Ironie, Sarkasmus und immer wieder einer lateinischen Version seines politischen Denkens und Handelns – so agierte Strauß in der Bundesrepublik. Und blieb damit wohl der Mehrheit der Bevölkerung außerhalb Bayerns suspekt. In Bonn schien man sich damit abgefunden zu haben, dass der Zweck die Mittel, also auch Strauß' Verhalten, rechtfertige. Ob das Strauß auch so sah, dürfte allerdings bezwei-

⁴⁸¹ Vgl. ebenda.

⁴⁸² Ebenda.

⁴⁸³ Ebenda.

⁴⁸⁴ „Der Verteidigungsminister im Kabinett Adenauer fragte schon in den fünfziger Jahren, ob es denn wirklich die Wiedervereinigung sei, die uns in erster Linie drängt, quält, bedrückt und treibt? Es sei doch weniger die Wiedervereinigung im Sinne der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands, so antwortete er sich selbst, es sei doch mehr das Herzensanliegen der Wiederherstellung demokratischer und menschenwürdiger Zustände in diesem Gebiet. Das klingt fast wie ein Vorspiel zum Wandel durch Annäherung.“ Ebenda.

felt werden.⁴⁸⁵ Man blickte jedoch nicht auf den „Einfädler“, sondern auch auf die Gegenseite und ihren Antagonisten.⁴⁸⁶

Offenbar ließ sich Ost-Berlin trotz Gewährung des Kreditgeschäftes nicht unter Druck setzen.⁴⁸⁷ Denn bis zu diesem Zeitpunkt folgte keine Reaktion von Seiten Honeckers. Auch fand sich kein einziges Wort in den Zeitungen oder im Fernsehen der DDR über den gewährten Kredit. Die DDR-Führung tat sich offenkundig schwer mit dem vollzogenen Wechsel in Bonn: „In Ost-Berlin war man verunsichert; der weitere deutschlandpolitische Kurs in Bonn schien unberechenbar zu sein.“⁴⁸⁸ Dieser Milliarden-Coup aus München brachte nun die Vorstellungskraft der SED-Führung vollends durcheinander. Die allgemeine deutschlandpolitische Verunsicherung bekam eine neue Dimension. „Offenbar sei auch das Udenkbare denkbar.“⁴⁸⁹ Falls die inoffiziellen Gegenleistungen nicht eingehalten werden könnten, wäre Druck auszuüben, nach Ansicht der *Zeit*, das schlechteste Mittel.⁴⁹⁰ Zudem zweifelte man die bisherigen Vorleistungen Ost-Berlins an.⁴⁹¹ Es ging Honecker nur darum, das rampo- nierte Image seiner Grenzorgane nach dem mysteriösen Tod Burkerts wieder „aufzupolieren“. ⁴⁹² Bevor nicht die Entscheidung über die Pershing-II-Stationierung getroffen sei, könne Ost-Berlin „sich nicht kooperativ gebärden.“⁴⁹³ Gespannt spekulierte man über etwaige Reaktionen aus Moskau im Falle einer Stationierung, betonte aber zugleich, dass innerdeutsche Handelssanktionen oder gar ein Eingriff in den Berlin-Verkehr weder im Interesse der DDR noch der Sowjetunion liegen könne. Eine solvente und wirtschaftlich leistungsfähige DDR sei im Ost-

⁴⁸⁵ Vgl. ebenda.

⁴⁸⁶ Vgl. Was kann Honecker bieten?, in: *Die Zeit*, 22.07.1983.

⁴⁸⁷ Vgl. ebenda.

⁴⁸⁸ Ebenda.

⁴⁸⁹ Ebenda.

⁴⁹⁰ „Das heißt: Man kann die DDR nicht unter Druck setzen, Verhandlungspakete, Junktims, selbst vorfinanzierte Hoffnungen sind nur erfolgreich, wenn sie als solche nicht erkennbar sind. Eine rasche Reaktion auf das Bonner Entgegenkommen ist also nicht zu erwarten.“ Ebenda.

⁴⁹¹ „Gemeint sind hier zügige Abfertigung an den Grenzen und der Freikauf von 80 DDR-Gefangenen, unter ihnen zehn Bundesbürger“ Ebenda.

⁴⁹² Vgl. ebenda.

⁴⁹³ Ebenda.

block ein Stabilitätsfaktor – im Gegensatz zum „zahlungsunfähigen und krisengeschüttelten Polen.“⁴⁹⁴ Bestenfalls diene der Kredit zur Klimapflege für einen heißen Herbst. Erst danach sei eventuellen Gegenleistungen zu rechnen – wenn überhaupt.⁴⁹⁵

Umso erstaunlicher war es für *Die Zeit*, dass es bei aller Kritik und innerparteilichen Auseinandersetzungen in der CSU, in der CDU hingegen keine großen Diskussionen über den vermeintlichen Kurswechsel in der Deutschlandpolitik gab: „So kräuselt sich bei der CDU bisher allenfalls die Oberfläche.“⁴⁹⁶ Als ein möglicher Grund für ein solch unterschiedliches Verhalten innerhalb der Schwesterparteien galt Helmut Kohls Politik als Oppositionsführer. Damals „hatte Helmut Kohl die CDU schon zu Oppositionszeiten, bei aller verbalen Kritik an der Politik der sozial-liberalen Koalition, ebenso behutsam wie geduldig darauf vorbereitet, daß nach einem Regierungswechsel in den deutsch-deutschen Angelegenheiten nicht das Unterste zuoberst gekehrt werden solle und könne.“⁴⁹⁷ Das zahlte sich jetzt aus. Die Kritiker, die es vielleicht noch gegeben hatte, wurden laut Kanzleramt auch noch überzeugt.⁴⁹⁸ Doch falls von Honeckers Seiten nur unzureichende Gegenleistungen erbracht würden, hätte Helmut Kohl es ebenfalls überaus schwer gehabt „seine Partei bei der Stange zu halten.“⁴⁹⁹ Umgekehrt fiel es Strauß wohl nicht schwer, abermals eine Kehrtwende zu vollziehen und dann seine ursprüngliche Haltung bestätigt zu sehen.⁵⁰⁰

Ähnlich wie die *SZ* so bewertete auch *Die Zeit* den Kredit an die DDR als deutliches Signal der Fortsetzung der bisherigen sozial-liberalen Deutschlandpolitik. Auch ihre Kritik zielte nicht auf die finanziellen Aspekte dieses Geschäftes an sich ab. Vielmehr offenbarte diese Aktion ih-

⁴⁹⁴ Ebenda. Wichtig zu erwähnen ist, dass die Solidarność ein knappes Jahr vorher verboten und das Kriegsrecht erst just in diesen Tagen aufgehoben wurde.

⁴⁹⁵ Vgl. ebenda.

⁴⁹⁶ Warten auf Honeckers Gegenleistung, Die CDU reagiert gelassen auf Straußens ostpolitische Initiativen, in: *Die Zeit*, 05.08.1983.

⁴⁹⁷ Ebenda.

⁴⁹⁸ Vgl. ebenda.

⁴⁹⁹ Ebenda.

⁵⁰⁰ Vgl. ebenda.

rer Meinung nach die Prinzipienlosigkeit der Union gegenüber ihren Wählern und ihren eigenen Wertvorstellungen bzw. Idealen. In diesem Zusammenhang wurde, wenn auch subtil, die natürliche Ablehnung gegenüber Strauß und seinem barocken, feudalistischen Herrschaftsstil in den Augen der *Zeit* wieder einmal bestätigt. Bei aller Missbilligung zeigte die Redaktion aber durchaus Verständnis für die Notwendigkeit einer Bürgschaft und lobte die Maßnahme als positives und entkrampfendes Instrument im Zuge der Nachrüstungsdebatte sowie als stabilisierenden Faktor an die finanzschwache DDR. Denn niemand, so die einhellige Meinung der *Zeit*, sei an Verhältnissen wie sie zu dieser Zeit in Polen herrschten, interessiert. Bemerkenswert sei auch, dass die Kritik hauptsächlich aus der CSU kam und die CDU zu diesem Thema schwieg. Schwierigkeiten bestünden für Kohl nur dann, wenn sich die Zusagen seitens der DDR nicht erfüllten, oder der Kredit ganz ausfallen würde. Dann kämen auf den Kanzler erhebliche Probleme zu und wohlmöglich würde Strauß wieder eine Rückwärtsrolle vollziehen und die alte Ostpolitik aufs Neue propagieren.

2.3.5 Der Spiegel

„Und dann bestätigte Helmut Kohl, was die meisten seiner Minister am Morgen – überrascht in der ‚Frankfurter Allgemeinen‘ gelesen hatten“⁵⁰¹ Schon seit längerem machten Gerüchte die Runde, dass Ost-Berlin den Versuch unternommen habe, einen Kredit in Milliardenhöhe zu erhalten, aber zunächst überall Absagen erhielt.⁵⁰² „Als die Abgesandten von SED-Chef Honecker dann auch in der Bundesrepublik um Kredite baten, habe die Bundesregierung die Chance zur deutsch-deutschen Annäherung gesehen und wahrgenommen.“⁵⁰³ Als die Teilnehmer dann noch hörten, dass die bayerische Landesbank Konsortialführer sei, verschlug es ihnen vollends die Sprache.⁵⁰⁴ So fasste *Der Spiegel* wenige Tage nach der

⁵⁰¹ Um den Osten für uns zu gewinnen, in: *Der Spiegel*. 04.07.1983.

⁵⁰² Vgl. ebenda.

⁵⁰³ Ebenda.

⁵⁰⁴ Vgl. ebenda.

Enthüllung des Milliardenkredits die Ereignisse in seiner Ausgabe zusammen.

Das widersprach dem Weltbild von Unionschristen, kommentierte das Nachrichtenmagazin. Für Kohl sei der Kredit Vorbereitung für seinen Moskaubesuch. In erster Linie schien der Kanzler an einem „regen Handelsaustausch“⁵⁰⁵ interessiert zu sein. „Über Raketen wolle der Kanzler gar nicht gerne reden“⁵⁰⁶, ließ er jedenfalls streuen. Die Strategie von Kohl, so *Der Spiegel*, beruhe darauf, durch enge wirtschaftliche Verflechtungen, die DDR noch stärker an die BRD zu binden. Die einst so eherne Maxime von „Leistung und Gegenleistung“ zählte für Kohl nicht mehr.⁵⁰⁷ Wirkliche Gegenleistungen von Seiten der DDR waren nicht erkennbar, analysierte das Blatt. Viel interessanter aber war, dass die Rolle von Strauß als Kreditvermittler in diesem Zusammenhang gar nicht so ungewöhnlich gewesen sei. Schließlich hatte er ein solches Vorgehen bereits 1966 gefordert.⁵⁰⁸ Strauß’ Strategie sei es schon immer gewesen, den „Osten wieder näher an den gesamteuropäischen Kulturkreis und Wirtschaftskreis heranzuziehen.“⁵⁰⁹ Für Erich Böhme, seinerzeit Chefredakteur beim *Spiegel*, passte dieses Verhalten zu Strauß’ Charakter und Wesen. Der „große Zampano“ genoss solche Überraschungseffekte.⁵¹⁰ Mitunter sei es ihm eine Freude, auch die von ihm so geschätzten Vertreter der bürgerlichen Zeitungen zu beeindrucken. Um die Wandlungsfähigkeit von Strauß noch einmal zu verdeutlichen, verglich Böhme den Besuch von Strauß mit der Moskaureise von Konrad Adenauer 1955.⁵¹¹

⁵⁰⁵ Ebenda.

⁵⁰⁶ Ebenda.

⁵⁰⁷ „Bei solchen Geschäften zählen für Kohl, so scheint es, nicht einmal die gerade noch gültigen Grundsätze: Keine Leistung ohne Gegenleistung sollte die Devise der Deutschland-Politik lauten: stattdessen ist jetzt der alte Grundsatz aus sozialliberaler Zeit übernommen: Vertrauen gegen Vertrauen.“ Ebenda.

⁵⁰⁸ „Daß der Bayernführer zunächst am lautesten eine Wende in der Deutschlandpolitik verlangte und als großzügiger Kreditgeber glänzt, ist noch nicht einmal eine Wende des Franz Josef Strauß. Denn der hatte eine Ostpolitik, die sich ganz realistisch und pragmatisch auf ausgedehnte Kreditgewährung beschränkt, schon 1966 zu einer Frage der Zweckmäßigkeit erklärt.“ Ebenda.

⁵⁰⁹ Ebenda.

⁵¹⁰ Vgl. Böhme, Erich, Wenden und fädeln, in: *Der Spiegel*, 18.07.1983.

⁵¹¹ „Strauß muß seiner Klientel kein Damaskus vorspielen. Alte Herren können Sich Zeit lassen, ihre neuen Erkenntnisse zu verdauen. Konrad Adenauer brauchte

Schlitzohrig wie Kanzler Kohl war, überließ er seinem Widersacher nur solange das Feld, bis das Projekt entscheidungsreif war.⁵¹²

Im Folgenden befasste sich *Der Spiegel* ausführlich mit der Rolle der FDP. Aus Sicht des Nachrichtenmagazins spielte sie so gut wie keine Rolle in der Entscheidungsfindung rund um den Milliardenkredit. Zudem schien sie auch nicht wirklich von jener Unternehmung überzeugt. Für die FDP, so kommentierte ihr Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, habe sich im Vergleich zur sozial-liberalen Bundesregierung nichts Wesentliches geändert. Für Graf Lambsdorff bedeutete der Kredit schlicht puren Pragmatismus: „Hier ist das Interesse zweier Herren zusammengekommen: Honecker wollte Geld haben und Strauß wollte Politik machen. Das Geschäft hatte nur einen Hintergrund: cash gegen Hoffnung.“⁵¹³ Noch deutlicher wurde der Wirtschaftsminister, laut *Spiegel*, in der Kabinettsitzung, die den Kredit abzusegnen hatte. Die Art und Weise des Zustandekommens wurde aufs Heftigste kritisiert: „Ich stimme dieses eine Mal zu. Aber so, wie das gemacht worden ist, darf es nie wieder passieren.“⁵¹⁴ Und der Graf tadelte sogar noch weiter.⁵¹⁵ Lambsdorffs Kritik richtete ich vor allem gegen die scheinbaren Pro-Kredit-Argumente von Strauß, um den Kredit im Nachhinein zu legitimieren. Die, angeblich dank Strauß, freigelassenen Häftlinge seien natürlich freigekauft worden, argumentierte Lambsdorff. Zu Vereinbarungen im Umweltschutz und über bessere Verkehrsverbindungen sei die DDR ohnehin schon bereit gewesen. Jedoch, je mehr Strauß die „vermeintlichen Gegenleistungen prunkte, desto geringer sei die Aussicht auf wirkliche menschliche Erleichterungen.“⁵¹⁶ Die DDR-Führung könnte dann behaupten, dass Gegenleistungen bereits erfolgt seien. Das ganze Verhalten von Strauß passte nicht zu ihm – und doch passte es wiederum genau zu ihm: „Strauß

sechs Jahre, seine Russen-Phobie zu bezwingen und Bulganin und Chruschtschow bei der Hand zu fassen.“ Ebenda.

⁵¹² Vgl. Jetzt ruft Strauß plötzlich April, April!, in: *Der Spiegel*, 18.07.1983.

⁵¹³ Ebenda.

⁵¹⁴ DDR-Kredit: So nie wieder, in: *Der Spiegel*, 25.07.1983.

⁵¹⁵ „Da kann doch nicht jeder Deutschlandpolitik machen. Wo kommen wir denn da hin, wenn jeder seine Verbindungen in der DDR nutzt.“ Ebenda.

⁵¹⁶ Ebenda.

vertritt eben keinen Standpunkt, er vertritt nur sich.“⁵¹⁷ Die FDP, so das Fazit des *Spiegels*, tat sich offensichtlich mit dem Milliardenkredit erheblich schwerer als zunächst angenommen wurde. Vielleicht aus deshalb, weil ihr in diesem Fall nur die Rolle des „Abnickens“ zuteilwurde. Wohl aber auch, weil Strauß bezüglich der Vereinbarungen mit Ost-Berlin Halbwahrheiten in Umlauf brachte.

Die Reaktionen aus Washington beschrieb *Der Spiegel* wie folgt: Für die US-Administration kam die Kreditzusage aus Bonn an die DDR einem Affront gleich: „So hatte man sich in Washington die Nachfolger des Nörglers Helmut Schmidt nicht vorgestellt.“⁵¹⁸ Gerade weil es sich bei der Kohl-Administration ebenso um eine konservative Regierung handelte, sei man über den Milliardenkredit erheblich irritiert gewesen.⁵¹⁹ Zwar betonte der Kanzler stets die Bündnistreue und nannte sie eine „Herzensangelegenheit – die Care-Pakete werde er ebenfalls nie vergessen“⁵²⁰, jedoch zeichnete ein erstelltes Kanzler-Dossier der CIA ein anderes Bild.⁵²¹ Washington gefiel es gar nicht, wie Helmut Kohl beim Klassenfeind auftrat. Die Sozialdemokraten, um Egon Bahr, galten „stets als verdächtige Gesellen“.⁵²² Damals hatte man im Weißen Haus Angst, dass hinterrücks mit Moskau etwas ausgekungelt worden sei. Als Hauptursache für die Vorbehalte der Reagan-Administration, gegenüber der Bundesregierung, sah man eine schleichende Entfremdung innerhalb des deutsch-amerikanischen Verhältnisses, die nach Ansicht der Amerikaner an einer stetig wachsenden Skepsis gegenüber dem NATO-Doppelbeschluss lag.⁵²³

⁵¹⁷ Einmal um die eigene Achse gedreht, in: *Der Spiegel*, 01.08.1983.

⁵¹⁸ Warum sind die Deutschen gegen uns?, in: *Der Spiegel*, 15.08.1983.

⁵¹⁹ Vgl. ebenda.

⁵²⁰ Ebenda.

⁵²¹ „Kohls Kreml-Visite bestätigte das Urteil eines Kanzler-Dossiers aus der CIA-Nordeuropa-Abteilung. Der konservative Kanzler, so heißt es in der Geheimstudie, sei zwar proamerikanisch und bündnistreu, zugleich aber auch ein komplizierter Mann, der eigenwillig deutsche Interessen vertreten werde.“ Ebenda.

⁵²² Ebenda.

⁵²³ „Außenpolitische Berater Ronald Reagans, die unverhohlen über die Wahlkatastrophe der SPD triumphiert hatten, glauben nun deutlich zu spüren, daß Helmut Kohl wegen der Pershing-Stationierung nervös geworden sei. Ihre Schlußfolgerung:

Im Vergleich mit den anderen Zeitungen konzentrierte sich *Der Spiegel* auf andere Aspekte des Kreditgeschäftes. Strauß plötzliche Wandlung überraschte in der Redaktion nicht wirklich. Er wurde vorher schon als sehr reaktionär eingeschätzt. Auch finanzielle Risiken und fehlende Junktims oder etwaige Vereinbarungen ließ *Der Spiegel* außer Acht. Das Hamburger Nachrichtenmagazin konzentrierte sich viel mehr auf die Rolle der FDP und ihre offensichtliche Kritik an diesem Geschäft. So einstimmig, wie zuvor in den anderen Zeitungen beschrieben, wurde laut *Spiegel* der Kredit nämlich doch nicht beschlossen. Hinzu kam, dass die US-Regierung, ihrer Darstellung nach, das Abkommen eher missbilligte und nicht wirklich unterstützte. Darüber hinaus hegte Washington offensichtlich große Vorbehalte gegenüber Kohls Deutschlandpolitik.

2.3.6 Gemeinsamkeiten in der Darstellung

Den Milliardenkredit an die DDR bewerteten alle Zeitungen als ein wirklich einschneidendes Ereignis in der bisherigen Deutschlandpolitik von CDU/CSU und FDP. Denn damit hatte offenbar niemand gerechnet. Dass ausgerechnet eine konservative Bundesregierung, die bis dato jegliche Kreditgeschäfte mit der DDR oder anderen Ostblockstaaten konsequent ablehnte, nun selbst ein solches Geschäft genehmigte, sorgte in der westdeutschen Presselandschaft für helle Aufregung. Es wurde genüsslich darüber spekuliert, welche Reaktionen wohl von Seiten der Union gekommen wären, falls die SPD und Bundeskanzler Schmidt eine solche Transaktion vollzogen hätten.

In der Hintergrunddebatte kamen ebenfalls alle Zeitungen überein, dass der anstehende Besuch des Kanzlers in Moskau und die weiterhin heftig geführte Nachrüstungsdebatte, der Grund dafür seien, dass Kohl, erstens dem Kreditgeschäft zustimmte und zweitens es als gewolltes, politisches Instrument, zur Annäherung im laufenden Ost-West-Konflikt, ansah. Dass Kohl Strauß mit der Vermittlung des Kredits beauftragte und so den ärgs-

Wenn der Deutsche nervös wird, haben wir schon lange Grund, es ebenfalls zu sein.“ Ebenda.

ten Widersacher innerhalb der Koalition miteinband, wurde übereinstimmend als große taktische Leistung des Kanzlers gewertet. So musste in erster Linie Strauß den offen vollzogenen Strategiewechsel verteidigen. In diesem Zusammenhang widmeten sich alle untersuchten Printmedien dem Wesen und Charakter des bayerischen Ministerpräsidenten. So paradox und irritierend das Ganze auf Außenstehende wirkte, so passte das Verhalten doch irgendwie zum Politiker Franz Josef Strauß. Einhellig wurde die Meinung vertreten, dass dies nichts mehr mit der ursprünglich formulierten Deutschlandpolitik zu tun hätte. Wenn der Kredit unter einer sozial-liberalen Regierung beschlossen würde, dann hätte es seitens der Union und ihrer Anhänger einen noch viel größeren Aufschrei gegeben. Der Zeitpunkt des anstehenden Moskaubesuchs und die zu erwartenden heftigen Auseinandersetzungen in der Nachrüstungsdebatte sahen alle als Grund dafür, dass Kohl den Kredit gerade jetzt publik werden ließ. Falls es widererwartend, was manche Kommentatoren bereits heraufbeschworen, doch nicht zu den Gegenleistungen seitens der DDR käme – egal ob es sich um humanitäre Gegenleistungen handelte oder um andere Formen der Erleichterungen – prophezeiten alle Zeitungen auch dem Kanzler eine ungewisse Zukunft und einen erheblichen Autoritätsverlust innerhalb der Partei sowie in der bundesdeutschen Bevölkerung.

2.3.7 Unterschiede in der Darstellung

In der inhaltlichen Auseinandersetzung über die Kreditvergabe gab es jedoch gravierende Unterschiede, zwischen den eher bürgerlichen sowie den links-liberalen Zeitungen. Die bürgerlich-konservativen Zeitungen *Die Welt* und *FAZ* kritisierten die Kreditvergabe nicht nur formalpolitisch, sondern auch aus finanzieller Hinsicht. Für die größten Kritiker der sozial-liberalen Deutschlandpolitik sowie Verfechter eines harten Kurses gegenüber Ost-Berlin schien das Unvorstellbare nun wahr geworden zu sein. Ausgerechnet ein bürgerlich-konservativer Bundeskanzler machte nun Geschäfte mit Erich Honecker – und das alles ohne Junktim.

Zudem warfen *Die Welt* und *FAZ* den Christdemokraten und Christsozialen Verrat am Wähler und der eigenen Programmatik vor. Zu-

sätzlich beharrten beide Zeitungen eindringlich auf den finanziellen Risiken und politischen Unwägbarkeiten, die dieses Geschäft mit sich brachte. Sie argumentierten fiskalpolitisch und wiesen auf die sehr schlechten Wirtschaftsdaten und Produktionszahlen der DDR hin und machten somit deutlich, dass sich die DDR – ohne Kredithilfe – schon in kürzester Zeit in einem wirtschaftlichen Kollaps befände. In Anbetracht der Lage sei es politisch sinnvoller, die DDR finanziell zu stabilisieren und ihr den Gang nach Moskau – um dort einen Kredit zu erhalten – zu ersparen. Andererseits betonten sie außerdem, dass eine derartige Aktion nur von einer bürgerlichen Regierung zu stemmen sei, da es eine linke Regierung wohl nicht vermochte, die notwendigen Mehrheiten hinter sich zu versammeln und ein solches Manöver politisch nicht überlebt hätte.

Anders die links-liberalen Zeitungen. Sie zeigten sich zwar auch in größtem Maße über diesen Kredit verwundert, jedoch eher über die radikale Wandlung der Bundesregierung. Das Interesse galt vor allem der Rolle von Strauß und seinem Wirken in jenem Deal. Die Artikel und Kommentare wirkten oftmals überbordend und satirisch. Zudem versuchten die *SZ*, *Die Zeit* und *Der Spiegel* „die Wende“ als bloße Worthülse zu entlarven und nicht als politisches Konzept, wie es von CDU/CSU stets propagiert wurde. Sie nutzen die Situation als Generalabrechnung mit der Bundesregierung. Den Kredit jedoch verteidigten alle drei vehement und werten ihn als notwendigen Schritt. Darüber hinaus sei er als stabilisierender und beruhigender Beitrag in der Nachrüstungsdebatte zu verstehen. Die finanziellen und politischen Risiken ließen sie in ihrer Betrachtung vollends außer Acht. Zudem sahen sie die Rolle der FDP äußerst kritisch. Die Partei von Außenminister Genscher und Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff waren die eigentlichen Verlierer.

2.3.8 Zusammenfassung

Die Wirkung, die der Milliardenkredit tatsächlich hatte, ließ sich schwer messen. Zu viele Ungereimtheiten konnten bis heute nicht geklärt werden. Dass die Kreditspritze der DDR kurzfristig half, ihre Verbindlichkeiten zu bedienen, ist heute unbestritten. Jedoch sorgte der Kredit ebenfalls

dafür, dass sich „mit dem Milliardenkredit 1983 die Verschuldungsspirale der DDR verstärkte, die am Ende zu ihrem Untergang beigetragen hat.“⁵²⁴ Welche Gegenleistungen genau erfolgten, ist in der Wissenschaft nicht geklärt. Ob sich die DDR an die getroffenen Absprachen hielt, lässt sich ebenso nicht eindeutig nachweisen, da es kein offizielles Junktim gab. Wolfgang Schäuble verwies in einem Interview auf getroffene Zusagen in den Bereichen „menschlicher Erleichterungen.“⁵²⁵

Die Bundesregierung hatte nun endlich bewiesen, dass sie an der bisherigen Deutschlandpolitik festhielt, ja sogar noch einen Schritt weiter auf die DDR-Führung zuzuging. Ganz zum Erstaunen der gesamten Bundesrepublik. Kohl gelang damit ein historischer Coup, der auch die Westalliierten in Staunen versetzte. Zugleich machte er aber deutlich, dass er, nicht nur bei seinem Moskaubesuch und seinem wiederholten Insistieren auf ein wiedervereinigtes Deutschland gegenüber Andropow, sondern auch innenpolitisch, bei den Verhandlungen um den Milliardenkredit, stets das Heft des Handelns in der Hand behielt. Zudem machte er sich das stark ausgeprägte Ego und den Geltungsdrang eines Franz Josef Strauß zu eigen, indem er ihn geschickt miteinspannte und es so vermied, dass Strauß ihm bei nächster Gelegenheit in den Rücken gefallen wäre. Während die Folgen des Kredits für Strauß einen Verlust an Autorität und Macht bedeutete – zu viele Funktionäre und Mandatsträger konnten diese Aktion nicht nachvollziehen und begannen an der politischen Kompetenz ihres Vorsitzenden zu zweifeln – half er Helmut Kohl dessen Machtbasis innen- und außenpolitisch zu festigen.

⁵²⁴ Vgl. Schäuble, 2014.

⁵²⁵ „Für den Milliardenkredit 1983 sagte die DDR zu: zivile Umgangsformen bei der Grenzabfertigung, Abbau der Selbstschussanlagen an der innerdeutschen Grenze, Wegfall des Mindestumtauschs für Kinder unter 14 Jahren bei der Einreise in die DDR und weitere Erleichterungen für DDR-Bürger bei Reisen in dringenden Familienangelegenheiten.“ Ebenda.

2.4 Helmut Kohl zu Gast in Moskau

Nach dem der Milliardenkredit publik wurde, trat Helmut Kohl seine Reise nach Moskau an.⁵²⁶ Vom 4. bis 6. Juli 1983 weilten Kohl und Genscher in Moskau. Die Einladung hatte die Sowjetunion bereits nach der Wahl Kohls zum Bundeskanzler ausgesprochen.⁵²⁷ Der Bundeskanzler und sein Außenminister wollten dem kranken Andropow einen Antrittsbesuch abstatten. Der zuvor beschlossene Milliardenkredit diene als Signal in Richtung Moskau. Trotz der bevorstehenden Raketenstationierung beabsichtigte die Bundesregierung keine kriegerischen Absichten bezüglich des innerdeutschen Verhältnisses.⁵²⁸

Interessant in diesem Zusammenhang war das Vorgehen Ost-Berlins. Laut Karl-Rudolf Korte weihte die Führung der DDR Moskau erst nach Abschluss der Kreditverhandlungen ein.⁵²⁹ Kohl selbst beschrieb den Besuch als Erfolg und betonte weiter: „Ich fühlte mich von Jurij Andropow als Partner akzeptiert.“⁵³⁰ Zwar beharrten beide Seiten auf ihren Standpunkten; Andropow schien aber begriffen zu haben, dass, für den Fall des Scheiterns der Genfer Abrüstungsverhandlungen, die Stationierung von der Bundesregierung vollzogen werde. Der Kanzler lobte sich in diesem Zusammenhang selbst, indem er seine harte Haltung gegenüber dem Generalsekretär betonte: „Es war ein Lehrstück im Umgang mit kommunistischen Führern. Keine Zweifel an unseren Positionen aufkommen zu lassen verschaffte mir mehr Respekt als jede politische Anbiederei, wie sie die SPD-Opposition immer wieder praktizierte.“⁵³¹ Auch Hans-Dietrich Genscher bewertete die Moskaureise und das Treffen mit Jurij Andropow positiv. So wie Kohl, nannte auch er „den Willen der Deutschen zur Einheit“⁵³² als wichtigen Punkt der Gespräche sowie darüber hinaus aber auch das klare Bekenntnis zu bestehenden Verträgen und deren Fortset-

⁵²⁶ Vgl. Korte, 1998, S. 174.

⁵²⁷ Vgl. Kohl, 2005, S. 148.

⁵²⁸ Vgl. Korte, 1998, S. 174.

⁵²⁹ Vgl. ebenda.

⁵³⁰ Kohl, 2005, S. 150.

⁵³¹ Ebenda.

⁵³² Vor der Stationierung ein letzter Appell an Gromyko, in: Genscher, 1995, S. 429.

zung.⁵³³ Es war das erste und einzige Mal, dass Helmut Kohl und Jurij Andropow sich trafen. Der sowjetische Generalsekretär starb im Februar 1984.

2.4.1 Die Welt

Die Absichten des Bundeskanzlers bezüglich seiner Moskaureise hob *Die Welt* schon vor Abflug deutlich hervor und stellte heraus, worum es dem Kanzler ging: den NATO-Doppelbeschluss konsequent zu vertreten.⁵³⁴ Die politische Strategie der Sowjets bewertete das Springer-Blatt als traditionell: Die Sowjetunion selbst bliebe bei ihrer bisherigen, konstanten Deutschlandpolitik. Deren „strategischen Linien“⁵³⁵ seien seit Jahren dieselben und gingen schon auf Stalin zurück und wurden von Chruschtschow und Breschnew weiterfortgeführt. Für die Sowjets galten die Deutschen als Gegenspieler, „als stärkster von manchen sogar als einzig ernst zu nehmender Faktor auf dem europäischen Kontinent eingeschätzt.“⁵³⁶ *Die Welt* analysierte die Russland-Strategie hingegen anders: Durch die Teilung Deutschlands und die ideologische Beherrschung der DDR durch das sowjetische System stellten für die im Kreml maßgebenden Kräfte eine Garantie dar, dass nicht nur der sowjetische Sieg von 1945 unangetastet in Kraft, sondern darüber hinaus auch die Aussicht auf eine künftige Beherrschung ganz Europas erhalten blieb.⁵³⁷

Helmut Kohl sei daher gewarnt, die weitgesteckten Ziele Moskaus nicht zu unterschätzen. In diesem Zusammenhang übte *Die Welt* deutliche Kritik an Willy Brandt, der laut ihrer Einschätzung bei seinem Moskaubesuch Schiffbruch erlitten habe.⁵³⁸ Eine Begründung dieser Behauptung lieferte der Autor nicht. Wohlmöglich hatte Brandt der sowjetischen Seite zu große Zugeständnisse eingeräumt. Zusätzlich riet man Kohl und der

⁵³³ Vgl. ebenda, S. 430.

⁵³⁴ Vgl. Der Kanzler stellt sich auf harte Moskauer Gespräche ein, in: *Die Welt* 02./03.07.1983.

⁵³⁵ Taktiker oder Strategie?, in: *Die Welt*, 02/03.07.1983.

⁵³⁶ Ebenda.

⁵³⁷ Vgl. ebenda.

⁵³⁸ Vgl. ebenda.

deutschen Bundesregierung, sich das Verhalten Moskaus zu eigen zu machen. Wie die Sowjets als getreue Schüler Lenins, sollten sie lernen zwischen Strategie und Taktik, zwischen langfristigen und kurzfristigen Entwicklungen, zu unterscheiden. Konkret hieß das: kurzfristig und pragmatisch konnten die Beziehungen so fortgeführt werden. Langfristig allerdings sei es aber nötig, dass sich die maßgeblichen politischen Kräfte in der BRD konsequent auf die „Herausforderung Sowjetunion“⁵³⁹ – ohne diese aber ausführlich zu benennen – einstellen müssten. Das Ziel der sowjetischen Außenpolitik sei es immer, die Positionen der BRD mit denen der Amerikaner auseinander zu dividieren, um so „die Amerikaner vom europäischen Kontinent zu verdrängen.“⁵⁴⁰ Die Strategie könne sich aber als Irrtum herausstellen. Denn Moskaus Bestrebungen als Hegemonialmacht aufzutreten, seien dann gescheitert, wenn die USA die Nachrüstung vollziehen und Europa dadurch mit den Amerikanern noch enger verbunden sei. Nachdem der politische Diskurs zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion – mit all seinen Risiken und Unwägbarkeiten – ausführlich beschrieben wurde, widmete sich *Die Welt* der kurzfristigen Taktik Moskaus, die eine mögliche Nachrüstung auf deutschem Boden noch verhindern sollte.

Im politischen Prozess der beiden Supermächte war es für *Die Welt* eindeutig, dass auch ein Jurij Andropow nicht beabsichtigte einzulenken. Die Taktik Moskaus zielte nun auf die deutsche Innenpolitik ab, indem man nun versuchen würde, „die Friedensaktivisten“, alle „Amerika-Feinde“ und „Chaoten“, die wohlmöglich lautstarken Protest organisieren, in der Bundesrepublik auf die sowjetische Seite zu ziehen, um so in der Nachrüstungsfrage Druck auf den Kanzler auszuüben.⁵⁴¹ Daher sei es für den Erfolg Andropows Außenpolitik wichtig, dass der Kanzler standhaft bliebe und seine beiden Trümpfe – die „Nachrüstkarte“ und die finanziellen Möglichkeiten, über die die Bundesrepublik in Form von

⁵³⁹ Ebenda.

⁵⁴⁰ Ebenda.

⁵⁴¹ Vgl. ebenda.

Kreditverfügung – nicht leichtsinnig aus der Hand zugeben gedenke.⁵⁴² Ein weiterer, sehr düster wirkender Kommentar erschien in der *Welt* am Tag der Abreise.⁵⁴³ Der Verfasser des Kommentars forderte Helmut Kohl auf, das Thema Menschenrechte unbedingt anzusprechen. Beispielhaft wurden die Schicksale von Andrej Sacharow, der im Gulag „Gorki“ internierte Regimekritiker und von Doris Wels genannt, die von Bonn aus einem DDR-Gefängnis freigekauft wurde. Obendrein möge sich der Kanzler vor Andropow in Acht nehmen, da er, als ehemaliger Geheimdienstler, wie kein Zweiter für das menschenverachtende System einstand. Das oberste Ziel sei es, dieses System in aller Deutlichkeit anzuprangern.⁵⁴⁴

Gestärkt sei Kohl gleich durch mehrere Mandate, die es ihm erlaubten, selbstbewusst Andropow gegenüber aufzutreten.⁵⁴⁵ Sollte die Nachrüstung vollzogen werden, sei dies nicht „der letzte Tag der deutsch-sowjetischen Beziehungen“⁵⁴⁶ gewesen. Als viel größeres Problem sahen die Journalisten der *Welt* den Gesundheitszustand Andropows an: „Der kranke Mann im Kreml kann keine Kontinuität verbürgen“⁵⁴⁷, lautete die Überschrift eines Artikels, der den zweiten Tag von Kohls Moskaubesuch zusammenfasste. Schon spekulierte man darüber, was dieser Besuch überhaupt wert sei, wenn man nicht langfristig mit seinem Gegenüber planen könne. Die historischen Verweise, auf die Reise Adenauers 1955 und Brandts Moskaubesuche 1970/71, verdeutlichten die politische Bedeutung dieses Besuchs. Konrad Adenauer „suchte zwar vergeblich den Schlüssel zur Wiedervereinigung“⁵⁴⁸ und erreichte immerhin die Freilassung von 10.000 Kriegsgefangenen – Willy Brandt unterzeichnete den

⁵⁴² Vgl. ebenda.

⁵⁴³ Vgl. Die Unterdrückten, in: *Die Welt*, 04.07.1983.

⁵⁴⁴ Vgl. ebenda.

⁵⁴⁵ „Dieser Mann aus Bonn verhandelte im vollen Einverständnis des Weltwirtschaftsgipfels von Williamsburg, des Natorates, des Stuttgarter EG-Gipfels und mit der brieflich erklärten Rückendeckung des amerikanischen Präsidenten.“ Erstklassig, in: *Die Welt*, 06.07.1983.

⁵⁴⁶ Ebenda.

⁵⁴⁷ Der zweite Tag in Moskau: Begegnung des Kanzlers mit Andropow demonstrativ nachgeholt, Der Kranke Mann im Kreml kann keine Kontinuität verbürgen, in: *Die Welt*, 06.07.1983.

⁵⁴⁸ Ebenda.

Moskauer Vertrag und gab so, laut *Welt* deutsche Rechtspositionen auf – zum Schaden der Bundesrepublik. Was könnte Kohl also in Moskau erreichen?, lautete die Frage.⁵⁴⁹ Nicht viel, da „die Sowjetunion infolge der sichtlich schweren Erkrankung ihres ersten, mit der breitesten Macht ausgestatteter, Mannes nur begrenzt Handlungsbereit war“.⁵⁵⁰ Und da Helmut Kohl, im Gegensatz zu seinen Vorgängern, die „westlich orientierte Richtungsstabilität der Bundesrepublik Deutschland repräsentierte“⁵⁵¹ – seinen Vorgängern wurde hier erneut mangelnde „Bodenhaftung und Verankerung“⁵⁵² mit dem System vorgeworfen – fiel es nun der Sowjetunion schwer, diese bewährte Politik auch bei Helmut Kohl anzuwenden.⁵⁵³ Moskaus Machthaber verglich der Autor mit Chirurgen, denen nun das Skalpell aus der Hand glitt und ihnen so „die Hoffnung auf den strategischen Schnitt zwischen Westeuropa und den Vereinigten Staaten“⁵⁵⁴ verwehrt blieb. Jetzt zeigte sich das eigentliche Dilemma der sowjetischen Politik. Aufgrund ihrer starren Strukturen, die sich noch dazu im „politischen Übergang befanden“⁵⁵⁵, konnten sie dem Westen nichts entgegensetzen und müssten so die Nachrüstung wohl oder übel akzeptieren.

Zusätzlich umriss *Die Welt* die Berichterstattung der sowjetischen Medien. Auch diese waren voller Anerkennung für den Kanzler. Laut mehrerer Nachrichtenagenturen waren die sowjetischen Medien von Helmut Kohls Besuch beeindruckt.⁵⁵⁶ Vor allem lobte man die Kurskorrekturen innerhalb der Bundesregierung sowie der Union. Die bisher geäußerte Kritik an den Ostverträgen sowie an den KSZE-Verhandlungen werde nun wohl von Kohl und den seinen akzeptiert: „Die Zeitung stellte

⁵⁴⁹ Vgl. ebenda.

⁵⁵⁰ Das Skalpell gleitet ab, in: *Die Welt*, 06.07.1983.

⁵⁵¹ Ebenda.

⁵⁵² Ebenda.

⁵⁵³ Vgl. ebenda.

⁵⁵⁴ Ebenda.

⁵⁵⁵ Ebenda.

⁵⁵⁶ Vgl. Sowjet-Zeitung würdigt Kohls Besuch, Bemerkenswertes Beispiel für Fortsetzung des Ost-West-Dialoges, Kritik aus Polen, in: *Die Welt*, 09/10.07.1983.

die Erklärung Kohls in Moskau heraus, daß sich die beiderseitigen Beziehungen auf der Grundlage der Ostverträge entwickeln sollten.⁵⁵⁷

Das Fazit der *Welt* über Kohls Moskaureise galt weniger seiner Politik oder die der Bundesregierung, sondern ging vielmehr der Frage über die Zukunft der Sowjetunion nach. Unabhängig von Nachrüstung und Stationierung sei ein Politikwechsel in der Sowjetunion unabdingbar. Die alten Kader, die das kommunistische Reich prägten sind tot, ihre Nachkommen kurz vor oder schon im Rentenalter. Die nächste Generation der 40- und 50-Jährigen käme jetzt ans Ruder. Diese Gruppe sei mehr technologisch und weniger ideologisch geprägt. Doch wohin sie die Sowjetunion führen, bliebe ungewiss. Dass das Reich im Osten mit Veränderungen rechnen müsste, „schien geradezu in der Moskauer Luft dieses Sommers zu liegen. Ob zum Guten oder Bösen, könne erst die Zukunft lehren.“⁵⁵⁸

Obwohl natürlich keiner der Journalisten die Zukunft voraussagen konnte, waren die aufgezeigten Probleme und Krisen, mit der sich die Sowjetunion innen- und außenpolitisch befassen musste, recht eindrucksvoll dokumentiert. Zum einen war die Vermutung richtig, dass es trotz unterschiedlicher Auffassungen in der Nachrüstungsdebatte nicht zu einem dauerhaften Konflikt zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik kommen durfte – auch wenn es letztendlich doch noch zur Stationierung käme. Zum anderen wurde Kohl als vorsichtiger Stratege beschrieben, der kurzfristig wohlmöglich auch mal die Taktik ändere, um an sein Ziel zu gelangen. Anders als bei Brandt und Schmidt war sein Besuch laut *Welt* ein Erfolg. Besonders interessant allerdings war der Verweis auf die Trümpfe, die Kohl im Nachrüstungspoker besäße. Hier sprach sich *Die Welt* nun deutlich für finanzielle Hilfe in Form möglicher Kredite aus. Eine Maßnahme, die noch während der Aushandlungen des Milliardenkredites an die DDR stark kritisiert wurde. Offenbar hatte man

⁵⁵⁷ Ebenda.

⁵⁵⁸ Die unmotivierte Gesellschaft, in: *Die Welt*, 12.07.1983.

nun auch bei der *Welt* erkannt, dass sich der Gestaltungsspielraum in der Ostpolitik durch gewährte Kredite erheblich verbessern ließ.

2.4.2 Frankfurter Allgemeine Zeitung

Bevor Helmut Kohl zu seiner Reise nach Moskau aufbrach, wurde sein „Bekenntnis zur Einheit der deutschen Nation scharf als revanchistisch kritisiert.“⁵⁵⁹ Anstatt sich zum 22. Juni 1983 – dem schwarzen Datum – zu äußern, beschäftigte sich der Kanzler mit der Einheit und beging, laut der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS auch gegenüber der DDR, „eine Reihe taktloser Ausfälle.“⁵⁶⁰ Bestimmt wurde die Berichterstattung allerdings von den gegenwärtigen Unsicherheiten in Moskau.⁵⁶¹ Ähnlich wie *Die Welt* berichtete auch die *FAZ* über die akute Führungsschwäche der Sowjetunion. Diese sei ein ernstes Problem für die deutsche Bundesregierung. Da sich unter den gegebenen Umständen die potentiellen Nachfolger zurückhalten (müssen), sei eine langfristige Planung derzeit wohl nicht möglich.⁵⁶² Die aktuelle Situation in der Führungsriege wurde wie folgt analysiert: Wer jetzt den Argwohn des Politbüros auf sich zieht, der hätte in der Nachfolgefrage ohnehin keine Chance. Die obligatorischen Ungewissheiten, mit denen der westliche Moskaubesucher zu rechnen hatte, betrafen wohlmöglich dieses Mal die ganze Kremelführung. Es blieb vollkommen unklar, wie die Lage einzuschätzen sei.⁵⁶³ Prägten Falken oder Tauben das Besuchsprotokoll? Nun spekulierte die *FAZ* darüber, dass es Helmut Kohl zufiele, diese unübersichtliche Lage als erster „westlicher Regierungschef“⁵⁶⁴ zu eruieren, um sich und den Verbündeten Klarheit über den Kurs Jurij Andropows zu verschaffen. Und wohlmöglich

⁵⁵⁹ Bekenntnis Kohls zur deutschen Einheit von Moskau kritisiert, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25.06.1983.

⁵⁶⁰ Ebenda.

⁵⁶¹ Vgl. Die Unsicherheiten in Moskau bestimmen nicht nur den formalen Ablauf des Kanzler-Besuches, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 02.07.1983.

⁵⁶² Vgl. ebenda.

⁵⁶³ „Ein stimmiges Gesamtbild sowjetischer Politik hat sich letztthin nicht dargeboten. Vielmehr entstand der Eindruck eines Zickzack-Kurses von scharfen und milden Moskauer-Äußerungen im Wechsel.“ Ebenda.

⁵⁶⁴ Ebenda.

lich begegnete er bei seinem Besuch auch dem möglichen Nachfolger Andropows, ohne dies zu wissen.⁵⁶⁵

Diese undurchsichtige Gemengelage erschwerte das Zusammentreffen erheblich: „Kohl kann nun zwar sich und seinen Kurs in der Gewißheit in Moskau vorstellen, daß die sowjetische Führungsleute mit ihm eine ganze Weile zu rechnen haben werden.“⁵⁶⁶ Bezüglich der Rolle, die der Bundesregierung für den Besuch in Moskau zugeschrieben wurde, herrschte ebenfalls eine klare Vorstellung. Die *FAZ* betrachtete Kohl als Mittler und Brückenbauer zwischen den Blöcken. Auf diesem Feld seien auch Erfolge möglich – und zwar über das Primat der Wirtschaft. Wenn es Kohl also gelänge, die wirtschaftlichen Beziehungen zu vertiefen, seien auch politische Erfolge zu erreichen. Jedoch sei äußerste Vorsicht geboten, da Moskau zwei Strategien verfolge. Die *FAZ* thematisierte nun das Verhältnis zwischen der SPD und der Sowjetunion. Und genau an diesem Punkt müsse Kohl erheblich aufpassen. „Ein Seitenblick sowjetischer Strategen streift gewißlich stets die deutschen Sozialdemokraten; nicht nur von der Regierung, auch von ihnen erhofft die Sowjetunion manches und spielt deshalb auf mehreren Tastaturen zugleich.“⁵⁶⁷

Dass dies so war, lag laut *FAZ*, an früheren, sozialdemokratisch geführten Regierungen und an deren besseren Kontakten nach Moskau. Nicht zuletzt hing der Ausgang solcher Treffen auch immer mit den verhandelnden Persönlichkeiten zusammen. So verstanden sich Brandt und Breschnew anscheinend gut miteinander: „Die sonnigen Tage von Oreanda“⁵⁶⁸, so beschrieb die *FAZ* leicht ironisch das „freundschaftlich-vertrauliche Verhältnis zwischen Brandt und Breschnew“.⁵⁶⁹ Gemeint war hier ein Treffen zwischen den beiden Politikern, bei dem die Stimmung in der BRD für Brandt eigentlich gar nicht so rosig war. Im Bundestag

⁵⁶⁵ „Doch werden sich manche Augen aus dem stillen an Kohl heften, denen der Bundeskanzler später wieder begegnen dürfte.“ Ebenda.

⁵⁶⁶ Ebenda.

⁵⁶⁷ Sowjetische Signale: Ein Mißklang wird nicht erwartet, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 02.07.1983.

⁵⁶⁸ „Andropow wird schnell zur Sache kommen“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 02.07.1983.

⁵⁶⁹ Ebenda.

verfügte er nur über eine knappe Mehrheit und musste um seine Ostpolitik bangen. Schon Helmut Schmidt, der noch den Bonus eines sozialdemokratischen Kanzlers genoss, nahm sich das Recht heraus, Moskau öffentlich zu kritisieren.⁵⁷⁰ Offensichtlich setzte die Führung der Sowjetunion insgeheim auf die Sozialdemokraten.

Da die Beziehungen zwischen Moskau und dem Westen auch immer ein Spiegelbild der internationalen Lage seien, galten sie unter der Berücksichtigung der aktuellen Spannungen, rund um die Nachrüstungsdebatte, insgesamt aber noch als „respektabel“.⁵⁷¹ Als Grund dafür nannte die *FAZ*, den Willen und die Bestrebungen vergangener- und gegenwärtiger Bundesregierungen nach Moskau zu reisen, um dort die „Ost-West-Feindseligkeiten“⁵⁷² zu beheben. An diesem Punkt lobte die *FAZ* nicht nur die Kanzler der Union, sondern hob auch die Erfolge der beiden sozialdemokratischen Bundeskanzler hervor. Außerdem versuchte man auch die Rolle Helmut Kohls ein wenig zu relativieren, indem man ihn nur als den Repräsentanten einer europäischen Mittelmacht deklarierte, einer mit besonderer historischer Hypothek.⁵⁷³

Im Vergleich zur *Welt* befasste sich die *FAZ* in diesem Zusammenhang noch mit der Rolle der USA. Diese wurde als defensiv und abwartend bzw. kritisch gewertet. Eigentlich hatte die Reagan-Administration gar kein Interesse an einem Dialog mit den Sowjets. Nur aufgrund des Drucks der NATO-Partner und der innenpolitischen „Freeze-Bewegung“ – eine Bewegung, die sich für das Einfrieren jeglicher atomaren Rüstung einsetzte – wurde Ronald Reagan zum Umdenken gezwungen.⁵⁷⁴ Nach mehr als zwei Jahren im Amt erkannten auch die USA, dass es jetzt an der Zeit sei, einen anderen Kurs einzuschlagen. Darüber hinaus habe der Wechsel in Bonn – von Schmidt zu Kohl – auch die Positionen der Bundesrepublik in den Verhandlungen mit der Sowjetunion gestärkt. Das be-

⁵⁷⁰ Vgl. ebenda.

⁵⁷¹ Vgl. ebenda.

⁵⁷² Ebenda.

⁵⁷³ Vgl. ebenda.

⁵⁷⁴ Vgl. Der deutsche Bundeskanzler ist kein Wanderer zwischen zwei Welten, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 04.07.1983.

deutete für Helmut Kohl „Verlässlichkeit und Kontinuität“⁵⁷⁵, so die *FAZ*. Die Regierung in Washington traute Helmut Kohl offensichtlich mehr zu als Willy Brandt und Egon Bahr. Allerdings, so die Einschätzung der *FAZ*, sei die Ost-Politik der USA keinesfalls linear gewesen. Eine einheitliche Strategie zwischen Außen- und Verteidigungsministerium war nicht zu erkennen. Die *FAZ* verwies in diesem Zusammenhang auf einen laufenden Dualismus zwischen den Hardlinern im Pentagon und den eher gemäßigten Kräften um Außenminister George Shultz.⁵⁷⁶

Zurück in der Bundesrepublik folgten zwiespältige Reaktionen und deutliche Kritik auf Kohls Moskaubesuch.⁵⁷⁷ Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS übernahm gar die von der SPD geübte Kritik an Kohls außenpolitischem Kurs.⁵⁷⁸ Darüber hinaus fiel die sowjetische Nachrichtenagentur aber bald wieder in altes Fahrwasser ihrer Propaganda zurück.⁵⁷⁹ Jedoch seien diese Reaktionen wohl als Teil der bekannten Propaganda zu werten gewesen, konstatierte die *FAZ*.

Insgesamt zog das Frankfurter Blatt aber ein durchaus positives Fazit der Moskaureise. Bundeskanzler Kohl wurde als Mittler und Brückenbauer zwischen den beiden Supermächten gesehen, seinen Einfluss zugleich dabei wieder relativiert. Insgesamt konzentrierte die *FAZ* sich ebenfalls, so wie *Die Welt*, mehr auf die aktuellen Probleme der Sowjetunion, die ihrer Meinung nach größtenteils innenpolitischer Natur waren. Darunter fielen die ungeklärte Führungsfrage im Zentralkomitee sowie die marode Konstitution von Wirtschaft und Gesellschaft, die auf allen Ebenen reformbedürftig zu sein schien. Im Unterschied zur *Welt*, die Willy Brandt und Helmut Schmidt als Verräter deutscher Interessen zu stig-

⁵⁷⁵ Ebenda.

⁵⁷⁶ Vgl. ebenda.

⁵⁷⁷ Kaum verhohlener Ärger über die deutliche Sprache Kohls und Genschers, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 09.07.1983.

⁵⁷⁸ „Als Kontrastprogramm zu der Politik der Bonner Regierung veröffentlichte Tass unterdessen ausführlich die Kritik der SPD-Opposition am außenpolitischen Kurs nach den ersten hundert Tagen Kohl. Kommentarlos wird wiedergegeben, daß die SPD der Regierung Abkehr von der Kontinuität und substantielle Veränderungen in der Sicherheitspolitik vorwerfen.“ Ebenda.

⁵⁷⁹ „Tass blieb indessen bei Unterstellungen, daß Amerika nichts mehr wünsche, als Europa in einen Nuklearstützpunkt zu verwandeln und die strategische Lage zu seinen Gunsten zu ändern.“ Ebenda.

matisieren versuchte, lobte die *FAZ* auch die Moskaureisen der sozialdemokratischen Bundeskanzler, betonte aber zugleich, dass sich die Reagan-Administration vom neuen Kanzler auch Fortschritte in den Verhandlungen mit den Sowjets versprach.

2.4.3 Süddeutsche Zeitung

Obwohl es Regierungssprecher Peter Boenisch abstritt, der *SZ* war der Sinn und Zweck von Kohls Moskaubesuch vollkommen klar: Kohl sollte die Bereitschaft Moskaus zum Kompromiss bei den Verhandlungen zur Nachrüstung testen.⁵⁸⁰ Boenisch wies ebenfalls darauf hin, dass der Milliardenkredit an die DDR ein Beweis dafür sei, dass es der Bundesregierung nicht nur um Worthülsen und theoretischen Hilfeleistungen gehe, sondern „Taten folgen zu lassen“.⁵⁸¹ Kritik kam, laut *SZ*, vom SPD-Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel. Dieser sprach der Bundesregierung die Vermittlerrolle ab.⁵⁸² Versprach aber, anders als noch die Union während ihrer Oppositionszeit, die Moskaureise nicht mit „schrillen Mißtönen [...] oder gar Verratsvorwürfen“⁵⁸³ zu torpedieren. „In Moskau könne sich Bundeskanzler Kohl auf das solide Fundament stützen, das durch die Vertragspolitik Willy Brandts und Helmut Schmidts geschaffen worden sei“⁵⁸⁴, betonte die *SZ*. Nach den anfänglichen Schwierigkeiten zu Beginn des Besuches, wurde auch in der Münchener Redaktion keine Gefahr einer Zerreißprobe gesehen.⁵⁸⁵ Die *SZ* ging ebenso der Frage nach, inwieweit der Westen heutzutage mit denselben Zuständen innerhalb der Sowjetführung zu kämpfen habe, die er in den letzten Jahren der Brezhnev-Ära vorfand.⁵⁸⁶ Für die Journalisten bestand gar Wiederholungsgefahr und sie attestierten der Führung in Moskau Entscheidungsunfähig-

⁵⁸⁰ Vgl. Kohl will die Bereitschaft Moskaus zum Kompromiß bei Raketengesprächen testen, in: *Süddeutsche Zeitung*, 02.07.1983.

⁵⁸¹ Ebenda.

⁵⁸² „Die Bundesregierung habe nicht die Position eines Vermittlers zwischen den Weltmächten.“ Ebenda.

⁵⁸³ Ebenda.

⁵⁸⁴ Ebenda.

⁵⁸⁵ Vgl. Keine Zereißprobe für das deutsch-sowjetische Verhältnis, in: *Süddeutsche Zeitung*, 06.07.1983.

⁵⁸⁶ Vgl. ebenda.

keit. Darüber hinaus sei das Gremium aufgrund des hohen Alters seiner Mitglieder nicht in der Lage zu taktieren und bevorzuge deswegen kurzfristige Erfolge – auch „Andropowos Mannschaft“⁵⁸⁷ haftete dieses Verhalten an. Helmut Kohl wies im Gespräch mit Jurij Andropow nochmals auf den Wunsch der Deutschen zur Einheit hin:

*„Er habe Andropow gefragt, ob dieser sich mit einem geteilten Moskau und einem geteilten Rußland abfinden würde. Der Wille eines Volkes, die Einheit zu erhalten, sei eine geschichtliche Kraft und dadurch Realität, hatte der Kanzler nach seinen eigenen Worten zu Andropow gesagt, dabei aber darauf verwiesen, daß die Bundesregierung von der Realität zweier deutschen Staaten ausgehe.“*⁵⁸⁸

Trotz seiner Irritationen über dieses Bekenntnis und einiger Zensuren seiner Tischrede, diese bezogen sich auf die Vorfälle in Polen⁵⁸⁹, schien der Kanzler zufrieden zu sein. Andropow nahm die Einladung zum Gegenbesuch nach Bonn an.⁵⁹⁰ Dazu kam es ja bekanntlich nicht mehr, da Andropow im Februar 1984 starb.

In ihren Schussfolgerungen über den Erfolg oder auch Misserfolg der Moskaureise schnitt die *SZ* zwei wichtige Themen an: Zum einen fragte sie nach der Rolle und „Bedeutung der FDP in außenpolitischen Fragen“⁵⁹¹, die ihr und anscheinend auch Hans-Dietrich Genscher viel zu marginal erschien:⁵⁹² „Der FDP Vorsitzende weiß, daß eine Ära zu Ende gegangen ist, so wie 1970 die Außenpolitik Adenauers am Endpunkt an-

⁵⁸⁷ Ebenda.

⁵⁸⁸ Moskau-Besuch des Bundeskanzlers beendet, in: *Süddeutsche Zeitung*, 07.07.1983.

⁵⁸⁹ „Ließen die Zensoren noch die Mitteilung zu, daß Kohl sich über internationale Krisengebiete wie Afghanistan, Nahost, Indochina und Afrika geäußert habe, so blieb Polen völlig unerwähnt. Das heißt: Die Sowjets betrachten die Vorgänge in diesem Land als dessen innere Angelegenheit und als solche des Ostblocks und wollen auf keinen Fall zugestehen, daß hier ein Problem existiert, über das in bilateralen Verhandlungen zu reden wäre.“Keine Zereißprobe für das deutsch-sowjetische Verhältnis, in: *Süddeutsche Zeitung*, 06.07.1983.

⁵⁹⁰ Vgl. Zwei Gespräche Kohls mit dem Staats- und Parteichef, in: *Süddeutsche Zeitung*, 06.07.1983.

⁵⁹¹ Helmut Kohls Gespräche in Moskau, Stunden der Beschwörung, in: *Süddeutsche Zeitung*, 07.07.1983.

⁵⁹² Vgl. ebenda.

gelangt war.⁵⁹³ Zum anderen spekulierte sie über eine neue Rolle der Bundesrepublik: „Doch diesmal scheint es eher die Sowjetunion zu sein, die die Wende in den deutsch-russischen Beziehungen herbeiführen will.“ Das hieße hin zur einer „normalen Mittelmacht“⁵⁹⁴, mit wenig Einfluss in außereuropäischen Angelegenheiten.⁵⁹⁵

Berichteten *Welt* und *FAZ* noch über mögliche Schwierigkeiten und Vorurteile im Vorfeld der Moskaureise, konzentrierte sich die *SZ* ausschließlich auf die gegenwärtigen Probleme in der sowjetischen Führung und mahnte ebenfalls zu Reformen. Ähnlich wie die *FAZ* schrieb auch die *SZ* der Bundesregierung eher eine Vermittlerrolle zu. Man ging ebenfalls davon aus, dass im Falle der Nachrüstung, die bilateralen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion keinesfalls in Gefahr seien, worüber *Die Welt* und die *FAZ* nicht berichteten. Wichtig schien der *SZ* aber offenbar der schleichende Verlust des außenpolitischen Einflusses der FDP. Erstaunlicherweise stellten die Autoren nun doch eine Art Wende fest – und zwar in der Außen- bzw. Ostpolitik. Dem alten und neuen Außenminister wurden hier keine großen Kompetenzen mehr zugeschrieben, die seien nun wohl beim Bundeskanzler angesiedelt.

2.4.4 Die Zeit

Für *Die Zeit* hatte die verbalen und militärische Aufrüstung ein derart großes Ausmaß angenommen, dass die beiden Supermächte nur noch über und nicht mehr miteinander sprächen. Während Helmut Kohl seine Reise vorbereitete, „standen die beiden Weltmächte an einer Wegmarke ihrer Außenpolitik.“⁵⁹⁶ Nach jahrelangem Stillstand, den auch schon Helmut Schmidt als „Phase der Sprachlosigkeit“⁵⁹⁷ bezeichnete hatte, sah *Die Zeit* erste Anzeichen einer Annäherung zwischen den beiden Weltmächten.

⁵⁹³ Ebenda.

⁵⁹⁴ Ebenda.

⁵⁹⁵ „Einer gewissen Sonderrolle entkleidet, die die Bundesrepublik in den Köpfen der Russen immer noch spielt, scheint sie jetzt zu einer normalen Mittelmacht zu werden, der man nicht mehr ohne weiteres zugesteht, in außereuropäischen Angelegenheiten ein großes Wort mitzureden.“ Ebenda.

⁵⁹⁶ Aus der Talsohle, *Die Weltmächte rüsten zum Dialog*, in: *Die Zeit*, 01.07.1983.

⁵⁹⁷ Ebenda.

Die Rhetorik untereinander verharrte noch immer auf einem Besorgnis erregenden Niveau.⁵⁹⁸ Dennoch kamen aus Amerika Signale, die auf eine erneute Dialogbereitschaft schließen ließen. Auch *Die Zeit* attestierte der Reagan-Administration erhebliche Fehleinschätzungen. Ihrer Ansicht nach unterlag Ronald Reagan dem Irrtum, dass „er auch ohne die Sowjetunion Weltpolitik betreiben könnte“.⁵⁹⁹ Ganz anders Außenminister George Shultz. , er wies in einer Stellungnahme vor dem Auswärtigen Ausschuss des Senats auf die „Kontinuität amerikanischer Außenpolitik hin“.⁶⁰⁰ Darin hieß es: „Die Sowjetunion ist und bleibt eine globale Supermacht.“⁶⁰¹ Gleichzeitig wurde auf die Notwendigkeit des Dialogs hingewiesen. „Nur Gespräche und Verhandlungen öffnen den Weg zu dauerhaftem Frieden.“⁶⁰² Die Sowjetische Seite sah dies ähnlich. Außenminister Gromyko betonte den Willen Moskaus zum Ausgleich.⁶⁰³ Die Bundesrepublik wurde in diesem Kontext überhaupt nicht erwähnt. Die Journalisten mutmaßten sogar, dass dies Helmut Kohl ganz recht käme. Er hatte vor seinem Abflug ohnehin klargestellt, dass er nicht nach Moskau reise, um als Dolmetscher aufzutreten.⁶⁰⁴ Reagans Aussage „Zum Tango gehören immer zwei“⁶⁰⁵ ließ zwar den Willen der USA erkennen, sich ernsthaft mit der Sowjetunion auseinanderzusetzen. Jedoch kritisierte Moskau zu Recht, dass man aber dann nicht „an der Frisur des anderen herumzumäkeln habe“.⁶⁰⁶

Trotz aller Konflikte im Ost-West-Verhältnis bemühten sich alle amtierenden Bundesregierungen seit 1970 um Kontinuität. Für Helmut Kohl,

⁵⁹⁸ „Der sowjetische Amerika-Experte Arbatow hat gerade in Genf erklärt, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion befänden sich auf Kollisionskurs, in naher Zukunft könnten schlimme Dinge in Gang kommen.“ Ebenda.

⁵⁹⁹ Ebenda.

⁶⁰⁰ Ebenda.

⁶⁰¹ Ebenda.

⁶⁰² Ebenda.

⁶⁰³ „Wir wollen einen Ausgleich zu den Beziehungen zu den USA.“ Ebenda.

⁶⁰⁴ „Schon deshalb hat Bundeskanzler Kohl recht, wenn er vor seiner Moskaureise klarstellt, er fahre nicht, um als Dolmetscher anderer aufzutreten, und wenn er den amerikanischen Verbündeten immer wieder zu dem direkten Dialog mit Rußland drängt, den nur die beiden führen können.“ Ebenda.

⁶⁰⁵ Zum Tango gehören immer zwei, Nach der Wachablösung – eine westliche Initiative?, in: *Die Zeit*, 19.11.1982.

⁶⁰⁶ Ebenda.

so das Urteil der *Zeit*, waren es zwar „harte Gespräche in Moskau“⁶⁰⁷, dennoch konnte der Kanzler seinen Willen zur Kooperation deutlich machen. Dies sei auch Ziel des Besuches gewesen, die jeweils andere Seite kennenzulernen und die verbleibenden Vorbehalte und Skepsis abzubauen.⁶⁰⁸ Fraglich sei es allerdings – laut dem Redaktionsbericht – ob Moskau dies auch so sähe. Zusätzlich wurde die Frage gestellt, ob Andropow in der Kontinuität von Breschnew steht.⁶⁰⁹ Und wenn ja, welche Folgen das für den Westen und die Bundesrepublik hätte. Im Zweifel wahrscheinlich nicht viele. Denn so wie die Bundesrepublik stets den verbalen Ausgleich suchte und sich trotz mancher Rückschläge den wirtschaftlichen Beziehungen verpflichtet sah, tat Moskau im Prinzip genau das Gegenteil, mit annähernd gleicher Wirkung.⁶¹⁰ Was konkret hieß: Verbale Drohungen auf politischer Ebene wurden ausgesprochen, aber zugleich bemühte man sich stets um eine starke wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Das Fazit der *Zeit*: „Kontinuität durch Kohl“.⁶¹¹ Es gab zwar kein verlässliches Szenario, wie es im Falle einer Nachrüstung weitergehen sollte. Dennoch war man sich sicher, dass die Beziehungen zur Sowjetunion, eingebettet in den Moskauer Vertrag, auch unter Helmut Kohl ihre Fortsetzung fänden.⁶¹² Hier positionierte man sich ebenso wie die bereits besprochenen Zeitungen und sah das bilaterale Verhältnis trotz der Nachrüstungsdebatte als stark genug an, diesen außenpolitischen Streit zu verkraften. Auch *Die Zeit* ging auf das Verhalten der Amerikaner ein und

⁶⁰⁷ Politik über den Herbst hinaus, Das deutsch-sowjetische Verhältnis nach dem Kanzlerbesuch, in: *Die Zeit*, 08.07.1983.

⁶⁰⁸ Vgl. ebenda.

⁶⁰⁹ „Allerdings hat Moskau zu Breschnews Zeiten die Verankerung der Bundesrepublik im westlichen Bündnis und ihre volle Mitwirkung an den Allianz-Beschlüssen immer als eine unverrückbare konstante Bonner Außen- und Sicherheitspolitik hingegenommen.“ Ebenda.

⁶¹⁰ „Einerseits quasi-Sanktionen gegenüber der Bundesrepublik im atmosphärischen Bereich, bis hin zu einschüchternden Reden in der Sprache der Eiszeit wegen des deutschen Rückhalts für den Nachrüstungsbeschuß, andererseits stillschweigende Fortführung der Zusammenarbeit vor allem auf dem Felde der Wirtschaft, wo sie für die Sowjetunion substantielle Bedeutung hat.“ Ebenda.

⁶¹¹ Ebenda.

⁶¹² Vgl. ebenda.

wertete das außenpolitische Agieren von Präsident Reagan als äußerst ungeschickt, erkannte aber auch ein Umdenken bzw. Einlenken seitens Washingtons.

2.4.5 Der Spiegel

Die Begegnung zwischen Helmut Kohl und Jurij Andropow wurde zuerst durch die zynisch, fast schon satirisch wirkende Brille des *Spiegels* gesehen: „Auge in Auge mit einem Prachtexemplar teutonischer Vitalität – da konnte selbst der kränkelnde Staats- und Parteichef Jurij Andropow ein feines Lächeln nicht unterdrücken.“⁶¹³ So begann der Artikel über die Moskaureise des Bundeskanzlers. Danach wurde der Ton zwar wieder etwas sachlicher, dennoch hagelte es unentwegt Kritik am Auftritt des Kanzlers.⁶¹⁴ Ihm unterstellte man, dass er, genauso wie sein Amtskollege aus Washington, nur eine „Politik der Stärke“⁶¹⁵ vertrete und sich in Moskau „besonders antikommunistisch“⁶¹⁶ gerieren wolle. Beifall und Zuspruch dafür sei Kohl von Seiten der Kommentatoren in der *FAZ* und der *Welt* sicher gewesen, so das Nachrichtenmagazin. Zusätzlich sei ein Mangel an Sachkenntnis und Fingerspitzengefühl vorhanden – besonders im Umgang mit den „alten Männern in Moskau“⁶¹⁷ mache sich dies bemerkbar.

Kohl wollte sich wohl bewusst von der Ostpolitik Brandts und Schmidts absetzen. Man warf ihm bewusste Missachtung seiner Amtsvorgänger vor.⁶¹⁸ Auch sonst strotzte der Artikel nur so vor gehässigen Kommentaren, subtilen Anmerkungen, z. B. über sein angebliches „pro-

⁶¹³ Im Gleichschritt mit den USA, in: *Der Spiegel*, 11.07.1983.

⁶¹⁴ „Kein deutscher Politiker der Nachkriegszeit hat in Moskau so oft und so hartnäckig von deutschen Interessen gesprochen; keiner hat so wenig wie Kohl dargetan, was er darunter versteht.“ Ebenda.

⁶¹⁵ Vgl. ebenda.

⁶¹⁶ Ebenda.

⁶¹⁷ Ebenda.

⁶¹⁸ „Kohl, der sonst die Lektionen der Geschichte bemüht und Kontinuität als Markenzeichen ausgibt, blendete die Regierungszeit Brandt/Schmidt einfach aus. Bei seiner Tischrede im Kreml am Montagabend berief er sich allein auf die Tradition, die Konrad Adenauer bei seinem Besuch in Moskau im September 1955 begründet hat. Seine Vorgänger erwähnte er nicht.“ Ebenda.

vinzielles Familienbild“⁶¹⁹ und seine permanente Betonung des „Deutschseins“. Sachlich war der kritische Beitrag des *Spiegels* keinesfalls.⁶²⁰ Zusätzlich druckte *Der Spiegel* ein fünfseitiges Dossier über Jurij Andropow und den momentanen Zustand der Sowjetunion.⁶²¹ Darin schilderte er den mühsamen Aufstieg Andropows zum Generalsekretär und seinen Machtkampf innerhalb des sowjetischen Machtapparates mit Außenminister Andrej Gromyko und dem wohl von Breschnew eigentlich vorgesehenen Konstantin Tschernenko.⁶²²

Des Weiteren, so *Der Spiegel*, stand die Sowjetunion vor großen Unwägbarkeiten, die durch die katastrophale wirtschaftliche Situation des Systems verstärkt wurden. Die Not vergrößerte sich zunehmend aufgrund der sinkenden Deviseneinnahmen aus dem Öl- und Gasexport. Doch das Wort „Reform“ sei für die Sowjetpresse tabu gewesen.⁶²³ Das Magazin zitierte einen ZK-Funktionär, dieser betonte, dass höchstens ein Mann vom Format Peter des Großen einen Ausweg aus der „Sowjet-Malaise“ finden würde.⁶²⁴ Zusätzlich beschrieb *Der Spiegel* die Sowjetunion als Gerontokratie, „die auch bei bestem Willen den Zeitgeist nicht erfasste, sondern ihre veränderte Umwelt in überlebenden Denkformen, günstigenfalls nach den idealen ihrer Jugendzeit beurteilt und die junge Generation von heute nicht mehr versteht.“⁶²⁵ Gerade diese Verkrustungen im politischen System der Sowjetunion seien für diesen Niedergang verantwortlich gewesen. Das nun auch noch die sonst so loyalen Bruderstaaten entweder auf Konfrontationskurs oder auf Abstand gingen, verschärfte die politische Lage zusätzlich. Gemeint waren hier Rumänien mit Ceaușescu

⁶¹⁹ Ebenda.

⁶²⁰ „Mit einfachen Gleichungen und einfachen Weisheiten plauderte Kohl über Frieden und Raketen; einige der alten Herren, so Verteidigungsminister Dmittrji Ustinow, hatten zuweilen Spaß daran.“ Ebenda.

⁶²¹ Vgl. Es ist zu früh, einen Sieg zu feiern, in: *Der Spiegel*, 11.07.1983.

⁶²² „Dieser Apparat hätte Breschnews erklärten Favoriten Tschernenko, einen gestandenen Parteimann, dem Sicherheitspolizisten Andropow vorgezogen.“ Ebenda.

⁶²³ Vgl. ebenda.

⁶²⁴ „Nur ein Politiker wie Peter der Große, der einst Rußlands Fenster nach Westen aufstieß und das Reich brutal modernisierte, könnte einen Ausweg aus der Sowjet-Malaise finden, resignierte ein Moskauer ZK-Funktionär.“ Ebenda.

⁶²⁵ Ebenda.

und die Tschechoslowakei mit Staatschef Husák.⁶²⁶ Somit prophezeiten die Autoren der Sowjetunion eine düstere Zukunft, nicht nur unter Berücksichtigung des Nachrüstungsbeschlusses, sondern aufgrund der wirtschaftlichen Notlage sowie der schwindenden Autorität im Inland, dazu betonten sie noch die Schwierigkeiten im Verhältnis zu den Blockstaaten.⁶²⁷

Wählte *Der Spiegel* zu Beginn seiner Berichterstattung noch polemisch wirkende Formulierungen in Hinblick auf Helmut Kohl und dessen Agieren in Moskau. So konzentrierte er sich schließlich doch inhaltlich auf die gleichen Schwerpunkte und analysierte fast nahezu identisch, im Vergleich mit der *Welt*, *FAZ*, *SZ* und der *Zeit*, sowie dieselben Probleme der Sowjetunion und prophezeite sogar deren Machtverlust, falls notwendige Reformen nicht umgesetzt würden. In einem Punkt unterschied sich die Berichterstattung des *Spiegels* deutlich von der der anderen untersuchten Zeitungen. Explizit thematisierte man die schleichende Emanzipation der anderen Blockstaaten, wie Rumänien, Tschechoslowakei etc. Diese ließen mittlerweile andere Zielsetzungen in ihrer Politik erkennen. Solche Entwicklungen waren, nach Einschätzung des *Spiegels*, für die gesamte Sowjetunion bedrohlich und bargen unabsehbare Risiken.

2.4.6 Gemeinsamkeiten

Alle Zeitungen berichteten ausführlich über die Moskaureise von Helmut Kohl. Die Aussicht auf Erfolg in der Rolle des Vermittlers wurde dabei durchweg als gering eingeschätzt. Dass Helmut Kohl im Raketenstreit wohl nichts bewirken konnte, war für alle fünf Redaktionen deutlich geworden. Dennoch schrieben drei von ihnen – *FAZ*, *SZ* und *Zeit* – der neuen Bundesregierung auch eine neue außenpolitische Rolle zu – und zwar

⁶²⁶ „Mit den Bruderstaaten die ihre Einheit mit Moskau laut Gromyko wie einen Augapfel hüten, wissen die Kremlführer längst nicht mehr richtig umzugehen. [...] Mit Rumäniens Ceausescu gab es regelrecht Krach: Der Balkan-Kommunist plädierte für die atomare Nulllösung des US-Präsidenten. Der Tschechoslowakische Partei und Staatschef Husak beschwerte sich, er sei über den Machtwechsel in Moskau zu spät unterrichtet worden, und versagte dem Neuen demonstrativ eine angemessene Würdigung im Prager Parteiorgan *Rude pravo*.“ Ebenda.

⁶²⁷ Vgl. ebenda.

die einer Mittelmacht. Das viel wichtigere Thema der Berichterstattung war allerdings der Zustand der Sowjetunion insgesamt. Der verkrusteten Struktur, innerhalb des Machtapparates und des schon als handlungsunfähig beschriebenen Breschnew-Nachfolgers Andropow, galt das Hauptaugenmerk der einzelnen Redaktionen. Alle spekulierten über Andropows Gesundheitszustand und ob er wirklich den gesamten Führungskader des ZK hinter sich vereine. Für sie war eindeutig, dass Russland, aufgrund der sogenannten Gerontokratie, nicht mehr auf Augenhöhe mit dem Westen bzw. der USA war. Dabei verwiesen *SZ* und *Zeit* auf parallelen zur letzten Phase der Breschnew-Ära, doch der überraschende Tod des Parteichefs verschärfte die Lage erneut. Hinzu kam die miserable Wirtschaftsleistung der Sowjetunion und die dadurch resultierende faktische Abhängigkeit von westlichen Krediten, mit denen das ZK die sowjetische Wirtschaft auf Pump anzukurbeln versuchte. Einig war man sich auch, dass sich die US-Administration in ihrer bisherigen Russlandpolitik schwere Versäumnisse geleistet hatte. Ronald Reagan selbst warf man vor, dass er mit seiner Missachtung bewusst Russland schwächen wollte. Dieser gravierende Fehler in der amerikanischen Außenpolitik hätte erst zu den aktuellen Verwerfungen geführt. Wie nun aber die Politikstrategen in Washington zukünftig agierten, war aus der Sicht der Journalisten nicht sicher. Dies galt ebenso für die sowjetische Reaktion im Falle einer Stationierung der NATO-Raketen. Dass Moskau reagieren werde, war für alle Zeitungen offensichtlich, nur auf welche Art und Weise, darauf wusste man keine schlüssige Antwort zu geben. In Bezug auf das deutsch-sowjetische Verhältnis herrschte Konsens, dass es trotz einer möglichen Nachrüstung bei einem stabilen bilateralen Verhältnis bleiben würde.

2.4.7 Unterschiede

Die deutlichsten Unterschiede fanden sich in der Beurteilung des Ergebnisses von Kohls Moskareise. War sie ein Erfolg, wie *Die Welt* und *FAZ* meinten? Oder eine von vornherein misslungene Unternehmung, die nur einen Zweck erfüllen sollte und zwar gegenüber den USA Wohlwollen zu

erzeugen, wie *Der Spiegel* vollkommen und *Die Zeit* in Teilen maßten.

Die Welt kritisierte sehr deutlich die vorangegangenen Treffen zwischen Willy Brandt mit Leonid Breschnew und attestierte Brandt sogar Schiffbruch und Verrat, indem er „deutsche Interessen“ mit der Ratifizierung des Moskauer Vertrages verraten habe. Der Besuch von Helmut Schmidt wurde ebenfalls verrissen – wenn auch nicht mehr mit ganz so drastischen Worten. Von Seiten der bürgerlichen Zeitungen *Die Welt* und *FAZ* schlug man einen Bogen zur Moskaureise Adenauers, der einen außenpolitischen Erfolg für die junge Bundesrepublik darstellte. Dezent versuchte man durch Analogien, Kohl nicht nur als Adenauers Enkel zu stilisieren, sondern auch sein unpräzises Auftreten und seine vermeintlich deutlichen Worte bezüglich der deutschen Frage, gegenüber Andropow und seiner Delegation, als einen großen Erfolg zu verkaufen. Das Verhalten der SPD und ihre Kritik am Auslandsbesuch des Kanzlers kritisierte die *FAZ* deutlich. Dass dann auch noch die sowjetische Nachrichtenagentur die Stellungnahmen der SPD vollends übernahm, stieß auf Unverständnis.

Die *SZ* war die einzige Zeitung, die die außenpolitische Kompetenz der FDP thematisierte und feststellte, dass mit der Wende 1982 Genscher seinen Einfluss wohl verloren hatte – so wie die Union nach dem Kanzler-Wechsel 1969 von Kiesinger zu Brandt ihre Deutungshoheit in der Außenpolitik ebenfalls entglitt. Am deutlichsten unterschied sich die Berichterstattung des *Spiegels* von den anderen Zeitungen. Erstens wirkte der Bericht teilweise sehr satirisch. Zweitens aber war *Der Spiegel* das einzige Blatt, das sich nur mit der Sowjetunion und Andropow selbst beschäftigte und das mit fünf Seiten auch noch sehr ausführlich. Die genannten Hintergrundinformationen über Machtübernahme Andropows und die prekäre Lage seinerzeit in Moskau fanden sich nur im *Spiegel*. Zusätzlich als Alleinstellungsmerkmal zu werten, waren die Berichte über die schleichende Emanzipation einiger Ostblock Staaten.

2.4.8 Zusammenfassung

Obwohl die Verhandlungen um den Milliardenkredit und die Moskaureise zur gleichen Zeit stattfanden, müssen sie jedoch als jeweils singuläres Ereignis betrachtet werden. Kohl beeinflusste zwar die Bekanntgabe des Kredits und sandte damit durchaus ein Zeichen der Kontinuität und Stabilität nach Moskau und nach Ost-Berlin aus. Auf die Verhandlungen mit Andropow über den NATO-Doppelbeschluss hatte der Kredit aber keinen Einfluss. Viel mehr war die Reise des Kanzlers ein Antrittsbesuch, der von schweren, außenpolitischen Debatten überschattet wurde und der Welt – zumindest den westlichen Medien die Chance bot, über das verkrustete und von schweren Krisen getroffene Sowjetreich zu berichten. Helmut Kohl, der erneut die deutsche Frage betonte, verwies dabei aber genauso auf eine Einigung im Ost-West-Konflikt hin. So konnte er lediglich gegenüber seiner Partei, den ihm wohlgesonnenen Medien und seiner Wählerschaft Akzente setzen. Er stand zwar in der Tradition von Adenauer, zugleich auch in der außenpolitischen Kontinuität der Kanzler Brandt und Schmidt. Fest steht, dass Helmut Kohl mit seiner Moskaureise die Standpunkte der Bundesregierung darlegen konnte, jedoch mit der nüchternen Erkenntnis nach Bonn zurückflog, dass die Bundesrepublik im Ost-West-Konflikt mehr Objekt von außenpolitischen Begehrlichkeiten bzw. reinem Machtkalkül der Blöcke war und keinen ernstzunehmenden Protagonisten darstellte, der aufgrund seiner Historie eine Vermittlerrolle hätte einnehmen können. Darüber herrschte keine unbedingte Einigkeit. Wahrscheinlich konnte die Bundesregierung selbst nicht genau einschätzen, welche Rolle ihr nun zuteilwurde. Ebenfalls war eine unionsdominierte Außenpolitikpolitik zu erkennen, die den Einfluss der FDP sukzessiv geschmälert hatte, wohl aber trotzdem an die Kontinuität der sozial-liberalen Bundesregierungen anknüpfte – wie Kohl auch selbst immer betonte.

2.5 Der ungewöhnlichste Gast⁶²⁸

Ein Besuch Erich Honeckers stand schon länger auf der Agenda der Bundesregierung. Doch das im Frühjahr 1983 verabredete Treffen, zwischen dem SED-Chef und Helmut Kohl, wurde am 29. April 1983 von Seiten Erich Honeckers verschoben.⁶²⁹ Am 4. September 1984 verschob er einen weiteren Termin erneut. Hintergrund war die ablehnende Haltung der Moskauer Führung gegenüber eines Treffens zwischen BRD und DDR. Schließlich, vom 7. bis 11. September 1987, besuchte Honecker die Bundesrepublik. Der Staatsgast aus Ost-Berlin konnte mit großer Aufmerksamkeit rechnen.⁶³⁰ Dabei war der Besuch alles andere als unumstritten.⁶³¹ Sowohl in Moskau als auch auf Seiten der BRD äußerte man Vorbehalte. Letztendlich ging die Führungsriege der KPdSU davon aus, dass „diese Aktion die geschichtlich stärkste zur Durchsetzung der Souveränität der DDR sei.“⁶³² Die Sorgen, die man in Bonn hegte, zielten in ähnliche Richtungen. Sollte die Bundesrepublik und dazu noch eine von der Union geführte, Honecker ein Forum bieten, das ihm und seiner Gefolgschaft die Möglichkeit gab, die Teilung und den propagierten Sozialismus zu legitimieren?

Helmut Kohl tat sich mit dieser Vorstellung sehr schwer. Gerade im Protokoll mit seinen formalen Abläufen ging der der Kanzler auf Distanz:⁶³³ „Mit Fahnen, Hymnen und militärischen Ehren wollte er den Generalsekretär nicht empfangen.“⁶³⁴ Die Frage, ob der Staatsgast auch zum Bundespräsident dürfe und zudem in dessen Amtssitz, hätte den Besuch fast ein weiteres Mal scheitern lassen.⁶³⁵ Trotz dieses Argwohns erhielt Erich Honecker fast „alle protokollarische Ehren.“⁶³⁶ Tatsächlich konnte

⁶²⁸ Vgl. Kohl, 2005, S. 559.

⁶²⁹ Vgl. Korte, 1998, S. 324.

⁶³⁰ Vgl. Wirsching, 2006, S. 620.

⁶³¹ Vgl. Korte, 1998, S. 325.

⁶³² Ebenda.

⁶³³ Vgl. ebenda, S. 326.

⁶³⁴ Ebenda.

⁶³⁵ Vgl. ebenda.

⁶³⁶ Wirsching, 2006, S. 622.

man den Eindruck gewinnen, es handele sich um einen ganz offiziellen Staatsbesuch.⁶³⁷ Dies war in der Tat beabsichtigt gewesen.⁶³⁸

Innerhalb der öffentlichen Meinung genoss der Honecker-Besuch besondere Popularität. „Zumindest kurzfristig rückte die Deutschlandpolitik in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses.“⁶³⁹ Der fünftägige Besuch des SED-Generalsekretärs, mit Stationen in Bonn, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Bayern, wurde im In- und Ausland intensiv verfolgt.⁶⁴⁰

Die Presse berichtete ausführlich, Honecker wurde teilweise mit positiven Attributen bedacht.⁶⁴¹ So erschien der Besuch des SED-Chefs den Bundesbürgern als Normalität.⁶⁴² Dass die DDR diese Tatsache ausnutzen wollte, war Helmut Kohl von vornherein klar gewesen. Vielmehr achtete der Kanzler darauf, wann und wie Honecker selbst seine persönliche Meinung äußerte – und zwar nicht nur im „kleinen Kreis“⁶⁴³, sondern vor einem öffentlichen, breiten Publikum. Dafür stellte Helmut Kohl eine wichtige Forderung, er bestand auf die uneingeschränkte Sicherung einer Liveübertragung des abendlichen Banketts.⁶⁴⁴

Worin lag die deutschlandpolitische Bedeutung dieses Besuches? Grundsätzlich Neues gab es nicht.⁶⁴⁵ Abschließend wurden Abkommen und Absichtserklärungen formuliert. Die entscheidende Frage lautete vielmehr, ob der Besuch Honeckers nun die Teilung der beiden deutschen Staaten manifestierte, oder es doch ein erster Schritt in Richtung „konstruktiver Annäherung“ bedeutete? Dabei spiegelte der Besuch nur das teilweise paradoxe und unlogische Verhalten beider Parteien wider.

⁶³⁷ Vgl. ebenda.

⁶³⁸ Vgl. ebenda.

⁶³⁹ Glaab, Manuela, Deutschlandpolitik in der öffentlichen Meinung, Opladen, 1999, S. 388.

⁶⁴⁰ Vgl. Glaab, Manuela, Der Honecker-Besuch in der öffentlichen Meinung, in: Buchstab, Günter, Kleinmann, Hans-Otto, Küsters, Hanns Jürgen (Hrsg.), Die Ära Kohl im Gespräch, Eine Zwischenbilanz, Köln, 2010, S. 484.

⁶⁴¹ Vgl. Wulf, Meike, Erich Honecker im Spiegel der Presse 1971–1994, Frankfurt, 2001, S. 107.

⁶⁴² Vgl. ebenda.

⁶⁴³ Korte, 1998, S. 326.

⁶⁴⁴ Vgl. ebenda. „Schließlich stellte ich eine Forderung auf, die zwingend erfüllt werden musste: Die Übertragung der Tischreden musste live erfolgen und zwar in beiden Fernsehsystemen, in der Bundesrepublik wie in der DDR.“ Kohl, 2005, S. 548.

⁶⁴⁵ Vgl. Wirsching, 2006, S. 622.

Annäherung ja – aber nur in bestimmten Themen und in spezieller Art und Weise und nur solange nicht Themen angesprochen wurden, die etwa Honecker oder die Führung in Moskau irritieren könnten. Doch „dieses Spiel näherte sich aber seinem Ende.“⁶⁴⁶ Am Abend des 7. Septembers legte Helmut Kohl bei seiner Tischrede, während des Abendessens in der Bad Godesberger Redoute, den Finger direkt in die Wunde – und zwar vor der den versammelten Journalisten und den bereitgestellten Fernsehkameras, die die deutlichen Worte des Kanzlers, zum Thema deutsche Teilung, Unmenschlichkeit der Mauer sowie den Willen der Bundesrepublik zur Einheit, direkt in die Wohnzimmer von Ost und West sandten.⁶⁴⁷ „Die Rede sollte das Interpretationsraster des Kanzlers über die Motive, Hintergründe, Ergebnisse und zeitgeschichtlichen Einordnung des Besuchs liefern.“⁶⁴⁸ Denn Kohl stand unter erheblichem Druck. Musste er doch vor allem seiner parteipolitischen Anhängerschaft beweisen, dass der Besuch Honeckers keinesfalls den „Unrechtscharakter des SED-Regimes“⁶⁴⁹ legitimieren sollte. Es war zwar keine Abrechnung, jedoch klare Worte, die der Gast aus Ost-Berlin zu hören bekam.⁶⁵⁰ In den entscheidenden Passagen betonte der Kanzler die für die Bundesrepublik weiterhin offene, aber umso wichtigere Frage der Einheit und den dazugehörigen Auftrag in der Präambel des Grundgesetzes.⁶⁵¹ Honeckers Antwort war von Abrüstungs- und Friedensfloskeln geprägt: „Sozialismus und Kapitalismus lassen sich ebenso wenig vereinigen wie Feuer und Wasser.“⁶⁵² In den Kommentaren der Presse wurde die Rede Kohls als seine bis dato bedeutendste gewertet.

⁶⁴⁶ Ebenda, S. 623.

⁶⁴⁷ „Der Bundeskanzler hat rückblickend deshalb mehrfach die Bedeutung seiner Tischrede beim Abendessen zu Ehren von Generalsekretär Honecker am 7. September 1987 in der Redoute hervorgehoben, bei der Live-Übertragung der Rede die Authentizität der Stimmungslage mit unterstreichen sollte.“ Korte, 1998, S. 351.

⁶⁴⁸ Ebenda.

⁶⁴⁹ Ebenda.

⁶⁵⁰ Vgl. ebenda.

⁶⁵¹ Vgl. ebenda.

⁶⁵² Wirsching, 2006, S. 623.

Der Besuch Erich Honeckers war weder ein Schlussstrich noch ein Neubeginn, sondern eine „Investition in die Zukunft.“⁶⁵³ Trotz der faktischen Anerkennung der DDR – dargestellt durch alle protokollarischen Ehren – bewies Helmut Kohl durchaus Durchsetzungsvermögen, indem er klar die unterschiedlichen Rechts- und Grundsatzpositionen ansprach, auf das Wiedervereinigungsgebot pochte und Honecker keinerlei Konzessionen zugestand. Dieser konnte den Besuch für sich und die DDR ebenfalls als Erfolg verbuchen. So waren die scharfen ideologischen Abgrenzungen durchaus als Geschäftsgrundlage für die DDR zu sehen – vor allem für die Sowjetunion und die anderen Ostblockstaaten war dies als klares Unbedenklichkeitszeugnis zu werten, dass die DDR dem Bündnis treu bleiben würde.⁶⁵⁴ Andererseits bildete die Rede keinen Aufruf zur Destabilisierung, oder gar eine Unterstützung der opponierenden Umweltbewegung in der DDR.⁶⁵⁵

⁶⁵³ Zusammenfassende Ergebnisse zum Regierungshandeln, in: Korte, 1998, S. 372.

⁶⁵⁴ Vgl. Korte, 1998, S. 357.

⁶⁵⁵ Vgl. ebenda.

2.5.1 Die Welt

Ende August, noch Wochen bevor Erich Honecker nach Bonn reiste, spekulierte *Die Welt* bereits über mögliche Unstimmigkeiten oder gar über einen Verzicht des gemeinsamen Kommuniqué, das Kohl und Honecker und nach seinem Besuch veröffentlichen wollten.⁶⁵⁶ Hintergrund waren Meinungsverschiedenheiten in den Entwürfen in Hinblick auf die Menschenrechtslage.⁶⁵⁷ Als zweiter strittiger Punkt galt die Einladung an Kohl zum Gegenbesuch in Ost-Berlin. Der Bundeskanzler beabsichtigte aber laut *Welt* zu keinem Zeitpunkt eine Reise in die DDR.⁶⁵⁸ Dennoch, trotz des Säbelrasselns, wohl anlässlich seines 75. Geburtstages, brachte *Die Welt* ein Portrait Erich Honeckers mit dessen Lebenslauf und seinen bisherigen Treffen mit Helmut Kohl. Darin attestierte man dem Gast aus Ost-Berlin sogar eine gewisse Weltläufigkeit.⁶⁵⁹

Beide Staatschefs trafen sich bislang nur anlässlich von Trauerfeiern.⁶⁶⁰ Das wirkte nahezu zynisch und gab wenig Anlass zur Hoffnung, dass das bevorstehende Treffen nun die ersehnte Aufhellung in die Beziehung beider Politiker bringen würde. Als eines der konfrontativen Themen des Besuchs nannte *Die Welt* mögliche humanitäre Erleichterungen für DDR-Bürger. Mit drastischer Wortwahl bezog man deutlich Position zur bisher gängigen Praxis. „Die Geiseln Honeckers“⁶⁶¹ lautete der Titel eines Artikels. Darin bezog man nicht nur eindeutig Position bezüglich möglicher Lockerungen, sondern titulierte den Gast auch als Dikta-

⁶⁵⁶ „Kohl nicht bereit zu einem Gegenbesuch in Ost-Berlin, Verzichtet Bonn auf ein gemeinsames Kommuniqué nach Honecker-Visite?“, in: *Die Welt*, 22./23.08.1987.

⁶⁵⁷ „Nach Informationen der Welt offenbaren die Entwürfe deutliche Meinungsverschiedenheiten vor allem in der Frage, ob die Menschenrechte als Gesprächsthema zwischen Bundeskanzler Kohl und Honecker in die Abschlusserklärung aufgenommen werden sollen.“ Ebenda.

⁶⁵⁸ Vgl. ebenda.

⁶⁵⁹ Offensichtlich hatte Honecker erkannt: Weltläufigkeit gehört heutzutage ebenso zur Imagepflege eines nach Erfolg strebenden Kommunistenführers wie die als selbstverständlich vorauszusetzende marxistisch-leninistische Prinzipientreue.“ Es waren Trauerfeiern, wenn Kohl und Honecker sich trafen, in: *Die Welt*, 22./23.08.1987.

⁶⁶⁰ Vgl. ebenda.

⁶⁶¹ Die Geiseln Honeckers, in: *Die Welt*, 26.08.1987.

tor, seine Politik als „Geisel-Politik“⁶⁶² und verglich sie mit den Zuständen im Nahen Osten. Nur mit dem Unterschied, dass es dort Fremde seien, die in Geiselhaft wären und die DDR das einzige Land sei, dass seine eigene Bevölkerung als Geisel nehme.⁶⁶³ Schließlich wurden sogar die ebenfalls menschenverachtenden gängigen Ausreisepraxen der Sowjetunion für Juden und Rumänien mit den Siebenbürgersachsen als unvergleichbar mit jenem Verfahren dargestellt, das die DDR-Führung an ihren Bürgern vollzöge: „Im Falle der DDR aber wird in den innerdeutschen Verhandlungen unentwegt das Wohl und Wehe faktisch der gesamten Bevölkerung zur Disposition dargestellt.“⁶⁶⁴ Dass die Bundesregierung für „das kommende Geschäftsjahr“⁶⁶⁵ mehr als 750 Millionen DM als Freikaufgeld eingeplant hat, spräche ja für sich.⁶⁶⁶ Ob das weiterhin zur Politik der Bundesregierung gehören sollte, wurde stark bezweifelt.⁶⁶⁷

Ungeachtet dieser ungünstigen Voraussetzungen belegte eine Umfrage der *Welt*, dass die Mehrheit der Bundesbürger dem Besuch Honeckers gegenüber positiv gestimmt sei.⁶⁶⁸ „Erleichterungen vor Wiedervereinigung“, so lautete das einhellige Urteil zu den Erwartungen des Besuchs. Für den „Normalbürger in der DDR“ standen Reiseerleichterungen ganz oben auf der Liste.⁶⁶⁹

Es waren aber nicht nur humanitäre Fragen, die der Gast aus Ost-Berlin zu beantworten hatte. Es standen auch ökonomische Themen ganz oben auf Tagessordnung.⁶⁷⁰ Der Zustand der DDR-Wirtschaft war besorgniserregend. Honecker, so spekulierte man, wolle den Besuch nutzen,

⁶⁶² Vgl. ebenda.

⁶⁶³ „Die DDR ist wohl der einzige Staat in der Welt, der nicht fremde Bürger als Geiseln nimmt, sondern eigene.“ Ebenda.

⁶⁶⁴ Ebenda.

⁶⁶⁵ Ebenda.

⁶⁶⁶ Vgl. ebenda.

⁶⁶⁷ Vgl. ebenda.

⁶⁶⁸ Vgl. Was die Deutschen von Honeckers Visite halten, Umfrage in der Bundesrepublik im Auftrag der *Welt*, in: *Die Welt*, 26.08.1987.

⁶⁶⁹ Vgl. Was Funktionäre und Bürger sich vom Honecker-Besuch erwarten, in: *Die Welt*, 02.09.1987.

⁶⁷⁰ Vgl. Honeckers Wirtschaft hinkt dem Plansoll hinterher, in: *Die Welt*, 04.09.1987.

um den innerdeutschen Handel anzukurbeln.⁶⁷¹ Dieser steckten bis dato noch in den „Kinderschuhen“.⁶⁷² Am Tag, als Honecker in Bonn erwartet wurde, trübten sich die Kommentare über seinen Besuch ein. Es sei bezeichnend, wie die Euphorie verflogen sei.⁶⁷³ Besondere Angst hatte man vor einer erneuten Enttäuschung seitens Honeckers. „Gedämpfte Töne also von allen Seiten, Ausdruck des gewachsenen Bewußtseins, daß mit Honecker kein Staat zu machen ist. Diese Erfahrung hat schon Helmut Schmidt mit seiner unglücklichen Reise nach Güstrow machen müssen.“⁶⁷⁴ Auch wenn *Die Welt* hier versuchte Parallelen zum gescheiterten Besuch von Helmut Schmidt in Güstrow zu ziehen, wurde der Kurs „der Regierung Kohl“ ausdrücklich unterstützt und gelobt.⁶⁷⁵ Pragmatische Politik sowie innerer Druck in der DDR und deren Devisennot haben es ermöglicht, dass Millionen Deutsche in den Westen reisen könnten.⁶⁷⁶ Für Kohl selbst sei es aber entscheidend, dass er selbstbewusst und mit „klarer Sprache dem Gast aus Ost-Berlin begegnet“.⁶⁷⁷ „Nichts was die Deutschen bedrückt – die Toten an der Mauer, Schießbefehl, Repression, all das was Honeckers brutale Diktatur kennzeichnet – darf dabei unterdrückt werden.“⁶⁷⁸

Und dann geschah das, mit dem niemand gerechnet hatte – Helmut Kohl übte öffentlich und vor laufenden Fernsehkameras Kritik an Erich Honecker und der DDR.⁶⁷⁹ War das jetzt die Initialzündung, fragte *Die Welt* und verwies auf den substantiellen Wert des Besuches. Nun sei man allerdings vom Ziel abgewichen, dass etwas Konkretes am Ende des Be-

⁶⁷¹ „Es wird über neue Formen der Zusammenarbeit nachgedacht, möglicherweise schon beim Treffen der Wirtschaftsexperten, die Honecker begleiten, mit Firmen aus der Bundesrepublik.“ Ebenda.

⁶⁷² Vgl. ebenda.

⁶⁷³ Vgl. Der Besuch, in: *Die Welt*, 07.09.1987.

⁶⁷⁴ Ebenda.

⁶⁷⁵ „Das Ziel, das die Regierung Kohl hartnäckig und nicht ohne Erfolgsergebnisse anstrebt, ist richtig: Es geht darum, den Menschen im geteilten Deutschland zu helfen.“ Ebenda.

⁶⁷⁶ Vgl. ebenda.

⁶⁷⁷ Ebenda.

⁶⁷⁸ Ebenda.

⁶⁷⁹ Bewußtsein für Einheit ist wach, Kohl fordert Konzentration auf das Machbare/Honecker will Normalität der Beziehungen, in: *Die Welt*, 08.09.1987.

suches stehen müsste. Im Verlauf der nächsten Tage sah man den Besuch an sich schon als Erfolg und großes mediales Ereignis an. Zum Vergleich zog *Die Welt* den Besuch von Willy Brandt in Erfurt von 1970 heran. Der sei zwar auch kurzfristig von Erfolg gekrönt gewesen, jedoch wurden diese Erfolge später vom sozialistischen Regime, durch wiederholte Drangsalierungen gegenüber der Bevölkerung, zunichte gemacht. Sollte es dieses Mal ähnlich laufen und die anfängliche Euphorie dann wieder in Gewalt umschlagen – fragte *Die Welt*.⁶⁸⁰

Hatte Bonn nun auch noch seinen letzten Trumpf aus der Hand gegeben? Interessant waren die Formulierungen des Journalisten Günter Zehm, der den „ahnungslosen Westdeutschen“ aus lauter „Mediengeilheit“⁶⁸¹ vorwarf, „einen mausgrauen kommunistischen Machtverwalter zum Paradiesvogel hochzujubeln.“⁶⁸² „Denn von dem Medienereignis Honecker-Besuch, selbst, darüber sollte sich niemand Illusionen hingeben, profitiert einzig und allein der SED-Vorsitzende.“⁶⁸³ Den Besuch und dessen Wirkung beschrieb er als „seelischen Klimax“⁶⁸⁴, der auch in der Bundesrepublik zu hohen Erwartungen und Verheißungen führte.⁶⁸⁵ Dass die Bundesregierung im Falle eines Scheiterns vor noch viel größeren Problemen stünde, sei dann ihre Schuld. Diesbezüglich seien Kohl, Genscher und Strauß schon mit kleinen Erfolgen zufrieden.⁶⁸⁶

Für *Die Welt* war es zu wenig „Realpolitik“ und zu viel „Medialpolitik“.⁶⁸⁷ Reagierte die ausländische Presse fast durchweg positiv auf den Honecker-Besuch – nur in Paris äußerte man sich verhalten auf die deutlichen Worte von Kohl zur deutschen Frage – brach nach Honeckers Abflug ein Streit innerhalb der Unionsfraktion aus. Kernpunkt der Debat-

⁶⁸⁰ Vgl. ebenda.

⁶⁸¹ Ebenda.

⁶⁸² Ebenda.

⁶⁸³ Ebenda.

⁶⁸⁴ Ebenda.

⁶⁸⁵ Vgl. Medialpolitisches Fest, in: *Die Welt*, 08.09.1987.

⁶⁸⁶ „Es ist natürlich möglich, daß Kohl, Genscher und Strauß ganz bescheiden geworden sind – und gemäß den Geißlerschen Wählererwartungen – den rauschenden Beifall, den sie zur Zeit von der SPD und aus dem linken Medienverbund bekommen, schon für einen politischen Erfolg halten.“ Ebenda.

⁶⁸⁷ Ebenda.

te war der richtige Umgang mit dem Staatsgast.⁶⁸⁸ Teile der Fraktion kritisierten den Besuch als Spektakel.⁶⁸⁹ Dieser Konflikt verdeutlicht nochmals die angespannte Situation während des Aufenthaltes.

Auch wenn *Die Welt* bemüht war, Analogien zu den Besuchen von Willy Brandt in Erfurt und Helmut Schmidt in Güstrow zu ziehen, um damit auf vorangegangene, gescheiterte Versuche der Annäherung zu verweisen, wertete sie das Zusammentreffen nicht als eine eindeutige Niederlage Kohls. Zwar konnte Honecker den Besuch als seinen persönlichen und größten Triumph über die Bundesrepublik werten, aber auch der Bundesregierung wurde ein Teilerfolg zugestanden. Immerhin, so *Die Welt*, war es eine unionsgeführte Bundesregierung, die dieses Zusammentreffen ermöglichte. Jedoch mahnte sie zugleich zur Vorsicht. Ihrer Meinung nach dürfe nach diesem Besuch nicht von Bonn das Signal ausgehen, dass Honecker und seine DDR-Diktatur nun salonfähig seien. Vielmehr gelte es, das bisher Erreichte zu vertiefen und durch weitere Geschäfte – seien es Freikäufe oder wirtschaftliche Zusammenarbeit – das Leben der Menschen in der DDR zu verbessern.

2.5.2 Frankfurter Allgemeine Zeitung

Ähnlich wie in der *Welt* war der 75. Geburtstag des Staatratsvorsitzenden der DDR auch in der *FAZ* ein Thema. Man berichtete u. a. über einen lobenden Artikel im Zentralorgan der DDR *Neues Deutschland*.⁶⁹⁰ Anlässlich des Honecker-Besuches beschloss die Bundesregierung, das Begrüßungsgeld auf hundert DM zu erhöhen. Kohl wollte somit den innerdeut-

⁶⁸⁸ „Auffallend ist die abwartende Haltung der französischen Presse. Paris, das sonst wie ein Seismograph auf die geringsten Entwicklungen im innerdeutschen Verhältnis reagiert, hat sich längst ein Meinungsbild zurechtgelegt Honeckers Staatsempfang durch die Bundesregierung habe quasi den Schlußstrich gesetzt für die Anerkennung der DDR als eigenständigen zweiten deutschen Staat damit ist auf französischer Sicht die als eine Bedrohung empfundene Wiedervereinigung für lange Zeit ausgeklammert worden.“ Ausland ist sensibilisiert für die deutsche Frage, in: *Die Welt*, 09.09.1987.

⁶⁸⁹ Vgl. Streit in der Unionsfraktion über Behandlung Honeckers, in: *Die Welt*, 10.09.1987.

⁶⁹⁰ Vgl. Neues Deutschland feiert Honeckers 75. Geburtstag, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 26.08.1987.

schen Reiseverkehr ankurbeln.⁶⁹¹ Das Bild, das die Union vor dem Honecker-Besuch abgab, wurde in der *FAZ* kritisch und zuweilen als chaotisch beschrieben. Richtungsstreitigkeiten in Fragen der Abrüstung sowie der künftigen politischen Ausrichtung – nach links oder rechts – gaben Anlass zur Diskussion.⁶⁹² Ebenfalls thematisiert wurde das offenbar schlechte Verhältnis zwischen Honecker und Gorbatschow. Die DDR-Führung zeigte sich verwundert, dass zum 75. Geburtstag ihres Staatsoberhauptes keinerlei Glückwünsche aus Moskau kamen. Dies wurde zum Anlass genommen, über das ohnehin angespannte Verhältnis der beiden Staatsoberhäupter zu berichten. Die Führung der DDR lehnte offenkundige Belehrungen aus Moskau vehement ab.⁶⁹³ Eine mögliche Ablösung von Erich Honecker als Parteichef sah die *FAZ* als höchst riskant an. Aufgrund der offenen deutschen Frage könnte eine solche Intervention von außen, die ohnehin labile Lage in der DDR nur noch verschlimmern:⁶⁹⁴ „Der Westen sollte derartiges nicht herbeiwünschen.“⁶⁹⁵

Der auffälligste Unterschied zwischen dem gescheiterten Besuch von 1984 und jenem im Jahr 1987 waren laut *FAZ* die zugestandenen protokollarischen Ehren für Erich Honecker. Dies sei einen Beleg dafür, dass sich die Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik verbessert hätten.⁶⁹⁶ Hintergrund waren die Zugeständnisse hinsichtlich der Reisebedingungen und Familienzusammenführungen zwischen Ost und West.⁶⁹⁷

Die Erwartungen an den Besuch waren unterschiedlich. Innerhalb der Fraktion gab es offenbar den Wunsch die Menschenrechtsverletzungen offen anzusprechen. Der Vorsitzende der Bundestagsfraktion Alfred Dre-

⁶⁹¹ Vgl. Begrüßungsgeld für Besuch aus der DDR auf 100 Mark erhöht, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27.08.1987.

⁶⁹² Vgl. Ein anderes Bild, in: Ebenda.

⁶⁹³ „Von da an häuften sich in der DDR Reden führender Parteimänner mit dem Tenor: Wir wissen selber am besten, was für die DDR richtig ist.“ Geht es Honecker wie Ulbricht?, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28.08.1987.

⁶⁹⁴ Vgl. ebenda.

⁶⁹⁵ Ebenda.

⁶⁹⁶ Vgl. Verbesserung der Beziehungen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 02.09.1987.

⁶⁹⁷ Vgl. ebenda.

gger wollte dieses Thema gegenüber Erich Honecker persönlich vortragen.⁶⁹⁸

Als besonders einschneidend empfand der Korrespondent der *FAZ*, Karl Feldmeyer, den Moment, als beide deutsche Hymnen ohne Text gespielt wurden.⁶⁹⁹ Honecker war der Triumph sichtlich anzumerken, als er von Kohl mit militärischen Ehren empfangen wurde.⁷⁰⁰ Jedoch zweifelte Feldmeyer an Honeckers ehrlichen Absichten, als er ihm bloße Medieninszenierung vorwarf:

*„Ist es wirklich ein Gespräch was hier beabsichtigt ist? Schon ein Sotun-als-ob genügt, damit das geschehen kann, worauf es dem Gast vor allem anderen ankommt: die öffentliche Dokumentation, daß ihm, dem Ersten Mann des deutschen Staates, zu dessen innerer Ordnung die Verweigerung freier geheimer Wahlen ebenso gehört wie Mauer und Stacheldraht, hier in Bonn von Bundeskanzler die gleichen protokollarischen Ehren erwiesen werden, wie man Frau Thatcher und Präsident Reagan bei vergleichbaren Anlaß entgegenbringt.“*⁷⁰¹

Eine ungewöhnliche Reaktion zeigte die *FAZ* in Folge der brisanten Tischrede von Helmut Kohl: Sie druckte die Tischrede von Erich Honecker ab.⁷⁰² Zusätzlich veröffentlichte sie Berichte über die Reaktionen der DDR-Medien sowie eine Umfrage nach der 71 Prozent der DDR-Bewohner die Wiedervereinigung wollten.⁷⁰³ In der innenpolitischen

⁶⁹⁸ „Zum anderen werde er Honecker darauf hinweisen, daß nach der Menschenrechtskonvention, die auch die DDR unterzeichnet habe, jeder Mensch frei sein Land verlassen und in sein Land zurückkehren zu können, und das daher die ganzen Sperrsysteme und vor allem der Befehl an die Grenzsoldaten, auf sogenannte Republikflüchtlinge zu schießen, völkerrechtswidrig sind.“ Schäuble warnt vor zu hohen Erwartungen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 07.09.1987.

⁶⁹⁹ Vgl. Und dann erklingen zur Begrüßung die beiden wortlosen Lieder von Deutschland, Honeckers Triumph in Bonn, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 08.09.1987.

⁷⁰⁰ Vgl. ebenda.

⁷⁰¹ Ebenda.

⁷⁰² Vgl. Die Tischrede des DDR-Staatsratsvorsitzenden Honecker in der Godesberger Redoute, Die Entwicklung der Beziehungen ist von den Realitäten dieser Welt gekennzeichnet, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 09.09.1987.

⁷⁰³ Ebenda.

Auseinandersetzung um den Honecker-Besuch gestand der Autor der SPD zwar „späte Früchte ihrer Deutschlandpolitik zu“⁷⁰⁴, „aber auch in der Politik gilt, daß die Ernte dem gehört, der sie einfährt.“⁷⁰⁵ Die Ernte bestünde aber hauptsächlich aus einem „kleineren Hin und Her – Geld für die DDR, ein paar Erleichterungen, die jeweiligen Kurswechseln unterliegen“.⁷⁰⁶ Zusätzlich betonte der Autor, dass der „einheitliche deutsche Staat immer mehr zum Fernziel wird“.⁷⁰⁷ Über das persönliche Verhalten Honeckers während seines Aufenthaltes in der BRD äußerte die *FAZ* sich ebenfalls kritisch. Honecker, der sich in Bonn noch hinter rhetorischen Floskeln und nebulösen Aussagen versteckte, nutzte die heimatliche Provinz des Saarlandes, um endlich mal „zur Sache zu reden, zur Lage im geteilten Deutschland.“⁷⁰⁸ Der SED-Vorsitzende sprach „von Grenzen, die nicht so sind, wie sie sein sollten, die uns trennen und von einem Tag, an dem sie uns vereinen werden.“⁷⁰⁹ Es war ganz offensichtlich Honeckers Kalkül, ausgerechnet in seiner saarländischen Heimat, derartige Worte zu wählen. Für ihn ging es allein darum, die DDR salonfähig zu machen. Darauf hatte er sich offenbar Jahre vorbereitet. Nun, so prophezeite die *FAZ*, stünden Honecker selbst Einladungen aus Washington bevor und niemand mehr würde Anstoß daran nehmen.⁷¹⁰ Dafür nahm er auch die kleinen verbalen Scharmützel zwischen ihm und Helmut Kohl in Kauf. Die Tischrede von Helmut Kohl war der einzige Augenblick, in dem Honecker einstecken musste. Jetzt sei zu hoffen, dass die Liveübertragung in die DDR doch Wirkung zeigte, so die *FAZ*.

Überall in der DDR sei nun von Freiheit in Einheit zu lesen, von Menschenrechten, von dem Recht auf Selbstbestimmung und von der Verwerflichkeit der Gewaltanwendung.⁷¹¹ Für die Durchsetzung dieser Forde-

⁷⁰⁴ Der große Streit, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11.09.1987.

⁷⁰⁵ Ebenda.

⁷⁰⁶ Ebenda.

⁷⁰⁷ Ebenda.

⁷⁰⁸ Ein einziges Mal zur Sache geredet, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12.09.1987.

⁷⁰⁹ Ebenda.

⁷¹⁰ Vgl. ebenda.

⁷¹¹ Vgl. ebenda.

rungen sei aber auch die Deutschlandpolitik der Bundesregierung verantwortlich.⁷¹² Sah man den Gast aus Ost-Berlin auf der politischen Ebene noch als eindeutigen Sieger, so wirkte er bei seinen Treffen mit den Wirtschaftsbossen aus dem Ruhrgebiet wie ein armer Bittsteller. Sein kommunistisches Wirtschaftssystem war auf die lukrativen Aufträge des Westens angewiesen.⁷¹³ Jedoch hatte diese Zwiespältigkeit Honecker noch nie gestört. Dennoch, so bilanzierte die *FAZ*, „müsse der zähe Wille zur Einheit Deutschlands und zur Selbstbestimmung des deutschen Volkes bleiben.“⁷¹⁴ Abschließend kritisierte auch die *FAZ* den Medienrummel, der um den Besuch Erich Honeckers entstanden sei.⁷¹⁵ Mit einer Anspielung auf Heinrich Manns „Untertan“, beurteilte sie das mediale Verhalten der Fernsehlandschaft als fehlerhaft.⁷¹⁶

Der Besuch Erich Honeckers wurde von der *FAZ* eindrucksvoll genutzt, um die Politik der Bundesregierung zu beanstanden. Nicht nur, dass Erich Honecker als der eigentliche Sieger dieses Besuches galt und das Erscheinungsbild von Kanzler und Bundesregierung im Umgang mit dem SED-Chef bemängelt wurde – auch wenn Helmut Kohl für seine Tischrede Lob erfuhr. Die sonst subtil geäußerte Kritik an Helmut Kohl und seiner Deutschlandpolitik, kam hier nun offen zur Sprache. Dabei ging es der *FAZ* prinzipiell darum, dass Honecker ein Forum eröffnet worden sei, in dem er sich nicht nur sonnen, sondern auch als Selbstdarsteller behaupten konnte und nach Meinung der *FAZ*, damit sogar noch

⁷¹² „Ob von alledem Wirkung ausgeht, hängt allerdings davon ab, ob die Bonner Deutschlandpolitik diesen Begriffen nicht nur formelhaften Lippendienst zollt, sondern Durchsetzungswillen spüren läßt. Hüben und drüben bezweifeln das viele.“ Ebenda.

⁷¹³ Vgl. ebenda.

⁷¹⁴ Ebenda.

⁷¹⁵ „Aber hernach wurden auch die Provinzauftritte bis in den letzten Winkel ausgeleuchtet, ob sich nun der Staatsratsvorsitzende nun vor der Büste von Karl Marx verneigt, die Porta Nigra besichtigte oder gerührt mit den Nachfahren seiner ehemaligen Schalmeienkapelle plauderte.“ Im Übermaß, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12.09.1987.

⁷¹⁶ „Heinrich Manns Untertan ist eine sehr deutsche und wie sich zeigt, noch immer lebendige Figur. Mancher in der DDR wird sich teils amüsiert teils ärgerlich gefragt haben, ob diese gekrümmte Haltung in der Bundesrepublik heute Allgemeingut sei. Die Antwort lautet: Die Bilder trügen Volkes Stimme kam hier kaum zu Wort; die Perspektive war die der Fernsehmacher und der von ihnen gern gezeigten roten Teppiche.“ Ebenda.

einen Medienhype entzündete, der von allen Medien aufgegriffen worden sei. Offenbar hatte man in der bürgerlich-konservativen Zeitungsredaktion Angst davor, Honecker und mit ihm die DDR könnte auf der internationalen Bühne ein akzeptierter Partner werden. Eine Fehlentwicklung, die sich wohl vermutlich nicht mehr korrigieren ließe.

2.5.3 Süddeutsche Zeitung

Im Vorfeld des Honecker-Besuches berichtete die *SZ* über eine Journalistenreise in die DDR. Im Auftrag des DDR-Außenministeriums wurden zehn bundesdeutsche Journalisten eingeladen.⁷¹⁷ Sinn und Zweck dieses Besuches war nach wenigen Stunden klar: „Dass die DDR die Reise der Journalisten auch als eine Art Vorauskommando für den Honecker-Besuch betrachtete.“⁷¹⁸ Und der Sinn dahinter? „Um die DDR so zu zeigen, wie sie sich sieht, wie sie gesehen werden möchte, kurz um Honeckers DDR vorzuführen als Beigabe zu dem Besuch, den er nach langem Hin und Her am Montag nun endlich antritt.“⁷¹⁹ Dennoch sei der Besuch von Erich Honecker nicht als deutsch-deutsche Mission zu betrachten.⁷²⁰ Zugleich betonte Außenminister Fischer, sei es notwendig die Zusammenarbeit über weitere Vereinbarungen hinaus zu vertiefen.⁷²¹

Ein weiteres Augenmerk lag auf dem Verhältnis zwischen Ost-Berlin und Moskau. Hier sahen die Journalisten der *SZ* erhebliche Differenzen zwischen Honecker und Gorbatschow. „Kein Zweifel: Honeckers Verhältnis zur politischen Führung in Moskau ist seit längerem gespannt.“⁷²² Der Kreml forderte von Ost-Berlin Reformen, jedoch „ist das Wort Re-

⁷¹⁷ Vgl. Reise der zwiespältigen Gefühle, wenige Tage vor dem Besuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik zeigt die SED offiziellen Gästen gegenüber sorgfältig dosierte Öffentlichkeit, in: *Süddeutsche Zeitung*, 02.09.1987.

⁷¹⁸ Ebenda. Hintergrund ist hier ein zitierter Besuch von DDR-Journalisten in Bonn. Kanzleramtsminister Schäuble hatte zehn Journalisten eingeladen, die „sich anschickten auf der Route des Staatsratsvorsitzenden die Bundesrepublik zu bereisen.“

⁷¹⁹ Ebenda.

⁷²⁰ Vgl. ebenda.

⁷²¹ Vgl. ebenda.

⁷²² Der ungebärdige Musterknabe, in: *Süddeutsche Zeitung*, 02.09.1987.

form bis heute in der DDR tabu.⁷²³ Die Sowjetunion war längst kein Vorbild mehr für die DDR. Die Führungsriege um Erich Honecker lehnte Gorbatschows Reformen strikt ab.⁷²⁴ Damit stand Honecker allerdings alleine da. Fast alle anderen „Bruderländer“⁷²⁵, bis auf Rumäniens Ceaușescu, folgten der Linie Moskaus.⁷²⁶ Druck hatte Honecker aus Moskau aber nicht zu befürchten. Noch immer sei die DDR-Wirtschaft die erfolgreichste innerhalb des Blockes.⁷²⁷ Daher sei Gorbatschow sogar auf Honecker angewiesen, so die *SZ*, um seinen Bruderstaaten zu suggerieren, dass sie „nicht auf marktwirtschaftliche Rettungsringe angewiesen sind, sondern auf das Schiff des Sozialismus, zu setzen haben.“⁷²⁸ So sehr sei das Verhältnis dann wohl doch nicht zerrüttet gewesen. „Der deutlichste Beweis dafür war Moskaus grundsätzliches Einverständnis, daß Honecker für seine Deutschlandpolitik grünes Licht erhielt. Wäre der SED-Chef in Ungnade gefallen, würde man ihn kaum nach Bonn fahren lassen.“⁷²⁹ Da sowohl die DDR als auch die Sowjetunion aufeinander angewiesen waren, konnte Honecker seine Politik ungestört fortsetzen. „Eine Destabilisierung an der Peripherie seines Machtbereichs wäre für den Kreml-Führer eine weit größere Gefahr als Erstarrung; eine neue Krise in Osteuropa würde seinem Reformwerk ein schnelles Ende bereiten.“⁷³⁰

Für die *Süddeutsche Zeitung* war der Besuch an sich schon ein „historisches Ereignis“⁷³¹ – wenn auch ein verkrampftes. Das zeigte sich vor allem „an 2500 Fernsehjournalisten, politischen Slalomläufe zwischen Rechtsvorbehalten und Empfindlichkeiten und daß jedes Wort auf die Goldwaage gelegt würde.“⁷³² Dabei sei an Honecker doch gar nichts Be-

⁷²³ Ebenda.

⁷²⁴ Vgl. ebenda.

⁷²⁵ Ebenda.

⁷²⁶ Vgl. ebenda.

⁷²⁷ Vgl. ebenda.

⁷²⁸ Ebenda.

⁷²⁹ Ebenda.

⁷³⁰ Ebenda.

⁷³¹ „Nun kommt er also, Natürlich wird es ein historisches Ereignis; das ist im geteiltegedoppelten Land, in dem das Absurde selbstverständlich und das Selbstverständliche zur Überraschung geworden ist, gar nicht zu vermeiden.“ Das Streiflicht, in: *Süddeutsche Zeitung*, 05.09.1987.

⁷³² Ebenda.

sonderes. Weitgefehlt, die einhellige Meinung in der DDR besagte etwas anderes: „Was habt ihr da drüben nur mit eurem Honecker?!“⁷³³ So warf der Autor zugleich die Frage auf, ob die Westdeutschen Medien nicht selbst zu dem „Honecker-Hype“ beigetragen hätten. „Früher war er, bevor wir ihn richtig entdeckten, der Inbegriff des blassen Apparatschiks.

Nun ist er zum gemütlichen Saarländer geworden, zum Mann mit dem Strohhut, redlicher Landesvater und braver Deutscher.“⁷³⁴ Diese von westdeutscher Seite ersonnene Stilisierung, trug dazu bei, dass die Bundesrepublik nun jemanden empfing, von dem man im Allgemeinen gar nichts wusste und trotzdem wurde er „glatt zum Maskottchen unserer neuen deutsch-deutschen Euphorien gemacht.“⁷³⁵

Zugleich griff man die Frage nach dem eigentlichen Sinn des Besuches auf. Ging es jetzt nur um den letzten Schritt? Nach jahrelanger inoffizieller Zusammenarbeit, wurde der DDR-Führung nun „die letzte, bislang fehlende Weihe“⁷³⁶ zuteil. Nämlich die offizielle, protokollgemäße Anerkennung ihres Regimes. Die *SZ* philosophierte, wenn alles unter einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung passiert wäre und die SPD „den ersten Mann der DDR derart pompös empfangen [hätte]? Der Protest der Konservativen hätte die Mauern der Republik erzittern lassen.“⁷³⁷ Trotz aller Sympathiebekundungen für den Gast aus Ost-Berlin sowie den erzielten Erfolgen im bilateralen Verhältnis, dürfe nicht vergessen werden, dass Honecker ein knochentrockener Kommunist und souveräner Chef der Apparatur der Macht wäre, so das Urteil der *SZ*.

Die Bundesregierung nahm die mediale Aufwertung des Gastes widerwillig in Kauf, um so auf Gegenleistungen im humanitären Bereich zu hoffen. Im Gegenzug war die DDR auf „harte Devisen und westliche Technologie“⁷³⁸ angewiesen, um im innerdeutschen, ökonomischen Wettbewerb mithalten zu können. Denn nur wenn eine Egalisierung des Lebens-

⁷³³ Ebenda.

⁷³⁴ Ebenda.

⁷³⁵ Ebenda.

⁷³⁶ Der Besuch an sich, in: *Süddeutsche Zeitung*, 07.09.1987.

⁷³⁷ Ebenda.

⁷³⁸ Ebenda.

standards an die BRD erreicht sei, hätte die DDR die Chance den Aderlass der Bevölkerung zu stoppen. Dann würde Honecker vermutlich die Repressionen gegenüber der Bevölkerung lockern. An diesem Punkt hegte der Autor aber Zweifel, ob dies in einem „solch rigiden kommunistischen System jemals gelingen kann, die produktiven Kräfte von wirtschaftenden Menschen so zu mobilisieren, wie das in freien Gesellschaften gleichsam von selbst geschieht.“⁷³⁹

Beim Aufeinandertreffen zeigten sowohl Kohl als auch Honecker offenbar Emotionen: „ihre Ergriffenheit können beide nur schwer verbergen.“⁷⁴⁰ Für Honecker, so die *SZ*, schien es die Krönung seines Lebenswerkes zu sein.⁷⁴¹ Aber auch für Kohl war das Ereignis ebenfalls ein Höhepunkt seiner Laufbahn. Er, der aufgrund seiner Deutschlandpolitik jahrelang belächelt wurde, war immerhin „der erste Regierungschef der Bundesrepublik, der den ersten Mann der Deutschen Demokratischen Republik vor seinem Amtssitz empfängt.“⁷⁴² Ausgehend von diesem historischen Ereignis zwischen zwei deutschen Staatschefs, drängte sich nun die Frage auf, „ob künftig derlei Begegnungen wohl zur Routine würden?“⁷⁴³ Für die *SZ* schien diese Frage nur allzu logisch.⁷⁴⁴ Die Antwort darauf war zwiespältig. Zum einen waren da die offiziellen politischen Termine, die deutliche Ansprache des Bundeskanzlers und die erwartete, eher etwas gleichgültige Antwort Honeckers. Dazu die ratifizierten Wirtschaftsverträge. Andererseits gab es neben der politischen noch die menschliche bzw. die private Seite solcher Beziehungen: „Es macht eben einen Unterschied, ob man einander fremd ist oder immerhin eine gemeinsame Geschichte hat, die bis in den Bekanntenkreis der Eltern reicht. Auch Helmut Kohl und Erich Honecker haben solche pfälzischsaarländischen

⁷³⁹ Ebenda.

⁷⁴⁰ Der Einschnitt – feierlich zelebriert, Nach jahrelangen Verzögerungen des Besuchs können der Kanzler und der Staatsratsvorsitzende ihre Ergriffenheit nur schwer verbergen, in: *Süddeutsche Zeitung*, 08.09.1987.

⁷⁴¹ Vgl. ebenda.

⁷⁴² Ebenda.

⁷⁴³ Bonn: Die merkwürdige Normalität des Honecker-Besuches, Auftritte voll versteckter Dramatik, in: *Süddeutsche Zeitung*, 09.09.1987.

⁷⁴⁴ Ebenda.

Berührungspunkte.⁷⁴⁵ Dass Erich Honecker zum Abschluss seiner Reise Willy Brandt und Hebert Wehner traf, unterstrich eben diesen privaten Teil des Besuches – wengleich es auch Kontaktpflege zur Sozialdemokratie war.

Zugleich bedeutete das Treffen sowohl den „Abschied von einer Epoche“⁷⁴⁶ als auch eine vollkommene Neuausrichtung der deutsch-deutschen Politik. Das abschließende Kommuniqué wurde allerdings deutlich kritisiert. Die darin enthaltenden Punkte seien zu undeutlich und nebulös formuliert.⁷⁴⁷ Lobende Worte fanden die *SZ*-Autoren für Kohls Gesprächsführung und seinen Auftritt.⁷⁴⁸ Hier wurde zum ersten Mal ersichtlich, dass Helmut Kohl, zumindest nach Ansicht der *SZ*-Journalisten, durchaus Talent im politischen Agieren mit Erich Honecker bewies. Gerade weil er dem SED-Chef zu viel Gestaltungspielraum überließ. Mit den Worten „Zufriedenheit auf beiden Seiten“⁷⁴⁹ fasste die *Süddeutsche Zeitung* den Besuch zusammen. Auch wenn der Fortgang offen und ungewiss sei.⁷⁵⁰

Besonders angetan war die Zeitung von Honeckers Äußerungen zur deutsch-deutschen Grenze, die er bei seiner Visite im Saarland sprach.⁷⁵¹ Auch wenn Honecker sie so nicht gemeint haben konnte – er war ja gegen die Wiedervereinigung – lösten die Worte Spekulationen aus. Die Ideologie rückte bei diesem Besuch in den Hintergrund. Auch wenn das

⁷⁴⁵ Ebenda.

⁷⁴⁶ Ebenda.

⁷⁴⁷ „So gering die Erwartung gewesen sein mag, daß Communiqué könne einen krönenden Abschluß des Besuches darstellen und volle Aufklärung über alle seine Elemente bringen, so sehr überwiegt bei seiner Lektüre doch die Enttäuschung. Um der gerechten Beurteilung willen muß man sich vor Augen halten, daß das Papier gerade so viel oder so wenig Substanz enthält wie derartige Schriftstücke bei vergleichbaren Anlässen. Auch überdeckt das Abschlußdokument Widersprüche, die zwar nicht neu sind, aber aus Anlaß des Besuches wieder ins Licht gerückt wurden.“ Ein Besuch, der vieles offen läßt, in: *Süddeutsche Zeitung*, 09.09.1987.

⁷⁴⁸ „Und doch hat sich Kohl in den Gesprächen mit der DDR-Führung gerade damit Spielraum geschaffen. Er hat das Konzept östlicher Propagandisten durchkreuzt, die nur zu gerne die Honecker-Reise zum Vorwand genommen hätten, die Bonner Regierung an den Pranger zu stellen. Vielleicht liegt darin der Ertrag dieses Besuches.“ Ebenda.

⁷⁴⁹ Honecker und die Grenzen, in: *Süddeutsche Zeitung*, 12.09.1987

⁷⁵⁰ Vgl. ebenda.

⁷⁵¹ „Honecker selbst hat dies mit seiner Bemerkung angedeutet, daß er den Tag kommen sehe, da uns Grenzen nicht mehr trennen, sondern vereinen.“ Ebenda.

Verhältnis zwischen der DDR und der BRD durchaus als „paradox“⁷⁵² bezeichnet werden konnte. Falls sich nun die Worte „von gutem Willen, Realismus und Augenmaß“⁷⁵³ in praktische Politik umsetzen ließen, „dann könnte diese deutsch-deutsche Begegnung eines Tages tatsächlich das Prädikat historisch verdienen. Sie hat mehr Erwartungen geweckt als erwartet worden war.“⁷⁵⁴

Damit hatte wohl niemand gerechnet, dass ausgerechnet ein CDU-Bundeskanzler den ersten Mann der DDR empfing und so, falls es noch irgendwelche Zweifel gegeben haben sollte, der gesamten politischen Klasse der BRD bewiesen hatte, wie er sich – seine – Deutschlandpolitik vorstellte. Während *Die Welt* und die *FAZ* diese politische Praxis deutlich und mit scharfen Worten verurteilten – mit den bereits bekannten Argumenten, veröffentlichte die *SZ* viel konzilianter geschriebene Artikel und Berichte. Offenbar begann man in der Münchener Redaktion die kleinen und leisen sowie positiven Veränderungen in den Beziehungen beider Staaten zu registrieren und vor allem, was nun nicht selbstverständlich für das politische Meinungsbild der *SZ* war, in Form von aner kennenden Artikeln gegenüber Helmut Kohl und seiner Politik, zu hono rieren. Einigkeit mit der *Welt* und der *FAZ* bestand in der Erkenntnis, dass das Verhältnis zwischen Honecker und Gorbatschow erheblich ge trübt sei. Darüber hinaus bewertete die *SZ* auch Erich Honecker als ei gentlichen Sieger dieses Besuches. Dennoch kritisierte sie zugleich des sen ambivalentes Verhalten deutlich. Besonders, dass Honecker sich selbst als Triumphator in Bonn feiern ließ, aber jedoch notgedrungen die wirtschaftlichen Beziehungen, mit dem doch so verhassten System, ver tiefen musste, um so das Überleben des eigenen, wirtschaftlich stark an geschlagenen Landes, zu sichern.

⁷⁵² Ebenda.

⁷⁵³ Ebenda.

⁷⁵⁴ Ebenda.

2.5.4 Die Zeit

Vor Honeckers Staatsbesuch druckte *Die Zeit* einen Artikel über das grundsätzliche Verhältnis zwischen der BRD und der DDR und deren ganz spezielle „Streitkultur“.⁷⁵⁵ Darin beklagte der Autor Carl-Christian Kaiser den mangelnden Willen auf beiden Seiten, sich wirklich mit dem jeweils anderen auseinanderzusetzen. Konkret kritisierte Kaiser, dass beide Seiten zwar immer betonten, sie seien bereit für einen wirklichen Dialog, von diesen Plänen aber nur wenig umsetzten. Als Beispiel nannte er, den seiner Meinung nach herrschenden kategorischen Imperativ „Nie wieder Krieg!“⁷⁵⁶. Auf diesem Feld müsste viel mehr geschehen, als nur die bloße Kooperation. Es sei an der Zeit „zu jenen eigentlichen Gegensätzen vorzustoßen, für die bewaffnete Auseinandersetzungen bloße Symptome sind.“⁷⁵⁷ Das eigentliche Problem resultierte daraus, dass Kohl und Honecker nicht nur Repräsentanten zweier unterschiedlicher Weltanschauungen seien, sondern dass beide zugleich Staaten vertreten, die aus ein und derselben Nation hervorgegangen sind.⁷⁵⁸ Viel zu energisch und überbordend wurde das jeweils andere System bekämpft. Diese ideologischen Schützengräben seien nun endlich zuzuschütten, wenn man eine dauerhafte Lösung anstrebte. Ähnlich argumentierte bereits die *SZ*. Damit unterscheiden sich beide Zeitungen deutlich von der Haltung der *Welt* und der *FAZ*.

Das Besuchsprotokoll sei zwar für Honecker und die DDR ein Zeichen des Sieges gewesen – die „Zweistaatlichkeit“⁷⁵⁹ ein und derselben Nation nahm nun „optische und akustische Gestalt an“⁷⁶⁰, so *Die Zeit*

⁷⁵⁵ Kultur des politischen Streits, vor dem Honecker-Besuch plädieren Vertreter von SPD und SED für einen systemöffnenden Dialog, in: *Die Zeit*, 29.08.1987.

⁷⁵⁶ „Gerade in diesem Satz stecken jedoch Übereinstimmungen und Widersprüche zugleich. Einerseits zieht er die Konsequenz aus der Binsenwahrheit, daß ein atomares Inferno nur den gemeinsamen Untergang brächte. Andererseits aber macht diese Formel deutlich, daß Friedenssicherung im Grunde weit über die Vorbeugung und Verhinderung von militärischen Konflikten hinausreicht und zu einem kategorischen Imperativ geworden ist.“ Ebenda.

⁷⁵⁷ Ebenda.

⁷⁵⁸ Vgl. ebenda.

⁷⁵⁹ Ein Besuch, teutonisch überladen, in: *Die Zeit*, 04.09.1987.

⁷⁶⁰ Ebenda.

weiter. Allerdings sei auch festzuhalten, dass genau diese Anerkennung „den deutsch-deutschen Zusammenhalt gefördert habe“.⁷⁶¹ Und dennoch sei Honecker „der Machthaber eines Systems, das über die kapitalistische triumphieren will, deshalb eine exotische, fast gruselige Erscheinung“.⁷⁶² Interessant sei zudem auch die Tatsache gewesen, dass Erich Honecker fast alle protokollarischen Ehren zuteilwurden, der Arbeiterführer aber auf seiner Reise durch die BRD keine Zeit für die Werktätigen habe. Dieser kleine Seitenhieb über das Gebaren des SED-Chefs verdeutlichte noch einmal das teilweise paradoxe Verhalten Honeckers. Sein wichtigstes Interesse galt wohl in erster Linie seiner eigenen Person.

Ein „kapitalistisches Spalier de luxe“⁷⁶³ erwartete den Saarländer, Land auf Land ab. Vergleichbar mit jener „plumpen Phalanx aus Volkspolizei und Staatsicherheit, die vor knapp sechs Jahren Helmut Schmidt in Güstrow vom Volk trennte“.⁷⁶⁴ Nicht nur an diesem Punkt kritisierte *Die Zeit* das Besuchsprogramm, nein, sie stellte die Nachhaltigkeit von Honeckers Besuch insgesamt in Frage. Dass es dem SED-Vorsitzenden allerdings nur um die Visite an sich ging und der Bundesregierung um eine Festigung des bisher Erreichten und einen weiteren Ausbau der Zusammenarbeit, offenbare am deutlichsten die unterschiedlichen Ambitionen, so *Die Zeit*.⁷⁶⁵ Das „verschraubte Korsett der politischen Raison“⁷⁶⁶ ließ auch keine vielfältigeren Pirouetten zu. De facto sei ein Besuch von solch politischer Bedeutung anscheinend nur in einem solchen Rahmen möglich. Dies galt aber nur auf Bundesebene, in den einzelnen seien erhebliche Lockerungen zu erwarten.⁷⁶⁷

Der Wunsch des Autors klang dann auch ganz nüchtern und sachlich: „Rückflug Erich Honecker von München am Freitag nächster Woche um 16.00 Uhr. Danach wird es wahrscheinlich zunächst verhältnismäßig we-

⁷⁶¹ Ebenda.

⁷⁶² Ebenda.

⁷⁶³ Ebenda.

⁷⁶⁴ Ebenda.

⁷⁶⁵ Vgl. ebenda.

⁷⁶⁶ Ebenda.

⁷⁶⁷ Vgl. ebenda.

nige konkrete Sachergebnisse, wohl aber eine Atmosphäre geben, die weiteren Fortschritten günstig sein kann.⁷⁶⁸ Auch dem Kanzler bescheinigte man vorab eine gewisse Läuterung. Kohl, der vor zwei Jahren „die DDR noch ein Phänomen nannte, ein Gebilde, kein Staat“⁷⁶⁹, war bereit gewesen das Staatsoberhaupt eben dieser DDR zu empfangen. Als Wegbereiter für solch eine Wandlung hob der Autor Theo Sommer die Ostpolitik der sozial-liberalen Bundesregierung noch einmal hervor. Ohne diese wäre es niemals zu einem „geregelten Nebeneinander der beiderlei Deutschen“⁷⁷⁰ gekommen. Zwar sei die Teilung der Nation nicht überwunden, wohl aber sind ihr „die schrecklichsten Schärfen“⁷⁷¹ genommen worden. Darüber hinaus waren die beiden deutschen Staaten nun nicht länger „die Scharfmacher jeder internationalen Krise“⁷⁷², die ihre Bündnisvorfälle in die Konfrontationen hineinstachelten, sondern wurden nun zu zwei Protagonisten, die trotz unterschiedlicher Systemauffassung sich zum Dialog und der pragmatischen Zusammenarbeit verschrieben hatten, so Theo Sommer. Diese positive Entwicklung zwischen der BRD und der DDR gründete darin, dass die deutsche Frage von der aktuellen Tagesordnung gestrichen und nun keine Frage mehr der „operativen Politik“⁷⁷³, sondern heutzutage eine an die Geschichte sei. Theo Sommer verwies in diesem Zusammenhang auf die Worte Michail Gorbatschows, der aktuell von einer Realität von zwei deutschen Staaten sprach, aber nicht ausschließen könne, was in hundert Jahren passiere.⁷⁷⁴ Theo Sommer positionierte sich somit deutlich für eine noch stärkere Annäherung zwischen beiden Staaten – egal auf welche Art und Weise.

Über den eigentlichen Besuch von Erich Honecker berichtete *Die Zeit* wie folgt: „Am ersten Besuchstag erfuhr der Gast nun endlich seine Krö-

⁷⁶⁸ Ebenda.

⁷⁶⁹ Deutschland: gedoppelt, nicht getrennt?, in: *Die Zeit*, 04.09.1987.

⁷⁷⁰ Ebenda.

⁷⁷¹ Ebenda.

⁷⁷² Ebenda.

⁷⁷³ Ebenda.

⁷⁷⁴ Vgl. ebenda.

nung.⁷⁷⁵ Die Anspannung war zum Greifen nahe und schaute man den Beteiligten bei der offiziellen Begrüßung vor dem Kanzleramt ins Gesicht, „spiegelten reglose Gesichter die Spannung wider.“⁷⁷⁶ So wie die Stimmungen, Eindrücke und Gefühle, lassen sich die Gespräche unter vier, sechs oder zwölf Augen und die offiziellen Reden „nur in Widersprüchen und Paradoxien beschreiben.“⁷⁷⁷

Honecker bewegte sich in allgemeinen Floskeln und Binsenweisheiten und erklärte, Kapitalismus und Sozialismus vertrugen sich wie Feuer und Wasser, während Kohl grundsätzlich Mauer und Schießbefehl sowie fehlende Reisefreiheit anprangerte. Schlussendlich, so der Autor, war es die sozial-liberale Ostpolitik, die anfangs geprägt von leisen und vorsichtigen Tönen, Helmut Kohl nun die Möglichkeit gab, Honecker und die Seinen so direkt und öffentlich zu kritisieren.

Auch *Die Zeit* griff die Reaktionen der internationalen Presse auf.⁷⁷⁸ Dabei ging sie aber deutlicher als die anderen Zeitungen zuvor, auf die Stimmungen und Gefühlslage der Bündnispartner ein. Ausländische Medien beurteilten den Besuch zwiespältig und mit sehr gemischten Gefühlen. Europäer und Amerikaner verspürten einen „Schauer des Unbehagens“.⁷⁷⁹ Das gemeineuropäische Stichwort lautete „Rapprochement“⁷⁸⁰ und löste überall Erstaunen und Sorge aus. Besonders den Franzosen schien diese Situation Unbehagen zu bereiten. In Paris hatte man offensichtlich Angst vor einem deutschen Sonderweg für Mitteleuropa, der aufgrund ihrer eigenen Wirtschaftsstärke und mit Hilfe der Sowjetunion vollzogen würde. Der Autor spielte hier auf einen möglichen Handel der Bundesrepublik mit Moskau an. Bonn könne sich „in welcher Form auch immer die Einheit zurückkaufen“.⁷⁸¹ Jedoch, so der Autor, seien diese Ängste und Sorgen unbegründet. Seiner Ansicht nach sei für Honecker

⁷⁷⁵ Viele Wahrheiten, kein Augenzwinkern, in: *Die Zeit*, 11.09.1987.

⁷⁷⁶ Ebenda.

⁷⁷⁷ Ebenda.

⁷⁷⁸ Vgl. Gute Deutsche und gute Europäer?, in: *Die Zeit*, 11.09.1987.

⁷⁷⁹ Ebenda.

⁷⁸⁰ Ebenda.

⁷⁸¹ Ebenda.

diese Reise nur ein Ritual gewesen. „Wer glaubt im Ernst mit einem SED-Chef sei je über die Liquidation seines Machtgebildes zu reden“⁷⁸², der irrte sich gewaltig. Dass Teile der deutschen Politik das Thema Wiedervereinigung immer wieder aufs Tapet brachten, schob *Die Zeit* den schwafelnden Sonntagsrednern zu, die nicht ernst zu nehmen seien.⁷⁸³ Zudem, so das Wochenblatt, stelle eine Wiedervereinigung eine faktische Zusammenführung des alten Reiches dar und sei deshalb nur dann für Europa von Erfolg gekrönt, wenn gleichzeitig die europäische Integration auch weiter vorangetrieben werde.⁷⁸⁴ Dieses Szenario wurde allerdings als äußerst unrealistisch eingestuft. Somit, so das Urteil der *Zeit*, müssten die Deutschen mit der vorhandenen Teilung leben. Falls es jedoch widererwartend zu einer Situation der Annäherung kommen sollte, dürfe die westdeutsche Gesellschaft nicht vor die Wahl gestellt werden, sich für eine eventuelle Einheit als Gegenleistung vom westlichen Wertesystem abzuwenden. Das Wort Mitteleuropa stelle möglicherweise ein Codewort für deutsch-nationale Phantasien dar.⁷⁸⁵ Um dies eben zu vermeiden sei eine tiefere Integration unabdinglich. Ansonsten wäre eine Rückkehr zu nationalen Egoismen nicht zu verhindern.⁷⁸⁶ In diesem Zusammenhang sprach der Autor explizit von Frankreich, es müsse seine Skepsis gegenüber Amerika und der BRD unbedingt ablegen und seine Sicherheitspolitik überdenken. Denn diese „Doppelzweifel“⁷⁸⁷ könne Paris sich nicht leisten. „Honeckers Besuch in Bonn – Ende der Illusion und Plattform der Hoffnungen zugleich – bringt deutsche Chancen und europäische Sorgen

⁷⁸² Ebenda.

⁷⁸³ Vgl. ebenda.

⁷⁸⁴ „Eine Wiedervereinigung müßte in europäischen, also auch in unseren Augen, zurückführen in den Zustand, der letztlich die Teilung nach sich gezogen hat: zu einer Macht in der Mitte Europas, die alle Nachbarn zu Randstaaten einer kritischen Masse bestimmen würde, und folglich zu Allianzen gegen das Zentrum führen müßte, schon damit das allenfalls labile Gleichgewicht nicht neuerlich entartet [...]. Die Bundesrepublik kann das Rapprochement der deutschen Staaten im Interesse aller Landsleute nur vorantreiben, wenn sie gleichzeitig die europäische Integration weiterbringt, die westeuropäische Integration wie, danach, das Zusammenrücken Westeuropas und Osteuropas.“ Ebenda.

⁷⁸⁵ Vgl. ebenda.

⁷⁸⁶ Vgl. ebenda.

⁷⁸⁷ Ebenda.

nicht in Widerstreit.⁷⁸⁸ Damit bricht *Die Zeit* ihren Stab über der deutschen Einheit und rät der Bundesregierung vielmehr sich auf eine Vertiefung Europas – an der auch die DDR ihre Teilhabe hätte – zu konzentrieren.

Auch wenn die Redaktion der *Zeit* eine mögliche Wiedervereinigung als äußerst unrealistisch einschätzte, so argumentierte sie, wie die *SZ* zuvor schon, deutlich sachlicher und stringenter als *Welt* und *FAZ*. Zumal sich ihre Kritik nicht auf etwaige negativen Auswirkungen des Besuchs im Allgemeinen bezog, sondern nur auf den Fall der Fälle, dass sich wirklich eine Chance der Einheit bot und die Bundesregierung sich wohlmöglich gezwungen sähe, die Bündnisfrage mit dem Westen zugunsten einer Einheit aufzugeben. In diesem Punkt appellierte *Die Zeit* an die Bundesregierung, weiterhin deutlich auf die Westanbindung zu setzen. Zumal ihr eine Wiedervereinigung mit Hilfe Moskaus und das Wort Mitteleuropa zu deutsch-national erschien. Ihrer Meinung nach ließe sich eine Einheit Deutschlands nur durch eine stärkere europäische Integration erschließen, alles andere sei destruktiv und wohlmöglich gefährlich für die gesamte europäische Sicherheitsarchitektur.

2.5.5 Der Spiegel

„Der Sonderzug aus Pankow“⁷⁸⁹ sollte der Regierung Aufwind verleihen. Der zähe Regierungsalltag, mit all seinen Höhen und Tiefen, vor allem für den Kanzler, geriet so in den Hintergrund. Kanzleramtsminister Schäuble hatte in einer eigens dafür einberufenen Pressekonferenz den nun ganz offiziell feststehenden Besuch angekündigt.⁷⁹⁰ Laut *Spiegel* wurde auch Alfred Dregger bewusst eingeweiht, um den „kraftsprühenden Anführer der Stahlhelmfraktion“⁷⁹¹ vom Sinn und Zweck des Besuches zu überzeugen. Dregger war 1984 noch ein entschiedener Gegner eines sich abzeichnenden Besuches gewesen. Die damals noch geltenden

⁷⁸⁸ Ebenda.

⁷⁸⁹ Inzwischen verstehen wir uns wirklich gut, in: *Der Spiegel*, 20.07.1987.

⁷⁹⁰ Vgl. ebenda.

⁷⁹¹ Ebenda.

statusrechtlichen Bedenken waren nun offenbar vom Tisch. Schäuble verwies in diesem Zusammenhang auf den rapiden Anstieg der Westreisen, der seiner Meinung nach einer der wichtigsten Erfolge in der Deutschlandpolitik seien. *Der Spiegel* wies in diesem Zusammenhang nochmals auf die allgemeine Bedeutung der Westreisen hin, die, seiner Meinung nach, in Ost und West gleichermaßen politisch instrumentalisiert wurden.⁷⁹² In einem *Spiegel*-Interview erläuterte Schäuble noch einmal den Hintergrund des Besuches.⁷⁹³ Er verteidigte das damalige Verhalten Dreggers und sah voller Zuversicht dem Besuch entgegen. Über die Bedeutung allerdings wollte Schäuble nichts sagen, „man weiß es hinterher immer sehr viel besser.“⁷⁹⁴ Aller Diskussionen zum Trotz stand für den *Spiegel* der „mutmaßliche Gewinner“⁷⁹⁵ vorab schon fest – nämlich Erich Honecker! Nicht nur aus Sicht des Magazins galt der SED-Chef von vornherein als Sieger, auch innerhalb der Union sah man Honecker als Nutznießer dieses Besuches. Da konnte der Kanzler noch so vehement versuchen den Besuch herunterzuspielen, der Sieger – auch aus Sicht des konservativen Unionflügels – hieß Honecker. Zudem unterstellte man Kohl falsches taktisches Kalkül in seinem Versuch, den Besuch zu neutralisieren.⁷⁹⁶ „Das Ende der protokollarischen Quarantäne ist ein beispielloser Triumph für den 75. Jährigen Honecker.“⁷⁹⁷ Der im Vergleich zu den drei vorangegangenen Treffen, 1970 in Erfurt, 1971 in Kassel und 1981 am Werbellinsee, eine nun viel größere Bedeutung innehatte.⁷⁹⁸

⁷⁹² Vgl. ebenda.

⁷⁹³ Vgl. Ein schwieriges und delikates Ereignis, Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble über den Honecker-Besuch und die deutsch-deutschen Beziehungen, in: *Der Spiegel*, 24.08.1987.

⁷⁹⁴ Ebenda.

⁷⁹⁵ Ganz besonders zwiespältige Gefühle, in: *Der Spiegel*, 31.08.1987.

⁷⁹⁶ „Helmut Kohl aber, der persönlich in der Ostpolitik bisher ohne auffällige Fortune agierte, wollte aus dem wichtigen Ereignis anfangs eine scheinbar technische und alltägliche Begebenheit machen. Um so die murrenden Deutschnationalen in den eigenen Reihen zu beruhigen, versuchte der Pfälzer die erste offizielle Visite eines ostdeutschen Staats- und Parteichef in der Bundesrepublik zu einem ganz normalen Arbeitsbesuch herunterzureden.“ Ebenda.

⁷⁹⁷ Ebenda.

⁷⁹⁸ Vgl. ebenda.

Zeigte sich *Der Spiegel* über Kohls Motive etwas skeptisch und sah den Pfälzer in keiner guten Ausgangssituation, so lobte der Herausgeber des Magazins Rudolf Augstein den Besuch schließlich trotzdem. Der Erfolg, so Augstein, sei der Besuch an sich, der jetzt nämlich in der westdeutschen Hauptstadt stattfand und nicht wie früher auf dem Terrain der DDR. Weiter, so Augstein, verdeutliche der Besuch „die politische Schizophrenie“⁷⁹⁹, die zwischen beiden Staaten herrsche. Augstein kommentierte süffisant die wechselvolle Geschichte Deutschlands und bemerkte:

„Und immer noch haben sich die Menschen in Bismarcks Reich, das auf den Untergang hin programmiert war, wohler gefühlt als im SED-Staat Erich Honeckers.“⁸⁰⁰ Dieser Vergleich lässt aufhorchen und bestätigte noch einmal das ambivalente Verhältnis, das *Der Spiegel*-Gründer zur DDR hatte. Außergewöhnlich in diesem Kommentar war seine Darlegung zu einer eventuellen Wiedervereinigung. Für ihn schien nicht die DDR-Führung das Problem zu sein oder ein „Moskauer Generalsekretär, der die DDR ohne Bedingungen räumt.“⁸⁰¹ Für Augstein war es Frankreich, das unter keinen Umständen einer Einheit zustimmen würde.⁸⁰² Der Grund dafür lag seiner Meinung nach an der wirtschaftlichen Stärke der BRD, die im Falle einer Einheit noch zunehmen würde.⁸⁰³ Daher, so Augstein, sei Honecker als Pfahl oder Pfählchen gegen die Neuvereinigung in Paris noch willkommener als in Bonn.⁸⁰⁴ Das eigentliche Treffen in Bonn und in der Provinz wertete *Der Spiegel*, wie vorab schon berichtet, zugunsten Erich Honeckers. Zwar sei es durchaus respektabel, dass es aus-

⁷⁹⁹ Augstein, Rudolf, Das Europa der Schatten, in: *Der Spiegel*, 31.08.1987.

⁸⁰⁰ Ebenda.

⁸⁰¹ Ebenda.

⁸⁰² „Sollte das neu vereinigte Restdeutschland aus der Nato (die Frankreich de facto verlassen hat) und aus der EG (wo es die meisten Vorteile bezieht, wenn auch nicht auf unsere Kosten) herauslösen wollen – es wäre Frankreich nicht recht.“ Ebenda.

⁸⁰³ „Warum nicht? Zwei Gründe: Deutschland ist von Frankreich schon finnlandisiert worden, es dient, wie zu Zeiten Richelieus, Frankreich als Glacis. Zweitens: Frankreich hat 1870 und 1914 die wirtschaftliche Übermacht eines damals noch bevölkerungsstärkeren Industrie-Deutschland erlebt. Wenn schon Italien wirtschaftlich zu Frankreich aufgeschlossen hat: Ein neu vereinigt Restdeutschland, den Frieden stiftend wie auch immer, kann Frankreich aus seinem Denken und seiner Geschichte, aus seiner Ökonomie heraus, nicht hinnehmen.“ Ebenda.

⁸⁰⁴ Vgl. ebenda.

gerechnet ein konservativer Kanzler war, der den Gast aus Ost-Berlin empfing. Dennoch seien die bisher erzielten Erfolge in der Deutschlandpolitik nicht auf das Verständnis der DDR oder Erich Honecker zurückzuführen, sondern allein darauf, dass Honecker und die Seinen sich die humanitären Erleichterungen ordentlich bezahlen ließen.⁸⁰⁵ Jetzt endlich, so das *Spiegel*-Urteil, merkte auch Helmut Kohl, worauf er sich da eingelassen hatte.⁸⁰⁶ Die weitere Zukunft des deutsch-deutschen Verhältnisses hing allein vom Bundeshaushalt ab. Denn die anvisierten Großprojekte, Eisenbahnverbindung nach Berlin, Ausbau und Erneuerung der Autobahnen und konkrete Maßnahmen zum Umweltschutz bedeuteten Kosten in Milliardenhöhe.⁸⁰⁷

Der Spiegel ließ im Gegensatz zu den anderen Printmedien eine abschließende Bewertung offen. Positionierte sich dafür an anderer Stelle aber recht deutlich und für sein politisches Verständnis kritisch gegenüber der DDR. Besonders der Kommentar von Augstein, der als Vergleich das Bismarck'sche Reich heranzog, das dem Untergang geweiht war, verdeutlichte die Verachtung, die er diesem System entgegenbrachte. So wie *Die Zeit* sah auch *Der Spiegel* Frankreich als den Hauptgegner einer möglichen Einheit. Zusätzlich konzentrierte man sich auf den wirtschaftlichen Stellenwert der DDR und die horrenden Kosten, die Helmut Kohl in Zukunft wohl für seine Deutschlandpolitik einplanen müsse – wohlgermerkt mit offenem Ausgang.⁸⁰⁸

2.5.6 Gemeinsamkeiten

Alle Zeitungen sahen in Erich Honecker den großen Sieger, unstrittig war ebenso der Stellenwert des Besuches als historisches Ereignis für beide Staaten. Zudem werteten das Treffen für Honecker als ganz persönlichen

⁸⁰⁵ „Nun da Bonn ihre Statuswünsche weitgehend erfüllt hat, kann die DDR-Führung sich jedes weitere humanitäre Zugeständnis um so ungenierter bezahlen lassen.“ Feuer und Wasser, in: *Der Spiegel*, 14.09.1987.

⁸⁰⁶ „Helmut Kohl: ‚Ich hab den ganzen Ärger, und der hat den Erfolg mit der Hymne.‘“ Ebenda.

⁸⁰⁷ „Das wird ein hartes Milliardenpoker, prophezeit ein Regierungsplaner.“ Ebenda.

⁸⁰⁸ Vgl. Honecker-Besuch, Erste Adresse, Bei der Visite von SED-Chef Honecker soll der deutsch-deutsche Handel voran getrieben werden, in: *Der Spiegel*, 07.09.1987.

Höhepunkt – vor allem, weil Erich Honecker, zumindest subjektiv, ein Gefühl von Gleichberechtigung vermittelt wurde. Alle Zeitungen beschäftigten sich intensiv mit der Person Honeckers. Interessant war dabei die differenzierte Beurteilung durch das einzelne Medium. Die bürgerlichen Medien waren eher kritisch und distanziert eingestellt und betrachteten den SED-Chef mit einer Brise Argwohn. Die liberalen sowie linken Zeitungen fielen dagegen schon fast in verklärende sowie kurios klingende Beschreibungen. Die Abkürzung „Honni“ wurde en vogue und man umarmte ihn verbal, als sei er ein „Popstar“.

Alle Journalisten teilten die Auffassung, dass Helmut Kohl ins Hintertreffen geriet. Der Fokus lag eindeutig auf Erich Honecker. Kohl konnte dem nicht wirklich etwas entgegensetzen. Auch in der Interpretation des Besuches waren sich die Zeitungen einig. Honecker ging es allein um die Initiierung des Besuches an sich. Wenn er einen größeren politischen Sinn in seiner Aufwartung sah, dann den, dass seine DDR nun für westliche Staaten „salonfähig“ geworden war. Zusätzlich war es für die schwächelnde DDR-Wirtschaft existenziell notwendig, genügend Aufträge mit westdeutschen Firmen zu akquirieren. Dagegen hegte die Bundesregierung die Hoffnung, dass es zu konkreten Fortschritten in deutschlandpolitischen Fragen kommen würde – besonders in humanitären Angelegenheiten. Für die SED-Führung, so die einhellige Meinung der Journalisten, rückten solche Begehrlichkeiten mittelfristig aber in den Hintergrund. Die Frage nach einer zukünftigen Wiedervereinigung verneinten alle Zeitungen vehement. Und selbst wenn es eines Tages zu einer Einigung mit Moskau und Ost-Berlin käme, scheiterten solche Phantasien an einem Veto aus Paris. Die Angst in Paris vor einer deutschen Wiedervereinigung war vor allem ökonomisch begründet. Die Wirtschaftskraft eines geeinten Deutschlands – und damit auch die Vorherrschaft in einer sich immer weiter integrierenden EG – bedeutete für Paris eine unkontrollierbare Situation. Daher wunderte sich auch niemand recht, dass die französischen Zeitungen äußerst reserviert über den Honecker-Besuch berichteten.

2.5.7 Unterschiede

Gravierende Unterschiede gab es in den Vorberichterstattungen der einzelnen Zeitungen. *Welt* und *FAZ* konzentrierten sich darauf, das Unrecht an der DDR-Bevölkerung herauszustellen bzw. die Konflikte in der Union, die mit dem Honecker-Besuch einhergingen, hervorzuheben. Ebenso waren es *Die Welt* und die *FAZ*, die versuchten etwaige Analogien zu den – aus ihrer Sicht missglückten – ersten Treffen deutscher Kanzler und SED-Chefs zu ziehen. Die *SZ* berichtete als einzige Zeitung detailliert über den Vorabbesuch westdeutscher Journalisten in der DDR und das kriselnde Verhältnis zwischen Gorbatschow und Honecker. Nach Auffassung der *Zeit* wurde kein ernsthafter Versuch unternommen, den eigentlichen Systemkampf, der zwischen Ost und West herrschte, zu beenden. Der kategorische Imperativ „Nie wieder Krieg!“ wirkte eher floskelhaft und schien keinesfalls das oberste Gebot beider Länder, die zu sehr in ihren jeweiligen Blöcken verhaftet seien. Die Berichterstattung während des eigentlichen Aufenthalts unterschied sich ebenfalls deutlich voneinander.

Welt und *FAZ* lobten den Willen Helmut Kohls, sich auf solch ein Wagnis einzulassen. Seine Rede beim Abendessen in der Bonner Redoute sahen sie auch als persönlichen Offenbarungseid Erich Honeckers an, als dieser mit den Gräueltaten seines Regimes konfrontiert wurde. Die anderen Zeitungen wurde der Rede Kohls keine große Bedeutung beigemessen. Vielmehr war sie für den *Spiegel* eine bloße Retourkutsche der ewig Gestrigen, die sich krampfhaft an die Einheit klammerten. Aber selbst *SZ* und *Zeit* kamen zu dem Ergebnis, dass eine wirkliche Weiterentwicklung in der Beziehung beider Staaten nur dann stattfinden könne, wenn das Thema Wiedervereinigung nicht mehr auf Agenda stünde.

2.5.8 Zusammenfassung

Der Besuch von Erich Honecker in Bonn stellte ohne Zweifel den Höhepunkt der bisherigen knapp vierzigjährigen Deutschlandpolitik dar. Für Honecker war es der persönliche Höhepunkt als Staatsratsvorsitzender der DDR. Aber auch für Helmut Kohl bedeutete der Besuch keinesfalls eine

Niederlage im politischen Sinn. Zwar musste der Kanzler einige Konzessionen machen – vor allem die eigenen Parteifreunde und die Wählerschaft der CDU sowie der CSU standen dem Besuch kritisch gegenüber – jedoch gelang es ihm, überhaupt erst ein solches Treffen herbeizuführen und dazu noch das menschenverachtende System öffentlich zu kritisieren. Dass das Treffen bei der bundesdeutschen sowie bei der DDR-Bevölkerung insgesamt auf positive Erwartungen stieß, spiegelt durchaus den Zeitgeist und die Stimmung des Jahres 1987 wider. Sowohl DDR- als auch BRD-Bürger waren vielmehr an Frieden und Reisefreiheit interessiert, als an der deutschen Frage.

Interessant in diesem Zusammenhang war, dass die Person Erich Honecker sehr positiv in den untersuchten Medien dargestellt wurde. Durch eine geschickte Inszenierung und den von manchen Zeitungen verwendeten Spitznamen „Honni“ hatte man den Eindruck, dass ein berühmter Deutscher seine alte Heimat besuchte. Diese Stimmung wurde besonders von den links-liberalen Blättern getragen. Die beschriebene Skepsis der ausländischen Presse, besonders die der französischen, offenbarte zudem die Vorbehalte, mit denen Helmut Kohl, zweieinhalb Jahre später im Zuge des Einigungsvertrages mit der französischen und britischen Regierung, zu kämpfen hatte. Der damalige Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble betonte in einem Interview für die vorliegende Untersuchung, dass der Besuch „natürlich die DDR in gewisser Weise aufwertete – aber auf eine kluge Weise: die Kehrseite der scheinbaren Aufwertung der DDR war ihre schleichende Destabilisierung.“⁸⁰⁹ Zudem verwies Schäuble auf Martin Sabrow, der den Besuch als „Pyrrhussieg für Erich Honecker“⁸¹⁰ wertete. Sabrow erklärte in seinem Aufsatz die fliehkraftartige Wirkung des Honecker-Besuches für den Despoten selbst und seinen Staat. Der vermeintliche Sieg über den Klassenfeind beschwor mehr und mehr einen Bumerang-Effekt herauf. Seine These einer schleichenden Unterspülung

⁸⁰⁹ Interview mit Dr. Wolfgang Schäuble, 14.11.2014.

⁸¹⁰ Sabrow, Martin, Der Pyrrhussieg, Erich Honeckers Besuch in der Bundesrepublik 1987, in: Apelt, Andreas, Grünbaum, Robert, Schöne, Jens, (Hrsg.), 2x Deutschland, Innerdeutsche Beziehungen 1972–1990, Halle, 2013, S. 201–237. S.210.

des SED-Staates untermauerte er mit einem Verweis auf den sowjetischen Botschafter in Bonn, Valentin Falin. Dieser verglich die Beziehungen beider deutscher Staaten mit „unsichtbaren aber mächtigen Unterwasserströmungen, die letztendlich auch das Leben des Ozeans bestimmen.“⁸¹¹ Zusätzlich habe Honecker, so Sabrow, die möglichen Chancen einer etwaigen Konföderation versäumt.⁸¹²

⁸¹¹ Ebenda, S. 211.

⁸¹² Vgl. ebenda, S. 228: „Der Traum von der deutschen Konföderation“.

2.6 Der Zehn-Punkte-Plan

„Wir sind das Volk“ riefen abertausende Menschen in zahlreichen ost-deutschen Städten. Zwei Wochen waren gerade einmal vergangen seit dem Mauerfall am 9. November 1989. Doch die bisherige Welt hatte sich für die Bevölkerung in der DDR aber auch in der BRD grundlegend geändert. Die Menschen wollten nicht mehr nur Freiheit, nein, sie wollten jetzt Selbstbestimmung und Demokratie. Erich Honecker war bereits abgelöst und der Rücktritt seines Nachfolgers Egon Krenz folgte nur kurze Zeit später. Im Kanzleramt wich die anfängliche Euphorie über den Mauerfall – es kehrten Nüchternheit und Skepsis ein. Die Regierungschefs der anderen europäischen Länder, der USA und der Sowjetunion begannen sich darüber Gedanken zu machen, wie nun mit der DDR und der BRD inklusive der deutschen Frage zu verfahren sei.⁸¹³ Dem waren sich auch Helmut Kohl und sein Beraterstab durchaus bewusst.⁸¹⁴ Kohl gab daher die Devise aus, sich sachlich und emotionslos zu verhalten.⁸¹⁵

In den vergangenen Tagen registrierte Kohl eine deutliche Zurückhaltung sowohl ihm gegenüber als einer möglichen Wiedervereinigung beider deutschen Staaten.⁸¹⁶ Besonders ablehnend reagierten Margaret Thatcher und François Mitterrand auf die Anliegen des Bundeskanzlers. Ja sogar offenen Widerspruch erfuhr der Kanzler bei einem Treffen am 18. November 1989 in Paris.⁸¹⁷ Da waren sie nun wieder, die Vorbehalte und

⁸¹³ „Überdies täuschte der Jubel des 9. Novembers nicht darüber hinweg, daß die Frage der künftigen Gestaltung Deutschlands nicht den Deutschen allein gehörte. In dieser Hinsicht hatten Kohl und mit ihm die Union ein Problem, das über die Frage weit hinausging, wie die Westmächte kurzfristig auf den Mauerfall reagieren würden.“ Wirsching, 2006, S. 653.

⁸¹⁴ Vgl. Teltschik, 1991, S. 42.

⁸¹⁵ „Andererseits will der Kanzler aber auch vermeiden, durch überhastete Entscheidungen falsche Signale zu setzen und die Emotionen weiter anzuheizen. Wörtlich sagte er: ‚Ich werde, wenn es sein muß, mit ungewöhnlichen Mitteln alles tun, um mit der Situation fertig zu werden.‘ Ost und West, so erklärte der Kanzler, beobachten jetzt genau, ob die Deutschen aus der Geschichte gelernt hätten. Deshalb gehe es jetzt darum, besonnen zu reagieren und sorgfältig auf die Sprache zu achten.“ Ebenda, S. 15.

⁸¹⁶ Vgl. Kohl, 2005, S. 984.

⁸¹⁷ „Außer sich vor Wut stampfte Thatcher mit den Füßen auf und schrie: ‚Das sehen Sie so, sehen Sie so!‘. Mitterrand schien ihre Haltung zu billigen.“ Ebenda.

Ängste gegenüber den Deutschen.⁸¹⁸ Als es sich nur um theoretische Absichtserklärungen handelte, stieß der Wunsch nach deutscher Selbstbestimmung und dem Streben nach Einheit bei England und Frankreich noch auf Wohlwollen. Wahrscheinlich in der Annahme, dass ein Mauerfall sowieso nie zustande käme. Doch auch innerhalb der deutschen Bevölkerung wurde über eine mögliche Wiedervereinigung debattiert.⁸¹⁹ Pro und Kontra spiegelten sich im Generationsunterschied zwischen Jung und Alt sowie im Konflikt der politischen Lager wider. Andreas Rödder verwies in diesem Zusammenhang auf mehrere miteinander konkurrierende Mechanismen, geprägt von der „normativen Kraft des faktischen“⁸²⁰ sowie einer „Tendenz zu entrückter Rhetorik“.⁸²¹ Erschwerend kam eine „genuin bundesdeutsche Identität“⁸²² hinzu, die in den achtziger Jahren entstand und die politische Kultur prägte. Doch nun, da die Mauer gefallen war und die Menschen in der DDR nicht mehr nur für eine bessere Zukunft demonstrierten, sondern für eine Wiedervereinigung, konnten sich die Siegermächte diesem Thema nicht mehr länger entziehen. Trotzdem versuchten sie nach wie vor eine deutsche Wiedervereinigung zu vermeiden.

„Die Bundesregierung im besonderen sah sich vor die Aufgabe gestellt, einen Weg zu finden, der die deutsch-deutsche Situation zu stabilisieren und der nationalen Frage eine Perspektive zu geben vermochte, innenpolitisch mehrheitsfähig war, zugleich aber den

⁸¹⁸ Vgl. Herbert, 2014, S. 1107.

⁸¹⁹ „Auch in der Bundesrepublik stand mit den Ereignissen des 9. November und Kohls Zehn Punkten die nationale Frage plötzlich wieder auf der Tagesordnung. Zweifellos war die Vorstellung von einer deutschen Nation, welche die Deutschen der Bundesrepublik und der DDR umfasste, vor allem bei Konservativen und bei Älteren nach wie vor verbreitet und populär. In den jüngeren Generationen und auf der Linken hatte das Empfinden für die Einheit der Nation nach dem Mauerbau und durch die in den späten 1960er Jahren einsetzende Entspannungspolitik allmählich nachzulassen begonnen.“ Vgl. ebenda, S. 1110.

⁸²⁰ Rödder, 2010, S. 468.

⁸²¹ Ebenda.

⁸²² Ebenda.

westlichen Verbündeten wie auch der Sowjetunion akzeptabel erschien.“⁸²³

Diesen schwierigen Spagat musste die Bundesregierung mit Kanzler Kohl und Außenminister Genscher nun bewältigen. Bei einer Sondersitzung des Europäischen Parlaments zeigten sich Kohl und Mitterrand gemeinsam vor der Presse. Dass beide gemeinsam auftreten würden, war zunächst nicht bekannt gewesen.⁸²⁴ Margaret Thatcher stemmte sich offensiv gegen eine Wiedervereinigung, ebenfalls nicht überzeugt war die französische Regierung und stand Kohls Vorstellungen äußerst skeptisch gegenüber.⁸²⁵ Zu viele Ängste, Vorurteile und Widerstände kursierten in den Köpfen der Siegermächte. Die ersten Anzeichen einer Zustimmung kamen aus Washington.⁸²⁶ Außenminister Baker erklärte in einem Gespräch mit Genscher, dass die „USA das Anliegen der Deutschen nach Selbstbestimmung und Einheit unterstützen. Ihrer Ansicht nach könnte jedoch der Prozess noch schneller verlaufen als erwartet.“⁸²⁷ Ziel von Präsident Bush sei es demnach, im bevorstehenden Gespräch mit Gorbatschow auf Malta, die Grenzen seiner Handlungsmöglichkeiten auszuloten und zu klären, inwieweit Moskau bereit ist, sich in der deutschen Frage auf eine Einigung zuzubewegen. Da die Sowjetunion kein klares deutschlandpolitisches Konzept besaß, war die sowjetische Führung um Michail Gorbatschow und ihre politischen Absichten schwer einzuschätzen.⁸²⁸ Die ersten Anzeichen einer konstruktiven Einigung kamen, laut Horst Teltschik, aber dann doch aus Moskau.⁸²⁹ Der außenpolitische Berater Kohls schilderte in seinem Tagebuch „Innenansichten der Einigung“ ein Treffen mit dem sowjetischen Diplomaten Nikolai Portugalow. Dieser

⁸²³ Politik für die Selbstbestimmung der Deutschen, in: Wirsching, 2006, S. 656.

⁸²⁴ Vgl. Teltschik, 1991, S. 47.

⁸²⁵ „Natürlich war ich auf die reservierte Stimmung gefasst. Selbst wenn sich François Mitterrand nur zwei Wochen zuvor in Bonn im Namen Frankreichs – er sagte ja nie ‚ich‘, – sondern immer nur ‚Frankreich‘ zur Einheit der deutschen Nation bekannt hatte, machte ich mir keine Illusionen über die Ansichten der politischen Klasse in Paris.“ Kohl, 2005, S. 985.

⁸²⁶ Vgl. Teltschik, 1991, S. 48.

⁸²⁷ Ebenda.

⁸²⁸ Vgl. Herbert, 2014, S. 1109.

⁸²⁹ Vgl. Teltschik, 1991, S. 43. Sowie Wirsching, 2006, S. 659.

signalisierte, dass „die Sowjetunion mittelfristig einer wie immer gearteten deutschen Konföderation grünes Licht geben könnte.“⁸³⁰ Ebenfalls bei diesem Treffen wurde Teltschik mitgeteilt, dass der amtierende SED-Chef Egon Krenz in Kürze abgelöst und Hans Modrow sein Nachfolger würde.⁸³¹ Teltschiks schlussfolgerte: „[R]aus aus dem stillen Kämmerlein und in die Offensive gehen.“⁸³² Dies bedeutete den Startschuss zum deutschlandpolitischen Vorstoß Helmut Kohls.

Auf Drängen Horst Teltschiks entwickelte das Bundeskanzleramt ein Strategiepapier. Ob Teltschik allerdings wirklich der originäre Autor des Zehn-Punkte-Plans war, sei laut Daniel Friedrich Sturm durchaus umstritten. Sturm stellte in seiner Arbeit „Uneinig in die Einheit“ die These auf, dass Horst Ehmke, damaliger stellvertretender Fraktionsvorsitzende der SPD, bereits am 20.11.1989 ein ähnliches Papier entworfen habe. Teltschik, so Sturm, habe dann nach Rücksprache mit Kohl „den Auftrag bekommen, einen solchen Stufenplan für ihn zu entwickeln.“⁸³³ Ehmke beanspruchte also, Kohls Kurs entworfen zu haben. Der Zehn-Punkte-Plan „deren Kernpunkte bildeten eine Art Stufenplan zur Herbeiführung der deutschen Einheit.“⁸³⁴ Der Zehn-Punkte-Plan war geboren. Strittig blieben allerdings die tatsächlichen Reaktionen und Absichten der Führungsmächte. Teltschik agierte allein aus seiner persönlichen Interpretation heraus.⁸³⁵ Es war also keinesfalls sicher, dass das Ausland positiv und unterstützend auf das Papier reagieren würde. Daher ging Kohl „ein großes Risiko ein, als er die Vereinigung auf die internationale Tagesordnung setzte.“⁸³⁶ Es herrschte strengste Geheimhaltung. Niemand wurde vorab über die Absichten des Kanzlers informiert, weder Mitglieder der Koalition – auch Außenminister Genscher nicht – noch die Staats- und

⁸³⁰ Teltschik, 1991, S. 44.

⁸³¹ Vgl. ebenda.

⁸³² Ebenda

⁸³³ Vgl. Sturm, 2006, S.217.

⁸³⁴ Wirsching, 2006, S. 659.

⁸³⁵ „Allein die Existenz eines solchen Papiers interpretierte Teltschik als grundsätzliche Bereitschaft der Sowjetunion, sich mit einer deutschen Wiedervereinigung auseinanderzusetzen.“ Rödder, Andreas, Deutschland einig Vaterland, Die Geschichte der Wiedervereinigung, 2010, S. 139.

⁸³⁶ Fröhlich, 2001, S. 265.

Regierungschefs der Westmächte und der Sowjetunion. Einzig der amerikanische Präsident Bush erhielt vorab in der Nacht den Zehn-Punkte-Plan.⁸³⁷

Erst am 28. November 1989 verkündete Helmut Kohl im Bundestag seine Absichten. Dabei enthielt das Papier nicht wirklich etwas Neues. Die ersten fünf Punkte markierten Stufen der innerdeutschen Entwicklung: erstens Sofortmaßnahmen, zweitens die Fortführung der ökonomischen, technologischen und kulturellen Zusammenarbeit, drittens eine umfassende Ausweitung der bundesdeutschen Hilfen, wenn – wie er bereits am 8. November gefordert hatte – „ein grundlegender Wandel des politischen und wirtschaftlichen Systems in der DDR verbindlich beschlossen und unumkehrbar in Gang gesetzt wird“, viertens die von Modrow angesprochene Vertragsgemeinschaft und fünftens darüber hinaus, „konföderative Strukturen zwischen beiden Staaten in Deutschland“ mit dem „Ziel, eine Föderation, das heißt eine bundesstaatliche Ordnung in Deutschland zu schaffen.“⁸³⁸ An diesem Punkt, vor der Wiedervereinigung, wechselte das Programm von der innerdeutschen auf die internationale Ebene, um die Westmächte und die Sowjetunion in diesen Prozess mit einzuschließen. Der sechste Punkt umfasste die weitere Entwicklung der Ost-West-Beziehungen, siebtens die Fortsetzung der europäischen Einigung und ihre Ausdehnung auf die ehemals kommunistischen Staaten Mittel- und Südosteuropas, achtens die Weiterentwicklung des KSZE-Prozesses und neuntens „weitreichende und zügige Schritte in der Abrüstung und Rüstungskontrolle.“ Durch jene Maßnahmen sollte schließlich zehntens, der „Zustand des Friedens in Europa“ erreicht werden, in dem Deutschland „seine Einheit wiedererlangen kann.“⁸³⁹

Helmut Kohl stellte damit ganz bewusst die Einheit Europas vor die deutsche. „Sprachlich und politisch hatte Kohl unterdessen seine Zehn Punkte nach allen Seiten abgesichert.“⁸⁴⁰ Da die ausländischen Kritiker

⁸³⁷ Vgl. Rödder, 2010, S. 140.

⁸³⁸ Ebenda, S. 140 f.

⁸³⁹ Vgl. ebenda, S. 142.

⁸⁴⁰ Ebenda.

der Einheit kein klares alternatives Konzept entwickelten, konnte Helmut Kohl ganz auf das Zehn-Punkte-Papier setzen. Und schaffte sich so „einen sprachlichen Vorteil“⁸⁴¹ gegenüber seinen Kritikern. Von den Parteien im Bundestag wurde das Papier überwiegend mit großer Zustimmung angenommen. Auf Seiten der FDP gab es zwar kritische Stimmen, da Außenminister Genscher vorher nicht informiert wurde, dennoch überwog die Zustimmung für Kohls Vorstoß.⁸⁴² „Daß die Zehn-Punkte-Erklärung nicht mit dem Koalitionspartner abgestimmt wurde, war eine Angelegenheit der Koalition.“⁸⁴³ Bei den Sozialdemokraten gab es jedoch widersprüchliches Verhalten. Hans-Jochen Vogel trug in derselben Debatte ebenfalls ein Programm zur Einheit vor, das sich nicht fundamental von dem des Kanzlers unterschied.⁸⁴⁴ Unruhe sorgte hingegen Oskar Lafontaine, der von der SPD als Kanzlerkandidat vorgesehene, saarländische Ministerpräsident, positionierte sich eindeutig sowohl gegen das Kohls zehn Punkte als auch gegen das Papier von Vogel.⁸⁴⁵ Deutliche Kritik kam hingegen aus dem Ausland: „Die ersten Reaktionen auf Kohls aber waren durchaus alarmierend.“⁸⁴⁶ Von einer bedingungslosen Unterstützung der deutschen Einheit konnte keine Rede sein. Die USA formulierten sogar vier eigene Grundsätze, auf deren Grundlage sie eine mögliche Einheit befürworteten.⁸⁴⁷

Durch diese Offensive wurde die Einheit zwar formell gestützt, praktisch jedoch rückte sie damit in weite Ferne. Denn wie sollte die Sowjet-

⁸⁴¹ Ebenda, S. 141.

⁸⁴² Vgl. Fröhlich, 2001, S. 266.

⁸⁴³ Genscher, 1995, S. 671.

⁸⁴⁴ „Selbst bei kritischer Betrachtung waren Kohls Aussage und die meine zu diesem Punkt nahezu deckungsgleich. Auch bei den übrigen Programmpunkten ergaben sich keine essentiellen Unterschiede.“ Vogel, Hans-Jochen, *Nachrichten, Meine Bonner und Berliner Jahre*, München, 1996, S. 311.

⁸⁴⁵ Vgl. ebenda, S. 324.

⁸⁴⁶ Herbert, 2014, S. 1108.

⁸⁴⁷ „Zwar unterstützte die US-Regierung die Vorschläge Kohls im Grundsatz, formulierte aber in Reaktion darauf vier Prinzipien, auf deren Grundlage sie die Vereinigung der beiden deutschen Staaten unterstützte: Erstens gelte das Prinzip der Selbstbestimmung, das aber tatsächlich ergebnisoffen sein müsse; zweitens müsse ein wiedervereinigtes Deutschland als Ganzes der Europäischen Gemeinschaft und der NATO angehören. Drittens müsse der Prozess schrittweise und friedlich vor sich gehen, und viertens müsse die Unverletzlichkeit der Grenzen beachtet werden.“ Ebenda.

union solchen Forderungen auf ihrem territorialen Einflussgebiet zustimmen können? Dies schien nur schwer vorstellbar. Dementsprechend fiel auch die Reaktion aus Moskau aus – „schroff und ablehnend“.⁸⁴⁸ Auf die sowjetische Führung wirkte Kohls Erklärung wie ein Ultimatum bzw. ein Diktat. Gorbatschow zog gar Analogien zum Dritten Reich.⁸⁴⁹ Rödder spricht an diesem Punkt von einem „Tabu-Bruch Kohls“.⁸⁵⁰ Die Kritik der westeuropäischen Regierungschefs bezog sich auf die fehlende Berücksichtigung der polnischen Westgrenze. Welche Außengrenze sollte demnach ein neues Deutschland haben? Auch innerhalb der FDP wurde dahingehend Kritik laut. Zwar stimmte sie im Bundestag für das Zehn-Punkte-Papier, „ging jedoch kurz darauf auf Distanz.“⁸⁵¹ Auch fehlte das klare Bekenntnis der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze.⁸⁵²

Kohl verwies in diesem Zusammenhang immer auf den Auftrag des Grundgesetzes und den verfassungsgebenden Auftrag, dass nur ein gesamtdeutscher Staat über seine Grenzen bestimmen durfte.⁸⁵³ Ulrich Herbert vermutete darin auch taktisches Kalkül von Kohl – einerseits seiner eigenen Fraktion gegenüber, in der es viele Vertriebene und konservative Befürworter der Grenzen von 1937 gab, andererseits auch gegenüber Polen selbst, um dann entsprechenden Gegenleistungen – etwa dem Verzicht auf Reparationszahlungen – zuzustimmen.⁸⁵⁴ Seine Motive waren also innen- wie außenpolitisch begründet. Für Kohl stellte „die Grenzenerkennung die deutsche Konzessionsmasse dar“.⁸⁵⁵ Jedoch verursachte der Konflikt um die ungelöste „Grenzfrage“ die „größten Irritationen im ge-

⁸⁴⁸ Ebenda.

⁸⁴⁹ „Die Deutschen sollten sich daran erinnern worin in der Vergangenheit schon einmal Politik ohne Sinn und Verstand geführt hat.“ Ebenda.

⁸⁵⁰ „Denn Kohl hatte das Tabu gebrochen, regierungsoffiziell über eine deutsche Wiedervereinigung zu sprechen, und hatte das Thema nun definitiv auf die politische Agenda gesetzt.“ Vgl. Rödder, 2010, S. 142.

⁸⁵¹ Kohl, 2005, S. 1002.

⁸⁵² Vgl. ebenda.

⁸⁵³ „Es stand aber ebenso eindeutig fest, dass die Bundesregierung und der Bundeskanzler nicht legitimiert waren, eine endgültige Anerkennung der polnischen Westgrenze auszusprechen, solange es keinen handlungsfähigen gesamtdeutschen Souverän gab.“ Ebenda, S. 958.

⁸⁵⁴ Vgl. Herbert, 2014, S. 1109 f.

⁸⁵⁵ Rödder, Andreas, Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990, 2004, S. 235.

samen Wiedervereinigungsprozess.“⁸⁵⁶ Dennoch, obwohl substantiell nicht neu, bildete das Zehn-Punkte-Programm die eigentliche „Road-Map“ der deutschen Wiedervereinigung und bleibt ein originäres Werk von Helmut Kohl – trotz aller Widerstände und Kritiken.

2.6.1 Die Welt

Ausgerechnet einen Tag bevor Helmut Kohl seinen Zehn-Punkte-Plan verlas, am 27. November 1989, erschien in der *Welt* ein Artikel, in dem Egon Krenz sich ebenfalls „die deutsche Einheit vorstellte“.⁸⁵⁷ Jedoch wichen seine Vorstellungen von damals diametral von denen Helmut Kohls ab.⁸⁵⁸ Dass Egon Krenz wenige Tage später selbst gestürzt wurde und damit auch seine eigene Agenda, macht die Dynamik der DDR-Revolution deutlich.

Kritik übte *Die Welt* an der SPD und ihren Vorstellungen zur Einheit. Sie griff dabei die Argumente des Hamburger Bürgermeisters Henning Voscherau auf, der seiner Partei vorwarf „die deutsche Einheit zu verschlafen“.⁸⁵⁹ Ebenso kritisierte Voscherau die Aussagen Lafontaines und warf seiner Partei vor „die DDR als Waisenkind zu behandeln“.⁸⁶⁰ Die Reaktionen auf Kohls Zehn-Punkte-Plan waren durchweg positiv. Allein Die Grünen wurden kritisiert, da es aus ihrer Sicht „keinen vernünftigen Grund für eine Wiedervereinigung gab“⁸⁶¹ und sie sich so vom allgemeinen Konsens des Bundestages abhoben. Bernt Conrad lobte ausdrücklich die Vorgehensweise Kohls, der wirtschaftliche Hilfen mit politischen Re-

⁸⁵⁶ Ebenda, S. 235.

⁸⁵⁷ Krenz: Deutsche Einheit vorstellbar, in: *Die Welt*, 27.11.1989.

⁸⁵⁸ So forderte Krenz freie Wahlen nicht vor Ende 1990, sowie, dass die Mauer bestehen bleibe und eine wie auch immer geartete Einheit ohne NATO und Warschauer-Pakt stattfände. Vgl. ebenda.

⁸⁵⁹ SPD sollte die deutsche Einheit nicht verschlafen, in: *Die Welt*, 28.11.1989.

⁸⁶⁰ Ebenda.

⁸⁶¹ Konsens im Bundestag zu Kohl-Plan: Zehn Schritte zu deutschen Einheit, Zustimmung auch von SPD, nur Grüne sehen keinen vernünftigen Grund für eine Wiedervereinigung, in: *Die Welt*, 29.11.1989.

formen in der DDR verknüpfte:⁸⁶² „Darum hat der Kanzler diesen Komplex zu Recht an die Spitze seines Programms gestellt.“⁸⁶³

Besorgt äußerte sich *Die Welt*, ob angesichts der Massenbewegung in der DDR der Fahrplan eingehalten werden könne. Die Angst vor einem totalen Zusammenbruch der DDR war allgegenwärtig und wäre das Ende des Zehn-Punkte-Plans gewesen.⁸⁶⁴ Darüber hinaus wurde spekuliert, ob die 1952 aufgelösten fünf Länder, Mecklenburg, Sachsen, Thüringen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt, wiederhergestellt und in eine „von Kohl anvisierte bundesstaatliche Ordnung eines vereinten Deutschland einzugliedern“ seien.⁸⁶⁵ Die von Kohl vorgeschlagene Lösung, aus der deutschen Einheit zugleich auch eine europäische Einheit anzustreben, wurde ebenfalls begrüßt und zugleich als taktisch äußerst gewieft eingeschätzt.⁸⁶⁶ Wo es Lob für die Union gab, wurde die SPD recht deutlich kritisiert – das Verhalten Lafontaines wurde gar als platter Populismus bezeichnet.⁸⁶⁷ SPD-Chef Vogel riet man, sich noch deutlicher als bisher von Lafontaine zu distanzieren, falls er es mit „seinen gemeinsamen Anstrengungen in der Deutschlandpolitik ernst meint.“⁸⁶⁸ Jetzt, da Helmut Kohl durch sein Zehn-Punkte-Programm auch international die deutsche Frage „vom Nebel befreit“⁸⁶⁹ hätte, sah das Blatt nur noch Schwierigkei-

⁸⁶² Vgl. Endlich wird nachgedacht, in: *Die Welt*, 29.11.1989.

⁸⁶³ Ebenda.

⁸⁶⁴ „Wer weiß, ob die Zeit dafür reicht? Aber der Kanzler hat selbst zugegeben, dass die Einheit nicht am grünen Tisch oder mit dem Terminkalender in der Hand geplant und verwirklicht werden kann.“ Ebenda.

⁸⁶⁵ Ebenda.

⁸⁶⁶ „Bemerkenswert an Kohls Zehn-Punkte-Programm ist seine Einbettung in die künftige Architektur Gesamteuropas, das heißt in die Ost-West-Entspannung, die Weiterentwicklung der Reformen in Polen, Ungarn, und anderswo und in den europäischen Einigungsprozess. Dies gibt ihm – über die natürlichen Gefühle und Rechte der Deutschen hinaus – eine reale, in das internationale Umfeld eingebaute Basis. Dazu gehört die vom Kanzler bejahte weitere Verstärkung der Anziehungs- und Ausstrahlekraft der Europäischen Gemeinschaft. Eine Feststellung, die nicht nur Mitterand und die anderen EG-Partner zufriedenstellen, sondern auch für die mitteldeutschen Glieder eines künftigen deutschen Bundesstaates attraktiv sein müßte.“ Ebenda.

⁸⁶⁷ Vgl. ebenda.

⁸⁶⁸ Ebenda.

⁸⁶⁹ Das Hindernis, in: *Die Welt*, 30.11.1989.

ten in der sowjetischen Besatzung.⁸⁷⁰ Zugleich mahnte *Die Welt* aber an, dass der Sowjetunion die Angst genommen und ihr beim „Aufbau eines freiheitlich, demokratischen Rechtsstaat“⁸⁷¹ geholfen werden müsse.

Abermals analysierte *Die Welt* die französische Presse intensiv und urteilte: Die Reaktionen aus Frankreich ließen nichts Gutes erahnen. Quer durch alle politischen Lager hindurch übten die französischen Zeitungen heftige Kritik am Vorstoß des Kanzlers.⁸⁷² Dass Kohl die französische Regierung vorab nicht informierte, wurde intensiv beanstandet. Man stellte gar die „deutsch-französische Freundschaft“ in Abrede. Zudem wurde die Frage aufgeworfen, „welchen Einfluss die Besatzungsmächte eigentlich noch haben und ob sie nicht auch die Verantwortung für ganz Deutschland hätten“.⁸⁷³ „Solche Vorbehalte gegen eine deutsche Einheit lassen alte Ängste vor den unberechenbaren Teutonen wieder hochkommen.“⁸⁷⁴ Damit wies *Die Welt* auch den französischen Zeitungen eine Mitschuld am Misstrauen und den Vorbehalten gegenüber einem geeinten Deutschland zu. Zudem wurde die Situation dadurch erschwert, dass sich Altbundeskanzler Helmut Schmidt vor Studenten der französischen HEC-Schule entschieden gegen eine deutsche Wiedervereinigung aussprach.⁸⁷⁵

Parallel zur Kritik Frankreichs begann die öffentliche Diskussion darüber, wie das Treffen zwischen Ronald Reagan und Michail Gorbatschow zu werten sei. Es entstand daraufhin die Formel: „Von Jalta nach Malta“⁸⁷⁶, die als Beleg für die historische Dimension dienen sollte. Für *Die*

⁸⁷⁰ „Bleibt ein Hindernis: die Besatzungsmacht. Nun werden Szenarien über gegenseitige Rückzüge und wohlmöglich eine Neutralisierung gewälzt. Aber es geht nicht nur um den sowjetisch besetzten Teil Deutschlands. Polen ist besetzt, die ČSSR Ungarn hofft nächstes Jahr die Besatzung loszuwerden.“ Ebenda.

⁸⁷¹ Ebenda.

⁸⁷² Vgl. In Frankreich herrscht Irritation über Kohl, in: *Die Welt*, 01.12.1989.

⁸⁷³ „Die der Regierung nahestehende *Le Monde* stößt zum Kern der deutschen Frage vor: Was ist mit den Alliierten-Besatzungsrechten? Nirgends werde im Zehn-Punkte-Programm des Kanzlers die Verantwortung der vier Siegermächte für ganz Deutschland angesprochen.“ Ebenda.

⁸⁷⁴ Ebenda.

⁸⁷⁵ Vgl. In Frankreich herrscht Irritation über Kohl, in: *Die Welt*, 01.12.1989.

⁸⁷⁶ Moskau bemüht sich, zu konkrete Hoffnungen an den Gipfel zu dämpfen, in: *Die Welt*, 01.12.1989.

Welt war dieses Treffen ein Zeichen dafür, dass der Kalte Krieg wohlmöglich nun beendet war.⁸⁷⁷ Eigentlich ging es bei diesem Treffen aber um das bilaterale Verhältnis zwischen den USA und der Sowjetunion sowie um Fragen der Abrüstung. Dadurch, dass sich aber in der DDR und im Osten Europas die Ereignisse überschlugen, rückten zusätzliche Themen auf die Tagesordnung. Moskau unternahm jedoch den Versuch diese spannungsgeladenen Punkte auszuklammern.⁸⁷⁸ Dies gelang jedoch nur zum Teil. In der Abschlusserklärung beider Politiker wurden die Unterschiede wieder sichtbar:

„Zu den Entwicklungen in Europas sagte Bush, es stehe den USA und der UDSSR nicht an, über die Zukunft der Europäer zu entscheiden. Glücklicherweise zeigte sich der US-Präsident über die Veränderungen in Deutschland. Er habe Gorbatschow klargemacht, daß die USA die Entwicklung in keinem Land umkehren wollten [...].“⁸⁷⁹

Der sowjetische Staatschef wich auf so viel Offensive reflexartig zurück und beharrte erneut auf dem bisherigen Status quo: „Wir müssen uns an die Realitäten halten [...]. In Europa gibt es zwei deutsche Staaten. Sie sind Mitglieder der Vereinten Nationen, sie sind souveräne Staaten.“⁸⁸⁰ In einem ausführlichen Kommentar, der sich mit der Nachlese des Malta-Gipfels beschäftigte, bezog *Die Welt* erneut Position für die USA und ihrer Verbündeten. Zwar war auch *Die Welt* der Meinung, dass nach Kohls Offensive noch „Klärung nötig war“⁸⁸¹ und noch „große und sicherlich auch schmerzhaft Entscheidungen innerhalb der Nato nötig [sind]. Doch das Entscheidende blieb: Dieses Bündnis spricht mit einer Sprache.“⁸⁸²

⁸⁷⁷ „Haben im Februar 1945 Stalin, Roosevelt und Churchill auf der Krim die Weichen für die Nachkriegsrealitäten gestellt, so markiert nun das Treffen vor Malta nach den rasanten Ereignissen in Osteuropa eine neue Etappe, sozusagen das Ende des kalten Krieges.“

⁸⁷⁸ Das informelle Treffen von George Bush und Michail Gorbatschow wächst in den Rang eines großen historischen Ereignisses, in: *Die Welt*, 01.12.1989.

⁸⁷⁹ Bush schlägt Gorbatschow Olympia in Berlin vor, Brandneue Ära/Deutsche Frage als Gipfelthema bei Malta, in: *Die Welt*, 04.12.1989.

⁸⁸⁰ Ebenda.

⁸⁸¹ Malta und die Folgen, in: *Die Welt*, 05.12.1989.

⁸⁸² Ebenda.

„Welch gespenstischer Gegensatz dazu in Moskau“.⁸⁸³ Dort trafen laut Kommentator zwei Welten aufeinander „Abbruch und Aufbruch, Gescheiterte und Gewählte“.⁸⁸⁴ Dass Gorbatschow sich in der gegenwärtigen Situation so verhielt, war ebenfalls laut *Welt* nicht sehr verwunderlich. Gorbatschows größte Probleme lagen nämlich in der Sowjetunion selbst. Der Reformprozess von Glasnost und Perestroika war in vollem Gange, sodass er sich gezwungenermaßen derart positionieren musste. Die Meinung der amerikanischen Administration war bereits bekannt. Nach Malta reiste George Bush nach Brüssel zur NATO. Auch die NATO stellte sich hinter den Kurs der Amerikaner. Bis auf die bekannten Kritiker⁸⁸⁵ standen alle anderen Mitgliedsstaaten ausnahmslos hinter den Plänen der USA bzw. den Ergebnissen von Malta.⁸⁸⁶

Die Welt fasste die bisherigen Entwicklungen nach der Veröffentlichung des Zehn-Punkte-Plans in zwei großen Artikeln zusammen. Zum einen wurde darin die bis dato innenpolitische Entwicklung der BRD skizziert, zum anderen beurteilte man die außenpolitischen Geschehnisse.

Aus ihrer Sicht stellte sich die Lage wie folgt dar: Innenpolitisch dürfe es jetzt keine „kleinkarierte Debatte“⁸⁸⁷ geben, da die Chancen auf die Wiedervereinigung so groß seien wie niemals zuvor. Diese „historische Zeitspanne“ jetzt durch innenpolitische Grabenkämpfe kaputt zu machen, sei fatal und würde sich später rächen. Dass „die Anliegen der Deutschen, allem gegenteiligen Gerede zum Trotz, auf der Tagesordnung der Welt stehen“⁸⁸⁸, sei Anlass auch innenpolitisch einheitlich aufzutreten und den Zehn-Punkte-Plan zu unterstützen. Die entstandene Kritik von SPD, Grünen und auch von Teilen der FDP wies *Die Welt* entschieden zu-

⁸⁸³ Ebenda.

⁸⁸⁴ „Da erschienen Egon Krenz und Nicolae Ceaucescu, aber auch Tadeusz Mazowiecki.“ Ebenda.

⁸⁸⁵ Gemeint sind hier: Italiens Ministerpräsident Andreotti, Großbritanniens Premierministerin Thatcher und der niederländische Ministerpräsident Lubbers.

⁸⁸⁶ Vgl. NATO empfiehlt behutsames Vorgehen, in: *Die Welt*, 05.12.1989.

⁸⁸⁷ Kleinkarierte Debatte in Bonn, in: *Die Welt*, 05.12.1989.

⁸⁸⁸ Ebenda.

rück.⁸⁸⁹ Offenbar habe die deutsche Politik – bis auf große Teile der Union – noch nicht verstanden, worum es momentan wirklich gehe, nämlich „um die Interessen der Menschen in der DDR.“⁸⁹⁰ Der Zehn-Punkte-Plan werde im Ausland mittlerweile akzeptiert – auch von der Sowjetunion. „Es kam kein schroffes Nein“⁸⁹¹ aus Moskau. Die skeptische Haltung der Sowjets müsse zwar ernst genommen werden, jedoch sei dies kein Grund, sich vor der rasanten Entwicklung zu verschließen. Hätte der Kanzler sich vorher mit allen – innen- wie außenpolitisch –abgestimmt, wäre das Papier niemals zustande gekommen.⁸⁹² *Die Welt* richtete ihre Kritik daher sowohl an die FDP als auch an die Opposition. Von deren Seite gab es nämlich gar keine konkreten Vorstellungen, wie mit den aktuellen weltpolitischen Ereignissen umzugehen sei. Stattdessen würden sie sich nur mit sich selbst beschäftigten und würden den Prozess der Einheit gefährden.

Aus Sicht der *Welt* war man sich in NATO-Kreisen einig, den Fahrplan Kohls zu unterstützen.⁸⁹³ Zwar betonten die NATO und die USA, dass sie nichts unternehmen wollten, was die Dynamik noch weiter anheizt, jedoch wussten auch sie genau, wie schwer es war, sich diesen Entwicklungen zu entziehen.⁸⁹⁴ Und das sei das eigentliche Dilemma in dieser Situation gewesen. Da Gorbatschow sich beim Gipfeltreffen in Malta offiziell von der Breschnew-Doktrin abgewandt hatte, wurde es umso schwerer, die Freiheitsbestrebungen der Ostblockstaaten unberücksichtigt zu lassen. Die NATO hatte offensichtlich kein Interesse daran,

⁸⁸⁹ „Es gab Zeiten, und das ist noch gar nicht so lange her, in denen eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung die UNO nicht mit deutsch-deutschen, Querelen“ befassen wollte...“ Ebenda.

⁸⁹⁰ Ebenda.

⁸⁹¹ Kleinkarierte Debatte in Bonn, in: *Die Welt*, 05.12.1989.

⁸⁹² „Denn hätte Kohl mit einer solchen Abstimmungs-Diplomatie begonnen, er wäre in Paris gebremst worden und in London blockiert worden. Und was hätten SPD und wohl auch Genscher gesagt?“ Ebenda.

⁸⁹³ Vgl. Keine schlechten Chancen für Kohls Deutschlandpolitik, in: *Die Welt*, 05.12.1989

⁸⁹⁴ „Die Westmächte sind sich einig in dem Versuch, die Konsequenzen der Dynamik abzubremsen und Verschiebungen in den Bündnisstrukturen zu verhindern.“ Ebenda.

dass es auch in der Sowjetunion zu einer revolutionsartigen Umwälzung kommt.⁸⁹⁵

Die allgemeine Beurteilung der *Welt* zu Kohls Deutschlandpolitik lautete: Das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen kann durchgesetzt werden. Dafür sei es aber wichtig Geduld zu üben, damit sich ein Konsens in der Bundesrepublik bilde, der der außerordentlichen Situation gerecht wird und vor allem der Deutschlandpolitik von Helmut Kohl eine Chance gibt.⁸⁹⁶ Die Bundesrepublik gewann durch den Zehn-Punkte-Plan de facto an Souveränität zurück.⁸⁹⁷ Mit dieser klaren Haltung bezog *Die Welt* eindeutig Position zugunsten der Deutschlandpolitik von Helmut Kohl sowie seinem Zehn-Punkte-Programm. Nach zwischenzeitlicher Kritik an Kohls deutschlandpolitischen Kurs, stand man nun dem Kanzler und der Union wieder treu zur Seite.

2.6.2 Frankfurter Allgemeine Zeitung

Nach vorne schauen wollte Helmut Kohl, als er den Zehn-Punkte-Plan verkündete. So lautete zumindest das Urteil der *FAZ*.⁸⁹⁸ In seinem Stufenplan, der bewusst Rücksicht auf die einzelnen und größtenteils unterschiedlichen Interessen aller Beteiligten nahm, wurden „schillernde Begriffe“⁸⁹⁹ wie Konföderation und dann Föderation, also ein Bundesstaat verwendet. Es sei auch ein Versuch der Rechtsgelehrten gewesen „das Fliesende in einer Begriffsform erkalten zu lassen.“⁹⁰⁰ Wenn jedoch vom Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes gesprochen wurde, bezog sich das aber auch auf die Menschen in der DDR. Auch sie haben ein

⁸⁹⁵ „Alle früheren sowjetischen Pläne und Ansinnen, die Organisation aufzulösen oder in ihrer Substanz zu schwächen, sind dem vorherrschenden Interesse an ihrer Enthaltung gewichen. Ihre Bindekraft, so lautet jetzt der Konsens, müsse sogar politisch gestärkt werden, um die Fliehkräfte in Mittel- und Osteuropa im Rahmen zu halten.“ Ebenda

⁸⁹⁶ Vgl. ebenda.

⁸⁹⁷ „Doch bestreitet unter den Verbündeten niemand den Zuwachs an Souveränität, den der Bundeskanzler durch die Formulierung der deutschen Interessen zu verzeichnen hat.“ Ebenda.

⁸⁹⁸ Vgl. Nach vorn geschaut, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29.11.1989.

⁸⁹⁹ Ebenda.

⁹⁰⁰ Ebenda.

Selbstbestimmungsrecht und müssen es in Form von freien Wahlen – mit freien Parteien und Personen ausüben dürfen. Der Machtanspruch der SED müsse aufgehoben werden. Dies sei die erste Bedingung für freie Wahlen.

Lobende Worte fand der die *FAZ* dafür, dass Helmut Kohl die Deutschlandpolitik seiner Vorgänger anerkannte. Jedoch sei nun „die Vertragspolitik, der kleinen Schritte“⁹⁰¹ vorbei. Der Mut der DDR-Bürger verlange jetzt große Taten. Helmut Kohl hatte das verstanden. Wie *Die Welt* forderte die *FAZ* die Opposition auf, die Verpflichtung zur Einheit wahrzunehmen.⁹⁰² In einem weiteren Kommentar lobte Karl Feldmeyer Kohl für seine Weitsicht und dafür, dass er umsichtig seine Vorstellungen positionierte. „Ohne Eile und Hast“⁹⁰³ wertete Feldmeyer. Dass Kohl eigentlich nichts Neues vortrug und sich an bestehende Abkommen und Vereinbarungen hielt – gemeint waren hier der Harmel-Bericht und der Brief zur deutschen Einheit – sei Teil seiner Strategie gewesen. Auch dass die Umsetzung der ersten Punkte ohne ein Zutun von außen erfolgen konnte und somit der Viermächte-Status unberührt blieb, war intendiert.⁹⁰⁴ Zusätzlich wies Feldmeyer darauf hin, dass ein Jahr vor der Bundestagswahl, durchaus auch wahltaktische Überlegungen einen Rolle gespielt haben. Jetzt wisse jeder genau, wo die Union stehe.

Ob der Initiative Kohls ein historischer Rang zukäme, sei maßgeblich von den Entwicklungen in der DDR und Moskau abhängig gewesen.

„Die Impulse, die nun aus beiden deutschen Staaten kommen, müssen nun die bestehenden Vorurteile überwinden.“⁹⁰⁵ Die Reaktion aus den USA klang verheißungsvoll. Washington unterstützte den Kurs des Kanz-

⁹⁰¹ Ebenda.

⁹⁰² „Der Kanzler hat die Chance und das Gebot des Tages verstanden, er hat das eine genutzt, das andere befolgt. Es ehrt die Opposition, daß sie dies angenommen hat: es verpflichtet sie auch für die Zukunft.“ Ebenda.

⁹⁰³ Kohl nutzt die Stunde, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30.11.1989.

⁹⁰⁴ Vgl. ebenda.

⁹⁰⁵ Ebenda.

lers.⁹⁰⁶ Die Akteure im politischen Betrieb der USA, angefangen von Beratern, über Journalisten, bis hin zum Präsidenten sahen im Zehn-Punkte-Plan zwar keine „Blaupause zur Einheit“⁹⁰⁷, jedoch „eher einen kohärenten Entwurf in einer sich rasch wandelnden Situation.“⁹⁰⁸ Wichtig, so die einhellige Meinung aller Beteiligten in Washington, war die Tatsache, dass ein wiedervereinigtes Deutschland in die Europäische Gemeinschaft und die NATO eingebettet sei.⁹⁰⁹ Zusätzlich wollte man sich nicht in die politische Entwicklung in Europa direkt einmischen.⁹¹⁰ Die Strategie der USA beruhte darauf, die BRD „mit Konsultationen zu umarmen, anstatt sie mit historischen Bedenken zu konfrontieren. [...] Das gilt als beste Garantie dafür, neutralistischen Versuchungen hüben vorzubeugen und eine freiheitliche Entwicklung drüben fördern zu helfen.“⁹¹¹

Deutliche Kritik übte man hingegen auf sowjetischer Seite. Die Sowjetunion warf dem Bundeskanzler vor „den kürzlich begonnenen Prozess der Erneuerung in der DDR in eine nationalistische Richtung zu drängen.“⁹¹² Zudem schwimme Kohl mit seinem Verhalten gegen den Strom und stelle sich gegen die Interessen der anderen europäischen Staaten. In diesem Zusammenhang benutzte die Führung in Moskau die Schlagwörter „Revanchismus, Destabilisierung und egoistische[r] Ziele.“⁹¹³ Die Stellungnahme der Russen ist deshalb so interessant, da ein Sprecher des sowjetischen Außenministeriums zusätzlich bemerkt:

„[W]enn Kohl zu den zehn Punkten einen elften hinzugefügt und die Bundesregierung ausdrücklich darauf verzichtet hätte, die Grenzen von 1937 wiederherstellen zu wollen, so könnte die sowje-

⁹⁰⁶ „Bundeskanzler Kohl, so lautete das einhellige Urteil in Washington, hat unbestreitbar Zeitgefühl bewiesen.“ Amerika setzt auf das Augenmaß der Deutschen und ihre Treue zur Nato, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30.11.1989.

⁹⁰⁷ Ebenda.

⁹⁰⁸ Ebenda.

⁹⁰⁹ Vgl. ebenda.

⁹¹⁰ „Bush verspürt unterdessen keinen Zugzwang. Er erklärte die Wiedervereinigung zu einer Sache der Deutschen und ihrer europäischen Nachbarn.“ Ebenda.

⁹¹¹ Ebenda.

⁹¹² Scharfe Kritik aus Moskau, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30.11.1989.

⁹¹³ Gorbatschow warnt vor der Verfolgung egoistischer Ziele, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 01.12.1989.

tische Regierung bereit sein, ihre Haltung zum Kohl Plan zu überdenken.“⁹¹⁴

Ob diese Aussage offiziell verifiziert wurde, bleibt ungeklärt. Bevor der amerikanische Präsident zu seiner Reise nach Malta aufbrach, warnte er vor „zu hochgesteckten Erwartungen an das Gipfeltreffen.“⁹¹⁵ Auch betonte Bush, dass „es keine Verabredungen über die Köpfe der Europäer hinweg“⁹¹⁶ geben werde. Dabei, so die FAZ, sei die ursprünglich gedachte Tagesordnung von der Realität sowieso längst eingeholt worden.⁹¹⁷ „In Mitteleuropa erhoben sich die Völker von den Deutschen bis hin zu den Bulgaren und setzten sich selbst mit beispielloser Kraft auf die Tagesordnung der Großmächte.“⁹¹⁸ „Ein zweites Jalta – also eine neue Nachkriegsordnung“⁹¹⁹ sei aber für den Präsidenten keine Option, betonte die Administration in Washington. Vielmehr ging es Bush darum, das Mögliche und das Machbare auszuloten.⁹²⁰ Das Thema Wiedervereinigung sollte dabei aber tunlichst vermieden werden, bestätigte Außenminister Baker.⁹²¹ Offenbar waren die Amerikaner daran interessiert, dass Glasnost und Perestroika in den Staaten des Warschauer Paktes fortgesetzt und so eine homogene Entwicklung – hin zu mehr Demokratie und freier Marktwirtschaft – in diesen Ländern vollzogen wird. Die Ergebnisse von Malta wurden von beiden Politikern positiv gewertet.⁹²² Allerdings zeigten sich beide Parteien in ihrer Einschätzung einer möglichen Deutschen Einheit sehr zurückhaltend.⁹²³ Die FAZ hingegen kritisierte in ei-

⁹¹⁴ Ebenda.

⁹¹⁵ Bush warnt vor hochgesteckten Erwartungen an das Gipfeltreffen vor Malta, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30.11.1989.

⁹¹⁶ Ebenda.

⁹¹⁷ Vgl. Europas Grenzen nicht antasten, sondern Gorbatschows Grenzen ausloten, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 01.12.1989.

⁹¹⁸ Ebenda.

⁹¹⁹ Ebenda.

⁹²⁰ „Er möchte vielmehr versuchen, Gorbatschows Reformspielraum auszuloten und die Grenzen von dessen Toleranz im östlichen Bündnis zu erspüren.“ Ebenda.

⁹²¹ Vgl. ebenda.

⁹²² Vgl. Bush und Gorbatschow ziehen eine positive Bilanz, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 04.12.1989.

⁹²³ „Mit auffallender Zurückhaltung äußerten sich beide Politiker über die deutsche Frage. Sie gaben dabei kaum Einzelheiten über den Inhalt und den Tenor ihrer dem Vernehmen nach recht eingehenden Diskussionen preis.“ Ebenda.

nem Kommentar die Ergebnisse von Malta. Dabei wurden besonders die sowjetischen Positionen und Forderungen hinterfragt.⁹²⁴ Ihre Kritik richtete sich gegen die sowjetischen Forderungen nach einer zweiten Helsinki-Konferenz, die den möglichen Status quo in Europa zementieren sollte. Gorbatschow, so die FAZ, wolle mit aller Macht verhindern, dass die Dynamik der Revolution alle Ostblockstaaten mitreißt und so der Verfall des kommunistischen Systems sich nicht mehr aufhalten ließe.⁹²⁵

Vermutlich veranlassten die andauernden innenpolitischen Debatten zwischen SPD und Teilen der FDP über die Bedeutung des Zehn-Punkte-Plans, die Redaktion einen weiteren, äußerst kritischen Kommentar zu verfassen. Dieser beleuchtete nochmals die Funktion von Genscher und Kohl und verwies zudem auf die tragende Rolle der ungarischen Regierung. Diese hatte durch ihre Flüchtlingspolitik den Anstoß zur Ausreisewelle im Sommer 1989 in die BRD gegeben.⁹²⁶ Letztlich habe es erst Gorbatschow möglich gemacht, dass in den „sozialistischen Bruderstaaten“ eine Kehrtwende zum Besseren beginnen konnte. In Ungarn und Polen war man darauf vorbereitet und ergriff die Chance. Nur die DDR nicht.⁹²⁷ In entscheidenden Momenten sind es Einzelne, die sich nach vorne trauen und mit ihrem Handeln Geschichte schreiben.⁹²⁸ Eben jene waren an den Geschehnissen im Herbst 1989 aktiv beteiligt.

⁹²⁴ Vgl. Schädlicher Plan, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 05.12.1989.

⁹²⁵ „Nichts steht einer weiterer Vertiefung der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion im Wege, nichts auch einer Gipfelkonferenz der Mitglieder beider Bündnisse zur Unterzeichnung von Abrüstungsabkommen. Aber Bonn und die westlichen Alliierten wären schlecht beraten, wenn sie einer allgemeinen Konferenz zur politischen Neuordnung Europas zustimmten – in welcher Zusammensetzung auch immer: Jalta, die vier Mächte, Helsinki, ehe der Prozess der Selbstbestimmung in Osteuropa an sein natürliches Ziel gelangt ist und diese Völker frei für sich selbst sprechen können, auch die Deutschen.“ Ebenda.

⁹²⁶ Vgl. Einzelne – hier wie dort, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 06.12.1989.

⁹²⁷ „Ähnlich wie in der Sowjetunion hielten auch dort einzelne das Rad in Schwung: Walesa in Polen, Pozsgay in Ungarn. In der DDR tat sich nichts. Ach in der Bundesrepublik tat sich angeblich nichts – und es wurde verbreitet, daß sich das Hinschauen nicht lohnte. Doch an einem Freitag saßen in Bonn vier Männer zusammen – und machten Weltgeschichte: Bundeskanzler Kohl, Außenminister Genscher, Ungarns Ministerpräsident Nemeth und sein Außenminister Horn.“ Ebenda.

⁹²⁸ „Auch wenn nun Menschenmengen auf der Straße binnen Tagen eine jahrzehnte überdauernde Cliquenpolitik aufheben, sind es doch immer einzelne, welche die Anstöße geben. Wird einmal die Bilanz der Nachkriegszeit gezogen, werden diese namentlich Bekannten und Verantwortlichen allerdings nicht daran gemessen wer-

Unterdessen versuchte der SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel noch immer seine Partei in Fragen der Deutschlandpolitik zu einen.⁹²⁹ Dabei ging es nach wie vor um die Aussagen Oskar Lafontaines, der sich vehement gegen eine Wiedervereinigung stemmte.⁹³⁰ Die SPD war zu diesem Zeitpunkt tief gespalten, wie sie sich konkret zu Kohls Fahrplan positionieren sollte.⁹³¹ Ihr Parteivorsitzender distanzierte sich indes von den Aussagen des saarländischen Ministerpräsidenten.⁹³²

Das entscheidende Thema für die Redaktion blieb jedoch das Verhalten Russlands sowie das Frankreichs. Gorbatschow und Mitterrand wurden erneut heftig kritisiert.⁹³³ Als besonders „lächerlich“⁹³⁴ befand man, dass beide Staatschef so täten, „als stehe die deutsche Frage nicht auf der Tagesordnung der Weltpolitik.“⁹³⁵ Durch die veränderte folgte Helmut Kohl dem Auftrag des Grundgesetzes – ohne dabei jedoch Forderungen oder gar Bedingungen zu stellen.⁹³⁶ Ebenso „seltsam ist der Minderwertigkeitskomplex, der in Paris eine Fixierung auf die Beschleunigung der EG-Entwicklung hin zur Währungsunion hervorgerufen hat.“⁹³⁷ Fast scheint es so, mutmaßte die *FAZ*, dass „aus einer europäischen Währung die Stricke und Pflöcke gemacht werden, um einen künftigen deutschen Gulliver zu fesseln.“⁹³⁸ Nur sei diese Angst vollkommen unbegründet gewesen. Auch ein wiedervereinigtes Deutschland stehe fest zur Westbin-

den, wer von ihnen obendrein zusätzlich gelächelt und Bücher geschrieben hat. Auch jenen, deren Konzept auf zwei Blatt Papier paßt oder nur wenige Stichworte umfaßt, aber mutig und einfallsreich waren, wird man für ihre Erfolge Anerkennung zollen.“ Ebenda.

⁹²⁹ Vgl. Vogel sucht die SPD in der Deutschlandpolitik zu einen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 06.12.1989.

⁹³⁰ Vgl. ebenda.

⁹³¹ Vgl. ebenda.

⁹³² Vgl. Vogel warnt vor Profilierung in der SPD, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 07.12.1989.

⁹³³ Vgl. Rechte und Pflichten, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 08.12.1989.

⁹³⁴ Ebenda.

⁹³⁵ „[...] [D]ie deutsche Frage stehe nicht auf der Tagesordnung. Warum haben die beiden Herren dann über dieses Thema überhaupt gesprochen?“ Ebenda.

⁹³⁶ Vgl. ebenda.

⁹³⁷ Ebenda.

⁹³⁸ Ebenda.

dung und zur EG, da es nur durch jene Wohlstand gewinnen könne.⁹³⁹ Daher der Ratschlag an die französische Politik seitens die *FAZ*: Vertrauen in die deutsche Politik zu haben, ansonsten werde nur unnötiges Misstrauen gesät. Hingegen lobte ein zweiter Kommentar den amerikanischen Präsidenten Bush und dessen Umgang mit der aktuellen weltpolitischen Situation.⁹⁴⁰ Das war natürlich kein Zufall – zwei Kommentare zur aktuellen Weltpolitik mit eindeutigen Aussagen und Meinungen. Durchaus konnte dies als Appell an alle Beteiligten verstanden werden, sich für die weiteren Entwicklungen in Europa und speziell in der deutschen Frage in Einklang zu bewegen. Die *FAZ* bekannte sich ebenso eindeutig zum Zehn-Punkte-Programm, wie zuvor schon *Die Welt*. Auch sie unterstützte mit ihren Kommentaren und Berichten die Strategie der Bundesregierung. Daher richtete sich ihre Kritik auch nur auf die, ihrer Meinung nach, desaströs agierende Opposition. Besonders mit der tief gespaltenen SPD ging man hart ins Gericht. Um die Skeptiker einer Deutschen Einheit, sowohl in Deutschland als auch in Frankreich, davon zu überzeugen, dass von einem geeinten Deutschland keine Gefahr ausginge, platzierte die *FAZ* gezielt mehrere Artikel, die sich deutlich für eine Wiedervereinigung aussprachen, zugleich aber auch die weitergehende Vertiefung der EG befürworteten.

2.6.3 Süddeutsche Zeitung

Kurios mutet es schon an, dass die *SZ* am Tag, an dem Helmut Kohl seinen Zehn-Punkte-Plan verkündigt, einen Lexikonartikel über die Bedeutung einer Konföderation abdruckte.⁹⁴¹ Während der haushaltspolitischen Debatte schließlich verlas der Kanzler seinen Zehn-Punkte-Plan, in dessen inhaltlicher Bewertung die *SZ* nicht mit Kritik sparte.⁹⁴² Als „keinen

⁹³⁹ „Dabei gibt es im Ernst keinen Zweifel an der Selbstbindung der Bundesrepublik an den Westen. Wie sollten die Deutschen in West und Ost Wohlstand erhalten oder gewinnen können, wenn nicht in der EG?“ Ebenda.

⁹⁴⁰ Vgl. Bushs Kursbuch, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 08.12.1989.

⁹⁴¹ Vgl. Aktuelles Lexikon, Konföderation, in: *Süddeutsche Zeitung*, 28.11.1989.

⁹⁴² Vgl. Kohl strebt bundesstaatliche Ordnung für ganz Deutschland an, in: *Süddeutsche Zeitung*, 29.11.1989.

großen Wurf“ beurteilte sie den Entwurf. Jedoch, und da unterschied man sich von den bisherigen Zeitungen, vermutete die *SZ* ganz andere Motive hinter Kohls Plan. Zum einen sah man in dem Papier keinen konkreten Fahrplan, sondern nur einen „Beitrag zur üppig sprießenden Diskussion.“⁹⁴³ Vermutlich weil es selbst Helmut Kohl an Phantasie mangelte, sich zu jenem Zeitpunkt die Einheit überhaupt vorstellen zu können. Doch sehr wohl wurde hinter diesem „betulichen Duktus“⁹⁴⁴ eine Strategie vermutet. Da wären einmal die „konservativen Wählerschichten der Union“⁹⁴⁵, die der Kanzler offenkundig nicht vor den Kopf stoßen wolle. Zum anderen vermied „er fast ängstlich eine Definition dessen, was er unter konföderativen Strukturen verstand.“⁹⁴⁶ Wohl auch deshalb um seinen Gegnern keine Angriffsfläche zu liefern. Die *SZ* vermutete aber noch einen ganz anderen Aspekt, der von der *Welt* und der *FAZ* nicht aufgegriffen wurde: „Falls die Zwischenschritte in einem langen Prozess der Einheit sich als Dauerlösung etablieren würden, käme der Kanzler in erhebliche Bedrängnis“⁹⁴⁷ Vielleicht unterscheidet sich Kohls Programm auch deshalb deutlich von den Deutschlandplänen Herbert Wehners und der FDP aus den fünfziger Jahren.⁹⁴⁸ Eine andere Analyse der *SZ* lautete:

„Kohl habe dadurch, daß er einen für die Deutschen reizvollen und die anderen Europäer akzeptablen Zustand in die Debatte einführte, mit einem Federstrich die alte Wiedervereinigungsideologie der Union vom Tisch gewischt.“⁹⁴⁹ Gemeint waren damit wohl Vorstellungen einer Wiedervereinigung in den Grenzen von 1937.

In Moskau reagierte man sehr empört über das Vorpreschen des Bundeskanzlers. Zudem vermutete man, dass Kohl sich in interne Angele-

⁹⁴³ Annäherungen an die Einheit, in: *Süddeutsche Zeitung*, 29.11.1989. Ebenda.

⁹⁴⁴ Ebenda.

⁹⁴⁵ Ebenda.

⁹⁴⁶ Ebenda.

⁹⁴⁷ Ebenda.

⁹⁴⁸ „Wehners Plan enthielt keine Konföderation, sondern die phasenweise Vereinigung der beiden Gebietsteile bis zu einer gesamtdeutschen Regierung.“ Ebenda.

⁹⁴⁹ Annäherung an die Einheit, in: *Süddeutsche Zeitung*, 29.11.1989.

genheiten der DDR einmischen wolle.⁹⁵⁰ Zudem schilderte die Zeitung, dass „der Stufenplan in Ost und West auf Skepsis und Ablehnung“ stieß.⁹⁵¹ Ein Hauptkritikpunkt war das fehlende Bekenntnis zur polnischen Westgrenze. Dabei reagierten nicht nur die Polen verärgert, sondern auch die Tschechoslowakei zeigte sich besorgt. „Allen Reaktionen des Westens wie des Ostens ist freilich das Bedauern darüber gemeinsam, daß der Kanzler kein verbindliches Wort zu den Grenzen in Europa gesagt hat.“⁹⁵² Für die *SZ* stand fest, dass „dem Bundeskanzler und seinen Beratern genau das passiert ist, was sie vermeiden wollten. Der Stufenplan hat mehr Verwirrung gestiftet als zur Beruhigung der Diskussion beigetragen.“⁹⁵³ In diesem Zusammenhang unterstützte die *SZ* ausdrücklich den Entschließungsantrag der SPD im Bundestag, die eine Garantie über die polnische Westgrenze verabschieden wollte. Eine solche Verabschiedung „sei ein diplomatischer Flankenschutz und für jeden Deutschlandplan unerlässlich.“⁹⁵⁴ Zudem machte man Helmut Kohl allein dafür verantwortlich, in welche Situation er die Bundesregierung gebracht hatte. In einem ausführlichen Kommentar fasste die *SZ* nochmals die Kritik an Helmut Kohl zusammen. Das Zehn-Punkte-Papier wurde aus der „Hüfte geschossen und am Küchenkabinett zusammengeschustert.“⁹⁵⁵

Und das sei genau das Problem des Papiers. Die einzelnen Positionen seien unverdächtig, doch zusammengenommen sorgen sie für erhebliche Irritationen.⁹⁵⁶ „Im Osten wie im Westen drängt sich der Eindruck auf, der große Fisch öffne das Maul, um den kleinen zu schlucken.“⁹⁵⁷ Auch sei es keine Entschuldigung, dass sich Helmut Kohl im Vorwahlkampf befände. Die französische Regierung kritisierte vor allem zwei Punkte: Zum einen, dass Helmut Kohl seinen Vorstoß nicht abgesprochen

⁹⁵⁰ Vgl. Moskau: Kohl will der DDR Bedingungen diktieren, in: *Süddeutsche Zeitung*, 30.11.1989.

⁹⁵¹ Ohne Grenzgarantie keine deutsche Einheit, in: *Süddeutsche Zeitung*, 01.12.1989.

⁹⁵² Ebenda.

⁹⁵³ Vgl. ebenda.

⁹⁵⁴ Ebenda.

⁹⁵⁵ Des Kanzlers Fehler, in: *Süddeutsche Zeitung*, 02.12.1989.

⁹⁵⁶ „Doch miteinander verflochten und komprimiert haben alle diese unverdächtigen Aussagen neue Qualität erhalten.“ Ebenda.

⁹⁵⁷ Ebenda.

hatte und zum anderen, dass er nun auch noch in Fragen der Wirtschafts- und Währungsunion nun auch noch „auf die Bremse trat“.⁹⁵⁸ Besonders ausgiebig widmete sich die *SZ* den Sorgen der Franzosen. Für François Mitterrand kam das Ansinnen von Helmut Kohl wohl besonders unerwartet.⁹⁵⁹ Dabei ging es Mitterrand, laut *SZ*, darum „einen Zusammenhang zwischen der Nachkriegsordnung Europas und der Verwandlung der EG in eine politische Gemeinschaft herzustellen.“⁹⁶⁰ Die *Süddeutsche Zeitung* zeigte Verständnis, dass unter diesen Umständen die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland über Nacht wieder unruhig wurden. Um dieses Verhältnis wieder zu beruhigen und „die Entwicklung in Deutschland zu stabilisieren und sie in geordnete Bahnen zu leiten“⁹⁶¹, beabsichtigte Mitterrand in die DDR zu reisen. Dabei wusste der französische Staatschef sehr wohl, dass es dauerhaft sehr schwer sein würde, sich „gegen das Selbstbestimmungsrecht durch die Deutschen zu sperren.“⁹⁶² Daher galt in der französischen Regierung die Maxime: „Wenn es zur Wiedervereinigung kommt, dann – nach Pariser Vorstellung – mit der EG, nicht durch eine Sonderregelung mit der Bundesrepublik.“⁹⁶³

In der innenpolitischen Debatte über das Zehn-Punkte-Papier gerieten die Parteien in Bonn zunehmend aneinander. Dabei spielte die bereits erwähnte ablehnende Haltung Oskar Lafontaines eine wesentliche Rolle. Die SPD tat sich in dieser Zeit sehr schwer, Geschlossenheit zu demonstrieren. Zusätzlich, so sah es jedenfalls die *SZ*, kämpfte auch die Koalition darum, ein einheitliches Bild abzugeben.⁹⁶⁴ Zudem behauptete die *SZ*,

⁹⁵⁸ Vgl. Wegen Kohls Deutschland-Plan, Mitterrand enttäuscht über fehlende Absprache, in: *Süddeutsche Zeitung*, 02.12.1989.

⁹⁵⁹ Vgl. Weshalb Mitterrand die DDR besuchen wird, über Nacht wieder ein unruhiger Nachbar, in: *Süddeutsche Zeitung*, 02.12.1989.

⁹⁶⁰ Ebenda.

⁹⁶¹ Ebenda.

⁹⁶² Ebenda.

⁹⁶³ Ebenda.

⁹⁶⁴ Vgl. Das Bonner Spiel um die Volksseele, wie Hoffnungen und Ängste in der Wiedervereinigungsfrage die Bundesparteien CDU, SPD und FDP zum Durchdenken ihrer Programme zwingen, in: *Süddeutsche Zeitung*, 06.12.1989.

Helmut Kohl hätte bewusst niemanden vorab informiert.⁹⁶⁵ Hintergrund waren offenbar strategische Gründe. Innenpolitisch wollte man die SPD auf Distanz halten. Außenpolitisch befürchte man wohl einen zu großen Widerstand der europäischen Staats- und Regierungschefs.⁹⁶⁶

Die Union ließ das alles unbeeindruckt. Sie beharrte auf ihrem Programm und beabsichtigte es sogar auf einem kleinen Parteitag bestätigen zu lassen.⁹⁶⁷ Um auf europäischer Ebene verloren gegangenes Vertrauen wiederherzustellen, warb der Kanzler beim EG-Gipfel in Straßburg um Verständnis für seinen Plan.⁹⁶⁸ Vor diesem Gipfel druckte die *SZ* einen umfassenden Kommentar zur aktuellen Situation. Der Titel „Zwischen den Eisschollen“ fasste treffend die Gesamtsituation zusammen, in der sich die Bundesregierung zu diesem Zeitpunkt befand.⁹⁶⁹ Sie schwamm symbolisch – eingeklemmt zwischen zwei Blöcken – auf hoher See.⁹⁷⁰

Nur gemeinsam, so der Rat des Autors Josef Joffe, sei die gegenwärtige Situation zu lösen und eine Einigung im Sinne Europas möglich. Wenn alle Staaten der EG an einer Vertiefung Europas arbeiteten, sei ein Wiederaufflammen alter Machtfragen obsolet, so seine Einschätzung. Jedoch, so Joffe weiter, muss die Initialzündung auch von der DDR-Bevölkerung mitgetragen werden: „Die Demokratie muss sich die DDR-Bevölkerung selbst erkämpfen; dazu brauche es keine Belehrungen von außen.“⁹⁷¹ Der entscheidende Durchbruch gelang Helmut Kohl schließlich in Straßburg. Die Staats- und Regierungschefs stimmten für einen Entschließungsantrag, der der deutschen Nation erlaubte, ihr Recht auf freie Selbstbestimmung auszuüben.⁹⁷²

⁹⁶⁵ „Es gibt eben Situationen, wo man sich nicht abstimmen kann, meinte ein Freund des Bundeskanzlers, der die jüngste Entscheidung aus nächster Nähe miterlebt hat.“
Ebenda.

⁹⁶⁶ Vgl. ebenda.

⁹⁶⁷ Vgl. Trotz der Kritik im In- und Ausland, Union beharrt auf Zehnstufenplan, in: *Süddeutsche Zeitung*, 07.12.1989.

⁹⁶⁸ EG-Gipfelkonferenz in Straßburg, Kohl will seine Zehn-Punkte erläutern, in: *Süddeutsche Zeitung*; 08.12.1989.

⁹⁶⁹ Vgl. Zwischen den Eisschollen, in: *Süddeutsche Zeitung*, 08.12.1989.

⁹⁷⁰ Vgl. ebenda.

⁹⁷¹ Ebenda.

⁹⁷² „Der Bundeskanzler kann es als Erfolg verbuchen, daß die Westeuropäer seine Haltung zur Wiedervereinigung, wenn auch mit Einschränkungen, zur ihrer eige-

Der „Fahrplan zur Einheit“, wie das Zehn-Punkte-Programm auch genannt wurde, löste bei der *SZ* keine Euphorie aus. Eher im Gegenteil – wurde doch die Kritik der Westmächte sowie der Sowjetunion als durchaus nachvollziehbar und berechtigt empfunden. Die Analyse des Programms konstatierte nichts originär Neues, jedoch, so die *SZ*, bestand die eigentliche Brisanz des Plans in der Auflistung der einzelnen Punkte, die somit sehr wohl, nach *SZ*-Meinung, als konkrete Aufforderung zur Einheit zu verstehen waren. Zudem zeigte man für die skeptische Haltung Frankreichs Verständnis und riet ebenfalls zu einer starken, integrativen europäischen Lösung.

2.6.4 Die Zeit

Die Zeit sah in Helmut Kohls zehn Punkten zwar erstmals seit 1969 wieder ein gemeinsames außenpolitisches Handeln zwischen Regierung und Opposition. Jedoch sprach sie dem Plan seine Originalität ab. Vielmehr sei Bisheriges einfach kanalisiert worden.⁹⁷³ Daher auch die Sorge der Redaktion, das ganze Vorhaben könne scheitern. Zwar seien die Ideen prächtig und verheißungsvoll, ihre Umsetzung aber wohl umso schwerer:

„Die Idee kann die Taten nicht ersetzen.“⁹⁷⁴ Die Risiken lägen vor allem in einem finanziellen Kollaps der DDR. Wie sollte einem solchen Konkurs entgegengewirkt werden?⁹⁷⁵ Das zweite Problem sei die immer noch existente Teilung der Systeme. Da eine Konföderation nach damaligem Status wahrscheinlicher war, als eine Einheit, läge die Gefahr in

nen gemacht haben.“ Der Straßburger EG-Gipfel, eine Formel für das ungleiche Paar, in: *Süddeutsche Zeitung*, 11.12.1989.

⁹⁷³ „In Wirklichkeit handeln weder der Kanzler und der Oppositionsführer in Bonn noch die Führung in Ost-Berlin (die schon gar nicht!) als Hexenmeister der Geschichte. Vielmehr gleichen sie alle Zauberlehrlingen, die einen politischen Wasserfall zu kanalisieren versuchen, wobei die Politiker der SED von den Strudeln schon fortgerissen werden.“ Zehn Punkte für eine Miteinander, in: *Die Zeit*, 01.12.1989.

⁹⁷⁴ Ebenda.

⁹⁷⁵ „Ob die Perspektive einer deutschen Konföderation in dieser Situation des Umbruchs wirklich nur stabilisierend wirkt, ist noch nicht ausgemacht – zumal da es sich bisher nur um flüchtig hingeworfene Skizzen handelt. Außerdem ist der Bankrott der DDR nicht durch hehre Ideen, sondern nur mit massiven Hilfen abzuwenden.“ Ebenda.

einem Sonderweg, der der „europäischen Entwicklung vorseilt, wenn nicht gar zuwiderläuft.“⁹⁷⁶ Deswegen sei es wichtig, dass es keinen deutschen Alleingang gibt. Die Überwindung des Kommunismus beseitige nicht die Ursache der deutschen Teilung. Ursächlich sei der Zweite Weltkrieg gewesen, aber auch eine mangelnde Kompatibilität eines deutschen Einheitsstaats im europäischen Gleichgewicht. Daher sei es noch wichtiger, so *Die Zeit*, dass beide Staaten zukünftig noch fester in der europäischen Ordnung verankert würden. So viel zu den theoretischen, äußeren Rahmenbedingungen einer Konföderation bzw. Föderation.

Das viel größere Problem sei das wirtschaftliche Gefälle. Die Regierung in Bonn müsse dem entgegenwirken.⁹⁷⁷ Doch wie soll der, in Schiefelage geratene, DDR geholfen werden? Es sei außerordentlich schwierig eine ordentliche Agenda zu implementieren. Ohne eine Angleichung der Wirtschafts- und Rechtsnormen sei jeder Plan zum Scheitern verurteilt. In einer Vorschau auf das Treffen von Malta war sich *Die Zeit* sicher, dass eine neue Epoche angebrochen sei. Zwar trafen sich die USA und die Sowjetunion, die Hauptakteure aber säßen innerhalb Europas.⁹⁷⁸ Dort spiele die Geschichte nun – und der alte Kontinent kann wohlmöglich ein „neues, gefestigtes Europa, das an seinen Glanz vor 1914 anknüpft, werden. Malta war kein ein neues Jalta. Dafür fehlten den beiden Ländern zum einen die Macht und zum anderen das dazugehörige Mandat.⁹⁷⁹ Jetzt war es für die EG Zeit, sich den Schwierigkeiten zu stellen und die vorhandenen strukturellen Probleme zu lösen. Die Krise der EG spiegelte sich in einem Reformstau wider. Die Veränderungen in Osteuropa boten nun der Staatengemeinschaft die Möglichkeit, die Krise in Osteuropa als Chance zu begreifen, die zugleich aber auch eine Bewährungsprobe

⁹⁷⁶ Zehn Punkte für ein Miteinander, in: *Die Zeit*, 01.12.1989.

⁹⁷⁷ „Bonn muß der Wirtschaftsmisere im anderen deutschen Staat energisch abhelfen, wenn denn, gerade als Folge der neuen Freiheit, nicht noch rascher ausbluten soll.“ Rasche Schritte zu fernem Ziel, Bonn will und muß der DDR alsbald Hilfe leisten, in: *Die Zeit*, 01.12.1989.

⁹⁷⁸ Vgl. Von Jalta nach Malta, Bush und Gorbatschow treffen sich auf schwankenden Planken, in: *Die Zeit*, 01.12.1989.

⁹⁷⁹ Vgl. ebenda.

war.⁹⁸⁰ *Die Zeit* sah schon damals den Schwerpunkt des Einigungsprozesses in der Europäischen Gemeinschaft und nicht bei Amerikanern oder Russen. Zudem könne sich die EG, wenn sie sich in diesem Konflikt erfolgreich bewährte, emanzipieren und wäre für zukünftige Aufgaben besser gewappnet. Der Gipfel von Malta war trotzdem ein Erfolg. „Es ging nämlich nicht direkt um Abrüstung oder Waffen, sondern um die Substanz der Ost-West-Politik.“⁹⁸¹ Damit schloss sich der Kreis, ausgelöst von europäischen und vor allem deutschen Ereignissen. Der Krieg, der sie zu Verbündeten machte, die Teilung Europas und die deutsche Frage machte sie zu Feinden und nun am Ende eines langen Prozesses sind beide wieder aufeinander angewiesen, das Schicksal des alten Kontinents in friedvolle Bahnen zu lenken.⁹⁸² Diese Erkenntnis von beiden Seiten sei die wirkliche Sensation von Malta gewesen.

Ganz anders war derweil die Stimmung in der Koalition. Diese war seit der Offenlegung von Kohls Zehn-Punkte-Plan erheblich getrübt.⁹⁸³ Im Kanzleramt hatte man wohl nicht damit gerechnet, dass der Vorstoß auch innerhalb der Verbündeten für so viel Unmut sorgen würde. Wurde auf dem Gipfel von Malta noch mit Kritik gespart, so kommt es spätestens beim NATO-Gipfel in Brüssel oder beim EG-Gipfel in Straßburg zu ersten Entscheidungen. „Was führt Bonn im Schilde?“⁹⁸⁴ lautete die drängendste Frage der westlichen Verbündeten. Zudem so *Die Zeit* war der Vorstoß von Helmut Kohl minutiös geplant. Seine Argumentation, ein vorheriges Konsultieren der europäischen Partner hätte den Plan zunichte gemacht, ließ *Die Zeit* nicht gelten. Ihrer Meinung nach plante Kohl diesen Überraschungscoup bewusst, um sich deutlich gegenüber der Opposition aber auch innerparteilichen Bewegungen positionieren zu können. Bis dato wirkte der Kanzler eher ratlos und überfordert mit den

⁹⁸⁰ „Im übrigen jedoch sind die Europäer gefordert. Das gilt für die Westeuropäer.“
Ebenda.

⁹⁸¹ Verbündete der Vorsicht, in: *Die Zeit*, 08.12.1989.

⁹⁸² „So wurde in Malta ein stillschweigender Stabilitätspakt geschlossen [...]“
Ebenda.

⁹⁸³ Vgl. Der Ton ist gereizt, in: *Die Zeit*, 08.12.1989.

⁹⁸⁴ Ebenda.

Ereignissen in der DDR. Sein Ziel war es, einen klaren taktischen Vorteil im anstehenden Wahlkampf zu erlangen.⁹⁸⁵ Die FDP musste notgedrungen, aufgrund der von ihr erwarteten Koalitionsräsion und mangels einer wirklichen Alternative, dem Zehn-Punkte-Plan zustimmen. Eigentlich hätte sie wohl lieber dem Entschließungsantrag der SPD zugestimmt.⁹⁸⁶

Der Zehn-Punkte-Plan warf aber noch eine ganz andere Frage auf, mit der sich *Die Zeit* intensiv beschäftigte: Sind die Deutschen überhaupt fähig, in einem geeinten Land zu leben, ohne dass bei ihnen „die Großmannssucht“ wieder durchschlägt?⁹⁸⁷ Anders ausgedrückt: Durfte es ein „Großdeutschland“ wieder geben oder ging von einem solchen Land, das auf eine erschreckende Vergangenheit zurückblickte, nach einer Vereinigung erneut Gefahr aus? Und hatten die Deutschen aufgrund ihrer Vergangenheit überhaupt das Recht auf freie Selbstbestimmung? Nun mochte man annehmen, dass eine solche Debatte von ausländischen Medien geführt wurde – mitnichten, es war *Die Zeit* und ihr Chefredakteur Theo Sommer, der eine solche Frage öffentlich diskutierte.⁹⁸⁸ „Geschichtskundige kann dies nicht wundernehmen. Die deutsche Frage hat in der Neuzeit nie den Deutschen allein gehört.“⁹⁸⁹ Dazu gehörte, so *Die Zeit*, die Selbsterkenntnis der Deutschen, die sie auch so zu akzeptieren hätten, dass der Kalte Krieg nicht die Ursache der Teilung war, sondern die Folge. Die Alliierten hätten sich damals schon bewusst darauf

⁹⁸⁵ „Das Argument aus seinem Amt, Vorbesprechungen und Konsultationen hätten jede Perspektive zum Scheitern verurteilt, leuchtet zwar ein, ist aber doch nur eine – nachträgliche – Schutzbehauptung. In Wahrheit war der mit äußerster Diskretion und im allerengsten Kreis vorbereitete Vorstoß von Anfang an so und nicht anders geplant – eine Operation vor allem auch zum taktischen Vorteil des Wahlkämpfers Kohl.“ Ebenda.

⁹⁸⁶ „Deshalb hätte die FDP dem SPD Entwurf für die Bundestagsentschließung zu Kohls Perspektive, der die Grenzgarantie aufnahm, gern zugestimmt.“ Ebenda.

⁹⁸⁷ Wem gehört die deutsche Frage, in: *Die Zeit*, 15.12.1989.

⁹⁸⁸ „Niemand will heute einen deutschen Alleingang. Was sich unter den beiderlei Deutschen allmählich wieder entfalten mag, muß den Erfordernissen des europäischen Gleichgewichts untergeordnet werden. Gestehen wir es uns ruhig ein, woran Francois Mitterand uns eben undiplomatisch rüde erinnert hat: angesichts unserer Vergangenheit können wir deutschen nicht frei über unsere Zukunft entscheiden.“ Vgl. ebenda.

⁹⁸⁹ Ebenda.

geeinigt, ein „Großdeutschland“ nicht zuzulassen.⁹⁹⁰ Theo Sommer argumentierte hier mit Planspielen der Alliierten noch während des Zweiten Weltkrieges. Diese Überlegungen wurden aber nie ernsthaft verfolgt. Die aktuelle, gewachsene historische Ordnung sei nur im Einverständnis mit den natürlichen Mechanismen einer friedlichen Demokratisierung in Europa aufzuheben. „Nichts dürfe künstlich forciert werden“⁹⁹¹, alles andere würde diesen Prozess zerstören, lautete das Fazit Theo Sommers.

Auch *Die Zeit* erkannte im Straßburger Gipfel einen entscheidenden Wendepunkt. Wenn auch nicht so deutlich, wie die anderen, hier untersuchten Zeitungen. Laut *Zeit* seien noch viele Hürden zu nehmen und das deutsch-französische Verhältnis müsse nun seine „Nagelprobe“⁹⁹² beweisen und als Tandem agieren. Nur dann hätten die Vertiefung der EG und die deutsche Einheit eine realistische Chance.⁹⁹³ So wie auch die *SZ* kommentierte und bewertete *Die Zeit* das Zehn-Punkte-Programm eher kritisch. Ähnliche Vorbehalte wie die *SZ* prägten die Berichterstattung. Auch wenn sie nicht sofort auf den „Zug der Einheit“ sprang – wie *Welt* und *FAZ* – begriff *Die Zeit* die Entwicklungen in der DDR als Chance für ganz Europa. Vielleicht auch mit der Idee, dass man sich nun von der unbedingten Westbindung ein wenig lösen könnte und die Gelegenheit nutzen würde, sich noch stärker den östlichen Nachbarn zuzuwenden.

2.6.5 Der Spiegel

Nachdem die Mauer gefallen war und der überschwängliche Jubel der Ernüchterung wich, setzte sich in der CDU-Führung die Erkenntnis

⁹⁹⁰ „Jetzt aber wo die Eisdecke schmilzt, entdecken viele zu ihrem Entsetzen, daß darunter die alten Motivations- und Angststrukturen der Sieger gegenüber den Besiegten erhalten geblieben sind. Mit einem Male wird wieder sichtbar, daß die Teilung tiefere Gründe hatte als die Ost-West-Konfrontation. Und auf neue ist nun zu erkennen, daß die Vorbehaltsrechte der Westalliierten weniger als Hebel für die deutsche Einheit gedacht waren denn als Schranke vor der deutschen Einheit. Die Schutzmächte entpuppen sich abermals als Kontrollmächte; flugs erinnern sich auch die Sowjets wieder der alten Bundesgenossenschaft im Zweiten Weltkrieg.“ Ebenda.

⁹⁹¹ Ebenda.

⁹⁹² Hintergedanken und Hinterlist, in: *Die Zeit*, 15.12.1989.

⁹⁹³ Vgl. ebenda.

durch, dass man für die gegenwärtige Situation kein adäquates Konzept besaß.⁹⁹⁴ Innerhalb der CDU machte sich Unmut breit. *Der Spiegel* verglich die Situation mit dem Mauerbau von 1961, als Konrad Adenauer ebenfalls keine Antwort parat hatte. Diese Parallele war insofern aufschlussreich, da der damalige Kanzler kurz darauf sein Amt verlor und weniger später auch die CDU ihre Mehrheit. Auch innerhalb der FDP, so *Der Spiegel*, wurde die Lage ähnlich eingeschätzt.⁹⁹⁵

Genau davor hatte die Union sich gefürchtet. Nun kam die Wiedervereinigung auf die Agenda der Weltpolitik und sie war darauf nicht vorbereitet, analysierte das Magazin.⁹⁹⁶ Helmut Kohl kündigte daher im Präsidium an, dass „er versuchen werde die Partei nach vorne zu bringen.“⁹⁹⁷ Die Angst war groß, dass die SPD mit Hilfe von Alt-Kanzler Willy Brandt die Meinungsführerschaft in der Deutschlandpolitik zurückerlangte.⁹⁹⁸ Am nächsten Tag ging der Kanzler in die Offensive. *Der Spiegel* äußerte sich prinzipiell positiv über den Vorstoß von Helmut Kohl, kritisierte jedoch scharf, dass Kohl die Alliierten nicht eingeweiht hätte. Ebenso warf er der SPD vor, in überschwänglicher Euphorie dem Konzept des Kanzlers ohne Nachdenken zugestimmt zu haben. „Der Katzenjammer kam erst später“⁹⁹⁹, so der Vorwurf. Kohl steckte in einem Dilemma. Er kämpfte an mehreren Fronten und musste versuchen es allen recht zu machen. Mit der Führung in Ost-Berlin war man sich lediglich einig, dass der unentwegte Zustrom von DDR-Flüchtlings zu stoppen sei. Andernfalls implodierte das Land. Es sei jedoch alles Makulatur, wenn die DDR-Bevölkerung bei freien Wahlen gegen eine Wiedervereinigung und für einen eigenständigen Staat votierte. „Was wird dann aus dem Fürsorge-

⁹⁹⁴ Vgl. „Mit leeren Taschen, in: *Der Spiegel*, 20.11.1989.

⁹⁹⁵ „Außenminister Hans-Dietrich Genscher hatte schon verstanden. ‚Nichts wird mehr sein, wie es vorher war‘, prophezeite er, „weder in der DDR noch bei uns, noch irgendwo in Europa.“ Ebenda.

⁹⁹⁶ „Die Zeit abgestandener nationaler Strategien, wie sie noch bei den C-Parteien gepflegt würden, laufe aus. Die Unionschristen aber sitzen da mit ihrem Kohl ratlos.“ Ebenda.

⁹⁹⁷ Ein Staatenbund? Ein Bundesstaat?, in: *Der Spiegel*, 04.12.1989.

⁹⁹⁸ „Die CDU sei in Gefahr, daß ihr die SPD in der Deutschlandpolitik den Rang ablaufe: eine Figur von der Autorität eines Willy Brandt könne die Unionsfraktion nicht bieten.“ Ebenda.

⁹⁹⁹ Ebenda.

und Fürspracheanspruch der Bonner Grundgesetz-Präambel, der aus Zeiten stammt, in denen die DDR-Deutschen noch in Unfreiheit lebten?¹⁰⁰⁰ Was würde dann innerhalb der BRD passieren – müsste man einen solchen Anspruch akzeptieren? Und der Auftrag des Grundgesetzes wäre nur noch Geschichte?

Rudolf Augstein schrieb in der gleichen Ausgabe des *Spiegels* ein Dossier über den Stand der Dinge und kam zu dem Schluss, dass eine deutsche Wiedervereinigung in der momentanen Situation schneller zu erreichen sei, als eine europäische Einigung.¹⁰⁰¹ Ebenfalls schwierig sei es für die Staats- und Regierungschefs einen konkreten Fahrplan zu entwickeln. Weder sei ein „Ausbluten“ der DDR so einfach zu verhindern, noch dass „der Sozialismus mit menschlichem Antlitz“¹⁰⁰² über Nacht Einzug hielt. Konkret bedeutete dies, dass es unmöglich war, eine „neue“ demokratische DDR aufzubauen. Blicke also die Einheit als mögliche, einzige Option. Augstein schien überzeugt davon, dass dieser Prozess nur mit Hilfe des Volkes möglich sei. Eine, den Menschen aufoktroierte, Politik aus den Kanzleien sei zum Scheitern verurteilt. In diesem Fall waren selbst die Sieger des Krieges hilflos.

Die Situation blieb angespannt. Es herrschte immer noch großes Kopfschütteln über Kohls Alleingang. Die Alliierten waren sich darüber einig, dass die Wiedervereinigung nach wie vor nicht auf der weltpolitischen Tagesordnung stand. Der Kanzler, so kommentierte *Der Spiegel*, erkannte nun endlich den außenpolitischen Schaden, den sein Zehn-Punkte-Papier angerichtet hatte.¹⁰⁰³ Das Gipfel-Treffen von Malta bewertete *Der Spiegel* als nicht sehr ergiebig. Im Gegensatz zu den anderen Zeitungen sah man keinen großen Durchbruch – eher eine Bestätigung des Status quo durch die Amerikaner und Sowjets.¹⁰⁰⁴ Rudolf Augstein schrieb in einem weiteren Kommentar von der „plötzlichen Vereinigung

¹⁰⁰⁰ Ein Staatenbund? Ein Bundesstaat?, in: *Der Spiegel*, 04.12.1989.

¹⁰⁰¹ „Der neue deutsche Staat kann solide gebaut werden, das europäische Haus noch lange nicht.“ An den Kanzleien vorbei, in: *Der Spiegel*, 04.12.1989.

¹⁰⁰² Ebenda.

¹⁰⁰³ Vgl. Die Siegermächte warnen Bonn, in: *Der Spiegel*, 11.12.1989.

¹⁰⁰⁴ Vgl. ebenda.

der Sieger¹⁰⁰⁵ und kritisierte darin deutlich das Verhalten von Frankreich und Großbritannien. Er warf ihnen „altbackene und chauvinistische Rang-Interessen“¹⁰⁰⁶ vor. Am ehesten noch, so Augstein, sei „eine Vertrauensgemeinschaft mit den Vereinigten Staaten gegeben“.¹⁰⁰⁷ Zugleich bescheinigte er, dass ein geeintes Deutschland für Gewaltakte jedweder Art gar nicht in der Lage sei, geschweige denn solche Ambitionen hege.¹⁰⁰⁸ Die eigentliche Ablehnung einer etwaigen Einheit begründete sich aus der Angst vor einer noch mächtigeren Wirtschaftsmacht – namens Deutschland.¹⁰⁰⁹ Dieses dann neu geschaffene Wirtschaftsimperium sei eine Gefahr für ganz Europa¹⁰¹⁰, da es den anderen europäischen Ländern in allen wirtschaftlichen Bereichen überlegen sei und so eine neue Hegemonialmacht entstünde. So kommentierte zumindest *Der Spiegel* die aktuelle Stimmung in Europa.

Die Frage der Wiedervereinigung hing summa summarum von vielen Faktoren ab und sei nur im Einklang von allen Beteiligten – also BRD, DDR sowie der vier Siegermächte – möglich. Interessanterweise waren *Der Spiegel* per se und sein Herausgeber nicht einer Meinung. Das Magazin sah die Einheit und die Offensive durch das Zehn-Punkte-Papier viel kritischer als Augstein selbst. Er, der wahrhaft kein Freund der Union und Kanzler Kohls war, sah dennoch in den Plänen der Regierung eine realistische Option. Zwar lobte er den Vorstoß des Kanzlers nicht – sah jedoch aber mangels konkreter Alternativen auch keine andere Möglichkeit, als sich auf den Pfad der Einheit zu begeben. „*Der Spiegel* haderte zu sehr mit der deutschen Einheit, dass er im Gegensatz zu seinem Herausgeber, sich nicht deutlich zur Einheit bekennen wollte.“ Chefredak-

¹⁰⁰⁵ Vereinigung der Sieger?, in: *Der Spiegel*, 11.12.1989.

¹⁰⁰⁶ Ebenda.

¹⁰⁰⁷ Ebenda.

¹⁰⁰⁸ Vgl. ebenda.

¹⁰⁰⁹ Vgl. In Angst vor der Einheit, in: *Der Spiegel*, 18.12.1989.

¹⁰¹⁰ „Angst geht um vor einer wirtschaftlichen Übermacht der Deutschen in Europa, einem neuen Superstaat.“ Vgl. ebenda.

teur Erich Böhme bekannte Ende Oktober 1989: „Ich möchte nicht wiedervereinigt werden.“¹⁰¹¹

Bewerteten die links-liberalen Zeitungen eine mögliche deutsche Einheit mit Vorbehalten und forderten die Bundesregierung auf, sich stärker auf die europäische Einigung zu konzentrieren, überraschte *Der Spiegel* mit seiner Darstellung. Hier wurden zwei vollkommen unterschiedliche Meinungen offenbar. Die Redaktion um Chefredakteur Erich Böhme kritisierte Helmut Kohl und das Zehn-Punkte-Programm deutlich und sprach sich offensiv gegen eine Wiedervereinigung aus. Der Gründer und Herausgeber Rudolf Augstein aber sah aufgrund mangelnder Alternativen bzw. unrealisierbarer Vorstellungen bezüglich einer möglichen Staatsreform der DDR, die deutsche Einheit als einzig logische Konsequenz an, auch wenn er sich weiterhin von Helmut Kohl distanzierte.

2.6.6 Gemeinsamkeiten

In den Wochen zwischen Mauerfall und Zehn-Punkte-Plan verharrten Helmut Kohl und die Bundesregierung in einer Art „euphorischer Schockstarre“. Sie bejubelten natürlich den Fall der Mauer, realisierten aber auch zugleich, dass sie auf diesen Tag nicht vorbereitet waren. Alle Zeitungen waren sich dahin gehend einig, dass Helmut Kohl erst mit seinem Zehn-Punkte-Plan die politische Deutungshoheit über den aktuellen Status und den zukünftigen Verlauf zurückerlangt hatte. Außerdem war man überzeugt, dass das Papier an sich gar nichts Neues enthielt – jede Position für sich genommen war bereits bekannt und wirkte harmlos. Erst zusammengefasst und in der Reihenfolge, wie Kohl sie nun verlas, konnten sie als strukturierter „Fahrplan zur Einheit“ verstanden werden. Einstimmigkeit herrschte in den Redaktionen auch darüber, dass niemand in der Kohl-Administration damit gerechnet haben könne, dass die Reaktionen, nicht eben nur die der Sowjets, sondern auch bei allen anderen Alliierten und den europäischen Nachbarn, durchweg so negativ ausgefallen waren. Dass Helmut Kohl sehr wohl auch wahltaktische Überlegungen ins

¹⁰¹¹ Rödder, 2010, S. 177.

Auge gefasst hatte, als er seinen Zehn-Punkte-Plan präsentierte, war ebenso Konsens.

Das Verhalten von FDP und SPD beschrieben alle Zeitungen als zwiespältig. Besonders harscher Kritik sah sich die SPD ausgesetzt, die zuerst für das Papier stimmte und sich schließlich in innerparteilichen Ränkespielen und Machtfragen zwischen dem Kritiker des Zehn-Punkte-Programms Oskar Lafontaine und dem Parteivorsitzenden Hans-Jochen Vogel aufrieb. Die FDP hatte sich augenscheinlich der Koalitionsraison zu fügen. Als Durchbruch in den strittigen Verhandlungen über das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen sahen alle den EG-Gipfel von Straßburg an. Alle Zeitungen bestätigten, dass Helmut Kohl mit der herbeigefügten Erklärung ein erster Schritt in Richtung Wiedervereinigung gelang. Einigkeit herrschte auch darin, die DDR erst einmal wirtschaftlich zu stabilisieren. In den Kommentaren der jeweiligen Blätter wurde ebenso deutlich, dass sich kein konkreter Fahrplan entwickeln ließ und es auf keinen Fall zu einer Konfrontation mit der DDR-Bevölkerung kommen durfte. Zu groß war die Angst vor unkalkulierbaren Entwicklungen, die möglicher Weise in Gewalt ausarteten und dann ein militärisches Eingreifen der Sowjets zur Folge hätten. Bestrebungen, die DDR als demokratisch legitimierten Staat wiederaufzubauen, sah man als keine realistische Option an – wenn auch zuweilen in den links-liberalen Printmedien darüber spekuliert wurde, erschien jedoch bei näherer Betrachtung eine Sanierung der DDR als unmöglich.

2.6.7 Unterschiede

Sahen die bürgerlichen Zeitungen wie *Die Welt* und die *FAZ* noch einen gelungenen Coup in Kohls Zehn-Punkte-Plan, der für beide deutschen Staaten einen konkreten Fahrplan darstellte und dem Kanzler das Heft des Handels zurückgab, nahmen die links-liberalen und links-alternativen Blätter genau das zum Anlass, das Papier scharf zu kritisieren. In diesem Aspekt unterschied sich die Berichterstattung der einzelnen Zeitungen immens, ihre politische Ausrichtung rückte in den Vordergrund und prägte den Journalismus.

Dass Helmut Kohl ohne vorherige Absprache seinen Plan verkündete, wurde von der *FAZ* und der *Welt* eher beiläufig erwähnt und als sinnvolles taktisches Manöver gewürdigt. Die anderen Zeitungen sahen hier genau einen der größten Fehler Kohls. Ihrer Argumentation zu Folge sei der außenpolitische Schaden für die Bundesregierung dadurch enorm und die ausländischen Kritiker zu recht über Kohls Alleingang irritiert. Dass sich der Kanzler dann noch nicht einmal für die Unveränderbarkeit der polnischen Westgrenze aussprach, sorgte zusätzlich für Argwohn.

Das Gipfeltreffen zwischen George Bush und Michail Gorbatschow vor Malta wurde ebenfalls unterschiedlich interpretiert. Für die bürgerlich-konservativen Zeitungen, *Welt* und *FAZ*, war Malta ein Erfolg und eine Bestätigung für Helmut Kohls Initiative. Ausschlaggebend dafür war, dass Gorbatschow sich per se nicht gegen die Einheit stellte und Bush sich für ein Selbstbestimmungsrecht der Deutschen aussprach. Auch unternahmen beide Zeitungen den Versuch einen Vergleich mit Jalta zu bemühen, um so dem Treffen zusätzlich etwas historisch Bedeutsames zu verleihen. Die größten Divergenzen wurden bezüglich des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen offenbar. Für die *FAZ* und *Die Welt* war es ein natürliches Recht, dass die BRD über ihren Status selbst entscheiden könne. Die anderen Zeitungen waren hier weitaus differenzierterer Meinung und stellten das Selbstbestimmungsrecht in Frage. Die Artikel von Josef Joffe und Theo Sommer verdeutlichten diese Positionen. Sie griffen dabei die Angst vor einem „Großdeutschland“ auf und äußerten erhebliche Zweifel, ob ein wiedervereinigtes Deutschland sich schon aus historischer Sicht überhaupt in ein geeintes Europa integrieren ließe. Zumal, das von Joffe und Sommer gewählte Gegenargument – in einem geeinten Europa der Nationalstaat zu vernachlässigen sei und auch nicht mehr besonders zeitgemäß wäre – durchaus schlüssig war. Dass aber ausgerechnet Rudolf Augstein sich offen im *Spiegel* zur Einheit bekannte, während sein Magazin sich damit erheblich schwerer tat, spiegelte die

Heterogenität der damaligen politischen Gemengelage wider.¹⁰¹² Es blieb bei einer Kakophonie in der deutschen Frage.

2.6.8 Zusammenfassung

Der Zehn-Punkte-Plan von Helmut Kohl war für ihn die erste originäre deutschlandpolitische Leistung seiner Kanzlerschaft und ein Schritt hin zur Deutschen Einheit. Heute stufen ihn Historiker als wichtigen Beitrag zur Einheit ein, was damals so noch nicht absehbar war. Niemand ahnte, dass sich die Ereignisse binnen eines Jahres derart entwickeln würden. Für Helmut Kohl selbst bedeutete sein Vorstoß zuerst einmal ein Wiedergewinn an politischer Souveränität im In- und Ausland. In den Wochen davor wirkte der Kanzler doch recht ratlos und ohne Fortune. Auch wenn das Papier besonders im Ausland scharf kritisiert wurde und die damalige Bundesregierung in höchste Erklärungsnot brachte. Zu sehr befürchtete man einen Alleingang der Bundesregierung. Aber auch die Vorstellung, dass ein wiedervereinigtes Deutschland plötzlich die Wirtschaftsmacht Nummer eins in Europa sei, ließ die Ressentiments gegenüber der BRD anwachsen. Ein weiterer Punkt war die offene Frage der polnischen Westgrenze. Kohl umschiffte dieses Thema wohl bewusst aus taktischen Überlegungen. Nun ließe sich darüber spekulieren, ob von vornherein eine klare Festlegung des Grenzverlaufs zugunsten der Polen, die Reaktionen aus dem Ausland abgeschwächt oder gar nicht erst hervorgerufen hätte. Gerade aus der Sowjetunion wurde immer wieder kolportiert, dass bei einem klaren Verzicht der Bundesregierung auf die Ostgebiete, die sowjetische Führung schon zum damaligen Zeitpunkt weitaus positiver auf das Zehn-Punkte-Papier reagiert hätte. Das bleibt aber Spekulation und kann nicht verifiziert werden. Klar ist, dass Helmut Kohl offensichtlich die historischen Dimensionen erkannt hatte und Fakten schaffen wollte. Auch wohl aus Angst davor, dass ihm die Alliierten einen Plan von außen oktroyieren könnten – und die Bundesregierung damit handlungsunfähig gewesen wäre.

¹⁰¹² Vgl. Rödder, 2010, S. 176.

Interessanterweise beinhaltete das Papier keine neuen Forderungen oder Absichten, sondern lediglich eine Aufstellung bekannter Positionen. Doch als Navigator zur deutschen Einheit erschien es vielen als nicht legitim und beängstigend. Zudem wurde den Alliierten und europäischen Staaten nun erstmals bewusst, dass sich die Deutschen offensiv für eine Wiedervereinigung einsetzten. Kohl wusste um diese Bedenken und setzte sich darüber hinweg. Dass die Reaktionen jedoch so heftig ausfielen, damit hatte auch er nicht rechnen können.

Aber nicht nur außenpolitisch sorgte das Papier für Kontroversen, auch innenpolitisch entbrannte ein erheblicher Streit über das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen. Gerade im links-liberalen Zeitungsspektrum – entgegen den bürgerlichen Blättern, die sich sofort auf die Seite Kohls schlugen und das Papier vehement verteidigten – herrschte Entsetzen und Abneigung gegenüber Kohls Plänen. Einerseits sprach man von Revanchismus und imperialen Phantasien, andererseits, und das ist das eigentlich interessante in dieser Debatte, fehlte es auch den Kritikern an substantiellen Ideen und Vorschlägen, wie der DDR zu helfen sei. Der sogenannte „dritte Weg“ – also einen demokratischen Wiederaufbau der DDR, getragen von einer sozialistischen Ideologie – wurde als nicht realisierbar eingestuft. Auch gab es keine eindeutigen Präferenzen für oder gegen eine Wiedervereinigung. Innenpolitisch punktete Kohl demnach mit seinem Vorstoß. Darüber hinaus machte er deutlich, welchen deutschlandpolitischen Kurs die Union im kommenden Bundestagswahlkampf nehmen würde. Damit versetzte er FDP, SPD und Grüne in Erklärungsnot. Besonders die SPD geriet in einen dauerhaften Konflikt, über das zukünftige, deutschlandpolitische Profil der Partei, der sie während der gesamten Phase der Wiedervereinigung lähmte. Es gelang ihr nicht wirklich, eine eigene deutschlandpolitische Strategie zu entwickeln, die über das Zehn-Punkte-Papier von Kohl hinausging. Auch wenn Willy Brandt sich zur Einheit bekannte und damit eindeutig von den Forderungen Oskar Lafontaines Abstand nahm, waren erhebliche Vorbehalte in den Reihen der Sozialdemokraten zu erkennen, die ihnen später bei den Volkskammerwahlen in der DDR noch nachhängen sollten. Innenpolitisch

war das Zehn-Punkte-Papier somit auch ein strategischer Erfolg für den Kanzler. Der selbst wohl nicht daran geglaubt hatte, dass sich Ereignisse in kürzester Zeit nach seinen politischen Vorstellungen entwickelten. Aber auch bei den Journalisten und Zeitungsmachern ahnte niemand, dass nur ein dreiviertel Jahr später die deutsche Einheit Realität wurde.

3 Fazit

3.1 Schlussbetrachtung

Ein allgemein bekanntes Sprichwort lautet: Nichts ist so alt wie die Zeitung von gestern. Das stimmt und stimmt teilweise auch wieder nicht – drückt aber am ehesten die Problematik von Zeitungen aus. *Die Welt* kann sich an einem Tag verändern – muss sie aber nicht. Am 9. November 1989 tat sie es aber!

Der Mauerfall verschob alles, was bisher im Koordinatensystem der Politik seinen festen Platz hatte. Mit einem Mal änderten sich die Grundfesten der Weltpolitik, die unweigerlich eine Neujustierung der politischen Verhältnisse zur Folge hatten. Das, was gestern noch richtig war und von allen Politikern auch so verstanden wurde, war auf einmal obsolet. Auch die Deutschlandpolitik, die bis dato genauso lang existierte wie die Bundesrepublik selbst, verlor über Nacht ihre existenzielle Grundlage, wenn es auch damals nicht sofort registriert wurde. Erst im Laufe der kommenden Wochen bemerkten alle Involvierten – zu denen auch die DDR-Bevölkerung gehörte, dass eine neue Zeitrechnung begonnen hatte. Aus dem Slogan „Wir sind das Volk“ wurde „Wir sind ein Volk“ – trotzdem trauten sich Medien und Politik zu der Zeit nicht zu, irgendeine Prognose abzugeben. Sie konzentrierten sich voll und ganz auf das Hier und Jetzt. Niemand war auf diese Situation vorbereitet.¹⁰¹³ Der viel beschworene „dritte Weg“, also eine reformierte aber dennoch sozialistisch geprägte DDR, fand indes keine Mehrheit unter den Journalisten bzw. wurde von ihnen als nicht realisierbar eingestuft. Die Intellektuelle des Westens konnte und wollte sich nicht so recht mit den Einheitsplänen der Bundesregierung abfinden. Sie haderte sehr mit der Vorstellung einer

¹⁰¹³ „Allzu leicht bemerkt und dennoch unverkennbar ist das Ausmaß, in dem nicht nur die Politiker und Journalisten, sondern auch die sogenannten Experten von der Wucht der deutschen Entwicklungen 1989/1990 überrascht wurden und wie falsch die Zeitgenossen mit vielerlei Einschätzungen lagen.“ Vgl. Rödder, 2010, S. 174.

Deutschen Einheit.¹⁰¹⁴ Ihre Wut richtete sich teils gegen Helmut Kohl als Person und teils gegen die Vorstellung eines neuen Großdeutschlands.¹⁰¹⁵ Jedoch begann spätestens mit dem Zehn-Punkte-Plan ein neues Kapitel von interstaatlichen Beziehungen, die schwerlich mit der zuvor vierzig Jahre andauernden Deutschlandpolitik verglichen werden kann. Die teleologische Grundlage hatte sich nach vierzig Jahren nun grundlegend geändert.

Die Bundesregierung und auch die Medien konzentrierten sich jetzt vollends darauf, dass die Revolution nicht plötzlich negativ umschlug und es wohlmöglich noch zu Auseinandersetzungen zwischen DDR-Bevölkerung und der Staatsmacht kam. Besonders die bundesdeutsche Politik war an einer friedvollen Kooperation und Einigung interessiert. Auch wenn die deutsche Einheit im Zehn-Punkte-Programm als Endziel ausgegeben wurde, wagte niemand zu sagen, in welchem Zeitfenster das hätte geschehen können. Auch darin liegt der begrenzte Untersuchungszeitraum der vorliegenden Studie, der ungefähr zwei Wochen nach Vorstellung des Zehn-Punkte-Programms am 28. November 1989 endet, begründet. Die bisherige Deutschlandpolitik war nun selbst Geschichte geworden. Nun begab man sich – ohne es konkret zu wissen – auf den Weg zur Einheit. Mit dem EG-Gipfel von Straßburg am 8. und 9. Dezember 1989 erzielte die Bundesregierung ihren ersten wichtigen Erfolg auf dem eingeschlagenen Pfad.¹⁰¹⁶ Dies ist heute in der Wissenschaft allgemein gültig, wurde aber bereits von den damals beteiligten Personen als derart relevant eingestuft.¹⁰¹⁷

¹⁰¹⁴ Vgl. Jaraus, Konrad H., Die unverhoffte Einheit 1989–1990, Frankfurt am Main, 1995, S. 147.

¹⁰¹⁵ Vgl. ebenda.

¹⁰¹⁶ „Zwar war das Kommuniqué durch das deutsche Zugeständnis erkaufte worden, dem französischen Fahrplan zur europäischen Währungsunion zu folgen. Per Saldo aber konnte der Straßburger Gipfel als wichtiger Erfolg für die bundesdeutsche Diplomatie gelten.“ Vgl. Wirsching, 2006, S. 661.

¹⁰¹⁷ „Mittags geht die Tagung des Europäischen Rates zu Ende. Für den Bundeskanzler war es ein außerordentlich erfolgreicher EG-Gipfel.“ Teltschick, 1991, S. 72.

Die zu dem Zeitpunkt über sieben Jahre dauernde Deutschlandpolitik mit Helmut Kohl als Bundeskanzler lässt sich in Bezug auf die in der Einleitung aufgeworfenen Fragen, wie folgt beantworten: Allgemein haben sich alle Zeitungen durchgängig mit der Deutschlandpolitik beschäftigt und regelmäßig über sie berichtet. Auch konnte zu allen Ereignissen in den ausgewählten Zeitungen zahlreiches, aufschlussreiches Material gefunden werden. Jedoch, wie es auch zu erwarten war, waren die Artikel in den Tageszeitungen umfassender, informativer und teilweise auch kompetenter formuliert. Vorrangig ist dies auf die charakteristischen Eigenheiten von Tages- und Wochenzeitungen zurückzuführen.

Die Wochenzeitungen *Die Zeit* und *Der Spiegel* berichteten nicht nur teilweise kürzer und selektiver, sondern konzentrierten sich auch meist inhaltlich auf einzelne wenige Aspekte. Aufgrund ihres wöchentlichen Erscheinungstermins können sie manchmal erst mit fast einer Woche Verspätung auf Themen reagieren, was aber auch Vorteile mit sich bringt. Entwicklungen, Tendenzen oder Begleiterscheinungen können dann bereits in die Berichterstattung einbezogen werden, was bei tagesaktuellem Journalismus so nicht möglich wäre. So erhält der Leser fokussierte, zusammengefasste Informationen selektiver Ereignisse. Hingegen registrieren Tageszeitungen jede kleinste Entwicklung und Veränderung und formulieren ihren Standpunkt täglich neu. Die Geschehnisse werden so für den Leser linear wiedergegeben. Natürlich birgt dies allerdings auch die Gefahr von Wiederholungen und einer schier nicht zu bewältigenden Flut von Informationen, die der Meinungsbildung des Lesers nicht immer zuträglich sind. Die deutsche Einheit nahm nun kontinuierlich Platz in den Reportagen und Berichten aller untersuchten Zeitungen ein und hielt somit auch Einzug in die Köpfe von Millionen Zeitungslesern der Bundesrepublik. Hätte ein interessierter Leser nun über den gewählten Zeitraum hinweg nur eine Zeitung gelesen, sein Bild wäre gänzlich ein anderes und eindimensional geprägtes.

3.2 Gemeinsamkeiten und Unterschiede in Tages- und Wochenzeitungen

Zu Beginn, während der sogenannten „Wende“ von Schmidt zu Kohl, blieben sich alle Zeitungen ihrer jeweiligen politischen Ausrichtung treu. Die bürgerlich-konservativen wie *Die Welt* und die *FAZ* begrüßten den Wechsel und sahen nun eine sich offenbarende Chance, die unter der Regierung von Helmut Schmidt festgefahrene Deutschlandpolitik in neue Weichen zu lenken. Bei den links-liberalen bzw. linken Zeitungen sah man einer Neuausrichtung der Deutschlandpolitik jedoch mit Sorge entgegen und beschwor teilweise Ängste herauf. Federführend waren hier *Die Welt* im bürgerlichen und *Der Spiegel* im links-liberalen Zeitungsmilieu. Besonders Letzterer sah gar die Gefahr einer Rolle rückwärts in die fünfziger Jahre und eine Rückkehr zur Deutschlandpolitik, wie sie unter Adenauer herrschte. Dieses klassische Lagerschreiben änderte sich jedoch schon mit dem Milliardenkredit an die DDR. Nun änderte sich plötzlich die natürliche Parteinahme der Zeitungen. *Welt* und *FAZ* gingen auf Distanz zur Bundesregierung und sahen durch deren Handeln ihre Ideale verraten. Die anderen, wie zum Beispiel die *SZ* und *Die Zeit*, kritisierten ebenfalls, versuchten aber nun noch deutlicher die angebliche „Wende“ als Finte zu entlarven, die die bisherige Deutschlandpolitik unter Helmut Schmidt nun einfach fortsetzte. Festgestellt wurde zudem auch, dass eine Bundesregierung unter Bundeskanzler Schmidt so etwas wie den Milliardenkredit an die DDR nie hätte vollziehen können.

Mit zunehmender Dauer von Helmut Kohls Amtszeit als Bundeskanzler verlor die Berichterstattung über seine Deutschlandpolitik an Schärfe und Brisanz. Die Debatten darüber wurden nun feiner und konzilianter geführt. Das Lagerdenken verschwand zusehends. Als exemplarisch dafür ist der Besuch von Erich Honecker zu betrachten. Der erste und einzige Besuch des Saarländers wurde allgemein als Punktsieg für Honecker und das sozialistische System gewertet. Da Honecker nun einen international anerkannten Status besäße. Bei den links-liberalen Zeitungen sah man nun die sozial-liberale Politik „Wandel durch Annäherung“

bestätigt und die Koalition in der Tradition von Willy Brandt und Helmut Schmidt. An diesem Punkt positionierten sich die bürgerlich-konservativen Zeitungen sehr kritisch und ablehnend gegenüber Helmut Kohl und der Bundesregierung. Ihr argumentativer Schwerpunkt lag auf den finanziellen- und politischen Risiken, die der Besuch und seine Folgen nun mit sich brächten. Diese seien unkalkulierbar und wurden daher vehement abgelehnt. Hingegen *SZ* und *Die Zeit* Lob, Anerkennung sowie Verständnis zeigten und damit den Kurs der Bundesregierung stützten. Nun waren es auf einmal nicht mehr die sonst treuen Lagerzeitungen, die wie bisher den Kurs von Helmut Kohl und seiner Deutschlandpolitik verteidigten, sondern die Intellektuellen, die links-liberalen Journalisten von *SZ* und *Zeit*, die den Kurs des Kanzlers mittrugen bzw. den Besuch insgesamt und seinen damit verbundenen Konsequenzen vehement verteidigten. Darüber hinaus vermuteten die links-liberalen Zeitungen schon damals in François Mitterand und der französischen Regierung einen Gegner einer zukünftigen Wiedervereinigung und begründeten dies weit-sichtig, indem sie das Hauptaugenmerk ihrer Kritik auf die wirtschaftliche Dominanz eines wiedervereinigten Deutschlands legten.¹⁰¹⁸

Der Mauerfall am 9. November 1989 und das drei Wochen später, am 28. November 1989 präsentierte Zehn-Punkte-Programm, ließen nun weitestgehend die Konturen zwischen den einzelnen Lagern verschwimmen. Auch wenn sich *Welt* und *FAZ* sehr schnell zur Einheit bekannten. Das Partei- und Lagerdenken der einzelnen Zeitungen wich nun einer partei-unabhängigeren Berichterstattung, die nun einen Diskurs über eine mögliche Wiedervereinigung führte. Das Besondere am Zehn-Punkte-Plan war, dass er von Helmut Kohl und seinen Beratern selbst entwickelt wurde. Somit begann der Kanzler kurz vor Ende der Deutschlandpolitik erstmals selbst originäre Deutschlandpolitik zu betreiben. Man muss sich an diesem Punkt nochmals vergegenwärtigen, dass sowohl der Milliardenkredit als auch der Honecker.-Besuch auf die SPD zurückzuführen waren. Für das Zehn-Punkte-Programm widerfuhr dem Kanzler in allen

¹⁰¹⁸ Vgl. Praus, Angelika, Marburg, 2014, S.218.

Berichten und Kommentaren weitestgehend Anerkennung. Einzig allein die bewusste Ausklammerung der polnischen Westgrenze sorgte für Missstöne. Aber auch die Sozialdemokraten, als führende Oppositionspartei, mussten sich erhebliche Kritik gefallen lassen. Dass die SPD sich zum einen auf einen Zick-Zack-Kurs einließ und zuerst für das Zehn-Punkte-Papier stimmte und dann wieder dagegen und zum anderen keine eigene, wirklich konstruktive Strategie vorweisen konnte, wurde von allen Zeitungen heftig kritisiert.¹⁰¹⁹ Das Verhalten Lafontaines fügte der Partei ebenfalls erheblichen Schaden zu – auch darin waren sich alle Zeitungen einig.¹⁰²⁰

Die Berichterstattung – nach der Vorstellung des Zehn-Punkte-Programms – fokussierte sich jetzt stärker auf mögliche Folgen und Entwicklungen, die im Zusammenhang mit einer Grenzöffnung standen. Jetzt ging es vielmehr um die zukünftige Rolle Deutschlands in der Welt. Wie sollte sich ein – eventuell geeintes – Deutschland im europäischen Kontext präsentieren und verhalten? Eingebettet in NATO und EG, oder eher eine neutrale Haltung und somit blockfreien Status einnehmen? Darüber hinaus debattierte man über die Chancen und Möglichkeiten, die eine weitere Vertiefung der Zusammenarbeit mit der EG mit sich brächte. Ängste vor einem neuen Großdeutschland, das auf Hegemonie ausgerichtet sei, wurden zwar zur kurz zur Sprache gebracht, aber in den turbulenten Tagen im Spätherbst 1989 nicht ernsthaft diskutiert.

Gab es innerhalb der einzelnen Printmedien unterschiedliche Meinungen und Differenzen, die auch öffentlich so diskutiert wurden? Eindeutig konnten insbesondere bei der *Zeit* und dem *Spiegel* erhebliche Differenzen festgestellt werden. Dabei diskutierten beide Zeitungen innerhalb ihrer Redaktionen über die Konsequenzen des Zehn-Punkte-Papiers und einer bevorstehenden Deutschen Einheit. Es waren jeweils die beiden Gründungsväter Gerd Bucerius und Rudolf Augstein, die sich offen gegen ihre Chefredakteure, Theo Sommer und Erich Böhme, positionierten

¹⁰¹⁹ Vgl. Jäger, Wolfgang, *Die Überwindung der Teilung*, Stuttgart, 1998, S. 151.

¹⁰²⁰ Vgl. Sturm, 2006, S. 226 f.

und in ihren Artikeln proaktiv für eine Wiedervereinigung warben. *Die Zeit* selbst untersuchte im Nachhinein in der Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte dieses ambivalente Verhalten.¹⁰²¹ Ebenso wurde dieses Thema von Peter Merseburger in seiner Augstein-Biographie aufgegriffen.¹⁰²² Eine, der möglichen plausiblen Erklärungen lautete, dass beide als Vertreter der älteren Generation den Osten kannten und sich somit für eine Einheit starkmachten. Andreas Rödder vertrat in seiner „Geschichte der Wiedervereinigung“ ebenfalls diese These.¹⁰²³

3.3 Ausblick

Auch wenn wir dieses Jahr nun fünfundzwanzigjähriges Jubiläum der Deutschen Einheit feiern, sollten Wissenschaft und Gesellschaft die DDR als „Studienobjekt“ nicht vergessen. Noch sind zu viele Themen gar nicht, oder nur teilweise, aufgearbeitet worden. Auch diese Arbeit konnte nicht alle Fragen beantworten und stieß aufgrund der Quellenlage bzw. der besonderen Art der Quellen – ausnahmslos deutsche Zeitungen – an ihre Grenzen. Es kommt somit ausschließlich zu einer bundesdeutschen Analyse. Dem weiteren Forschungsinteresse muss es überlassen werden, den Blickwinkel auch auf internationale Zeitungen zu richten, um dort die ausländische Perspektive besser berücksichtigen zu können. Eine Untersuchung von Zeitungen, die ausschließlich aus den Ländern der Siegermächte kommen, würde höchstwahrscheinlich ein viel differenziertes Bild zeichnen. Allgemein wäre es ratsam, wenn sich die Forschung nicht allein nur mit dem Wendejahr von 1989/90 beschäftigen, sondern die gesamten achtziger Jahre mit in ihre Untersuchungen einbeziehen würde. Hier wurden für viele spätere Ereignisse, auch auf Seiten der DDR, die Grundlagen gelegt.

¹⁰²¹ Vgl. Jaraus, Konrad H., Von der Geschichte belehrt, Die Schwierigkeiten der Zeit mit der Vereinigung, in: Haase, Christian, Schildt, Axel (Hrsg.), *Die Zeit und die Bonner Republik*, Göttingen, 2008, S. 280.

¹⁰²² Vgl. Merseburger, 2007, S. 488.

¹⁰²³ Vgl. Rödder, 2010, S. 176 f.

Darüber hinaus steht der Historiographie mit dem Thema Zeitungen und ihrer Geschichte ein weiteres großes Forschungsfeld offen. Es existieren bis heute keine umfassenden Monographien einzelner, großer Tages- und Wochenzeitungen. Gerade aber die großen Zeitungen, wie *Die Welt*, *FAZ*, *SZ*, *Die Zeit* und *Der Spiegel* dokumentierten und fungierten als Tagebuch der jungen Bundesrepublik. Über vierzig Jahre lang spiegelten sie auch immer ein Stück bundesdeutsche Identität wider und leisteten so ihren Beitrag, das noch fragile Provisorium zu stabilisieren, das dann doch letztendlich in in der Deutschen Einheit mündete.

4 Quellen und Literaturverzeichnis

4.1 Quellen

4.1.1 Zeitungen

Frankfurter Allgemeine Zeitung, Tageszeitung

Der Spiegel, Nachrichtenmagazin

Süddeutsche Zeitung, Tageszeitung

Die Welt, Tageszeitung

Die Zeit, Wochenzeitung

4.1.2 Interviews mit Zeitzeugen

Walter Leisler Kiep, Kronberg im Taunus, 28.11.2013.

Karl Otto Pöhl, Zürich, 17.04.2014.

Wolfgang Schäuble, schriftlich, 14.11.2014.

Wolter von Thiesenhausen, 15.03.2014.

4.1.3 Internetquellen

Bleek, Wilhelm, Deutschlandpolitik der BRD, online unter:

<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/deutsche-teilung-deutsche-einheit/43646/deutschlandpolitik-der-brd> [19.03.2015].

Kohl, Helmut, Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag, 13.10.1982, online unter:

<http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/09/09121.pdf> [16.03.2015]

Kohl, Helmut, Regierungserklärung, Bonn, 04.05.1983, online unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/10/10004.pdf> [19.03.2015].

Schwarz, Hans-Peter, Deutschlandpolitik, online unter:

<http://www.kas.de/wf/de/71.8809/> [19.03.2015]

4.2 Literaturverzeichnis

- Abelshauer, Werner, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, München, 2004.
- Apelt, Andreas, Grünbaum, Robert, Schöne, Jens, 2 x Deutschland, Innerdeutsche Beziehungen 1972–1990, Halle, 2013.
- Appel, Reinhard (Hrsg.), Helmut Kohl im Spiegel seiner Macht, Bonn, 1990.
- Barzel, Rainer, Ein gewagtes Leben, Erinnerungen, Stuttgart, 2001.
- Boll, Friedhelm, Hansen, Jan, Doppelbeschluss und Nachrüstung als innerparteiliches Problem der SPD, in: Gassert, Phillip, Geiger, Tim, Wentker, Hermann (Hrsg.), Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung, Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München, 2011, S. 203–228.
- Bösch, Frank, Brandes, Ina, Die Vorsitzenden der CDU, Sozialisation und Führungsstil, in: Forkmann, Daniela, Schlieben, Michael (Hrsg.), Die Parteivorsitzenden in der Bundesrepublik Deutschland 1949–2005, Wiesbaden, 2005, S.23-56.
- Brand, Peter, Schulze, Volker (Hrsg.), Die Zeitung, Frankfurt, 1993. Brand, Leo, Die Spiegel-Story, Wie alles anfang, Düsseldorf, 1995.
- Brechenmacher, Thomas, Die Bonner Republik, Politisches System und innere Entwicklung der Bundesrepublik, Berlin-Brandenburg, 2011.
- Buchstab, Günter, Kleinmann, Hans-Otto, Küsters, Hanns Jürgen (Hrsg.), Die Ära Kohl im Gespräch, Eine Zwischenbilanz, Köln, 2010.
- Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Texte zur Deutschlandpolitik, Reihe II / Band 8, 20. März 1980–1. Oktober 1982, Bonn, Juni 1983. – Texte zur Deutschlandpolitik, Reihe II / Band 7, 21 Juni 1978–12. März 1990, Bonn, Juli 1981.
- Bundeszentrale für politische Bildung, Die Presse in der deutschen Medienlandschaft, Bonn, 1985.
- Clement, Wolfgang, SPD Bundesvorstand (Hrsg.), Mitteilung für die Presse Pressemitteilung der SPD, Bonn, 1.10.1981.
- Creuzberger, Stefan, Westintegration und Neue Ostpolitik, Berlin, 2009.

- Dokumente zur Deutschlandpolitik, Deutsche Einheit, Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, München, 1998.
- Driftmann, Markus, Die Bonner Deutschlandpolitik 1989/90, Münster, 2005.
- Dussel, Konrad, Deutsche Tagespresse im 19. und 20. Jahrhundert, Münster, 2004.
- Eberspächer, Jörg, Die Zukunft der Printmedien, Berlin, 2002.
- Finger, Stefan, Franz Josef Strauß, Ein politisches Leben, München, 2005.
- Forkmann, Daniela, Schlieben, Michael, (Hrsg.), Die Parteivorsitzenden in der Bundesrepublik Deutschland 1949–2005. Wiesbaden, 2005.
- Frei, Norbert, Presse-, Medien-, Kommunikationsgeschichte, Aufbruch in ein Interdisziplinäres Forschungsfeld?, in: Historische Zeitschrift, Band 248, 1989: S. 101–114.
- Fröhlich, Stefan, ‚Auf den Kanzler kommt es an‘, Helmut Kohl und die deutsche Außenpolitik, Persönliches Regiment und Regierungshandeln vom Amtsantritt bis zur Wiedervereinigung, Paderborn, 2001.
- Garton Ash, Timothy, Im Namen Europas, Deutschland und der geteilte Kontinent, München/Wien, 1993.
- Gassert, Philipp, Geiger, Tim, Wentker, Hermann (Hrsg.), Zweiter Kalter Krieg und Friedensverantwortung, München, 2011.
- Genscher, Hans-Dietrich, Erinnerungen. Berlin, 1995.
- Gillessen, Günther, Auf verlorenem Posten, Die Frankfurter Zeitung im Dritten Reich. Berlin, 1986.
- Giesbert, Franz-Olivier, François Mitterand, Die Biographie, Berlin, 1997.
- Glaab, Manuela, Deutschlandpolitik in der öffentlichen Meinung, Opladen, 1999.
- Glaab, Manuela, Der Honecker-Besuch in der öffentlichen Meinung, in: Buchstab, Günter Kleinmann, Hans-Otto, Küsters, Hanns Jürgen (Hrsg.), Die Ära Kohl im Gespräch, Eine Zwischenbilanz, Köln, 2010, S.483-506.
- Grau, Andreas, Gegen den Strom, Die Reaktion der CDU/CSU Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969– 1973, Düsseldorf, 2005.

- Gutting, Doris, *Zeitungsentwicklung und Zeitungsfunktion, Die politische Leistungsfähigkeit deutscher Zeitungen der Zukunft*, Mannheim, 1992.
- Haase, Christian, Schildt, Axel (Hrsg.), *Die Zeit und die Bonner Republik*, Göttingen, 2008.
- Haber, Wolfgang, *Die unbequeme Wahrheiten der Ökologie*, München, 2. Auflage, 2011.
- Hachmeister, Lutz, und Siering, Friedemann, *Die Herren Journalisten*, München, 2002.
- Hacke, Christian, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder*, Düsseldorf, aktualisierte Neuauflage, 2003.
- Hacker, Jens, *Deutsche Irrtümer, Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen*, Frankfurt am Main, 1992.
- Heide, Matthias von der, Wagener, Christian, Weiter rechts als die CDU, das erste Jahrzehnt der Zeit, in: Hachmeister, Lutz, Siering, Friedemann (Hrsg.), *Die Herren Journalisten, Die Elite der deutschen Presse nach 1945*, München, 2002, S. 165-184.
- Herbert, Ulrich, *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München, 2014.
- Hertfäller, Thomas, Rödder, Andreas (Hrsg.), *Modell Deutschland – Erfolgsgeschichte oder Illusion?* Göttingen, 2007.
- Hintze, Peter, Langguth, Gerd, *Helmut Kohl. der Kurs der CDU*, Stuttgart, 1993.
- Hodenberg, Christina, von, *Konsens und Krise, Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945–1973*. Göttingen, 2006.
- Hoser, Paul, *Vom provinziellen Lizenzblatt zur New York Times von Bayern*, in: Hachmeister, Lutz, Siering, Friedmann (Hrsg.), *Die Herren Journalisten, Die Elite der deutschen Presse nach 1945*, München, 2002, S. 121-143.

- Inacker, Michael J., Politik in einer Wendezeit, Die Sicherheitspolitik der Regierung Kohl, in: Appel, Reinhard (Hrsg.), Helmut Kohl im Spiegel seiner Macht, Bonn, 1990, S. 73-112.
- Jackisch, Klaus-Rainer, Eisern gegen die Einheit, Margaret Thatcher und die deutsche Wiedervereinigung, Frankfurt am Main, 2004.
- Jäger, Wolfgang, Die Überwindung der Teilung, Stuttgart, 1998.
- Jaraus, Konrad H., Die unverhoffte Einheit 1989–1990, Frankfurt am Main, 1995. – Von der Geschichte belehrt, Die Schwierigkeiten der Zeit mit der Vereinigung, in: Haase, Christian, Schildt, Axel (Hrsg.), Die Zeit und die Bonner Republik, Göttingen, 2008, S. 280-294.
- Keppinger, Hans Matthias, Journalismus als Beruf, Wiesbaden, 2011.
- Kleinmann, Hans-Otto, Buchstab, Günter (Hrsg.), Geschichte der CDU, 1945–1982, Stuttgart, 1993.
- Kleinmann, Hans-Otto, In der Opposition 1976–1982, Die ‚Wende‘, in: Kleinmann, Hans-Otto, Buchstab, Günter (Hrsg.), Geschichte der CDU 1945–1982, Stuttgart, 1993, S. 441-460.
- Klingler, Walter, Roters, Gunnar, Gerhards, Maria (Hrsg.), Medienrezeption seit 1945. Baden Baden, 1998.
- Kohl, Helmut, Für eine Politik der Erneuerung, Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag vom 13. Oktober 1982, Bonn, 1982.
- Erinnerungen, 1930–1982, München, 2004.
- Erinnerungen, 1982–1990, München, 2005.
- Korte, Karl-Rudolf, Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft, Regierungsstil und Entscheidungen 1982-1989. Stuttgart, 1998.
- Leisler Kiep, Walther, Was bleibt ist große Zuversicht, Berlin, 1999.
- Link, Werner, Die CDU/CSU Fraktion und die neue Ostpolitik, in: Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.), Die Fraktion als Machtfaktor, CDU/CSU im Deutschen Bundestag 1949 bis heute, München, 2009, S. 115-140.
- Ludz, Peter Christian, Mechanismen der Herrschaftssicherung, München, 1980.

- Longerich, Peter, „Was ist des Deutschen Vaterland?“, München, 1990.
- Marshall, Barbara, Willy Brand, Eine politische Biographie, Bonn, 1993.
- Martin, Ernst. Zwischenbilanz: Deutschlandpolitik der 80er Jahre, Bonn, 1986.
- Mählert, Ulrich, Kleine Geschichte der DDR 1949-1989, München, 2009.
- Merseburger, Peter, Rudolf Augstein, München, 2007.
- Noack, Hans-Joachim, Bickerich, Wolfram, Helmut Kohl, Berlin, 2010.
- Plück, Kurt, Der schwarz-rot-goldene Faden, VierJahrzehnte lebter Deutschlandpolitik, Bonn, 1996.
- Plumpe, Werner, Wirtschaftskrisen, Geschichte und Gegenwart. München, 2010.
- Pothhoff, Heinrich, Bonn und Ost-Berlin 1969–1982, Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Kanäle, Darstellung und Dokumentation, Bonn, 1997.
- Die Koalition der Vernunft, München, 1995.
- Im Schatten der Mauer, Deutschlandpolitik 1961 bis 1990, Berlin, 1999.
- Praus, Angelika, Das Ende einer Ausnahme, Frankreich und die Zeitenwende 1989/90, Marburg, 2014.
- Pürer, Heinz, Publizistik und Kommunikationswissenschaft, Konstanz, 2003.
- Pürer, Heinz, Raabe, Johannes, Presse in Deutschland, Konstanz, 3., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage, 2007.
- Riesenhuber, Heinz, ‚Interview, Zeitzeuge Riesenhuber‘, Frankfurt, 2012.
- Ritter, Gerhard A., Der Preis der deutschen Einheit, München, 2007.
- Rödder, Andreas, Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990, München, 2004.
- Die deutsche Frage vor dem Einigungsvertrag: Parteien, Intellektuelle, Massenmedien in der Bundesrepublik, in: Buchstab, Günter (Hrsg.), Die Ära Kohl im Gespräch, eine Zwischenbilanz, Köln, 2010, S. 467-482.
- Deutschland einig Vaterland, Die Geschichte der Wiedervereinigung. Bonn, 2010.

- Rollmann, Dietrich, (Hrsg.), 50 Reden aus dem Deutschen Bundestag, Stuttgart, 1983.
- Sabrow, Martin, Der Pyrrhussieg, Erich Honeckers Besuch in der Bundesrepublik 1987, in: Apelt, Andreas, Grünbaum, Robert, Schöne, Jens, (Hrsg.), 2x Deutschland, Innerdeutsche Beziehungen 1972–1990, Halle, 2013, S. 201-237.
- Schabert, Thilo, Wie Weltgeschichte gemacht wird, Frankreich und die Deutsche Einheit, Stuttgart, 2002.
- Schildt, Axel, Immer mit der Zeit: Der der Wochenzeitung DIE ZEIT durch die Bonner Republik – eine Skizze, in: Haase, Christian, Schildt, Axel (Hrsg.), Die Zeit und die Bonner Republik, Göttingen, 2008, S. 9-27. Die zweite Gründung der Zeit (1957–1967), in: Haase, Christian, Schildt, Axel (Hrsg.), Die Zeit und die Bonner Republik, Göttingen, 2008. S.21-24.
- Sozialliberales Leitorgan (1968–1982), in: Haase, Christian, Schildt, Axel (Hrsg.), Die Zeit und die Bonner Republik, Göttingen, 2008, S.24-27.
- Schönhoven, Klaus, Zwischen Euphorie und Ernüchterung: SPD-dominierte Bundesregierungen, in: Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.), Die Bundesrepublik Deutschland, Eine Bilanz nach 60 Jahren, München, 2008, S. 77-98.
- Schrot, Rico Pascal, Das Konzept der ‚Nachhaltigkeit‘ in der Politik der Regierung Kohl von 1982–1990, Frankfurt, 2013.
- Schulze, Volker, Die Zeitung, ein medienkundlicher Leitfaden, Aachen, 2001.
- Schwarz, Hans-Peter, Axel Springer, Die Biografie, Berlin, 2008.
- Helmut Kohl, eine politische Biographie. München, 2012.
- Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.), Die Bundesrepublik Deutschland, Eine Bilanz nach 60 Jahren, München, 2008.
- Die Fraktion als Machtfaktor. München, 2009.

- Siering, Friedemann, *Zeitung für Deutschland, die Gründergeneration der Frankfurter Allgemeinen*, in: Hachmeister, Lutz, Siering, Friedmann (Hrsg.), *Die Herren Journalisten, Die Elite der deutschen Presse nach 1945*, München, 2002, S. 35-87.
- Sturm, Daniel Friedrich, *Uneinig in die Einheit, Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/1990*, Bonn, 2006.
- Straßner, Erich, *Zeitung*, Tübingen, 1997.
- Teltschik, Horst, *329 Tage, Innenansichten der Einigung*, Berlin, 1991.
- Thatcher, Margaret, *Downing Street No. 10, Die Erinnerungen*, Düsseldorf, 3. Auflage, 1993.
- Tiggemann, Anselm, *CDU/CSU und die Ost- und Deutschlandpolitik 1969– 1972*, Frankfurt, 1998.
- Vogel, Hans-Jochen, *Nachrichten, Meine Bonner und Berliner Jahre*, München, 1996.
- Wagensohn, Tanja, *Von Gorbatschow zu Jelzin, Moskaus Deutschlandpolitik (1985–1995) im Wandel*, Baden Baden, 2000.
- Weidenfeld, Werner, Korte, Karl-Rudolf, *Handbuch zur deutschen Einheit*, Bonn, 1999.
- Wentker, Hermann, *Zwischen Unterstützung und Ablehnung der sowjetischen Linie*, in: Gassert, Phillip, Geiger, Tim, Wentker, Hermann (Hrsg.), *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung, Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive*, München, 2011, S. 137-154.
- Wick, Regina, *Die Mauer muss weg – Die DDR soll bleiben, Die Deutschlandpolitik der Grünen von 1979 bis 1990*, Stuttgart, 2012.
- Wilke, Jürgen, *Massenmedien und Journalismus in Geschichte und Gegenwart*, Bremen, 2009.
- Wirsching, Andreas, *Abschied vom Provisorium 1982–1990*, München, 2006.
- Wolle, Stefan, *Die heile Welt der Diktatur, Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989*, Berlin, 2009.
- Wörner, Manfred, Rintsche, Günter, Langguth, Gerd (Hrsg.), *Für Frieden in Freiheit, Reden und Aufsätze*, Berlin, 1995.

Wulf, Meike, Erich Honecker im Spiegel der Presse (1971–1994), Frankfurt, 2001.

Zimmer, Matthias, Nationales Interesse und Staatsräson, Zur Deutschlandpolitik der Regierung Kohl 1982–1989, Paderborn, 1992.

Zolleis, Udo, Die CDU, Das politische Leitbild im Wandel der Zeit, Wiesbaden, 2008.

Verpflichtungserklärung

Hiermit bestätige ich, Rico Pascal Schrot, dass ich die vorliegende Arbeit mit dem Titel:

„Ein Staat in Gänsefüßchen“

Die Deutschlandpolitik der Regierung Kohl von 1982 bis 1990
im Spiegel ausgewählter deutscher Printmedien

selbstständig verfasst habe und nur die in der Dissertation angegebenen Quellen und Hilfsmittel in Anspruch genommen habe.

Darüber hinaus erkläre ich, dass ich bisher kein Promotionsverfahren eröffnet habe oder ein solches erfolglos geblieben ist.

Die Promotionsordnung der Johann Goethe-Universität ist mir bekannt und ich habe keine kommerzielle Promotionsvermittlung in Anspruch genommen

Wickstadt: _____

Rico Pascal Schrot